

Protokoll

des

II. Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses

Sonntag den 22. und Montag den 23. Dezember 1918

im Volkshaus Bern



Unionsdruckerei Bern (Genossenschaft) :: 1919

2. Schweizerischer Arbeiterkongress

22. und 23. Dezember 1918, im Volkshaus in Bern

Traktandenliste:

1. Wahl des Tagesbureaus;
2. Mandatprüfung;
3. Ernährungsamt;
4. Bericht über den Landesstreik (siehe gedruckter Situationsbericht);
5. Aufbau und künftige Aktion der Arbeiterbewegung;
6. Wahl des Aktionskomitees.

Anträge

A. Organisation.

1. Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern:

I.

Der Schweizerische Arbeiterkongress anerkennt die Notwendigkeit der Massenaktionen zur Wahrung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Die höchste Kraftentfaltung der Massenaktion ergibt sich durch den allgemeinen, diszipliniert und organisiert durchgeführten Streik. Der Massenstreik ist daher eine wichtige und notwendige Ergänzung der andern Kampfmittel, insbesondere dann, wenn wichtige Lebensinteressen der Arbeiterschaft verteidigt werden müssen.

II.

Massenaktionen setzen das Bestehen der für ihre Durchführung erforderlichen Organe voraus. Diese Organe sind:

1. der Allgemeine schweizerische Arbeiterkongress
2. das zentrale Aktionskomitee
3. das erweiterte Aktionskomitee.

III.

Der Allgemeine Arbeiterkongreß setzt sich zusammen:

1. aus den Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz;
2. aus den Mitgliedern des zentralen Aktionskomitees.

Die Wahl der Delegierten ist Sache der dem Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Partei angeschlossenen Organisationen. Auf je 500 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Wahlart der Delegierten ist Sache der Partei und der Gewerkschaftsorganisationen.

Der Arbeiterkongreß wird nach Bedürfnis vom zentralen Aktionskomitee einberufen oder wenn sechs Zentralverbände der Gewerkschaften oder sechs kantonale Parteiorganisationen, die zusammen mindestens 20,000 zahlende Mitglieder umfassen, es verlangen.

Die Beschlüsse des Arbeiterkongresses sind für die von ihm vertretenen Organisationen verbindlich. Der Kongreß beschließt endgültig über die Auflösung von Massenaktionen.

IV.

Das zentrale Aktionskomitee setzt sich zusammen aus 15 vom Arbeiterkongreß gewählten Mitgliedern. Die Wahl geschieht auf Vorschlag der beteiligten Organisationen, und zwar

- | | | |
|---|---------------|----------------------------------|
| 5 | auf Vorschlag | des Gewerkschaftsbundes, |
| 4 | " | der Sozialdemokratischen Partei, |
| 3 | " | des Eisenbahnerkartells, |

die übrigen Mitglieder auf Vorschlag des Kongresses selbst.

Das Aktionskomitee ist dem Arbeiterkongreß verantwortlich. Es handelt nach Maßgabe der ihm vom Arbeiterkongreß übertragenen Kompetenzen.

V.

Das erweiterte Aktionskomitee setzt sich zusammen aus den Mitgliedern:

1. des zentralen Aktionskomitees;
2. " Gewerkschaftsausschusses;
3. " Parteivorstandes.

Das erweiterte Aktionskomitee tritt zusammen auf Beschluß des zentralen Aktionskomitees und beschließt endgültig, wenn aus irgendwelchen Gründen die Einberufung des Allgemeinen Arbeiterkongresses nicht möglich sein sollte.

VI.

Die Kostendeckung erfolgt:

1. für die Delegationen an den Arbeiterkongreß und an die Sitzungen des erweiterten Aktionskomitees durch die abordnenden Organisationen;

2. für die übrigen Kosten auf dem Wege der Beitragserhebung von den der Partei und dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen nach dem Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl.

2. Schweiz. Gewerkschaftsbund.

I. Einleitung.

Durch die revolutionären Ereignisse der Gegenwart wurde die Aufrechterhaltung der politischen Neutralität der Gewerkschaften immer mehr zur Unmöglichkeit. Es ist deshalb eine gewisse Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung nötig geworden, welche die Vertreter der Verbände in der Zusammenarbeit des Gewerkschaftsbundes mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in allen Fragen, sozial- und wirtschaftspolitischen und solcher allgemeinen politischen Natur, an deren Lösung im Sinne des Sozialismus auch der Gewerkschafter ein hohes Interesse hat, erblicken.

II. Gemeinsame Forderungen.

Ueber die in Frage kommenden Postulate ist zwischen den Leitungen des Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ein Programm aufzustellen und über die Taktik, die zur Verwirklichung der Postulate eingeschlagen werden soll, Richtlinien festzulegen.

Ueber die Erweiterung des Programms können sich Partei und Gewerkschaftsbund jederzeit verständigen.

III. Kampfmittel.

Bei den Kampfmitteln handelt es sich um die Anwendung als legale oder illegale, parlamentarische oder unparlamentarische.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft steht seit Beginn ihrer Tätigkeit und heute noch auf dem Boden der legalen Kampfmittel und auf dem Boden des Parlamentarismus. Sie wird von den ihr zustehenden Kampfmitteln den Gebrauch machen, den sie für die Wahrnehmung ihrer Interessen als angezeigt erachtet.

Die schweizerischen Gewerkschaften können der Anwendung des Massenstreiks als Kampfmittel nur zustimmen, wenn alle andern Mittel erschöpft sind und wenn wichtige Lebensinteressen der Arbeiter verteidigt werden müssen.

IV. Aktionskomitee.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz können zur Durchführung des vereinbarten Ueber-

einkommens eine Kommission einsetzen, in der der Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei und das Eisenbahnerkartell vertreten sind.

In diese Kommission wählt der Gewerkschaftsbund fünf, die Sozialdemokratische Partei und das Eisenbahnerkartell je drei Vertreter.

V. Kompetenzen des Aktionskomitees.

Das Aktionskomitee hat die Kompetenzen, die ihm vom Gewerkschaftsausschuß und der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei in gemeinsamer Konferenz erteilt werden.

Handelt es sich um die Auslösung einer Massenaktion, bei der voraussichtlich größere Teile der Arbeiterchaft direkt in Mitleidenschaft gezogen werden, so liegt der letzte Entscheid immer in der gemeinsamen Konferenz von Gewerkschaftsausschuß und Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei oder in dem von diesen einberufenen Arbeiterkongreß, zu dem je 500 Mitglieder der angeschlossenen Organisationen, das Eisenbahnerkartell und jede Arbeiterunion je einen Delegierten bestimmen können.

VI. Kostenverteilung.

Die Kostendeckung erfolgt: für die Delegationen durch die abordnenden Organisationen, für die übrigen Kosten auf dem Wege der Beitragserhebung von den Organisationen der Partei und des Gewerkschaftsbundes im Verhältnis zur Mitgliederzahl.

3. Zentralvorstand des Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter-Verbandes:

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bilden zusammen die Schweizerische Arbeiterunion.

Der Zweck der Schweizerischen Arbeiterunion ist die Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der arbeitenden Klasse, soweit diese nicht von den Zentralverbänden respektive von der Sozialdemokratischen Partei allein durchgeführt werden. Die Erreichung des Zieles wird erstrebt durch Massenaktionen, durch Anwendung des wirtschaftlichen oder des politischen Massenstreiks und der Obstruktion in den Parlamenten.

Die Organe der Schweizerischen Arbeiterunion sind:

1. Der Arbeiterkongreß;
2. Der Vorstand;
3. Die Revisoren.

Der Arbeiterkongreß besteht aus den Delegierten der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralverbände und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Ferner aus je drei Vertretern des Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und der Sozialdemokratischen Nationalratsfraktion. Von den Delegierten der Zentralverbände soll nicht mehr als ein Delegierter den Zentralvorständen angehören. Die übrigen Delegierten der Zentralverbände haben die Sektionen zu wählen. Auf je 500 Mitglieder der Partei und der Zentralverbände ist ein Delegierter zu wählen.

Der Vorstand besteht aus 13 bis 17 Personen. Seine Wahl erfolgt durch den Arbeiterkongress. Die Zentralverbände und die Sozialdemokratische Partei sollen ihrer Stärke entsprechend im Vorstande vertreten sein. (Die Kompetenzfragen des Arbeiterkongresses und des Vorstandes müssen selbstverständlich weiter umschrieben sein; vorläufig enthalten wir uns bezüglichlicher Vorschläge. Wir werden diese, sobald man sich im Prinzip geeinigt hat, machen.)

Der Arbeiterkongress wird nach Bedürfnis vom Vorstande einberufen. Außerdem, wenn sechs Zentralverbände oder sechs kantonale Parteiorganisationen oder sechs kantonale Arbeiterunionen, die zusammen mindestens 20,000 Mitglieder umfassen müssen, das Begehren stellen. Einem solchen Antrag hat der Vorstand mindestens innert vier Wochen zu entsprechen.

Den Beschlüssen des Arbeiterkongresses beziehungsweise des Vorstandes, vorbehältlich der Anrufung des Arbeiterkongresses, ist unbedingt Folge zu leisten.

Die Durchführung der Beschlüsse des Vorstandes und des Arbeiterkongresses liegt den lokalen Arbeiterunionen ob.

Die Zentralverbände und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz leisten die Mittel zur Durchführung der Aktionen, in erster Linie durch Anlegung eines Fonds, der mindestens 20 Cts. pro Mitglied betragen muß. Weitere entstehende Kosten sind auf dem Wege des Umlageverfahrens zu decken.

4. Arbeiterunion Zürich:

1.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz schließen sich zur Lösung gemeinsamer Aufgaben, welche die Kräfte der gesamten Arbeiterschaft erfordern, zusammen und geben sich zu diesem Zwecke folgende Organe:

1. den Arbeiterkongress;
2. das Aktionskomitee;
3. den Ausschuß.

2.

Der Arbeiterkongress anerkennt Massenaktionen als Kampfmittel zur Wahrung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse.

3.

Der Arbeiterkongreß besteht aus den Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, je einem Vertreter sämtlicher Arbeiterunionsen mit über 500 Mitgliedern und des Schweizerischen Eisenbahnerkartells. Die Partei wie die Zentralverbände entsenden auf je 500 Mitglieder einen Delegierten.

Der Arbeiterkongreß wird nach Bedürfnis vom Ausschuß einberufen, außerdem, wenn sechs Zentralverbände oder sechs kantonale Parteiorganisationen oder sechs lokale Arbeiterunionsen mit mindestens 20,000 Mitgliedern das Begehren stellen.

Die Beschlüsse des Arbeiterkongresses sind für die von ihm vertretenen Organisationen verbindlich und werden von den lokalen Arbeiterunionsen durchgeführt.

4.

Das Aktionskomitee setzt sich aus 60 in geheimer Abstimmung durch den Kongreß zu wählenden Genossen zusammen, wobei darauf geachtet werden soll, daß die maßgebenden Berufsverbände und industriellen Zentren genügend berücksichtigt werden.

5.

Der Ausschuß besteht aus 15 Mitgliedern, welche durch den Kongreß aus den 60 Mitgliedern des Aktionskomitees gewählt werden.

6.

Das Aktionskomitee hat die Kompetenzen, die ihm vom Arbeiterkongreß übertragen werden. Es tritt zusammen auf Beschluß des Ausschusses und beschließt endgültig, wenn keine Möglichkeit besteht, den Arbeiterkongreß einzuberufen.

7.

Die Kosten der Delegationen zu dem Arbeiterkongreß und zu den Sitzungen des Aktionskomitees übernehmen die abordnenden Organisationen. Die übrigen Kosten werden auf dem Wege der Beitragserhebung von den der Partei und dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen aufgebracht.

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz stimmt diesem Antrag zu.

5. Sozialdemokratische Partei Zürich 6:

Das schweizerische Aktionskomitee ist nach folgenden Bestimmungen zu bilden:

1. Es wird ein Ausschuß von 45 Genossen gewählt. Von diesen 45 Genossen sollen zehn der französischen und italienischen Schweiz, zehn dem Kanton Zürich, zehn dem Kanton Bern, zehn den Kantonen Solothurn, Basel, Aargau, Schaffhausen, Thurgau und St. Gallen, fünf den Kantonen Appenzell, Glarus, Graubünden und der inneren Schweiz angehören.

2. Aus diesem Ausschuß wird das schweizerische Aktionskomitee durch den Arbeiterkongreß gewählt. Es besteht aus 15 Genossen. Das Aktionskomitee zerfällt in eine wirtschaftliche, eine politische und eine technische Kommission.

3. Das schweizerische Aktionskomitee hat die Aufgabe, den politischen und wirtschaftlichen Forderungen der schweizerischen Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zum Siege zu verhelfen

6. Sozialdemokratische Partei Altstetten:

1.

Die Gewerkschaften und Parteiorganisationen wählen nach einem noch zu bestimmenden Vertretungsverhältnis lokale Arbeiterräte. Aus diesen werden kantonale Ausschüsse gebildet, welche einen Landesauschluß bestimmen, dem dann ein Aktionskomitee unterstellt ist.

2.

Die Obliegenheiten der lokalen Arbeiterräte sind:

- a) Wahl der kantonalen Ausschüsse;
- b) Ueberwachung der Tätigkeit der Vertreter in den lokalen Behörden;
- c) Bildung und Aeufernung von lokalen Kampfkassen;
- d) Vorbereitung und Leitung der Gesamtktionen auf lokalem Gebiet.

3.

Den kantonalen Ausschüssen liegen ob:

- a) Wahl des Landesauschusses;
- b) Ueberwachung der Tätigkeit der Vertreter in den kantonalen Behörden;
- c) Vorbereitung und Leitung der Gesamtktionen auf kantonalem Gebiet.

4.

Dem Landesauschluß liegen ob:

- a) Wahl des Aktionskomitees und dessen Kontrolle;
- b) Ueberwachung der Tätigkeit der Vertreter in den Bundesbehörden;
- c) Vorbereitung und Oberleitung der Gesamtktionen.

5.

In den lokalen Arbeiterräten dürfen die Sektionsvorstandsmitglieder nicht die Mehrheit bilden.

Den Arbeiterräten und Ausschüssen dürfen keine fixbesoldeten Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften, keine Parlamentarier, Mitglieder von Exekutivbehörden und Gerichten angehören.

6.

Sämtliche Vertreter in Exekutiv-, Legislativbehörden und Gerichten sowie die fixbesoldeten Funktionäre sollen verpflichtet werden, einen noch festzusetzenden prozentualen Betrag ihrer Besoldungen, respektive Taggelder, in die lokalen Kampfkassen abzuliefern. Parteimitglieder, die keiner Gewerkschaft angehören, und Gewerkschafter, deren Verbände keine Streikkasse führen, haben obligatorische Beiträge in die lokalen Kampfkassen zu zahlen.

7.

Die Funktionen in den Arbeiterräten und Ausschüssen sind ehrenamtlich. Barauslagen können vergütet werden.

7. Delegation der Arbeiterunion und der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Luzern:

Zum Zwecke der Zusammenfassung aller nutzbaren Kräfte, im Interesse einer einheitlichen und wirksamen Aktion zugunsten der Forderungen der Arbeiterschaft und zur Abwehr der bürgerlichen Reaktion, die ihren schärfsten Ausdruck in der Bildung von Bürgerwehren findet, beschließt der Arbeiterkongreß:

Es seien allerorts aus Delegierten der privaten und staatlichen Betriebe Arbeiterräte zu bilden und es sei aus den Delegierten der lokalen Arbeiterräte ein schweizerischer Arbeiterrat zu bilden, dessen Ausschuß an Stelle des Stener Aktionskomitees zu treten hat.

B. Programm.

8. Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz:

Der Kongreß möge beschließen, erneut die Forderungen

1. des Achtstundentages in allen öffentlichen und privaten, industriellen und gewerblichen Betrieben;
2. Abwehr jeglicher Maßregelungen für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, die sich am Streik beteiligt haben, Niederschlagung

diesbezüglicher Untersuchungsverfahren und Prozesse, Aufhebung der bereits gefällten Strafen und Annullierung aller Militärjustizurteile;

3. Wiedereinführung der politischen Pressfreiheit und weiter der während des Krieges geschmälernten politischen Rechte zu erheben und nötigenfalls mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erkämpfen.

Des fernern soll gebieterisch verlangt werden:

4. Sicherstellung einer rationellen Lebens- und Bedarfsmittelversorgung. Nichtaufhebung der während des Krieges geschaffenen Monopole, Verstaatlichung des Kohlenhandels;
5. Gleichstellung der Frau mit dem Manne in den politischen Rechten und Pflichten;
6. Alters-, Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Arbeitslosenversicherung;
7. Verstaatlichung der Wasserkräfte, des Versicherungswesens und der Bauten;
8. Völlige Tilgung der Staatsschulden durch den Besitz;
9. Verstaatlichung des Import- und Exporthandels;
10. Ueberführung aller Großbetriebe in den Gemeindebesitz;
11. Expropriation aller Privatvermögen und Einkommen, die einen bestimmten Betrag überschreiten. Konfiskation des arbeitslosen Einkommens;
12. Einführung der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen.

9. Sozialdemokratische Partei Baselstadt:

1.

Erringung der politischen Macht in Bund und Kantonen mittelst Benützung der vorhandenen politischen Rechte und des wiederholten organisierten und diszipliniert durchgeführten Massenstreiks, durch Einsetzung einer mehrheitlich sozialistischen Regierung.

2.

Die neue Regierung hat sofort durchzuführen oder die Durchführung vorzubereiten:

- a) die allgemeine Arbeitspflicht, Konfiskation des arbeitslosen Einkommens; Sicherung des zum Leben notwendigen Einkommens für jedermann, der eine gesellschaftlich nützliche Arbeit leistet.
- b) Sicherstellung der Existenz der Alten, Invaliden, Witwen, Waisen, Arbeitslosen und Kranken.
- c) Achtstundentag in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.

- d) Hebung der Produktivität der einheimischen Landwirtschaft unter Sicherung des Ertrages der häuerlichen Arbeit; Sicherstellung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten; Verstaatlichung der Hypotheken und deren planmäßige Tilgung, bis der Zins in eine mäßige Abgabe an Staat und Gemeinde übergeht.
- e) Sozialisierung der Banken, des Versicherungswesens, bestimmter dazu reifer Industrien und des städtischen Grundbesizes. (Wohnungsreform), Förderung der industriellen Produktion.
- f) Monopolisierung des Imports und Exports.
- g) Aufhebung der kantonalen Souveränität in Wirtschaftsfragen zur Schaffung der rechtlichen Einheit der gesamten schweizerischen Wirtschaft.
- h) Vollständige Tilgung der Staatsschulden durch den Besitz.
- i) Zwangseinbürgerung aller über ein Jahr in der Schweiz wohnhaften und arbeitsfähigen Ausländer, sofern sie das Schweizerbürgerrecht nicht ausdrücklich ablehnen.

3.

Die neue Regierung hat nach Sicherstellung der Kampfergebnisse die verfassunggebende Versammlung einzuberufen auf Grund des aktiven und passiven Wahlrechtes aller über 20 Jahre alten Schweizerbürger und Schweizerbürgerinnen, nach Maßgabe des Proporz.

10. Sozialdemokratische Partei des Bezirks Winterthur:

1.

Achtstundentag für sämtliche öffentlichen und privaten Betriebe.

2.

Minimallöhne, die den Verhältnissen in den einzelnen Orten und Landesgegenden sowie den jeweiligen Lebensmittelpreisen anzupassen sind.

3.

Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisen- sowie Arbeitslosenversicherung für die arbeitende Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft.

4.

Staatliche Organisation der Krankenpflege und des Tierarzneiwesens. Aerzte, Apotheken und Krankenhäuser jeder Art werden vom Staat und den Gemeinden besoldet bezw. unterhalten. Für ärztliche oder tierärztliche Hilfeleistung, für Krankenpflege usw. sowie für die

Vermittlung sämtlicher Medikamente und Krankenentzinsen dürfen ebenso wie für Spital- und Sanatoriumspflege keinerlei Gebühren erhoben werden.

5.

Expropriierung der Elektrizitätswerke, der Wasserwerke, der sämtlichen Transportanstalten und der Versicherungsinstitute jeder Art zugunsten des Staates unter Berücksichtigung der Gemeinden und Kantone. Bei der Expropriation soll nur an bedürftige Miteigentümer eine angemessene Entschädigung ausgerichtet werden; im übrigen werden die Expropriationen ohne jede Entschädigung gegenüber den bisherigen Besitzern durchgeführt.

6.

Einführung der eidgenössischen Gesetzinitiative.

7.

Ausarbeitung eines Entwurfs für eine neue Bundesverfassung auf sozialistischer Grundlage.

8.

Verstaatlichung der Banken, Kontrolle der Handels- und Industrieerwinne unter Festsetzung einer Maximaldividende.

9.

Verstaatlichung der Hypotheken und deren rasche Tilgung, bis der Zins in eine mäßige Abgabe an Staat und Gemeinde übergeht, Ausschaltung der Grundstücksspekulation durch staatliche Preisnormierung für alle Grundstücke, eventuell bei ihrer Veräußerung deren Ueberführung in Staatsbesitz. Alles Land von über 30 Hektar Umfang ist entweder von öffentlichen Korporationen (Staat und Gemeinden) oder von Genossenschaften zu bebauen und darf nicht länger im Besitz Privater belassen werden.

10.

Staatliche Förderung der Technik in der Landwirtschaft durch Lieferung von allen brauchbaren Geräten und Maschinen an einzelne Landwirte gegen mäßige jährliche Abzahlungsquoten, mietweise oder durch Zuschüsse an landwirtschaftliche Genossenschaften speziell zur Anschaffung solcher Maschinen, die jedem Bauern zugänglich gemacht werden müssen. Unterstützung aller sonstigen möglichen Maßnahmen, die zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität und zur Erleichterung der bäuerlichen Arbeit beitragen können. Im Zusammenhang damit Sicherung ausreichender Lebensmittelversorgung für die Gesamtbevölkerung unter Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft und im Einvernehmen mit dieser.

C. Agitation und Propaganda.

11. Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz:

Die streikende Arbeiterschaft verlangt, daß bei einer Aktion, ähnlich wie am 1. Mai, die Kinder vom Schulbesuch dispensiert werden, damit die Kinder der Streikenden nicht unter dem Einfluß der bürgerlichen Lehrer gegen die Arbeiterschaft aufgehetzt werden.

Die Kinder der Streikenden sind gruppenweise zu sammeln, von Mitgliedern der sozialdemokratischen Frauengruppen, des Schulvereins usw. in geeigneten Lokalen zu überwachen, über Verlauf, Ursache und Wirkung der Aktion in leichtfaßlicher Weise aufzuklären und je nach Umständen vom Kampfplatze weg in die nächste Umgebung zu führen.

Um für eine nächste Aktion auch in dieser Hinsicht gerüstet zu sein, sind in den lokalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen geeignete Genossen und Genossinnen zu bestimmen, welche diese erzieherische Aufgabe übernehmen.

12. Sozialdemokratische Partei des Bezirks Winterthur:

Der Schweizerische Arbeiterkongreß in Bern beschließt:

Zur intensivsten und umfassendsten Propaganda für unsere Ziele und zur Aufklärung der Bevölkerung über die aus der heutigen wirtschaftlichen und weltpolitischen Situation sich ergebenden Forderungen für die arbeitende Bevölkerung ganz im allgemeinen hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die nötigen Vorbereitungen zu treffen, eventuell ist zum Studium dieser Frage mit dem Auftrage raschester Erledigung eine gemeinsame Kommission einzusetzen. Insbesondere sind für die allernächste Zeit folgende Maßnahmen in Aussicht zu nehmen:

1.

Die Herausgabe mehrerer kurzgefaßter Broschüren, in denen unser Aktionsprogramm dargelegt und in populärster Form im einzelnen näher erläutert wird. Diese in einer Massenaufgabe zu erstellenden Broschüren sollen nicht nur in der Industriearbeiterschaft, sondern auch unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung weiteste Verbreitung finden. Bei der Verbreitung dieser in allen drei Landessprachen herauszugebenden Broschüren haben Partei und Gewerkschaftsbund gemeinsam

in allen Kantonen mit Hilfe der Gewerkschafts- und Parteisektionen und einzelner Genossen namentlich in den kleinern und abgelegenern Orten mitzuwirken.

2.

Die Partei und der Gewerkschaftsbund geben gemeinsam wenigstens jeden Monat einmal ein kurzes Flugblatt heraus, das sich unter Berücksichtigung der besondern Verhältnisse sowohl an die Industriearbeiter als an die Landbevölkerung (Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter) wendet und ihnen die Bedeutung konkreter Forderungen der organisierten Arbeiterschaft auseinandersetzt.

3.

Die Partei und der Gewerkschaftsbund trachten danach, in allen Kantonen und Gemeinden zuverlässige, mit den lokalen Verhältnissen und der Lage der einzelnen Bevölkerungsschichten vertraute Genossen zu bezeichnen, die die Agitation und Propaganda für uns durchzuführen haben. Diese Genossen sollen gleichzeitig die zentralen Instanzen der Arbeiterbewegung über alle Vorgänge, Stimmungen und Mängel bei der Bevölkerung ihres Wirkungskreises fortwährend auf dem laufenden halten, damit bei der weiteren Propaganda für unsere Aufgaben und Ziele dementsprechend vorgegangen werden kann.

4.

Der Verbreitung der Arbeiterpresse im weitesten Sinne auf dem Lande wie in den Städten ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Wo es irgendwie möglich und notwendig erscheint, sind besondere Zeitungen herauszugeben, die wenigstens alle 14 Tage erscheinen und speziell die Landbevölkerung über unsere Ziele und Bestrebungen aufzuklären haben, ferner der verlogenen Heze der kapitalistischen Presse, insbesondere der Landblätter, durch die Schilderung der Tatsachen entgegenzuarbeiten haben. Die bestehende Arbeiterpresse soll in besondern landwirtschaftlichen Beilagen oder speziellen Rubriken den landwirtschaftlichen Problemen mehr als bisher Aufmerksamkeit schenken.

5.

Bei Wahlen und Abstimmungen sind speziell für die Landbevölkerung bestimmte leichtverständliche Flugblätter herauszugeben und in allen Teilen des Landes zur Verbreitung zu bringen. Wenn nötig und möglich, ist auch auf die Aufklärung der Landbewohner durch Inserate in der bürgerlichen Landpresse Bedacht zu nehmen.

6.

Die Kosten dieser ganzen Agitations- und Propagandatätigkeit werden von Partei und Gewerkschaftsbund gemeinsam getragen.

D. Verschiedenes.

13. Holzarbeiter-Verband, Sektion Bern:

Es sei eine allgemeine Arbeiter- und Gewerkschaftsbank ins Leben zu rufen, welcher die Aufgabe zukäme, die Geldmittel der schweizerischen Arbeiterschaft und der im Kampfe um den wirtschaftlichen Ausgleich mit ihr marschierenden Volksschichten zu konzentrieren und Geld- und Währungsmaßnahmen als proletarisches Aktionsmittel auszubauen. Es sei zwecks genannter Gründung mit dem bereits bestehenden Projekt des Genossen Nationalrats Jacques Schmid in Olten Fühlung zu nehmen.

Nach Ablauf der Frist eingelaufen:

14. Schweizerischer Holzarbeiter-Verband:

1.

Der Schweizerische Arbeiterkongress anerkennt den Massenstreik als Kampfmittel zur Wahrung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse.

2.

Das Aktionskomitee besteht aus 17 Mitgliedern, und zwar aus: sechs Vertretern der größeren Arbeiterunionen, wobei die Westschweiz zu berücksichtigen ist, fünf Vertretern der Eisenbahner sowie je drei Vertretern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei.

3.

Die Wahl des Aktionskomitees erfolgt durch den Arbeiterkongress.

4.

Das Aktionskomitee hat die Kompetenzen, die ihm vom Arbeiterkongress übertragen werden.

5.

Den Beschlüssen des Arbeiterkongresses bzw. des Aktionskomitees ist unbedingt Folge zu leisten.

6.

Die Durchführung dieser Beschlüsse liegt den lokalen Arbeiterunionen ob.

15. Delegation der Arbeiterunion und der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Luzern.

(Infolge eines Irrtums als Anhang angeführt, gehört unter Ziffer II: Programm.)

Angesichts der infolge der Verteuerung und Beschränkung der notwendigen Lebensmittel in gefährlichem Maße wachsenden Unterernährung der breitesten Volksschichten und der aus den gleichen Gründen in erschreckendem Maße zunehmenden Kindersterblichkeit beschließt der Arbeiterkongreß:

1.

Es sei mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die sofortige Einführung der achttündigen Arbeitszeit hinzuwirken.

2.

Es sei, ebenfalls unter Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel, darauf hinzuarbeiten:

- a) daß die gesamte Lebensmittelproduktion, ferner die Produktion der notwendigen Gebrauchsartikel (Schuhe, Kleider u.) sowie der Handel mit den genannten Produkten, ihr Import und Export unter wirksame Kontrolle gestellt werden;
 - b) daß eine allgemeine Bestandesaufnahme und Beschlagnahme der Vorräte an Lebensmitteln und notwendigen Gebrauchsartikeln sowie aller bezüglichen Rohstoffe durchgeführt werde;
 - c) daß auf Grund der Ergebnisse der Bestandesaufnahme, der Beschlagnahme und der Kontrolle die Preisfestsetzung vorgenommen und die Verteilung unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse der breiten Volksmasse durchgeführt werden.
-

Antrag Graber

Bereinbarung

zwischen dem **Schweizerischen Gewerkschaftsbund** einerseits und der **Sozialdemokratischen Partei der Schweiz** anderseits wurde folgendes vereinbart:

I.

Da die Interessen der Gewerkschaftsverbände und diejenigen der Sozialdemokratischen Partei in zahlreichen Fragen die gleichen sind, verpflichten sich die kontrahierenden Parteien zu gemeinsamem Handeln, um den gemeinschaftlichen Zielen zum Siege zu verhelfen; dies nach den folgenden Regeln.

II.

Die Autonomie jeder Gruppe wird gewahrt. Infolgedessen kann keine gemeinsame Aktion veranlaßt werden, die nicht vorher von den kompetenten Organen der einen und andern Organisation angenommen worden ist.

Die kompetenten Organe der beiden Kontrahenten sind die statutarischen:

1. Die Vorstände.
2. Die Delegiertenversammlungen.
3. Die Gesamtheit der Mitglieder der vertragsschließenden Gruppen.

III.

Die Vorstände der beiden Parteien versammeln sich, wann und wo sie es für gut finden, um die Fragen zu diskutieren, die in ihre Kompetenz fallen.

Die Delegiertenversammlungen versammeln sich im gleichen Ort und am gleichen Datum. Die von der einen Versammlung gefaßten Beschlüsse werden der andern Versammlung mitgeteilt, die sie dann annimmt, ändert oder verwirft.

Die Gesamtheit der Mitglieder jeder Gruppe wird nach den in den respektiven Statuten festgesetzten Formen angefragt.

IV.

Die nach den oben festgesetzten Regeln gefaßten Beschlüsse werden einem gemischten Vorstand von X Mitgliedern, die von den Dele-

giertenversammlungen nach dem Proporzsystem gewählt werden, zur Ausführung überwiesen. Die Amtsdauer dieses Vorstandes beträgt ein Jahr; seine Mitglieder sind wiederwählbar.

V.

Die Ausgaben dieses Vorstandes werden von den vertragsschließenden Organisationen nach dem Verhältnis der Anzahl ihrer Mitglieder getragen.

VI.

Der Vorstand berichtet in beiden Delegiertenversammlungen über seine Tätigkeit.

Antrag des Oltenener Aktionskomitees **an den zweiten Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongreß.**

I.

Der zweite Allgemeine Arbeiterkongreß anerkennt die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Gesamtarbeiterklasse zur Wahrung ihrer Lebensinteressen, insbesondere ihrer wirtschaftlichen und sozialen Forderungen.

II.

Die Mittel dieses Kampfes bestehen in der sozialistischen Organisation der lohnarbeitenden Klasse und in der planmäßigen, zielbewußten Durchführung der gewerkschaftlichen und politischen Aktion, unter Ausnützung aller durch die bürgerliche Demokratie gegebenen Möglichkeiten.

Diese Möglichkeiten schließen die Massenaktion nicht aus; sie bedingen sie im Gegenteil in allen den Fällen, wo weder die Partei noch die Gewerkschaften allein und auf sich selbst angewiesen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und ihre Endziele zu wahren imstande sind.

III.

Das gemeinsame Tätigkeitsgebiet wird durch das allgemeine Aktionsprogramm begrenzt. Dieses Programm ist durch das zentrale Aktionskomitee oder eine von ihm zu bestimmende Kommission zu umschreiben, den Partei- und Gewerkschaftsverbänden zur Diskussion zu unterbreiten und vom Arbeiterkongreß zu genehmigen.

(In diesem Sinne werden die an den Berner Kongreß gerichteten programmatischen Anträge dem zentralen Aktionskomitee überwiesen.)

IV.

Die höchste Kraftentfaltung der Massenaktion ergibt sich in dem allgemeinen, diszipliniert und organisiert durchgeführten Streik. Der Massenstreik ist eine der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um die Menschheitsinteressen unerläßliche Waffe. Er ist die notwendige Ergänzung der übrigen Kampfmittel, auf die die Arbeiterschaft weder in ihren einzelnen Gruppen noch in ihrer Gesamtheit verzichten kann.

V.

Massenaktionen setzen das Bestehen der für ihre Durchführung erforderlichen Organe voraus. Diese Organe sind:

1. Der allgemeine schweizerische Arbeiterkongreß.
2. Das zentrale Aktionskomitee.
3. Das erweiterte Aktionskomitee.

Der allgemeine Arbeiterkongreß setzt sich zusammen:

1. aus den Delegierten des Schweiz. Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz;
2. aus den Mitgliedern des zentralen Aktionskomitees.

Die Wahl der Delegierten ist Sache der dem Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Partei angeschlossenen Organisationen. Auf je 500 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Wahlart der Delegierten ist Sache der Partei und der Gewerkschaftsorganisationen.

Der Arbeiterkongreß wird nach Bedürfnis vom zentralen Aktionskomitee einberufen oder wenn sechs Zentralverbände der Gewerkschaften oder sechs kantonale Parteiorganisationen, die zusammen mindestens 20,000 zahlende Mitglieder umfassen, es verlangen.

Der Arbeiterkongreß entscheidet endgültig über die Auslösung von Massenaktionen.

Das zentrale Aktionskomitee setzt sich zusammen aus 15 vom Arbeiterkongreß gewählten Mitgliedern. Die Wahl geschieht auf Vorschlag der beteiligten Organisationen, und zwar fünf auf Vorschlag des Gewerkschaftsbundes, vier auf Vorschlag der sozialdemokratischen Partei, drei auf Vorschlag des Eisenbahnerkartells, die übrigen Mitglieder auf Vorschlag des Kongresses selbst.

Das Aktionskomitee ist dem Arbeiterkongreß verantwortlich. Es handelt nach Maßgabe der ihm vom Arbeiterkongreß übertragenen Kompetenzen.

Das erweiterte Aktionskomitee setzt sich zusammen aus den Mitgliedern

1. des zentralen Aktionskomitees,
2. des Gewerkschaftsausschusses,
3. des Parteivorstandes.

Das erweiterte Aktionskomitee tritt zusammen auf Beschluß des zentralen Aktionskomitees und beschließt endgültig, wenn aus irgendwelchen Gründen die Einberufung des allgemeinen Arbeiterkongresses nicht möglich sein sollte.

Die K o s t e n d e c k u n g erfolgt:

1. für die Delegationen an den Arbeiterkongreß und an die Sitzungen des erweiterten Aktionskomitees durch die abordnenden Organisationen;
2. für die übrigen Kosten auf dem Wege der Beitragshebung von den der Partei und dem Gewerkschaftsbund angehörenden Organisationen im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl.

VI.

Die auf dem Berner Kongreß vertretenen Organisationen haben innerhalb einer vom zentralen Aktionskomitee festzusetzenden Frist ihre Zustimmung oder Ablehnung zu diesen Beschlüssen zu erklären.

2. Schweizerischer Arbeiterkongress

22. und 23. Dezember 1918, im Volkshaus in Bern

Traktandenliste:

1. Wahl des Tagesbureaus;
2. Mandatprüfung;
3. Ernährungsamt;
4. Bericht über den Landesstreik (siehe gedruckter Situationsbericht);
5. Aufbau und künftige Aktion der Arbeiterbewegung;
6. Wahl des Aktionskomitees.

Anträge

A. Organisation.

1. Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern:

I.

Der Schweizerische Arbeiterkongress anerkennt die Notwendigkeit der Massenaktionen zur Wahrung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Die höchste Kraftentfaltung der Massenaktion ergibt sich durch den allgemeinen, diszipliniert und organisiert durchgeführten Streik. Der Massenstreik ist daher eine wichtige und notwendige Ergänzung der andern Kampfmittel, insbesondere dann, wenn wichtige Lebensinteressen der Arbeiterschaft verteidigt werden müssen.

II.

Massenaktionen setzen das Bestehen der für ihre Durchführung erforderlichen Organe voraus. Diese Organe sind:

1. der Allgemeine schweizerische Arbeiterkongress
2. das zentrale Aktionskomitee
3. das erweiterte Aktionskomitee.

Stenogramm der Verhandlungen

I. Sitzung

Sonntag den 22. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr.

Eröffnungsworte des Präsidenten.

C r i m m: Werte Genossinnen und Genossen! In einer wesentlich andern Situation als vor einem halben Jahre in Basel tritt heute der 2. Allgemeine Schweizerische Arbeiterkongreß zusammen. Handelte es sich in Basel darum, eine Aktion vorzubereiten und einzuleiten, so haben wir heute auf den durchgeführten Landesstreik zurückzublicken. Der Landesstreik hatte zur selbstverständlichen Folge eine Reaktion, die gegenwärtig durch das ganze Land geht, eine Reaktion, die sich nicht nur damit begnügt, die Truppen der Gegner zu sammeln und mit rücksichtslosen Verfolgungen gegen die Arbeiterschaft vorzugehen, sondern die mitten in deren Ausführung die Versprechungen, die sie in der Not gemacht hat, wieder aufhebt und damit zeigt, daß der Gegner aus der Vergangenheit nichts gelernt hat. Es ist in diesem Zusammenhang nicht meine Aufgabe, die politische Situation zu erörtern; ich verweise nur darauf, daß die geschlossene Reaktion von rechts einen geschlossenen Aufmarsch der Arbeiterschaft bedingt. Die Geschlossenheit dieses Aufmarsches wird nicht verhindern, daß alle Strömungen und Meinungen, die innerhalb der Bewegung vorhanden sind, zum Worte kommen, so daß die Kritik freien Lauf hat. Aber so wie in Basel schließlich der Ausklang des Kongresses in einem einmütigen Bekenntnis zu unsern Forderungen lag, so soll auch heute der gleiche Geist durch unsere Verhandlungen ziehen. Wir wollen auch aus diesem Kongreß mit neuer Kraft hervorgehen, um unsere Aufgabe zu erfüllen. Mit diesen wenigen Worten eröffne ich den Kongreß und frage zunächst an, ob Aenderungen an der Tagesordnung gewünscht werden.

S c h n e i d e r = B a s e l: Ich möchte Ihnen beantragen, das Traktandum 3, Ernährungsamt, an fünfter Stelle zu behandeln. Wir

sind der Meinung, daß insbesondere der Punkt 5 der gedruckten Tagesordnung, Aufbau und künftige Aktion der Arbeiterbewegung, geteilt werden sollte, und zwar erstens in eine grundsätzliche Stellungnahme zu den Kampfmitteln und zum Programm und dann in eine Stellungnahme zur Organisation. Ich möchte Sie bitten, dieser Venderung zuzustimmen, weil sie nach unserer Auffassung geeignet ist, die Erledigung der Geschäfte zu erleichtern. Sodann möchte ich den Antrag stellen, zur Vorberatung der verschiedenen Organisationsvorlagen sofort eine fünfgliedrige Kommission zu bestellen, die die Aufgabe erhalte, wenn möglich eine einheitliche Vorlage zu unterbreiten. Wir haben hier eine ganze Reihe von Anträgen, die sich mit der Organisation befassen. Es scheint mir unmöglich zu sein, diese Anträge einfach vom Kongreß diskutieren zu lassen. Es ist ja möglich, daß sich auch diese Kommission nicht einigen kann, aber dann wird ein Minderheits- und ein Mehrheitsantrag vorliegen, so daß wir nur zwei Anträge hätten.

G r i m m: Ich möchte Ihnen beantragen, diesen Antrag betreffend die Organisationskommission zurückzulegen, bis wir in die materielle Verhandlung eintreten. Was die Umstellung der Tagesordnung anbetrifft, so handelt es sich im Punkt 3 lediglich um eine Mitteilung, an die sich wahrscheinlich keine Diskussion knüpfen wird. Wir legen Wert darauf, diese Frage so rasch als möglich zu liquidieren und möchten bitten, die gedruckte Reihenfolge anzunehmen.

Bezüglich der Trennung des Traktandums 5 hat das Aktionskomitee die Auffassung, daß Sie zunächst einmal die Vorschläge des Aktionskomitees begründen lassen sollten. Wenn Sie nachher für notwendig finden, gesondert verhandeln zu lassen, so mögen Sie entscheiden. Wir sind nicht in der Lage, gesondert Bericht zu erstatten, und deswegen wird die Frage erst dann akut werden, wenn unsere Referate vorbei sind.

Der Antrag Schneider auf Umstellung der Tagesordnung wird mit 178 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

F l g: Ich möchte Ihnen beantragen, den Antrag Schneider auf Einsetzung einer Organisationskommission abzulehnen. Wir müssen doch zunächst einmal die Diskussion anhören, bevor wir eine Kommission einsetzen können, die die Anträge bereinigen soll. Wir wissen gar nicht, was der Kongreß für eine Meinung hat. Wenn wir eine Kommission einsetzen, die wiederum einen oder mehrere Anträge vorbereitet, dann haben wir nur ein paar Anträge mehr und gleichwohl eine Diskussion.

P l a t t e n - B ü r i c h: Ich verstehe den Genossen Flg nicht recht, der zuerst die Stimmung des Kongresses feststellen lassen will, bevor eine Kommission eingesetzt wird. Es steht für jeden, der lesen kann, fest, daß zwei Meinungen vorherrschen. Die eine geht dahin, es sei

der alte Zustand zu belassen, Aktionskomitee, Parteivorstand und Gewerkschaftsausschuß. Eine andere Meinung geht dahin, daß der Arbeiterkongreß für sich beanspruchen soll, ein unabhängiges Aktionskomitee zusammenzusetzen. Ich halte dafür, daß es sehr zweckmäßig wäre, wenn man darüber rasch in einer Kommission zu einer Einigung gelangen würde, oder wenn nicht, daß eine Mehrheit und eine Minderheit je einen Antrag stellt. Dadurch können verschiedene der gestellten Anträge aus der Diskussion ausgeschaltet werden.

Graber: Je crois, camarades, que ce que Schneider et Platten proposent, le Comité d'action l'a fait hier. Hier il a pris toutes les propositions présentées venant de tous les milieux, de tous les côtés; il a cherché à centraliser toutes ces propositions pour présenter une proposition commune qui s'inspirerait passablement de tout ce qu'elle pourrait s'inspirer, si bien que cette commission que vous voudriez nommer, c'est le Comité d'action qui a fait en bonne partie le travail que vous cherchez et que vous nous proposez. Si, ensuite du travail de ce matin on s'aperçoit que les propositions du Comité d'Olten, majorité et minorité, ne peuvent pas réunir l'assentiment général, il sera assez tôt alors de chercher à nommer une commission qui cherchera une nouvelle unité, mais la proposition du Comité d'Olten, arrêtée hier après-midi, répond en principe aux vœux de Schneider et Platten.

Graber: Ich glaube, daß das, was Schneider und Platten beantragen, das Aktionskomitee gestern getan hat. Es hat alle Anträge, die von allen möglichen Landesteilen einliefen, geprüft und versucht, die darin enthaltenen Meinungen in einem gemeinsamen Antrag zu formulieren. So hat es schon einen großen Teil der Arbeit geleistet, die Sie uns vorschlagen. Wenn es sich dann im Verlaufe des heutigen Morgens zeigt, daß die Anträge des Aktionskomitees, jeiner Mehrheit und Minderheit, nicht den allgemeinen Beifall finden, bleibt immer noch Zeit genug, eine Kommission zu bestimmen, die eine neue Formulierung suchen soll, aber die Anträge des Aktionskomitees entsprechen im Prinzip dem, was Schneider und Platten wünschen.

Schwarzenbach = Basel: Jeder einfache Arbeiter sieht ohne weiteres den Vorteil des Antrages des Genossen Schneider ein. Sie haben eine Anzahl von Anträgen gedruckt vor sich. Sie sehen, daß sich verschiedene derselben zum Teil decken. Da ist es logisch, daß diese Anträge durch eine Kommission bereinigt werden. Wir sparen in der Diskussion sehr viel Zeit. Wenn Genosse Graber uns mitteilt, daß das Aktionskomitee nach dieser Richtung hin bereits tätig war und uns einen bereinigten Antrag vorlegen wird, so soll das Aktionskomitee diesen Antrag der Kommission ebenfalls mitteilen;

im Sinne der Ausführung der Genossen Schneider und Platten möchte ich Sie dringend ersuchen, diesen Antrag anzunehmen.

In der Abstimmung wird der Antrag Schneider mit Mehrheit angenommen.

Wahl der Organisationskommission.

In offener Abstimmung werden gewählt: Schultheß = Zürich mit 268 Stimmen, Maine = Lausanne mit 251 Stimmen, Dübby = Bern mit 205 Stimmen, Platten = Zürich mit 192 Stimmen, Schneider = Basel mit 189 Stimmen, Heeb = Winterthur mit 185 Stimmen, Welte = Basel mit 182 Stimmen. Weitere Stimmen erhalten: Huber = Rorschach 173, Schneiter = Zürich 171 und Spillmann = Locle 130 Stimmen. Als Präsident dieser Kommission wird bezeichnet: Schneider.

Herrmann = Zürich: Ich stelle den Antrag, die bürgerliche Presse auszuschließen. Wenn wir von Zürich aus diesen Antrag stellen, so geschieht es nicht deshalb, weil wir die Oeffentlichkeit scheuen. Wir wissen ganz genau, daß die Arbeiterschaft vor die Oeffentlichkeit treten darf. Der Ausschluß der bürgerlichen Presse von den heutigen Verhandlungen soll eine Strafe dafür sein, daß sie Tag für Tag kübelweise Schmutz über die Arbeiterschaft ausgießt. Wenn wir sehen, wie wir in der Landpresse behandelt werden, so müssen wir uns sagen, daß die Vertreter der bürgerlichen Presse keinen Platz bei uns haben. Diese Blätter werden deshalb gleichwohl ihre Berichte erhalten. Woher sie das Material holen, das kann uns gleichgültig sein.

Grimm: Das Aktionskomitee stellt den Gegenantrag. Wir haben keine Geheimnisse vor der Oeffentlichkeit. Wenn man sich gegenseitig die Köpfe waschen will, so kann man das vor aller Welt tun.

Graber: Au nom du Comité d'action je vous demande de repousser cette proposition, parce qu'elle diminuerait la valeur de notre congrès. Ce serait abaisser l'esprit, la signification de notre congrès. Nous savons et l'avons proclamé, la presse bourgeoise n'a répandu depuis deux ou trois mois que des mensonges et des calomnies, et nous demandons que pour que la vérité se fasse jour, il n'y ait pas ici de secret, mais que nous travaillions en pleine lumière, afin que la presse bourgeoise puisse savoir comment nous travaillions et agissons entre nous. (Bravos.)

Graber: Im Namen des Aktionskomitees beantrage ich Ihnen, diesen Antrag abzulehnen, weil er den Wert unseres Kongresses herabsetzen würde. Wir wissen es und haben es gesagt, daß die bürgerliche Presse seit zwei oder drei Monaten nur mit Lügen

und Verleumdungen gegen uns arbeitet, und deshalb verlangen wir, daß wir heute nicht im geheimen, sondern im vollen Lichte der Öffentlichkeit arbeiten, damit sich die bürgerliche Presse selbst überzeugen kann, wie wir unter uns handeln und arbeiten. (Bravorufe.)

Der Antrag Herrmann wird mit großer Mehrheit verworfen.

1. Wahl des Tagesbureaus.

R o p p = Zürich: Ich beantrage die Bestellung eines neutralen Tagesbureaus. Dieser Antrag soll nicht die Bedeutung haben, daß dem Aktionskomitee von vornherein ein Mißtrauensvotum erteilt wird, aber nachdem sich dasselbe gewissermaßen in Anklagezustand befindet (Dhoruse), so gehört es vorerst wenigstens nicht an diesen Vorstandstisch. Wir schlagen Ihnen vor, die Genossen Welti-Basel, Heeb-Winterthur, Münch-Bern, Hubacher-Genf und Meier-Zürich. Als Uebersetzer schlagen wir Ihnen vor die Genossen Suggler und Ribi.

R e i n h a r d = Bern: Ich möchte Ihnen beantragen, das Aktionskomitee als Tagesbureau zu bestimmen, nicht deswegen, weil ich das widerlegen möchte, was Genosse Kopp soeben gesagt hat, ob schon es merkwürdig ist, daß man erklärt, das Aktionskomitee solle kein Mißtrauensvotum erhalten, aber dann doch wieder erklärt, es sei in Anklagezustand versetzt. Es kommt einzig und allein darauf an, daß diejenigen, die die Leitung des Kongresses zu übernehmen haben, die Geschäfte kennen. Wir helfen sehr viel zu einer ruhigen und sicheren Erledigung unserer Geschäfte, wenn wir das Aktionskomitee, das in die Arbeit eingeschossen ist, zugleich als Tagesbureau bestimmen.

G r e u l i c h = Zürich: Es war in alten Zeiten Grundsatz, und es sollte gegenwärtig noch unser Prinzip sein, daß wir in erster Linie Solidarität üben mit denen, die von der bürgerlichen Seite am schärfsten angefochten sind. Die Angabe, das Aktionskomitee sei im Anklagezustand, und es müsse ein neutrales Tagesbureau gewählt werden, scheint mir nicht richtig zu sein, nachdem für das sogenannte neutrale Bureau Personen vorge schlagen werden, die gerade das Aktionskomitee stark angegriffen haben. Ist das neutral? Wer ist überhaupt hier neutral? Jeder hat seine Meinung, und es wird sich herausstellen, was der Arbeiterkongreß daraus zustande bringt. Vielleicht eine Einigung; ich möchte es wünschen, wenn man für die Zukunft etwas erreichen will. Aber in erster Linie sage ich, daß die Mitglieder des Aktionskomitees gegenwärtig die bestgehafteten Personen sind, die von der Militärjustiz am ärgsten beim Widel genommen werden. Da wollen wir einen Arbeiterkongreß beginnen, in dem wir diese Personen sofort desabouieren? Das ist kein Arbeiterkon-

groß, das ist ein Kongreß von Sektierern. Ich beantrage die Wahl des Aktionskomitees als Tagesbureau.

Dr. Schmid = Winterthur: Ich halte dafür, daß es sich hier bei diesem Traktandum nicht darum handeln kann, ob sich das Aktionskomitee im Anklagezustand befindet oder nicht, sondern darum, wer das Traktandum 4, Bericht über den Landesstreik, entscheidet. Dort wird es zum Ausdruck kommen, ob das Aktionskomitee noch das Vertrauen des Kongresses besitzt. Deshalb fällt, wie ich glaube, die Argumentation des Genossen Greulich dahin, daß es sich hier um eine Solidaritätskundgebung zugunsten der angegriffenen Genossen im Aktionskomitee handelt. Das Aktionskomitee kann die Geschäfte nicht leiten, weil, wie die ganze Presse bezeugt hat, seinerzeit die gesamte sozialistische Presse die Haltung des Aktionskomitees während des Landesstreiks, namentlich bei dessen Abbruch nicht gebilligt hat. Das Komitee hatte die Stimmung der Arbeiterschaft nicht für sich. Es liegt sehr viel daran, wer heute die Leitung führt. Wir müssen Genossen in die Leitung des heutigen Kongresses berufen, die in keiner Weise in dieser Frage interessiert sind. Die vorgeschlagenen Genossen sind sicher in dieser Frage nicht in dem Maße beteiligt wie die Genossen des Aktionskomitees. Schon mit Rücksicht auf die Stimmung, die heute noch in großen Kreisen der Arbeiterschaft herrscht, möchte ich Ihnen vorschlagen, diese Genossen zu wählen, damit auch nicht der Vorwand gegeben ist, als sollte durch die Wahl des Aktionskomitees dokumentiert werden, daß eine freie Aussprache und Kritik nicht im gewünschten Maß möglich sei.

Grimm: Dem Genossen Dr. Schmid möchte ich entgegenen, daß es sich für uns nicht darum handelt, die Leitung zu behalten, um der Kritik Einhalt gebieten zu können. Wir weisen diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück.

Platten = Zürich: Man hat schon versucht, hier im Kongreß Märtyrer zu stempeln, bevor sie es wirklich sind. Vorläufig sind weder die Genossen des Aktionskomitees noch ich, noch irgendein anderer Genosse hinter Schloß und Riegel. Ob das noch kommen wird, weiß ich nicht; es gibt Leute, die meinen, das werde bestimmt der Fall sein, und zwar gehörig; wieder andere sind der Meinung, daß das Gegenteil eintreten werde. Dem Genossen Greulich sage ich, daß wir gestern ein Telegramm erhalten haben, wonach zwei Genossen zu fünf und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden sind, weil sie einen Streikbrecherzug aufgehalten haben. Vorläufig greift man leider nach den Schwachen, nach den Arbeitern. Da sage ich, daß dann die Arbeiter erst recht zeigen müssen, daß sie gewillt sind, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzufahren. Es ist eine Entwürdigung des Kongresses, wenn man den Anschein erwecken will, daß andere Genossen als diejenigen

des Aktionskomitees nicht in der Lage seien, den Kongreß zu leiten. Ein Genosse Dr. Welti wird in der Lage sein, die Geschäfte objektiv zu leiten. Wenn das Aktionskomitee zu sprechen hat, wird ihm der Präsident das Wort erteilen. Wir von der Opposition müssen uns auch bequemem, hier unten zu sprechen und uns streng nach den Weisungen des Präsidenten zu richten. So wie wir anlagen, müssen die andern antworten.

Viret: J'avais renoncé à la parole, parce que Greulich avait dit ce que je voulais dire en ce moment-ci. Alors que nos camarades du Comité d'action d'Olten sont violemment attaqués et rendus responsables des derniers événements nous devons à nous-mêmes, ouvriers, de démontrer à la bourgeoisie que nous n'allons pas les abandonner. Je crois qu'elle ne manquerait pas d'interpréter comme un abandon le fait que nous changerions de bureau, que nous en nommerions un autre et par conséquent, je propose que le Comité d'action d'Olten subsiste comme bureau du congrès.

Viret: Ich habe auf das Wort verzichtet, weil Greulich gesagt hat, was ich im gleichen Augenblick sagen wollte. Weil unsere Genossen aus dem Aktionskomitee unausgesetzt angegriffen und für die letzten Ereignisse verantwortlich gemacht werden, sind wir es uns selbst schuldig, dem Bürgertum zu zeigen, daß wir sie nicht preisgeben. Ich glaube, daß es nicht an Interpreten fehlen würde, die es als Verdammung ansehen, wenn wir das Bureau ändern und ein anderes wählen. Deshalb beantrage ich Ihnen, das Oltener Aktionskomitee als Tagesbureau zu bestellen.

Der Antrag R o p p wird mit 212 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

Das Aktionskomitee ist somit als Tagesbureau bezeichnet. Als Stimmzähler werden ernannt: *Viret*=Lausanne, *Sandoz*=Chaux-de-Fonds, *Spillmann*=Vocle, *Bühler*=Basel, *Küegg*=Zürich, *Braunschweig*=Solothurn. Als Ueberseher amten die Genossen *Huggler*=Zürich, *Hubacher*=Genf und *Ribi*=Lausanne.

2. Wahl der Mandatprüfungskommission.

In offener Wahl werden zu Mitgliedern der Mandatprüfungskommission gewählt die Genossen: *Allgöwer*=Luzern, Präsident, *Belina*=Bern, *Wickel*=Zürich, *Bluest*=Basel, *Bollinger*=Rüti, *Cosandey*=Chaux-de-Fonds, *Hubacher*=Genf, *Platten*=Zürich und *Tamò*=Bellinzona.

Marti=Zürich: Ich fühle mich verpflichtet, bei diesem Traktandum das Wort zu ergreifen. Die Sektion Zürich des Schweizerischen Typographenbundes hat meine Wenigkeit zu dem heutigen

Kongreß delegiert. Die Sektion hat vom Zentralkomitee das Mandat verlangt, welches uns verweigert wurde mit der Motivierung, daß das Zentralkomitee in corpore an diesem Kongreß teilzunehmen habe. Das scheint mir kein Gebaren zu sein, daß das Zentralkomitee an einem Kongreß teilnimmt, während eine Sektion von 900 Mitgliedern wie die Sektion Zürich keine Vertretung erhalten soll. Gegen dieses Gebaren protestiere ich.

G r i m m : Der Kongreß kann diese Frage nicht entscheiden; die Wahlart ist den Verbänden freigestellt.

3. Ernährungsamt.

G r i m m : Wir haben Ihnen folgende Mitteilung zu machen: Wir haben seinerzeit beschlossen, eine Delegation in die eidg. Ernährungskommission zu wählen. Diese Delegation bestand bei einem Mitgliederbestand der Kommission von 10 Personen aus 3 Mitgliedern. Die Kommission ist nachher vom Bundesrat auf 13 Mitglieder erweitert worden, ohne daß uns eine vermehrte Vertretung eingeräumt wurde. Wir haben erklärt, daß wir unter diesen Umständen die Mitarbeit in dieser Kommission nicht aufnehmen, weil wir das Verhalten des Bundesrats als einen Bruch des gegebenen Versprechens betrachten. Die Kommission ist dann nachher abermals um 2 Mitglieder erweitert worden, und man hat erklärt, daß diese 2 Mitglieder von uns vorgeschlagen werden können, daß also unsere Vertretung bei einer Gesamtmitgliederzahl von 15 auf 5 Mitglieder gestiegen wäre. Für die zwei weiteren Mandate haben wir vorgeschlagen: Raine-Genf und Huggler-Zürich.

Inzwischen kam der Landesstreik. Der Sprechende sah sich veranlaßt, aus Gründen, die er hier nicht weiter entwickeln will, die Mitgliedschaft in dieser Kommission niederzulegen. An seine Stelle wurde Graber Chaux-de-Fonds vorgeschlagen. Der Bundesrat hat nun zwei unserer Vorschläge akzeptiert, den dritten, den Genossen Huggler hingegen abgelehnt, und zwar wie wir erfahren haben, aus dem Grunde, weil Huggler beim Landesstreik eine aktive Rolle gespielt habe. An Stelle des Genossen Huggler ist Otto Lang-Zürich gewählt worden. Das Aktionskomitee ist einstimmig der Auffassung, daß wir uns diese Art und Weise der Behandlung nicht gefallen und unser Selbstbestimmungsrecht durch den Bundesrat nicht rauben lassen, so wenig wie durch irgendeine andere bürgerliche Behörde. Wir erklären uns mit dem nicht gewählten Genossen Huggler solidarisch und sagen, daß solange unsere Vorschläge nicht restlos berücksichtigt sind, kein Mitglied einer Arbeiterorganisation, sei es Partei oder Gewerkschaft, in der Ernährungskommission mitwirken darf. Das ist der einstimmige Antrag des Aktionskomitees.

Der Antrag des Aktionskomitees wird stillschweigend genehmigt.

4. Bericht über den Landesstreik.

G r i m m: Das Aktionskomitee hat Ihnen einen gedruckten Bericht erstattet. Im Interesse der Zeitersparnis halten wir es für überflüssig, diesen Bericht mündlich noch zu ergänzen. Wir stellen ihn ohne weiteres zur Diskussion und sind selbstverständlich bereit, auf etwaige Anfragen die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Bevor wir zur Diskussion übergehen, möchte ich Ihnen noch das auf dem Basler Kongreß genehmigte *G e s c h ä f t s r e g l e m e n t* in Erinnerung rufen, das wie folgt lautet: Redezeit für Referenten 1 Stunde, für Diskussionsredner 15 Minuten. Uebersetzung für Anträge wörtlich, Voten summarisch, Wortmeldungen und Anträge sind schriftlich einzureichen. Stimmberechtigt ist nur, wer im Besitz der Delegiertenkarte ist.

N a i n e: Je propose que les rapporteurs n'aient pas une heure, c'est beaucoup trop, mais au plus une demi-heure.

N a i n e: Ich beantrage, daß die Referenten nicht eine Stunde Zeit erhalten, das ist zuviel, es genügt im Maximum eine halbe Stunde.

G r i m m: Einverstanden.

Es wird so beschlossen.

S c h w a r z e n b a c h = B a s e l: Ich möchte feststellen, daß ein großer Teil der Delegierten nicht im Besitz des Berichtes ist.

G r i m m: Der Bericht ist sämtlichen Organisationen zugestellt worden. Wenn die Organisationen es nicht für nötig gefunden haben, ihn den Delegierten zuzustellen, so ist das nicht unsere Schuld. Wenn uns der Kongreß die nötigen Mittel bewilligt, so werden wir in Zukunft jedem Delegierten einen solchen Bericht zur Verfügung stellen.

V i r e t: Les organisations romandes et du Tessin n'ont pas reçu le rapport du Comité d'Olten et n'en ont pas eu connaissance.

V i r e t: Die welschen Organisationen und die Tessiner Genossen haben den Bericht des Oltener Aktionskomitees nicht erhalten und haben so keine Kenntnis von ihm.

D r. W e l t i = B a s e l: Ich muß feststellen, daß die Partei Baselstadt ebenfalls keinen Bericht erhalten hat.

G r i m m: Das Aktionskomitee hat beschlossen, den Bericht jeder Organisation zuzustellen. Das Sekretariat hat einen entsprechenden Auftrag erhalten. Ich möchte anfragen, ob die Parteileitung die Berichte erhalten hat.

S c h w a r z e n b a c h = B a s e l: Man braucht nun darüber nicht mehr weiter zu diskutieren; ich bin überzeugt, daß das Aktionskomitee hier seine Pflicht getan hat. Wir wissen auch alle, wie der Streik

verlaufen ist und können daher sehr wohl über seinen Verlauf diskutieren.

Dr. Welti = Basel: In dieser Zeit der Verfolgungen ist es sehr wohl möglich, daß die Bundesanwaltschaft diese Berichte mit Beschlag belegt hat. Es wäre vielleicht angebracht, dort nachzufragen. Es wird aber auch gesagt, daß der Bericht gestern am Parteitag verteilt worden sei.

Noß = Zürich: Das hervorragendste Kennzeichen des Aktionskomitees vor der Auslösung des Kampfes, bei der Auslösung desselben, während des Generalstreiks und bei seinem Abschluß scheint mir das gewesen zu sein: Ein Mangel an Vertrauen in den Kampfwillen und die Durchhaltekraft der schweizerischen Arbeiterschaft. So ist es gekommen, daß der Generalstreik eigentlich gegen den Willen des Aktionskomitees herausgewachsen ist aus einem Kampf, den man lediglich als einen halbtägigen Proteststreik aufgefaßt hat. Das Aktionskomitee hat sich darin getäuscht, daß es nicht glauben konnte oder wollte, daß die Arbeiterschaft sich nicht begnügen würde mit einer bloßen Manifestation, mit einer Kundgebung des Protestes, sondern daß die Arbeiterschaft gewillt war, das, was das Aktionskomitee so oft in Aussicht gestellt hatte, womit es so oft gedroht hatte, endlich in die Tat umzusetzen und für positive Arbeiterforderungen in den Kampf zu treten.

So war es nicht verwunderlich, daß dann diese gewaltige Wucht und Einheitlichkeit bei der Auslösung des Kampfes für das Aktionskomitee selbst eine Ueberraschung war, ebenso wie die Geschlossenheit, die während des ganzen Kampfes bestand. Aber schon während des Kampfes zeigte es sich, daß das Aktionskomitee bald wieder begann, die Situation in einem ungerechtfertigten Maße pessimistisch zu beurteilen. In einem Zeitpunkt, da von einem Abbröckeln und Nachlassen noch gar keine Rede sein konnte, erhielten wir Berichte aus Bern, es stehe schlecht, wir könnten es nicht mehr länger aushalten, die Situation werde immer bedenklicher. Wie dann später in der offiziellen Mitteilung gesagt worden ist, hat das Aktionskomitee so untergeordneten Momenten wie dem, daß ein Teil des V. S. E. N. abzubröckeln begann, namentlich in den Beamtenkategorien, eine Bedeutung beigemessen, die diesem Umstande in keiner Weise zukam, denn es war vor Beginn des Kampfes ganz selbstverständlich damit zu rechnen, daß in einem solchen Großkampf die eine oder andere Position verlorenging, daß sich der eine oder andere Außenposten nicht lange werde behaupten können.

Was mich nun speziell veranlaßt, das Wort zu ergreifen, das ist die Motivierung des Abbruchs des Kampfes, wie sie in dem Bericht des Aktionskomitees enthalten ist: „Die Weiterführung des Kampfes hätte die Umwandlung des Landesstreiks in den revolutionären Gene-

ralstreik bedingt. Die Arbeiter waren unbewaffnet, man hätte auf den Uebergang eines Teils der Truppen zu der Arbeiterschaft rechnen müssen, wollte man den Gegner zu Boden werfen.“ Ich bestreite entschieden, daß es keinen andern Ausweg gab, als: Entweder Bürgerkrieg oder Abbruch des Streiks. Ich behaupte, daß mit den gleichen Mitteln, mit denen der Kampf begonnen worden ist, dieser Kampf auch hätte weitergeführt werden können; ich behaupte, daß es nicht nur diesen einzigen Ausweg gab, entweder Bürgerkrieg oder Kapitulation. Wir haben die praktische Erfahrung dafür an jenen Orten gemacht, wo das Militär nicht erst am Dienstag oder Mittwoch kam, sondern wo man es schon acht Tage zuvor hatte, wo die Straßen, wie in Zürich, schon acht Tage zuvor mit Militär angefüllt waren und wo die Arbeiterschaft unbekümmert darum den Kampf in der gleichen legalen Weise weitergeführt hat, wie er begonnen worden ist. Dies ist also ein Trugschluß, lediglich zu dem Zweck aufgestellt, um den verfrühten Kampfabbruch des Aktionskomitees zu rechtfertigen, und zwar mit dem Schreckgespenst des Bürgerkriegs zu rechtfertigen, daß das Aktionskomitee den Kampf in einem Moment abgebrochen hatte, da er in keiner Weise als verloren gelten konnte, da in der Arbeiterschaft die Kraft und die Mittel vorhanden gewesen wären, den Kampf weiterzuführen. Wenn diese Auffassung des Aktionskomitees richtig wäre, so ergäbe sich daraus eine weittragende Konsequenz für die folgenden Kämpfe. Wenn es nur noch zwei Alternativen geben kann: Entweder Bürgerkrieg oder Abbruch des Kampfes, so ist die Konsequenz dann die, daß man auf die Anwendung des Kampfmittels des Generalstreiks überhaupt verzichtet, denn wenn wir nicht in der Lage sind, den Kampf unter den Bedingungen und Verhältnissen weiterzuführen, wie sie uns gegeben sind, dann ist es selbstverständlich, daß wir auch in Zukunft einen Kampf, einen Generalstreik nicht werden führen können, weil die Voraussetzungen nicht da sind und das Bürgertum dafür sorgen wird, daß sie unter allen Umständen nicht eintreten. Wenn die Begründung des Aktionskomitees richtig ist, dann haben wir überhaupt auf das Kampfmittel des Generalstreiks zu verzichten.

Diese Begründung des Aktionskomitees ist aber für uns unannehmbar. Diese Begründung tut selbst am allerbesten dar, wie unbegründet, wie haltlos der Abbruch des Streiks war, mitsamt der Motivierung, die das Aktionskomitee diesem Schritt gegeben hat. Ich kann auch gar nicht verstehen, daß die Genossen im Aktionskomitee sich so täuschen konnten über die Haltung der Truppen. Es war doch selbstverständlich, daß nicht diejenigen Truppen aufgeboten würden, die sich aus industriellen Gegenden rekrutieren. Damit war von allem Anfang an zu rechnen; so dumm sind die Leute nicht. Wie kann man sich in einer solchen Sache täuschen. Es war von Anfang an selbstverständlich, daß man die Bauernjungen aus den reaktionärsten Gegenden des Landes in die Städte rufen werde; es war selbstverständlich,

daß diese Truppen nicht mit uns gemeinsame Sache machen würden; es war selbstverständlich, daß der Ruf des Aktionskomitees nach Bildung von Soldatenräten keine Wirkung haben werde. Darauf kam es gar nicht an. Bei Weiterführung des Kampfes kam es darauf an, ob die Arbeiterschaft in der Lage war, einmal die Maßregeln, die das Bürgertum gegen sie verhängte, auszuhalten und den Kampf unbeirrt in dieser gleichen imposanten Weise ohne irgendwelche Provokation weiterzuführen, ohne sich irgendwie zu Mißgriffen verleiten zu lassen.

Was hatte die Arbeiterschaft während der Dauer des Streiks nun schon hinter sich? Sie hatte es hingenommen, daß man sie in der unerhörtesten Weise verleumdete, daß eine Schmutzflut von Verleumdungen und Beschimpfungen sich über sie ergoß; sie hat es ertragen, daß man ihre Versammlungen verbot, daß man ihre Kundgebungen auflöste. Sie hat den Belagerungszustand ertragen; auch dieser vermochte nicht, die Weiterführung des Kampfes zu verunmöglichen. Sie hat es hingenommen, daß schon am Montag abend in Zürich die Truppen mit Handgranaten ausgestattet wurden, daß ihnen der Befehl erteilt wurde, bei der kleinsten Widerseßlichkeit sofort auf das Publikum zu schießen. Die Disziplin und Geschlossenheit der Arbeiterschaft war eine so glänzende, daß sie sich nicht im mindesten irgendwie provozieren ließ.

Es kamen weitere Provokationen, es kam die Militarisierung der Eisenbahner, es kamen die Verhaftungen der Eisenbahner, es kam dazu, daß man ihnen polizeilich die Aufgebote zustellte, daß man sie zu Duzenden abholte. Sie ertrugen das; die Eisenbahner standen da wie aus Stahl; sie haben in keiner Weise nachgegeben, obwohl gerade auf ihnen die Hauptlast des Kampfes ruhte. Es kam das Streikpostenverbot. Auch das hätte in keiner Weise, sowenig wie die Versuche, etwa mit Streikbrechern da oder dort ein Züglein zu führen, eine Bresche geschlagen. Man hätte die Bürgerlichen ruhig diese Versuche fortsetzen lassen können, es wäre nicht möglich gewesen, mit diesen kleinlichen Mitteln auch nur irgendwie die Volkswirtschaft wieder zu mobilisieren entgegen dem Willen der feiernden Arbeiterschaft. Das war das entscheidende, das muß den Ausschlag geben für die Beurteilung der Frage, ob wir in der Lage gewesen wären, den Kampf in der gleichen Weise weiterzuführen oder nicht.

Darum sage ich, daß der Kampf abgebrochen worden ist entgegen dem Willen der streikenden Arbeiterschaft, auch entgegen der Stimmung, die in derselben herrschte. Das Aktionskomitee hat auf das Ultimatum des Bundesrats in einem Moment kapituliert, da die Voraussetzungen in keiner Weise gegeben waren. Man soll nicht sagen, daß man dann den Streik noch wochenlang hätte führen müssen. Wir haben ja nur zwei Tage gestreikt. Von welcher enormen Bedeutung mußte es sein, zu wissen, ob die Arbeiterschaft in der Lage

war, noch einen oder zwei Tage auszuhalten. Es ist meine Ueberzeugung, daß sie das fertiggebracht hätte, daß sie das konnte. Man muß nur sehen, wie nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande draußen die Haltung der Arbeiterschaft derart war, daß sie selbst die weitestgehenden Erwartungen bei weitem übertraf.

Die Arbeiterschaft hatte eben die Sache anders aufgefaßt. Das Aktionskomitee hatte seinen Streikaufruf mit den Worten geschlossen: „Kämpfend siegen oder sterbend untergehen.“ Nach zwei Tagen haben die Genossen den Kampf abgebrochen, sie haben weder kämpfend gesiegt, noch sind sie sterbend untergegangen, sondern sie sind lebend nach Hause gefahren. (G r i m m: Zu eurem Leidwesen! Heiterkeit.) Sowohl. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß eine Führung, die einer solchen Truppe, einer Arbeiterschaft mit einem solchen Kampfwillen vorzustehen hatte, auf ein Ultimatum des Bundesrates zusammenklappte. Selbst wenn weitere Maßnahmen dahinterstanden, selbst wenn die angedrohten Maßnahmen, wie Verhaftungen etc., verfügt worden wären, so hätte das nie geschehen dürfen, daß man die Waffen streckte. Der Zeitpunkt dazu war noch nicht gekommen. Ich behaupte, daß wenn die Arbeiterschaft den Kampf weitergeführt hätte, wenn sie in ihren Hauptkontingenten vielleicht noch 1—2 Tage ausgeharrt hätte, bei den Eisenbahnern, in den Städten, in den hauptsächlichsten industriellen Gegenden des Landes, daß dann der Streik einen andern Ausgang genommen hätte. Die Eisenbahner hätten heute ihren Achtstundentag, sie hätten weitgehende Zusagen bezüglich der weitem Forderungen. Auch die übrigen, die politischen Forderungen der Arbeiterschaft wären nicht in dieser Weise zurückgewiesen worden, wie das nun der Fall ist.

Ich bin am Schlusse. Ich will nur noch das sagen, daß ein bürgerlicher Berichtstatter, der im Bundeshaus gute Ohren hat und dort das Gras wachsen hört, daß Redaktor von Ernst im „Vaterland“ am Tage nach dem Streikabbruch geschrieben hat, daß man sich nicht täuschen solle über das Neuzerliche der bürgerlichen Front, wie es sich im Nationalrat präsentiert habe, daß dort die innere Front im Schwanken war, daß es Momente gab, sowohl im Bundesrat wie in den bürgerlichen Fraktionen, wo starke Stimmen sich dahin vernehmen ließen: „Wir müssen unterhandeln, wir müssen einen Kompromiß machen, wir können die Geschichte nicht so weitergehen lassen.“ Das deutet uns an, daß unser Kampf dort oben gewirkt hat. Die Weiterführung des Kampfes, Andauern, Ausharren, das hätte uns auch zu einem andern Erfolge geführt und führen müssen, als wir ihn heute haben. Darum sage ich, daß die Haltung des Aktionskomitees inkonsequent war, daß es schwere Fehler begangen hat und daß der bemühende und klägliche Ausgang der Aktion in der Hauptsache auf sein Konto fällt.

Suggler = Zürich: Wenn Nobs behauptet, das Aktionskomitee hätte den Kampfwillen der Arbeiterschaft unterschätzt, so ist die Behauptung ebenso unrichtig, wie wenn er behauptet, daß das Aktionskomitee den Willen der Arbeiterschaft zur Fortsetzung des Kampfes unterschätzt habe. Das Aktionskomitee hat beständig unter dem Druck des Kampfwillens der Arbeiterschaft gestanden, sowohl im Momente, da es seinen Beschluß faßte, den Proteststreik in den allgemeinen Landesstreik übergehen zu lassen, und es war sich auch in dem Momente des Kampfwillens der Arbeiterschaft bewußt, wenigstens ihres größern Theils, als es die Parole zum Abbruch des Kampfes ausgab. Wenn das Aktionskomitee sich unzweifelhaft in etwas getäuscht hat, so in der ungeheuren Reaktion, die der Landesstreik in der Bourgeoisie und in der Bauernschaft ausgelöst hat. Ich gebe zu, daß das Aktionskomitee diese Gegenaktion der Bourgeoisie auf diesem Gebiet in ihrer Bedeutung unterschätzt hat. Das ist aber der einzige Vorwurf, den ich nach dieser Richtung hin gelten lassen kann.

Wenn Nobs weiter erklärt, wir hätten die Parole zum Abbruch des Streiks gegeben, bevor auch nur von irgendwoher Berichte über ein Abbröckeln des Streiks gekommen seien, so muß ich feststellen, daß Nobs hier eine Behauptung aufstellt, die er nicht imstande wäre, irgendwie zu beweisen. Nobs war über die allgemeine Situation im Moment des Beschlusses auf Streikabbruch ebensowenig genau unterrichtet wie wir oder jedenfalls noch weniger genau als das Aktionskomitee. Wir haben zunächst feststellen müssen, daß volle zwei Tage aus allen Teilen der Schweiz Anfragen gekommen sind, wie es stehe, was gehe, wie die Situation sei; eine Tatsache, die darauf schließen ließ, daß eben doch, trotz des Kampfwillens und der Kampflust, eine gewisse Nervosität und Unsicherheit bei vielen Genossen vorhanden war. Diese Tatsache allein hätte aber nicht genügt, um das Aktionskomitee den Abbruch des Streiks beschließen zu lassen. Ich will damit nur zeigen, daß Nobs die Situation jedenfalls nicht richtig eingeschätzt hat. Zudem haben wir von verschiedenen Orten Berichte erhalten, ob sie richtig oder falsch waren, das konnten wir nicht kontrollieren, die darauf schließen ließen, daß eine Fortführung des Streiks an diesen Orten unter verstärktem Gegendruck der Bourgeoisie zu Abbröckelungen und damit zu einem Konflikt innerhalb der Arbeiterschaft selbst geführt hätte. Da war das Aktionskomitee der Meinung, daß wir es nicht darauf ankommen lassen dürfen, wenn abgebrochen werden müsse, müsse es noch in einem Momente geschehen, da die Arbeiterschaft noch einig ist, da wir unter keinen Umständen Streitigkeiten unter der Arbeiterschaft selbst heraufbeschwören dürfen.

Nun erklärt Nobs weiter, es sei nicht richtig, daß aus dem Streit ein Bürgerkrieg hätte entstehen müssen. Er erklärt das für unrichtig, weil die Arbeiterschaft gewillt gewesen sei, sich von keinen Provoka-

tionen hinreißen zu lassen. Auch das weiß Nobs nicht genau; das mag in Zürich zugetroffen haben, aber an andern Orten haben wir den Beweis dafür gehabt, daß speziell die Arbeiterschaft sich hatte provozieren lassen.

Wir haben ferner damit rechnen müssen, daß bei einer allfälligen Verstärkung des Drucks, namentlich wenn einmal nicht nur das zentrale, sondern auch einige lokale Aktionskomitees verschwunden gewesen wären, wenn die Versammlungslokale gesperrt gewesen wären, keine Möglichkeit mehr für die Arbeiterschaft bestanden hätte, sich zu verständigen, während auf der andern Seite eine bestochene Soldateska stand, von der ein Teil besessen in den Straßen der Städte herumfuhr, da konnten wir nicht daran glauben, daß die Arbeiterschaft allerorts auch unter solchen Verhältnissen sich auf die Dauer hätte abhalten lassen können, sich tödtlich zu wehren, wenn man auf sie geschossen hätte, ohne daß die einen oder andern eben angefangen hätten, dem Militär an den Krügen zu gehen. Wenn man bedenkt, daß vier Jahre lang von einer gewissen Seite geladen worden ist, was überhaupt zu laden möglich war, um eine explosive Atmosphäre zu schaffen, wenn man bedenkt, unter welchem ungeheuren Druck der Not auf der einen, des bedrohten Interesses auf der andern Seite die Volksschichten einander gegenüberstanden hatten, so mußte man diese Möglichkeit, daß unter solchen Umständen ein Bürgerkrieg entstehen konnte, in dem Moment, da der Bundesrat diesen ungeheuren Druck ausübte, ins Auge fassen.

Nun schließt Nobs, wenn man dies annehme, so müsse man daraus auch den logisch richtigen Schluß ziehen, nämlich den, daß dann überhaupt nie ein Landestreik möglich sei. Ich mache darauf aufmerksam, daß früher sogar schon einzelne Streiks an einzelnen Orten zu solchen Situationen geführt haben. Man lernt schließlich aus der Erfahrung, und die Verhältnisse sind nicht immer die gleichen, wie sie sich hier geboten haben. Ich bin überzeugt, daß wenn es uns gelingt, die Arbeiterschaft zusammenzuhalten, die Bewegung geschlossen zu erhalten, daß auch die Verhältnisse, die heute noch einen großen Teil, mindestens die Hälfte der Arbeiterschaft im Lager unserer Gegner festhalten, dazu beitragen werden, daß für den Entscheidungskampf der Arbeiterschaft günstigere Verhältnisse eintreten, als sie jetzt bestanden haben. Das möchte ich zunächst feststellen.

Was nun die Haltung der Truppen betrifft, so ist auch hier die Behauptung Nobs unrichtig, daß das Aktionskomitee diesen Truppen zu optimistisch gegenübergestanden habe. Nobs weiß ganz genau, daß man sich gerade in Zürich und auch an einigen andern Orten just nach dieser Richtung hin zweifellos getäuscht hat, indem man immer wieder behauptete, daß die Truppen oder wenigstens ein Teil von ihnen auf unserer Seite stehen. Wir haben uns darüber nie einer Illusion hingegeben, aber daß die Truppen in der Weise, wie das

tatsächlich geschehen ist, gegen uns gehezt würden, das hatten wir uns allerdings nicht vorgestellt.

Wenn Nobs weiter erklärt, daß die Arbeiterschaft, wenn sie noch 1—2 Tage gestreift hätte, dann zum Achtstundentag gekommen wäre und weitere Konzessionen erlangt hätte, so weiß Nobs das ebenso wenig bestimmt, wie wir das genau wissen können. Das ist vorläufig eine Meinung, die er hat. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Bourgeoisie das gegeben hat, was unter den gegebenen Zeitumständen zu bekommen war. Die Eisenbahner werden den Achtstundentag bekommen, ob das einen Monat früher oder später geschieht, dafür setzt man nicht die ganze Arbeiterbewegung aufs Spiel, ebensowenig wie das Leben von Tausenden von Genossen. Ich bin der Ueberzeugung, wenn die Bewegung stark und geschlossen geblieben ist, und wenn wir es verhindert haben, daß einzelnen, die darauf ausgingen, unsere Bewegung auseinanderzureißen, ein Erfolg beschieden war, so wird das, was heute nicht gegeben worden ist, eben morgen gegeben. Das ist unsere feste Ueberzeugung, die von allen Mitgliedern des Aktionskomitees geteilt wird.

Umgekehrt, wenn es richtig ist, daß eine Fortsetzung des Streiks um 1—2 Tage oder um mehrere Tage, denn wir wissen nicht, wie lange man ihn unter solchen Verhältnissen hätte weiterführen können, zur vollständigen Erfüllung der Forderungen der Arbeiterschaft geführt hätte, dann frage ich, warum man denn seinerzeit in Zürich den Streik des Bankpersonals abgebrochen hat, warum man dort nicht den Begehren der Gruppe „Forderung“ nachgegeben hat, die berechtigt gewesen wären, daß die Arbeiter, die den Bankangestellten halfen, die angestrebten Verbesserungen zu erringen, nun ihrerseits Forderungen aufgestellt hätten, die dann auch zuerst hätten bewilligt werden müssen, bevor man die Arbeit wieder aufgenommen hätte, damit auch die übrigen Arbeiter von ihrer Teilnahme an diesem Streik einen Erfolg zu buchen gehabt hätten. Das ist aus der ganz vernünftigen Erwägung heraus geschehen, daß nicht an einem speziellen Ort die Begehren der Arbeiterschaft vollständig erfüllt werden können, sondern daß schließlich die gesamte Arbeiterschaft des ganzen Landes notwendigerweise zusammenstehen muß, daß sie stärker sein muß als die Macht der Bourgeoisie, um alles das zu erreichen, was sie gefordert hat.

Ganz dieselben Erwägungen haben das Aktionskomitee dazu geführt, festzustellen, daß die Arbeiterschaft der Schweiz dem Druck der Bourgeoisie und des Militärs verschieden stark ausgesetzt ist. Hier durften nicht einzelne untergeordnete Orte eine Rolle spielen, sondern wir mußten damit rechnen, daß Zehntausende, unter Umständen sogar Hunderttausende von Genossen, in ganz anderer Weise unter dem Druck der Bourgeoisie und des Militärs zu leiden haben, als diejenigen Genossen, die in den größeren Ortschaften sozusagen geschlossen

der Bourgeoisie gegenüberstehen. Diese Situation durften wir nicht fortbestehen lassen, ohne die Möglichkeit zu haben, mit diesen Genossen wieder in Fühlung zu treten. Wir hatten die Kompetenz, wir fühlten uns berechtigt, einen Streik auszulösen, die gesamte Arbeiterschaft zur Arbeitsniederlegung aufzurufen; aber unter solchen Umständen die Arbeiterschaft in einen Bürgerkrieg hineintreiben zu lassen, ohne irgendwie Aussicht zu haben, sich mit einiger Hoffnung auf Erfolg zur Wehre setzen zu können, diese Kompetenz hatte das Aktionskomitee nicht, es fühlte sich nicht berechtigt, dafür die Verantwortung zu übernehmen. Deshalb hat es die Situation nicht vom Standpunkt des Einzelerfolges aus beurteilen dürfen, sondern vom Standpunkt der Gesamtlage, der Situation aller Genossen, auch derjenigen, die schwerer zu leiden hatten als andere. Da ist es zum Schluß gekommen, daß es unter diesen Verhältnissen nötig sei, den Kampf abzubrechen und Beratungen darüber anzustellen, uns auf solche Kämpfe, wie der Landesstreik einer war, besser vorzubereiten.

Schneider = Basel: Wenn wir heute Kritik üben sollen — ich halte das zwar nicht für die Hauptsache —, so darf sie nicht einseitig sein. Es geht meines Erachtens nicht an, nur den Abbruch des Streiks zu kritisieren, sondern es ist nötig, sich auch darüber Klarheit zu verschaffen, welche Ursachen unter Umständen zu dieser Situation geführt haben. Da scheint es mir notwendig zu sein, den Proteststreik und das, was nachher folgte, einigermaßen unter die Lupe zu nehmen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Auslösung des Proteststreiks eine Notwendigkeit war, daß es notwendig war, auf diese von der Zürcher Regierung im Komplott mit dem Bundesrat begangene Provokation zu antworten. Diese Antwort konnte nur die Erklärung des Proteststreiks sein.

Der Charakter dieses Streiks liegt in der Bezeichnung. Wir haben uns damals gesagt, er solle eine Warnung an die Adresse unserer Gegner sein, er sollte sie veranlassen, auf ihrem Wege nicht weiterzuschreiten. Hier komme ich nun zu einem Punkt, der in der heutigen Diskussion auch erwähnt werden muß. Ich muß die Tatsache besprechen, daß die Genossen in Zürich den Kampf weitergeführt haben. Wenn wir am Aktionskomitee mit Recht Kritik üben, dann darf uns das nicht hindern, auch an der Haltung unserer Zürcher Genossen in dieser Frage Kritik zu üben, weil sie nämlich einen Teil dessen, was nachher kam, verschuldeten. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Disziplin nicht nur eine Eigenschaft der übrigen Arbeiterschaft sein soll, sondern daß sich auch die Zürcher Genossen auf diesen Boden stellen müssen. Das haben sie mit der Weiterführung des Proteststreiks nicht getan. Dadurch befand sich das Aktionskomitee in einer gewissen Zwangslage, die durch zwei Ursachen bestimmt war, einmal durch die Weiterführung des Streiks in Zürich mit Einbeziehung der Eisen-

bahner und dann durch die intransigente Haltung des Bundesrates gegenüber der Delegation des Aktionskomitees.

Vor dieser Situation stand das Aktionskomitee, und nun fragte es sich, ob man zu Kreuze kriechen solle, ob man die Zürcher Genossen ihrem Schicksal überlassen solle, ob die schweizerische Arbeiterschaft zusehen solle, wie der Bundesrat an seiner falschen, die Arbeiterklasse provozierenden Politik festhält. Wir konnten diesen Standpunkt nicht einnehmen, sondern mußten uns sagen, daß die Auslösung des Landesstreiks nötig sei.

Die Momente, die für den Abbruch des Landesstreiks im Bericht des Aktionskomitees geltend gemacht werden, die wurden schon vor der Auslösung bereits in Betracht gezogen. Man hat alle diese Schwierigkeiten, die uns entgegenstehen, eingehend gewürdigt und diskutiert und ist trotzdem, nach meiner Ansicht mit Recht, zur Auslösung des Kampfes gekommen.

Ich komme nun auf den Abbruch des Streikes selbst zu sprechen. Dabei will ich nicht wiederholen, daß die Kampfstimmung der Arbeiterschaft eine geschlossene und einheitliche war. Hier wird nun im Bericht des Aktionskomitees gesagt: „Mußte man sich nach Abwägung der Gesamtlage und aller in Betracht kommenden Faktoren einstellen, daß bei der Ungleichheit der Waffen und Kampfmittel die Gegner nicht vollends zu Boden zu bringen seien, so ergab sich der Abbruch des Streiks als zwingende Notwendigkeit. Die Notwendigkeit bestimmte noch nicht die Form des Abbruchs. Hier gingen die Meinungen in der entscheidenden Sitzung auseinander. Eine Minderheit vertrat die Auffassung, daß das bundesrätliche Ultimatum nicht entscheidend sei für den Moment der Beschlußfassung.“ Genossen, ich rufe meine damaligen Kollegen im Aktionskomitee als Zeugen an, daß ich materiell jedenfalls gegen den Abbruch war, daß ich nie erklärt habe, es sei eine zwingende Notwendigkeit, den Kampf abbrechen, sondern, daß ich dort sagte, meiner Meinung nach brauche der Kampf nicht zu einem Bürgerkrieg zu führen und es sei noch möglich, durch die Weiterführung des Kampfes materielle Zugeständnisse zu erhalten. Weiter erklärte ich, auch angenommen, daß die Argumentation der Mehrheit richtig sei, dürfe das Aktionskomitee auf dieses unverschämte und niederträchtige Ultimatum des Bundesrates hin den Kampf nicht abbrechen. Es sei eine Entwürdigung der Arbeiterschaft, wenn wir darauf einsteigen.

Aber der Abbruch des Kampfes hat meines Erachtens seinen Anfang bereits in der Bundesversammlung genommen, und zwar durch den Antrag, der von der Fraktion eingereicht worden ist. Ich war nie der Meinung, daß etwa die Fraktion dem Parlament gänzlich fernbleiben solle, sondern ich war der Meinung, sie solle hineingehen, um dort in aller Schärfe den Standpunkt der Arbeiterschaft zu vertreten, die draußen auf der Straße in Massen wie nie zuvor diesen

Standpunkt zum Ausdruck brachte. Gewiß, es wird im Bericht des Aktionskomitees gesagt, es sei notwendig gewesen, zu Verhandlungen mit dem Bundesrat zu gelangen. Ich bin auch dieser Auffassung. Das Programm, das wir aufgestellt hatten, beabsichtigte nicht einen Umsturz der bestehenden Gewalten, sondern ein Abpressen von Konzessionen von diesen Gewalten. Aber die Anregung zu Verhandlungen brauchte nicht von unserer Seite zu kommen, sondern durch die Führung des Streiks, durch den gewaltigen Aufmarsch der schweizerischen Arbeiterschaft, durch die starre Kampf Stimmung der Fraktion, wäre meines Erachtens jedenfalls zu erreichen gewesen, daß die einheitliche Front der Gegner nicht standgehalten hätte und diese Gegner Verhandlungen gesucht hätten. Aber gerade dieser Antrag und auch einige Reden, die gehalten worden sind, mußten beim Gegner den Eindruck erwecken, daß es der Fraktion und dem Aktionskomitee bei der ganzen Geschichte nicht wohl war. Deshalb bin ich der Meinung, daß sich dort bereits die Einleitung des Abbruchs vollzogen hat.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Weiterführung des Streiks nicht notwendig zum Bürgerkrieg zu führen brauchte. Ich habe die Ueberzeugung, daß es nicht dazu gekommen wäre, wenigstens nicht in dem Maße, wie das z. B. soeben von Huggler behauptet worden ist. Gewisse Ausschreitungen wären schließlich an einzelnen Orten erfolgt, wenigstens dort, wo man glaubte, daß nun wirklich die Revolution eingeleitet sei, die in einem Umsturz der Gewalten ihr Ende nehmen mußte. Aber die große Masse der schweizerischen Arbeiterschaft hat die Parole des Aktionskomitees nicht in diesem Sinne verstanden und es wäre möglich gewesen, den Kampf diszipliniert weiterzuführen. Gewiß, eine Täuschung ist dem Aktionskomitee passiert, aber eine andere als Huggler erwähnt hat, und zwar die, ich spreche das in aller Offenheit aus, daß der Bundesrat gescheit genug war, nicht die Generalmobilisation zu erklären. Man hat auf diese Generalmobilisation gehofft und geglaubt, damit eine Paralyse der militärischen Kräfte wenigstens zum Teil herbeiführen zu können. Das war ein Irrtum. (Huggler: Ich habe nicht darauf gehofft.)

Ich halte dafür, daß es sich heute weniger darum handelt, uns nun in langen Kritiken über das Verfllossene gegenseitig zu unterhalten; es scheint mir im Gegenteil notwendig zu sein, aus allen diesen Erfahrungen, die uns der Generalstreik gebracht hat, die notwendigen Schlußfolgerungen und Lehren zu ziehen. Diese Schlußfolgerungen müssen dahin lauten, daß eine vollständige Klarheit über das Ziel und die Mittel, die der Arbeiterbewegung in unserm Lande zur Verfügung stehen, geschaffen werden muß. Es muß ein bestimmter Weg eingeschlagen werden. Diese schwankende Haltung, die wir bis jetzt alle miteinander in diesem Kampfe eingenommen haben, muß aufhören, wir müssen wissen, in welcher Richtung der Kampf weiter-

geführt werden soll. Lieber eine Absage an das Kampfmittel des Generalstreiks, wenn die große Mehrzahl der Arbeiterschaft mit demselben nicht einverstanden ist, als diese Unklarheit, die bis jetzt in unsern Kreisen geherrscht hat. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen bei Traktandum 6.

Als Schlussfolgerung dieser Kritik, die hier geübt werden muß, möchte ich das eine herausheben, daß Klarheit geschaffen werden muß. Es ist uns nicht darum zu tun, etwa die Arbeiterbewegung in unserm Lande zu spalten, keine Spur davon, denn wir wissen genau, daß eine systematische Arbeit, wie wir sie bis heute auch getrieben haben, notwendig ist, daß die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung eine Notwendigkeit ist, aber wir wissen ebenso, daß wir auf diesem Weg, den wir bis jetzt gegangen sind, nicht weiterkommen. Gerade diese Verhältnisse, wie sie sich nach dem Streik herausgebildet haben, müssen uns die Ueberzeugung beibringen, daß wir in Zukunft weiterer und schärferer Kampfmittel bedürfen.

Graber: On disait autrefois d'un certain roi de Pologne qui était absolutiste: Quand Auguste a bu, toute la Pologne est ivre (Rires). Je crains que quelques-uns de nos camarades s'imaginent que parce que chez eux ils sont très forts et qu'ils se sentent capables de faire quelque chose, tout le reste du pays est capable de faire les mêmes choses, alors que, entre eux et nous, il y a une certaine divergence de vues.

A entendre Nobs et Schneider, il semble que la classe ouvrière en Suisse non seulement est décidée mais capable de conduire les masses qui vont d'un jour à l'autre vaincre la classe bourgeoise. Je le désire comme vous, mais je ne puis pas prendre les désirs pour des réalités. Je tiens à dire aux camarades de Zurich et de Bâle, qui vivent dans des milieux qu'ils sentent très puissants, ce qui se passe dans la Suisse romande. La différence est énorme. Vous Suisses allemands, vous subissiez, au moment surtout de la grève générale, l'influence et les effets des révolutions allemande et autrichienne, tandis que nous, Suisses romands, nous subissions malheureusement dans la bourgeoisie le contre-coup de la victoire de l'Entente. Vous sentez bien que cela ne crée pas le même milieu moral (Très bien). Il y a donc un milieu avec lequel vous devez compter et il ne peut être question en ce moment d'unité d'action des masses suisses. Méconnaitre cette situation serait se mettre la tête dans un sac. Nous sentons très bien qu'il faut tenir compte de l'esprit régnant dans les grandes villes de la Suisse romande. C'est pourquoi, alors que chez nous, nous ne voyions pas la nécessité d'une grève générale, nous avons répondu à Zurich: Nous vous soutiendrons, nous la ferons avec vous, la grève générale. Mais dans quelles conditions l'avons-nous faite?

Je ne parle pas de La Chaux-de-Fonds, où la classe ouvrière est très puissante, mais allez voir dans la Broie, dans le Gros de Vaud, sur les bords du Léman, dans le vignoble neuchâtelois, dans les petites vallées jurassiennes, dans le Valais. Dans ce dernier canton, on a vu des cheminots presque isolés, ayant contre eux toute la population, qui leur enlevait les vivres, le lait, tout le nécessaire. A Sion, on avait répandu un bulletin disant: Voilà les cheminots, nous ne disons pas ce qu'il faut faire, nous laissons la population libre d'agir comme elle voudra vis-à-vis d'eux. Je vous le concède, camarades de Bâle et de Zurich, je le sais: vous êtes héroïques, je le reconnais, mais les cheminots du Valais ont été deux fois plus héroïques que vous (Bavos), ils ont été des martyrs.

Jusque chez nous, même à La Chaux-de-Fonds, où nous sommes pourtant puissants, la bourgeoisie s'est sentie appuyée par le gouvernement et les tribunaux, par les forces gouvernementales et la force armée, la police armée. Cette bourgeoisie armée avec l'appui des gouvernements, alors que nous avions des raisons d'être désarmés, cette bourgeoisie armée, toute puissante, se sentant en danger, prise de frayeur, ne désirait qu'une chose, — des conflits sanglants; elle les souhaitait et quand les camarades Schneider et Nobs disaient: non, non, nous ne craignons pas la guerre civile, nous, nous ne la voulions pas, mais la bourgeoisie la souhaitait, parce qu'elle se sentait puissante, parce qu'elle se disait que dans dix ans il serait trop tard pour elle de se défendre, parce qu'elle se disait qu'aujourd'hui encore elle était toute puissante: que la guerre civile éclate, et nous triompherons. Et c'était là le piège!

Je vois dans toute cette affaire une provocation systématique à la guerre civile. Après deux, quatre jours de mobilisation, alors que toute l'armée était sur pied, on disait: voilà le moment d'écraser le prolétariat!

Camarades! Vous avez beau dire qu'on aurait pu continuer la grève pendant un jour, pendant deux jours encore, c'est possible, mais auriez-vous été plus puissants après deux jours de plus pour vaincre la classe bourgeoise? (Une voix: Ce n'était pas la question) . . . C'était la seule question, parce qu'il ne s'agissait pas de faire trois, quatre, cinq jours de grève, mais d'arracher quelque chose, de nous défendre contre la bourgeoisie. Or, nous sentions bien que le maximum d'efforts avait été donné, qu'il était inutile de prolonger la grève générale. On se disait cela dans nos régions où la classe ouvrière enthousiaste pour la grève n'ignorait pas que des ouvriers malheureusement trop nombreux marchaient avec les bourgeois, marchaient avec le gouvernement et les forces policières pour assurer la reprise du travail. Le nombre des ou-

vriers reprenant le travail allait croissant. Il en était venu 100, puis 200, puis 300, le nombre s'en serait accru au fur et à mesure que la grève générale se serait prolongée, et la situation pour nous eût été bien plus difficile. En face de la classe patronale, en face de la classe bourgeoise de la société, on voulait éviter ce qui eût été pour nous un désastre (Bravos); c'eût été peut-être un recul de nos organisations syndicales, et il y aurait eu des victimes chez nous, des rigueurs, des vengeances, on aurait spéculé contre nous comme on l'a fait à l'occasion des victimes de la grippe. Que voulez-vous? Nous sommes 1 contre 100 dans la presse qui nous écrase, et la situation de la classe ouvrière eût été bien plus difficile, sans compter les victimes. Est-ce ce que nous voulions? Je prétends que le Comité d'Olten — j'étais malade à ce moment-là, atteint de la grippe, je n'étais donc pas à Olten, mais j'ai suivi les événements — je prétends, dis-je, que le Comité d'action d'Olten a eu raison de faire une grève de protestation en signe de solidarité avec les camarades de Zurich, puis de décréter la grève générale à partir du 11 pour accentuer la lutte et montrer à la bourgeoisie que nous étions solidaires, non seulement en apparence mais en réalité. Mais le comité d'action d'Olten a eu surtout raison de décréter la fin de la grève mercredi soir; c'était la solution la plus courageuse qu'il pût prendre, parce qu'il savait que dans certaines villes on lui reprocherait de l'avoir prise. Ah! si le comité d'Olten ne voulait faire que ce qu'il sait qui lui attirera des compliments de la part de certains groupes ou peut-être de tous les intéressés, il devrait travailler autrement, mais la véritable force consiste pour lui à surmonter votre propre réprobation plutôt que d'arrêter des mesures qu'il considère comme contraires à vos intérêts. Pour cela il faut plus de courage que de simplement se mettre d'accord avec la majorité. Je dis que le jour où le Comité d'action d'Olten a déclaré la cessation de la grève générale, il a sauvé la Suisse d'une véritable guerre civile, d'un désastre. On s'imaginait que les temps de la révolution étaient venus, qu'elle grandissait de jour en jour; plus la grève générale se prolongeait, plus les ouvriers pensaient que c'était la révolution. Vous avez beau secouer la tête, Nobs, mais combien d'électeurs ne nous l'ont-ils pas dit! Chez nous, on disait: c'est en règle, on tient le Conseil fédéral, on le fout en bas, c'est la révolution; non seulement chez nous, mais c'est partout que ce mouvement grandissait. Eh bien, nous ne devons pas le laisser s'égarer dans de telles voies. La grève générale a duré trois jours. Nous constatons qu'elle a eu des effets et que les bénéfices retirés ne sont pas disproportionnés avec les sacrifices consentis. Mais en prolongeant la grève générale, camarade Schneider, vous risquiez d'arriver à ce résultat que les sacrifices eussent été plus grands que les

bénéfices, et c'est cette faute, qu'on pouvait commettre, que le Comité d'Olten n'a pas commise, et c'est pour cela que j'estime qu'il a bien fait (Bravos, applaudissements).

Graber: Man sagte einmal von einem gewissen polnischen König, der ein Absolutist war: Wenn August besoffen ist, so ist es ganz Polen. (Lachen.) Ich glaube, daß verschiedene unserer Genossen wähnen, daß, weil sie sehr stark und imstande sind, irgend etwas zu machen, man im ganzen Lande herum ebenfalls fähig sei, das gleiche zu tun, so daß zwischen ihnen und uns eine bestimmte Meinungsverschiedenheit besteht.

Nobs und Schneider glauben, daß die schweizerische Arbeiterschaft nicht nur berufen, sondern fähig sei, die Massen von einem Tag auf den andern zum Sieg über die Bourgeoisie zu führen. Ich wünsche mir das auch, aber ich nehme meinen Wunsch nicht als Realität hin. Ich will den Genossen von Zürich und Basel, die in einem sehr lebhaften Milieu leben, sagen, was bei uns in der welschen Schweiz vorgegangen ist. Der Unterschied ist ein ungeheurer. Ihr Deutschschweizer standet im Moment des Generalstreiks unter dem Einfluß des Erfolges der Revolution in Deutschland und Oesterreich, während wir unglücklicherweise das Gegenteil, den Sieg der Entente, zu spüren bekommen haben. Ihr könnt euch denken, daß diese Umstände nicht gleich wirken. (Sehr richtig!) So entsteht eine Auffassung, mit der Ihr rechnen müßt und die im gegenwärtigen Augenblick eine Einigkeit in der Aktion der schweizerischen Arbeiterschaft nicht zustande kommen läßt. Diese Situation nicht sehen zu wollen, bedeutet, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir wissen sehr gut, wie man auf den in den großen Städten der romanischen Schweiz herrschenden Geist Rücksicht nehmen muß. Deshalb haben wir auch die Notwendigkeit eines Generalstreiks nicht eingesehen, aber wir haben nach Zürich geantwortet: „Wir werden euch unterstützen, wir werden den Generalstreik mitmachen.“ Aber unter welchen Bedingungen haben wir ihn mitgemacht? Ich will nicht von La Chaux-de-Fonds sprechen, wo die Arbeiterschaft ziemlich lebhaft ist, aber geht in die Broye, in den Großteil der Waadt, an den Genfersee, in die Neuenburger Weinberge, in die kleinen jurassischen Täler, ins Wallis. Im letzteren Kanton sah man die Eisenbahner fast allein streiken, und die ganze Bevölkerung wandte sich gegen sie; man sperkte ihnen die Lebensmittel, die Milch, alles, was sie zum Leben nötig haben. In Sitten wurde ein Bulletin angeschlagen, in dem es hieß: „Seht euch doch die Eisenbahner an! Wir wollen euch nicht sagen, was Ihr ihnen gegenüber zu tun habt, sondern lassen euch den freien Willen, zu tun, was ihr wollt!“ Ich versichere euch, Genossen von Zürich und Basel: Ihr waret heroisch, ich anerkenne es, aber die Eisenbahner im Wallis waren doppelt so heroisch wie ihr, sie waren Märtyrer. (Bravo!)

Sogar in La Chaux-de-Fonds, wo wir doch sehr stark sind, fühlten sich die Bürgerlichen unter dem Schutz der Behörden, der Gerichte, der Regierung sowie der Militär- und Polizeigewalt sehr sicher. Diese Bürgerlichen, welche durch Unterstützung der Regierung bewaffnet waren, wo wir waffenlos dastanden, haben, als sie ihre Gefahr mit Schrecken bemerkten, nichts anderes herbeigewünscht als — blutige Konflikte. Wir fürchteten keinen Bürgerkrieg, weil wir ihn nicht wollten, aber die Bourgeoisie wünschte ihn, weil sie sich noch kräftig fühlte und weil sie sich sagte, daß es vielleicht in zehn Jahren für sie zu spät wäre, sich zu verteidigen, und deshalb wünschte sie: wenn nur ein Bürgerkrieg losbräche, wir würden die Sieger sein! Das war der springende Punkt.

Ich sehe in dieser ganzen Sache eine systematische Hervorrufung des Bürgerkrieges. Nach zwei, vier Tagen der Mobilisation, als also die ganze Armee im aktiven Dienst war, sagte man: nun ist der Moment da, das Proletariat zu unterdrücken!

Genossen! Ihr könnt leicht sagen, man hätte den Streik noch gut einen oder zwei Tage fortsetzen können, das kann möglich sein, aber hättet ihr nach zwei Tagen mehr ausgerichtet, um die bürgerliche Klasse zu besiegen? (Eine Stimme: Dieses war nicht die Frage)... Das war die einzige Frage, denn es handelte sich nicht darum, ob man drei, vier oder fünf Tage streiken sollte, sondern darum, etwas herauszuholen, uns gegen die Bürgerlichen zu verteidigen. Denn wir fühlten wohl, daß unsere Kräfte aufs äußerste angespannt waren, daß es also nichts mehr eintrug, den Streik noch zu verlängern. Man mußte sich in unsern Kreisen sagen, was die Arbeiterklasse, die für den Streik begeistert war, nicht wußte, daß leider zu zahlreiche Arbeiter zu den Bürgerlichen, zu der Regierung und der Polizei hielten, um die Wiederaufnahme der Arbeit zu sichern. Die Zahl dieser Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufnahmen, wuchs. Erst kamen zum Beispiel ihrer 100, dann 200, dann 300, und die Zahl wäre in diesem Verhältnis weiter gewachsen, je länger der Streik gedauert hätte, und die Lage wäre für uns viel schwieriger geworden, und dies wollten wir den Unternehmern und Bürgerlichen zum Trotz vermeiden. (Beifall.) Unsere Organisationen hätten gelitten, und es hätte nur nutzlose Opfer gegeben. Was wollt Ihr also? Wir sind einer gegen hundert in der Presse; die Bürgerlichen zermalmen uns und die Lage der Arbeiter wäre viel schwieriger geworden. Wollten wir denn dies? Ich behaupte, daß das Öttener Aktionskomitee — ich war damals krank an der Grippe, war also nicht in Ötten, ich habe aber die Ereignisse verfolgt — ich behaupte, daß das Öttener Aktionskomitee recht gehabt hat, einen Proteststreik als Zeichen der Solidarität gegenüber den Genossen in Zürich zu beschließen, dann mit dem 11. den Generalstreik zu erklären, um dem Kampf Nachdruck zu verleihen und den Bürgerlichen zu zeigen, daß wir solidarisch waren, und zwar nicht nur

zum Schein, sondern in Wirklichkeit. Aber das Oltener Aktionskomitee hat auch recht gehabt, den Streik am Mittwochabend abzubrechen; das war die mutigste Lösung, die es treffen konnte, weil es wußte, daß man ihm von gewissen Städten vorwerfen würde, diesen Entscheid getroffen zu haben. Ja, wenn das Aktionskomitee nur das tun würde, wovon es sicher wußte, daß es ihm nur Komplimente eintragen würde von gewissen Gruppen oder von allen Beteiligten, so müßte es ganz anders arbeiten, aber seine wirkliche Kraft besteht darin, eure eigenen Einwände zu übergehen und Maßnahmen zu treffen, die in euerm Interesse liegen. Hierfür braucht es mehr Mut, als sich einfach der Mehrheit anzupassen. In dem Tage, da das Oltener Aktionskomitee erklärte, den Streik abzubrechen, hat es die Schweiz von einem Bürgerkrieg und dessen Schrecken gerettet. Man glaubte schon, die Zeit der Revolution wäre gekommen, und je länger der Streik gedauert hätte, um so mehr hätten die Arbeiter geglaubt, dies sei die Revolution. Sie können wohl den Kopf schütteln, Nohs, aber wie viele Wähler haben es uns gesagt! Bei uns hieß es: das ist in Ordnung, man holt den Bundesrat herunter, das ist nichts anderes als Revolution; nein, nicht nur bei uns, sondern überall nahm dieser Begriff überhand. Wir durften ihn nicht in solche Bahnen verirren lassen. Der Generalstreik hat drei Tage gedauert. Wir können konstatieren, daß er seine Wirkung ausgeübt hat und daß die herausgeholtten Vorteile nicht unter den bewilligten Opfern stehen. Aber durch die Verlängerung des Generalstreiks, Genosse Schneider, liefert Ihr Gefahr, daß die Opfer größer geworden wären als die errungenen Vorteile, und das ist der Fehler, den man hätte begehen können und den das Oltener Aktionskomitee nicht gemacht hat, und aus diesem Grunde stimme ich ihm bei. (Beifall.)

G r i m m : Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß noch 16 Redner eingeschrieben sind. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß vom Standpunkt der Geschäftsleitung aus nichts anderes übrigbleibt, als heute eine Nachsitzung abzuhalten.

A l d a n i = Burgdorf: Zunächst möchte ich eine Bitte vorausschicken. Wir Deutsch Sprechenden Genossen sind durch unsere welschen Genossen noch nie im Anhören eines deutschen Votums gestört worden. Wenn dagegen der französische Uebersetzer seine Uebersetzung beginnt, dann hebt eine allgemeine Diskussion an. Nun meine ich, daß es uns doch möglich sein sollte, den welschen Genossen gegenüber die gleiche Disziplin zu üben und die Uebersetzungen nicht zu stören.

Man kann über den Abbruch des Streiks geteilter Meinung sein. Wir, die wir auf dem Lande die gewerkschaftliche und politische Arbeit leisten müssen, können die Ansicht der Vertreter der großen Industriezentren nicht teilen. Wenn wir die Zeitverhältnisse betrachten, so kommen wir zu dem Resultat, daß sich jeder Klardenkende sagen muß,

daß der Abbruch des Streiks gegeben war. Wir haben noch nicht 200,000 organisierte Arbeiter und wir reden von 400,000 Arbeitern, die uns während des Streiks den Rücken gedeckt haben. Unsere Gegnerschaft wirft uns vor, wir hätten die Hälfte dieser Arbeiter durch unsere Machtmittel terrorisiert, so z. B. durch die Eisenbahner. Ich kann mich dieser Ansicht nicht ganz verschließen, sie trifft in gewissem Sinne zu. Ich habe von Mitgliedern des W. S. E. A. vernommen, daß sie mir erklärt haben, wenn die Eisenbahn gefahren wäre, so wären sie auch angetreten. Mit dem Moment, da das Lebenselement, die Eisenbahn versagte, hatte die Arbeitskraft für alle andern keinen Wert mehr. Nach den Anfechtungen, die diese Eisenbahner erdulden mußten, wollen wir ihnen Dank wissen, daß sie trotz aller Blaskereien durch die Militärkamariilla und die politische Knute standgehalten haben.

Bis jetzt haben wir das Kampfmittel des politischen Generalstreiks noch nie angewendet. Wir haben in der Gewerkschaftsbewegung wie in der politischen Bewegung schon oft einen Anlauf gemacht, uns aber nachher der Macht gehorchend wieder zurückziehen müssen. Trotzdem haben wir doch den Kampf nicht aufgegeben. Das sei auch jetzt unsere Parole. Wenn wir uns auch jetzt ducken müssen, so wollen wir doch sagen, daß wir ein anderes Mal wieder kommen, wenn die Herren nicht hören wollen. Wir haben aus diesem Strauß gelernt, daß wir in Gewerkschaft und Partei eine viel intensivere Arbeit leisten müssen, daß es noch Tausende und Tausende von Arbeitern gibt, die uns noch fernstehen, die wir noch für uns zu gewinnen haben. Wir haben noch nicht die Hälfte derer, die wir haben könnten. Es gilt hier, die Massen noch mehr für unsere Ziele und unsere Bewegung zu interessieren. Unser Streik hat nicht, wie ein gewerkschaftlicher Kampf, auf die Konjunktur abgestellt. Wenn die Gewerkschaften in einen Kampf treten, wenn die politische Partei in einen Wahlkampf eintritt, so werden beide die Konjunkturverhältnisse, wie sie sich ihnen darstellen, in Betracht ziehen. Die Gewerkschaften werden dann in einen Kampf eintreten, wenn der Unternehmer mit Arbeit überhäuft ist. Beim Generalstreik war das nicht der Fall, da haben wir nicht eine Konjunktur abwarten können, wir mußten der Macht gehorchen, wir mußten den Zürcher Genossen den Rücken decken, weil wir uns sagen mußten, die Arbeiterschaft könne sich nicht bieten lassen, was diesen Genossen in Zürich geboten worden ist.

Die Auslösung des Generalstreiks hat nichts geschadet, diese Ueberzeugung wollen wir festhalten. Wenn wir auf den Abbruch des Streiks zu sprechen kommen, so haben wir festzustellen, daß wir nicht nur den Militarismus, die Bajonette und Maschinengewehre gegen uns hatten, sondern daß das ganze Wirtschaftsleben unseres Landes gegen uns war. Ich war zu jener Zeit auf dem Lande, ich kann versichern, daß an jenem Morgen kein Tropfen Milch zu uns gekommen ist, sie wurde einfach nicht mehr aus den reaktionären Bauendörfern abtransportiert,

sondern zur Käsefabrikation vorbereitet. Wir haben der bürgerlichen und der Bauernpresse entnehmen können, daß Bourgeoisie und Bauerntum darauf ausgegangen sind, unsere Arbeiterzentren auszuhungern. Wenn einmal keine Milch mehr zu uns kommt, wenn unsere Kinder und unsere alten Leute keine Milch mehr haben, so wäre die Abbröckelung ganz sicher erfolgt. Sogar die Genossen Robs und Schneider haben zum Teil zugeben müssen, daß der Streik bereits an Abbröckelung krankte. Nun hat uns die gewerkschaftliche Taktik gelehrt, daß ein Streik 50—70 Prozent weniger wert ist, wenn er abzubröckeln beginnt.

Es ist auch festzustellen, daß mit dem Militär, das uns auf den Hals gehegt wurde, tatsächlich eine gefährliche Spielerei getrieben wurde. So hat man den Dragonern je 86 Patronen nach Hause gegeben. Wir können konstatieren, daß wir heute noch gegenüber unseren Gegnern in einem ungünstigen Kräfteverhältnis stehen. Nur wenn wir durch intensive Arbeit in Partei und Gewerkschaften noch eine größere Zahl von Arbeitern zu uns herüberbringen, werden wir mit mehr Aussicht auf Erfolg den Kampf noch einmal aufnehmen können. Wir werden es tun und dann werden wir siegen.

Grimm: Ich möchte mitteilen, daß ein Antrag auf Schluß der Rednerliste eingegangen ist. Ich verlese die Namen der noch eingeschriebenen Redner.

Lamò-Bellinzona: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß sich auch Canevascini hat eintragen lassen.

Grimm: Es wurde mir gesagt, er habe kein Mandat. Soeben wird mir nun aber mitgeteilt, daß er ein solches habe. Dann gilt auch er als angemeldet. Gegen den Antrag auf Schluß der Rednerliste erhebt sich kein Widerspruch. Der Antrag ist daher angenommen.

Schwarzénbach-Basel: Graber hat, wenn ich richtig gehört habe, einen polnischen König als Kronzeugen gegen die Basler und Zürcher Genossen angeführt, indem er sagte, diese Genossen hätten es wie jener polnische König, der geglaubt habe, wenn er betrunken gewesen sei, hätte das ganze Land getrunken. So ganz kann die Sache aber doch nicht stimmen, wenigstens nicht bei uns in Basel, wo die lokale Streikleitung angeordnet hat, daß während der Dauer des Streiks kein Alkohol ausgeschenkt und konsumiert werden darf. Die Basler Arbeiter sind nun weiß Gott nicht in der Lage, sich aus dem eigenen Keller etwas zu holen.

Wir haben die Sache sehr ruhig und objektiv betrachtet. Nachts um 11 oder 11½ Uhr fand die Abstimmung über den Abbruch des Streiks statt. Der Sprechende hat in der Burgvogtei, wo zirka 4000 Arbeiter eng ineinandergesperrt beisammen waren, diesen Antrag zur Abstimmung gebracht. Da ist es uns passiert, daß, nachdem die

offizielle Streikleitung drei- oder viermal die Anwesenden ersucht hatte, sich dem Beschluß des Aktionskomitees zu fügen, ein Pfeifen durch den Saal ging und ein einstimmiges Nein erschallte. In einem weitem Lokal, im Gundelbingerkasino, waren 1000 Eisenbahner versammelt und in einem weitem großen Lokal die Basler Staatsangestellten. In allen diesen Lokalen war die gleiche Situation. Dabei kann ich vielleicht noch beifügen, daß uns am Abend des dritten Streiktages die Mitteilung zugekommen war, daß in St. Gallen, Winterthur, Zürich und an andern Orten die Situation und Stimmung der Arbeiterschaft genau die gleiche sei.

Das Organ des Zentralverbandes, welchem ich als Mitglied angehöre, hat die Situation folgendermaßen geschildert: „Mit größerer Begeisterung ist die Arbeiterschaft eines Landes nie in einen Generalstreik getreten, mit größerem Mut hat die Arbeiterschaft eines Landes den Kampf nie durchgeführt, aber auch nie ist schmählicher ein Kampf der Arbeiterschaft durch die Unfähigkeit der zentralen Leitung abgebrochen worden.“ Aus persönlichster, innerster Ueberzeugung stehe ich vollständig auf dem Boden dieser Beurteilung der Sachlage. Greulich hat den Versuch gemacht, gegenüber dem Genossen Welti, jedenfalls auch gegenüber andern Genossen, hier eine feindselige Stimmung heraufzubeschwören, indem er ausführte, daß diese Genossen eine feindselige Haltung gegenüber einzelnen Genossen des Oltener Aktionskomitees eingenommen haben. Dagegen möchte ich feststellen, daß die gesamte Basler Streikleitung, inbegriffen in erster Linie die Genossen Schneider und Dr. Welti, alles aufgeboten haben, um gerade diese Stimmung, die vielleicht in einzelnen Kreisen der Arbeiterschaft vorhanden war, auszumerzen. Schneider hat wiederholt darauf hingewiesen, daß auch nicht einem Genossen des Oltener Aktionskomitees der persönliche Vorwurf zu machen sei, daß er nicht geglaubt habe, im Interesse der Arbeiterschaft zu handeln.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß das Oltener Aktionskomitee sich der Konsequenzen der Auslösung des Streiks bewußt war. Da möchte ich darauf hinweisen, daß zum mindesten die Arbeiterschaft über die Konsequenzen des Streiks im einzelnen ebenso gut, ja vielleicht noch besser orientiert war, als die Mitglieder des Aktionskomitees. Mindestens zwei Jahre lang wurde von den Gegnern des Generalstreiks in den Versammlungen auf die fürchterlichen Folgen dieses Generalstreiks hingewiesen, auf den Bürgerkrieg und die Maßnahmen der Bauern aufmerksam gemacht. Die Arbeiter haben durch ihren kolossalen Aufmarsch bewiesen, daß sie diese Folgen auf sich nehmen wollen. Die Arbeiterschaft der großen Städte hat sehr wohl gewußt, daß ihre Kinder, ihre alten Väter und Mütter unter den Zwangsmaßregeln der Bauern zu leiden haben werden. Trotzdem ist der Generalstreik erfolgt. Ich behaupte, daß die Arbeiterschaft im vollen Bewußtsein der Konsequenzen den Kampf aufgenommen hat.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß man sich darin getäuscht habe, daß man glaubte, die Regierung werde mit einer Generalmobilisation antworten. Die Arbeiter in den Städten haben die Situation gegenüber dem Militär vollständig aufgeklärt, mindestens so gut aufgeklärt, wie die Genossen, die in Bern droben während drei Tagen die Sache geleitet haben. In Bern, Zürich, Basel und in andern Städten ist die Arbeiterschaft diesem Militär geschlossen gegenübergestanden. Wir haben gewußt, daß keine Rede davon sein werde, daß die Stadtsoldaten aufgeboten werden. Am ersten Streiktag hat uns das Divisionskommando derjenigen Division, die ihre Truppen nach Basel hineingeworfen hat, bei einer Besprechung, die wir mit ihm hatten, erklärt, es habe das Recht, jeden Moment das Basler Regiment aufzubieten. Wir haben gesehen, daß dieses Basler Regiment nicht aufgeboten wurde. Es war uns klar, daß uns Truppen gegenüberstehen werden, die sich sehr schwer zur Solidarität mit uns bewegen lassen. Trotz dieser Tatsache muß festgestellt werden, daß die Haltung des Aktionskomitees beim Abbruch des Streiks in den großen Städten — ich kann die Situation auf dem Lande nicht beurteilen — nirgends gebilligt wurde.

Man weist darauf hin, daß bei Weiterführung des Generalstreiks der Bürgerkrieg unter allen Umständen ausgebrochen wäre. Ich gebe ohne weiteres zu, daß auch wir, die wir für die Weiterführung des Generalstreiks eintraten, nicht wissen, wie die Situation sich gestaltet hätte, aber ich behaupte, daß diejenigen Genossen, die nun sagen, der Generalstreik wäre im Blut erstickt worden, oder die, die behaupten, er wäre durch Abbröckelung zerschanden geworden, mindestens mit ebenso wenig Recht die Behauptung aufstellen können, daß ihre Voraussetzungen richtig wären, wie wir, wenn wir behaupten würden, wir hätten einen Einblick in die Situation erhalten, wie sie sich gestaltet hätte, wenn der Generalstreik fortgesetzt worden wäre. Ich möchte feststellen, daß die Basler Regierung, die wußte, daß die Basler Arbeiterschaft gewillt sei, den Kampf weiterzuführen, alles aufgeboten hat, um Schneider nach Basel zu bekommen. Die Regierung hat unserer Situation vollständig Rechnung getragen, sie hat dafür gesorgt, daß uns ein Automobil zur Verfügung gestellt wurde, sie hat mit dem Divisionskommando unterhandelt, daß das Militär von den Straßen zurückgezogen worden ist, kurz und gut, die Basler Regierung war sich vollständig bewußt, daß, wenn der Kampf weitergeführt werde, ihre Situation unhaltbar werde.

Auf dem Platz Basel verurteilt die gesamte Arbeiterschaft einmütig die Haltung des Aktionskomitees, den Abbruch des Streiks. Sie steht auf dem Standpunkt, daß der Kampf hätte weitergeführt werden sollen. Wenn wir auf diesem Standpunkt stehen, dann müssen wir klar und deutlich dokumentieren, daß wir mit dem Abbruch nicht einverstanden waren. Ich möchte zum Schluß beifügen, daß die anwesenden

Arbeiter bei ihrer Beschlussfassung sich doch in keiner Weise und von keiner Seite beeinflussen lassen möchten. Ich möchte darauf hinweisen, daß Grulich am Schluß des letzten Kongresses versucht hat, mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit die Situation zu verwebeln und den Kongreß veranlaßt hat, dem Aktionskomitee einstimmig ein Zutrauensvotum zu erteilen. Ich möchte Grulich warnen, heute eine gleiche Operation vorzunehmen. Es kann nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegen, wenn hier einzelne Genossen unter dem Einfluß ihrer Persönlichkeit versuchen, die Situation zu verwischen, um nach außen hin den Schein der Geschlossenheit zu zeigen. Ich möchte die Arbeiter dringend bitten, daß jeder einzelne lediglich seiner eigenen Ueberzeugung folgen möchte.

Reichmann - Zürich: Es sind vier Momente, die das Aktionskomitee als Hauptargumente für den Abbruch des Generalstreiks ins Feld führt. Erstens wird gesagt, daß die Weiterführung des Generalstreiks zum Bürgerkrieg geführt hätte und daß das Aktionskomitee keinen Auftrag hatte, einen Bürgerkrieg auszulösen. Zweitens heißt es, ein Teil der Eisenbahner, vor allen Dingen der B. S. E. A., sei nicht bloß wacklig geworden, sondern seine Mitglieder hätten bereits Streibbrecherdienste geleistet. Das dritte Argument liegt darin, daß auch die welsche Schweiz abzurücken drohte und das vierte darin, daß die Verbindungen mit den lokalen Streikleitungen vollständig abgebrochen waren. Ich habe den Bericht des Aktionskomitees aufmerksam gelesen, ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß diese Argumente nicht überzeugen. Warum nicht? Weil die gleichen Argumente dem Aktionskomitee bereits vor dem Ausbruch des Generalstreiks bekannt waren und es auch damit gerechnet hatte. Ich werde versuchen, das aus dem eigenen Bericht des Aktionskomitees zu beweisen. Ich habe hier das Programm, das seinerzeit vom Aktionskomitee für die Generalstreiktage ausgearbeitet wurde, an dessen Ausarbeitung ich selbst beteiligt war. Da heißt es, daß die dritte Phase der unbefristete Generalstreik sei und es wird mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß derselbe in die Periode des offenen Bürgerkrieges überleitet. Es heißt: „Dieser Streik führt in die Periode des revolutionären Kampfes hinein. Ueber die Opportunität einer solchen Aktion entscheiden nicht nur der Kampfwille und das Kräfteverhältnis auf nationalem Boden, sondern auch die Verhältnisse in internationaler Beziehung.“ Weiter heißt es: „Praktisch hätte das zur Zeit des Weltkrieges die Verwandlung der Schweiz in einen Kriegsschauplatz zu bedeuten.“ Also das Aktionskomitee hat hier festgelegt — und ich betone ausdrücklich, daß ich dabei selbst mitgearbeitet habe —, daß die Entfesselung des unbefristeten Generalstreiks ohne weiteres den Bürgerkrieg nach sich ziehen müßte. Ich frage nun: Warum hat das Aktionskomitee trotzdem den unbefristeten Generalstreik erklärt.

Ich komme zum zweiten Argument. Es wird ausgeführt, daß bereits ein Teil der Eisenbahn- und Dampfschiffangestellten nicht bloß abzubrückeln drohte, sondern bereits Streikbrecherdienste geleistet habe. Auch darauf hat man vor Ausbruch des Streiks gerechnet, ja man hat sogar damit gerechnet, daß diese Kategorie von Eisenbahnern sich an dem Generalstreik überhaupt nicht beteiligen werde. Es heißt ausdrücklich auf Seite 10 in dem Bericht des Aktionskomitees, daß vor Ausbruch des Generalstreiks eine Delegation beim Aktionskomitee erschienen sei, die verlangte, die Auslösung des Generalstreiks um 24 Stunden zu verschieben. Dieser Delegation hat das Aktionskomitee erklärt, es kämen hier für die Eisenbahner nur drei Möglichkeiten in Betracht, die Stellungnahme für oder gegen den Streik, oder das neutrale Verhalten. Man hat also schon von vornherein gerechnet, daß diese Eisenbahnerkategorie, die man nachher als Argument für den Abbruch des Streiks ins Feld führt, sich überhaupt am Streik nicht beteiligen könnte.

Ein dritter Grund liegt darin, daß die Verbindungen mit den lokalen Streikleitungen nicht mehr bestanden hätten. Ich persönlich kann das nicht feststellen. Wir haben aber neben dem Bericht des Aktionskomitees auch noch einen andern Bericht, die Broschüre des Genossen Schneider, der während des ganzen Generalstreiks dem Aktionskomitee angehört hat. Da wird das Gegenteil behauptet, indem es auf Seite 33 heißt: „Schon am Mittag des ersten Streiktages konnte von einem geradezu glänzenden Gelingen des Streiks gesprochen werden. Die Kommunikationsmittel zwischen der Zentrale und den lokalen Streikleitungen funktionierten, wenn auch unter Aufsicht. Als am Morgen des zweiten Streiktages Bureau und Telephon des Aktionskomitees gesperrt wurden, trafen aus allen Richtungen Kuriere ein. Mittelfst neutraler Telephonstationen konnte die Verbindung mit den größern Orten aufrechterhalten werden. Die Berichte lauteten aus allen Gegenden günstig.“ Es ist deshalb unrichtig, was Huggler im „Signal“ erklärt, das Aktionskomitee sei von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Das trifft wenigstens für die Mitglieder nicht zu, die im Hauptquartier anwesend waren. Huggler war bekanntlich in Lausanne, er hat dafür gesorgt, daß die Eisenbahner der Westschweiz sich an der Aktion beteiligten und er hat das auch fertiggebracht.

Eine vierte ungünstige Wirkung wird der Abbröckelung der Westschweiz zugeschrieben. Man spricht von verhängnisvollen Verhältnissen daselbst. Auch darüber schreibt Schneider, daß man schon vorher auch mit dieser Möglichkeit gerechnet, daß die Westschweiz sich nicht oder nur teilweise am Generalstreik beteiligen werde. Es steht im Bericht des Genossen Schneider irgendwo auch noch etwas anderes, was im Bericht des Aktionskomitees nicht vorhanden ist: „Das ist die Stellungnahme des Parlaments, die Schneider ebenfalls zitiert, die uns

beweist, daß es dort an der geschlossenen Haltung und an dem geschlossenen Auftreten gefehlt hat und daß das Aktionskomitee als zentrale Leitung dieser Streikbewegung nicht einmal bei den Beratungen der Fraktion zugelassen wurde, weshalb eine einheitliche Stellungnahme gegenüber dem Parlament nicht möglich war. Man hätte daran herumlaboriert und versucht, auf irgendeine Art und Weise, der eine in dieser, der andere in jener Form, auf dieses Parlament einzuwirken, was von vornherein als ausgeschlossen hätte gelten sollen, wie selbst das Aktionskomitee in seinem Bericht feststellt.

Noch ein Wort an Graber. Er hat ausgesprochen, daß es leicht sei, in einer bewegten Zeit sich der Stimmung der Massen anzuschließen. Schwarzenbach hat das Bild, das er wählte, treffend ausgemalt und ich möchte sagen, daß dieses Bild schief ist. Es ist nicht richtig, was er sagte. Schwarzenbach hat von Basel erzählt, daß dort Genossen vorhanden waren, die sich nicht der Stimmung der großen Masse angeschlossen hatten, sondern die die gegenteilige Meinung vertreten hatten. Ich kann das gleiche von Zürich sagen. Ich gehöre mit zu denen, die, als es sich darum drehte, ob der Proteststreik zu beendigen oder der Kampf weiterzuführen sei, mit aller Energie dafür eingetreten sind, es müsse mit dem 24stündigen Proteststreik Schluß sein, und zwar aus dem gleichen Motiv, das uns Schneider in seiner kleinen Broschüre treffend anführt. Ich war nicht allein, es war unter anderm noch Kopp, der auch als Radikaler verschrien ist, der ebenfalls mit mir und einigen andern Genossen die gleiche Meinung vertreten hat. Es ist durchaus falsch, alles in einen Topf zu schmeißen und zu erklären, man habe sich von Stimmungen leiten lassen und in Zürich habe alles in das gleiche Horn geblasen. Man könnte das gleiche vom Aktionskomitee behaupten. Es ist festzustellen, daß die Zürcher den Proteststreik nicht wollten, daß das Aktionskomitee denselben aufgelöst hat, ohne davon überzeugt zu sein oder sich überhaupt zu fragen, ob diese Aktion nun wirklich in diesem Moment Aussicht auf Erfolg habe. (G r i m m: Das ist nicht wahr.) Und doch ist es wahr. (G r i m m: Nein, das ist nicht wahr.) Man hat angefragt, aber die Zürcher haben den Proteststreik nicht verlangt. Ich will damit nur sagen, daß man dieses Bild, das Graber auf uns angewendet hat, auch auf das Aktionskomitee anwenden kann.

Warum hat man Bedenken gehabt, nachher aus dem Proteststreik den allgemeinen Landesstreik hervorgehen zu lassen? Weil verschiedene Genossen der Auffassung waren, daß die Vorbereitungen nicht klappten, daß der Zeitpunkt ein ungünstiger sei. Es hat sich nun als Tatsache herausgestellt, daß der Streik technisch gar nicht vorbereitet war und daß man in 24 Stunden selbstverständlich solche Vorbereitungen nicht treffen konnte. Das Aktionskomitee hat das ebenfalls gewußt. Es ist mir in meiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär in achtjähriger Praxis noch nicht vorgekommen, daß eine Zentralleitung einen Kampf

erklärt hat, wenn die Vorbedingungen nicht vorhanden waren. Wohl ist das vorgekommen, daß die Massen einfach darüber hinweggeschritten sind, aber das lag in diesem Falle nicht vor. Der Beginn des Generalstreiks war der Proteststreik und den haben die Massen nicht verlangt, den hat das Aktionskomitee erklärt. (G r i m m: Darum sind wir wohl die Bremsen!) In einem Punkt bin ich mit dem Aktionskomitee vollständig einverstanden, nämlich darin, was auch zur Begründung des Abbruchs angeführt wird, daß der Kontakt mit den Massen nicht vorhanden war. Ich sage aber, der war schon vorher nicht vorhanden, und wir haben nun die Auffassung, wenn wirklich der Kongreß positive Arbeit leisten soll und will, so kann es nur dadurch geschehen, daß die Beschlüsse des Kongresses derart sind, daß in Zukunft der Kontakt des Aktionskomitees und der Massen hergestellt wird. Dann können wir sagen, daß der Kongreß auch tatsächlich einen Erfolg gehabt hat.

Naine-Lausanne: Il y a dans cette assemblée quelques camarades qui manifestent, à mon avis, une mentalité de vaincus. Ils raisonnent comme des gens qui ont subi une grosse défaite. Permettez-moi de manifester une autre opinion et d'autres sentiments.

Je ne considère pas que la grève générale, telle qu'elle s'est déroulée, soit une défaite, au contraire, je dis, camarades, que cette grève a été magnifique (Bravos), magnifique comme manifestation. Je crois que cette grève a eu des résultats dont nous pouvons déjà dire maintenant qu'ils ont été et seront féconds. Ah, si vous attendiez d'une grève comme celle-là ce que certains ont attendu peut-être, le renversement du gouvernement et l'installation d'une dictature de la minorité ou bien des promesses formelles du gouvernement et de politiciens, oui, vous pourriez être déçus. Mais j'avoue, quant à moi, que je n'aurais jamais attribué à de tels résultats une importance aussi grande qu'à l'effet produit par la grève sur la population et dans les masses ouvrières elles-mêmes. Promesses de politiciens et serment d'ivrogne, cela ne vaut pas mieux (Bravos) et ce qui était important la grève l'a obtenu. Je dis qu'un certain nombre attendaient d'une grève générale le renversement du gouvernement et l'installation d'une dictature du prolétariat. Ceux-là ont, je pense, le sentiment, manifesté ici, qu'ils sont vaincus, parce qu'ils pensaient jouer le sort du prolétariat suisse sur une seule carte. Evidemment, cette carte, ils l'ont perdue. Je prétends qu'ils sont mal placés, comme le camarade Nobs tout à l'heure, pour venir dire que le Comité d'action d'Olten a commis une faute en n'appréciant pas assez à sa juste valeur l'attitude que devaient avoir les troupes, en ne prévoyant pas qu'elles se refuseraient à faire défection.

Mais qui est-ce qui y a songé, si ce n'est ceux — s'il y en a — qui voulaient renverser le gouvernement et installer la dictature? Ceux-là devaient attendre ce résultat bien plus que le Comité d'action d'Olten, s'il s'est trompé sur ce point, mais je ne crois pas qu'il se soit trompé. M'est avis qu'on ne pourra jamais renverser un gouvernement par un mouvement révolutionnaire que le jour où les troupes feront défection. Recherchez dans l'histoire, lisez celle des révolutions, vous verrez qu'il a toujours fallu passer par là. Beaucoup de ces défections sont légitimes. Qui sait si un jour on ne devra pas passer par là, nous aussi? Les mouvements aboutissant à la révolution doivent avoir comme corollaire inévitable la défection des troupes. Or, on savait cela du côté des camarades qui se croient vaincus, puisqu'ils étaient persuadés que la troupe ne ferait pas défection, ils ne pouvaient donc espérer faire la révolution dans le sens que je viens de dire? C'eût été vouloir exposer volontairement le prolétariat à la boucherie! (Bravos.) Je ne voudrais pas parler au nom du Comité d'action d'Olten dont je ne suis pas, mais comme membre du Conseil national, j'ai siégé avec mes camarades. Nous ne voulions pas de chambardement, d'emblée déjà et *a priori*, parce que dans la grève générale il y a un but de manifestation que seuls nous avons poursuivi. A ce point de vue-là, c'est l'immense majorité, peut-être les 9/10 qui l'ont voulu avec nous, et ils ont parfaitement bien réussi. Il n'est pas nul l'effet qui a été produit ainsi. Dans la situation actuelle, ceux qui comptent pour la production, c'est l'immense masse des travailleurs. Mais au point de vue moral, on n'en tient pas compte. L'impression faite par la grève générale du prolétariat a été immense, parce qu'on a senti que tous ceux qui n'ont pas de droits pour ainsi dire, qu'on méprise, qu'on néglige, qu'on laisse dans la misère, ont montré qu'ils sont les véritables maîtres, ceux qui produisent tout, ceux sur qui repose la vie tout entière de la société. Ce n'est pas seulement chez nous que ce mouvement a provoqué de l'admiration, mais de l'autre côté aussi.

Camarades, il ne faut pas reprocher au Comité d'action d'Olten d'avoir mis fin à la grève pour éviter la guerre civile en disant qu'elle ne serait pas venue et en disant qu'en prolongeant la grève on eût obtenu davantage. Si, d'une part, les bourgeois ont mésestimé nos forces, il ne faut pas mésestimer les leurs. Peut-être ne vous rendiez-vous pas compte à Zurich que dans la Suisse française la levée de troupes avait été provoquée par une frayeur épouvantable de la bourgeoisie et c'est ce qui nous permettait de mettre de côté l'idée d'un complot de notre part, nous étions plutôt en présence de son effroi devant ce qu'elle appelait

le bolchévisme. Ce n'est pas un crime d'être bolchéviste. Ce n'est pas mon point de vue, je le combats. Or, le bourgeois le voyait à tort partout: tout ce qui était socialiste était bolchéviste, les bourgeois avaient perdu leur sang-froid, si j'en juge par quelques-uns que j'ai entendus dans les Conseils ou par des articles que j'ai lus dans la presse. Nous avons bien senti au Conseil national que pour eux c'était quitte ou double. Ils étaient eux-mêmes trompés, mais ils croyaient qu'en ne résistant pas ils iraient le lendemain ou quelque temps après vendre des journaux sur la place ou qu'on les emploierait à balayer les rues. (Rires.) Certainement; j'ai entendu des bourgeois au sein du Grand Conseil vaudois qui étaient encore tout tremblants à cette perspective entrevue, et vous comprenez que des gens qui ont de la fortune, qui vivent à leur aise ou même dans le luxe, vous comprenez, dis-je, que ces gens, quand ils se sont vus devant la perspective de perdre toute leur fortune, de ne plus pouvoir exercer leur métier, de devoir venir sur la place publique manier le balai, vous comprenez que ces gens: avocats, médecins, rentiers, n'auraient jamais cédé et se seraient plutôt fait tous saigner avant. Et c'était alors la guerre à fond, et c'est pourquoi, camarades, ils se sont armés comme ils l'ont fait, c'est pourquoi ils ont organisé des gardes civiques, armé la bourgeoisie, organisé sa résistance. Si nous avions fait le 1/10 de ce qu'ils ont fait, si on avait trouvé des armes chez nous, qu'eussions-nous vu?

Il ne faut donc pas se faire d'illusion. Les bourgeois étaient prêts à mettre tout à feu et à sang plutôt que d'aller — comme ils le croyaient — balayer les rues. (Rires.) Aux Chambres fédérales nous avons vu cela, pas un de nos camarades ne dira le contraire, les bourgeois, sous la peur, étaient prêts à tout. Peut-être le Conseil fédéral aurait-il cédé, mais il avait derrière lui tous les représentants de la classe bourgeoise qui l'auraient destitué tout de suite plutôt que de céder.

Un camarade a dit: « Vous avez capitulé devant le Conseil fédéral, devant l'ultimatum du Conseil fédéral. » Non, ce n'est pas cela. Je n'ai pas joué un grand rôle là-dedans, ce sont surtout les représentants des syndicats qui avaient leur mot à dire, et ce n'est pas le rôle d'un homme politique qui ne représente pas les syndicats de donner des ordres en cette affaire, mais je dois dire que j'ai été dans l'admiration devant vos chefs de syndicats pendant la nuit qui précéda le jour où on mit fin à la grève. Ce n'est pas une menace du Conseil fédéral qui a fait reculer le Comité d'action d'Olten. Il avait reçu l'ultimatum de mettre fin à la grève à cinq heures. Il n'a pas répondu. Le délai a été porté à huit heures. A minuit il n'avait pas répondu encore. Les

camarades du Comité d'action d'Olten n'ont pas tenu compte de la menace. Ils ont tenu compte uniquement des forces dont ils disposaient. Ils ont jugé d'après les forces des syndicats, d'après la force de résistance que ces syndicats peuvent en général opposer dans le pays. S'ils avaient admis qu'un jour de grève de plus eût été utile à quelque chose, ils l'eussent décidé, j'en suis absolument persuadé.

Camarades! il faut bien se rendre compte de ceci, c'est que pour vous, à certains égards, la grève générale est un mot nouveau et une chose nouvelle, mais pas du côté des Latins. Chez nous dans la Suisse romande, il y a quinze ans, on en a usé largement, vous nous traitiez de fous alors, vous n'étiez pas de notre avis, beaucoup de ceux qui pensaient ainsi ont disparu de nos congrès, mais je le répète on nous prenait tous pour des anarchistes dans la Suisse romande parce qu'on y pratiquait la grève générale. Il y avait bien quelque chose de cela. On a donc fait pas mal de grèves générales. Les anarcho-syndicalistes voulaient employer ce moyen comme mouvement révolutionnaire, mais jamais ils n'ont osé dire dans les assemblées de syndicats: nous proclamons la grève générale pour renverser le gouvernement, ils ont toujours appelé cela la grève générale, et rien d'autre. Et puis, que s'est-il passé? Les ouvriers en ont usé deux, trois fois, puis ils ont suivi de moins en moins ces mots d'ordre et à la fin rien de moins général en Suisse romande que la grève générale. Seulement, que s'est-il passé? C'est que tous les syndicats ont fini par être démontés sur les bords du Léman, parce qu'on a voulu se servir des syndicats pour des visées politiques, et pourtant nous avions des syndicats puissamment organisés, presque tout le monde était syndiqué à Lausanne il y a dix-huit ans. Maintenant, il y a de nouveaux syndiqués grâce à l'effort d'une nouvelle génération. Mais faisons bien attention à ce que nous faisons, ayons de la clarté dans ce que nous proposons. Si vous décidez une grève générale, révolutionnaire, il faut le dire, il faut que les syndicats appelés à la grève le sachent. Notez, camarades, que je ne dis pas que cette perspective ne puisse pas se présenter, je ne rejette pas d'une façon absolue la possibilité d'y recourir. Si, en Suisse, malgré nos traditions démocratiques, la bourgeoisie arrivait à annihiler complètement nos institutions, à saboter la démocratie à un point tel que la volonté populaire ne puisse absolument plus se manifester et qu'il n'y eût plus aucune perspective de suivre les voies démocratiques, il n'y aurait plus que ce moyen. (Très bien.) Mais, en sommes-nous là? Je dis que non, je dis au contraire que maintenant nous faisons un travail merveilleux, je préfère que le gouvernement soit resté là,

que les Chambres soient là encore, ces Chambres qui sont endormies, qui font grève, oui, ce sont elles qui font grève (Rires), je préfère cela à leur renversement par un mouvement révolutionnaire d'une minorité, car qu'est-ce que nous faisons? Mais par notre action nous démontrons devant le public tout entier ce que valent le sentiment démocratique, l'attachement au peuple, le respect de la volonté populaire, chez nos dirigeants, du Conseil fédéral et les Chambres. Et cela est énorme, parce que ce que nous voulons, c'est surtout puiser dans ce réservoir immense d'employés, d'ouvriers de toutes espèces qui ne sont pas encore avec nous, mais que nous devons amener à nous jusqu'à ce que les capitalistes les sentent perdus pour eux-mêmes. Cette démonstration s'est faite largement par la grève générale. Dans le canton de Vaud, où nous subissons une réaction effrayante comme dans le canton du Valais et le canton de Fribourg, d'après ce qu'on nous a dit, la grève nous aura fait progresser. En un mois, 700 abonnés nouveaux sont venus à notre petit journal alors que pendant des années on n'en faisait que 100, 200, d'une année entière. Ce résultat est beau, à certains points de vue merveilleux, tandis que si, comme certains le désiraient peut-être, nous étions arrivés à la guerre civile, qui se serait battu? Sont-ce les bourgeois? De leur côté on eût vu un ou deux officiers, oui, mais ceux qui se seraient battus pour eux, ce seraient avant tout des paysans, des ouvriers contre d'autres ouvriers. Les victimes, qu'eût été le peuple qui les aurait fournies. Alors, ce n'est pas entre la bourgeoisie et nous que ce serait creusé un fossé, mais un fossé entre nous et la masse des travailleurs qu'il faut amener à nous, il y aurait eu contre nous des haines inextinguibles dans ce monde que nous voulons voir avec nous, des milliers de cerveaux eussent été à jamais fermés pour notre propagande. Malheureusement, la grippe a fondu sur les troupes et a fait son œuvre, et ce sera le travail d'années probablement pour arriver à faire comprendre aux malheureuses familles frappées que nous ne sommes pas responsables, mais j'ai vu des familles de socialistes, peut-être pas conscients, qui votaient avec nous et qui ont maudit la grève parce que la grippe avait frappé les leurs. Ils ont eu tort, mais songez à ceux qui n'ont encore jamais été touchés par nos idées, et songez à la répercussion que tout cela a eue, surtout après certaine phrase mauvaise publiée dans nos journaux. Le mal n'est pas grave, il se réparera, la bourgeoisie a emmêlé l'écheveau, nous le démêlerons, mais pour avoir avec nous la majorité des travailleurs, nous devons les convaincre et ne pas les heurter par la force, par la violence. La guerre civile nous aliénerait pour une génération la moitié des travailleurs. Il faudra bien que la bour-

geoisie y passe, c'est entendu, mais ce n'est pas d'une guerre civile que nous devons attendre ce résultat, mais de la lutte sans trêve des ouvriers contre la bourgeoisie, qui a encore derrière elle la majorité de la classe ouvrière. Et ce serait son bonheur à la bourgeoisie si elle réussissait à déclencher quelque chose comme la guerre civile, la lutte des conscients contre les inconscients, des luttes sanglantes dont nous ne nous tirerons jamais. Nous n'avons pas la mentalité de vaincus, parce que nous n'avons pas été vaincus, nous n'avons pas joué avec la grève générale le sort de la classe ouvrière sur une seule carte. Nous avons donné un immense coup de bélier à la classe bourgeoise en pleine poitrine, et il y a eu réaction, mais nous tenons le coup. Ce qui est formidable, c'est que la discipline a été maintenue, c'est que grâce au Comité d'action d'Olten tout le monde est rentré en rangs, il n'y a pas eu de défection, l'unité a été maintenue, la classe ouvrière s'est bien montrée en bloc et ce bloc ne se laissera pas entamer. Si nous continuons ainsi, l'effet sera plus considérable encore. Souvenez-vous de ce que Victor Adler a dit un jour: « Il n'y a pas de grève perdue. » Combien de fois des ouvriers ont dû rentrer à l'atelier après une grève prolongée, sans avoir obtenu rien d'immédiat. Mais leur effort avait ébranlé l'adversaire et quelque temps après, lorsque toujours bien unis, ils s'apprêtaient à frapper un nouveau coup, l'obstacle céda sous cette seule menace. Il n'y a pas de grève perdue, camarades, à condition que les ouvriers restent unis après comme avant l'effort. L'avenir nous dira qu'il en sera ainsi de la grève générale de novembre dernier. (Bravos, applaudissements.)

R a i n e: In dieser Versammlung befinden sich meiner Ansicht nach einige Genossen, die sich als Besiegte fühlen. Sie sprechen wie Menschen, die eine große Niederlage erlitten haben. Erlauben Sie mir, andere Meinungen und andere Gefühle zum Ausdruck zu bringen.

Ich betrachte den Generalstreik so wie er verlaufen ist, nicht als eine Niederlage, im Gegenteil. Ich sage, Genossen, dieser Streik war prächtig (Bravorufe), prächtig als Kundgebung. Ich glaube, daß dieser Streik Erfolge gezeitigt hat, von denen wir sagen können, daß sie von weittragender Bedeutung gewesen sind und noch sein werden. Wenn Sie eine Umwälzung der Regierung und die Errichtung einer Diktatur der Minderheit erhofft haben oder gar formelle Versprechen der Regierung und der Politiker, ja, dann können Sie enttäuscht sein. Aber ich meinerseits gestehe ein, daß ich solchen Erfolgen nie eine so große Wichtigkeit beigelegt hätte wie dem Eindruck, den der Streik in der Bevölkerung und in den Arbeitermassen selbst hervorgerufen hat.

Versprechen von Politikern und Schwüre von Trunkenbolden sind gleich viel wert (Bravorufe), und das Wesentliche ist durch den Streik erreicht worden. Ich sage, daß etliche von dem Streik den Sturz der Regierung und die Diktatur des Proletariats erwarteten. Diese, glaube ich, haben das Gefühl, sie seien besiegt, weil sie dachten, das Geschick des schweizerischen Proletariates auf eine Karte setzen zu können. Sicherlich haben sie diese Karte verloren. Ich glaube, es ist nicht am Platze zu sagen, daß das Oltener Aktionskomitee einen Fehler begangen habe, indem es die Haltung der Truppen nicht richtig einschätzte und nicht voraussah, daß sie sich weigern würden, abtrünnig zu sein.

Aber wer anders hätte daran denken sollen, wenn nicht sie, die die Regierung stürzen und die Diktatur errichten wollten? Sie hätten dieses Resultat eher erwarten sollen als das Oltener Aktionskomitee, wenn es sich über diesen Punkt getäuscht hat. Aber ich glaube nicht, daß es sich getäuscht hat. Meine Ansicht ist die, daß man nur an dem Tage durch eine revolutionäre Bewegung eine Regierung stürzen kann, an dem ihr die Truppen abtrünnig werden. Jetzt in der Geschichte nach, studiert den Verlauf der Revolutionen, und ihr werdet sehen, daß der Weg immer da durch ging. Die Bewegungen, die auf eine Revolution hinzielen, müssen als unvermeidlichen Zusatz immer den Abfall der Truppen haben.

Da ich nicht im Oltener Aktionskomitee bin, möchte ich nicht in dessen Namen sprechen, sondern als Mitglied des Nationalrates.

Wir wollten keinen Umsturz, weil der Generalstreik eine Kundgebung sein sollte und nichts anderes. Dieser Ansicht war sicher auch die große Mehrheit, vielleicht neun Zehntel, und sie haben erreicht, was sie wollten.

Genossen, man darf dem Oltener Aktionskomitee nicht Vorwürfe machen und sagen, es habe den Streik abgebrochen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, oder behaupten, er wäre nicht gekommen und man hätte durch eine Verlängerung des Streiks mehr erreichen können. Wenn das Bürgertum unsere Kräfte unterschätzt hat, so dürfen wir die seinigen nicht mißachten. Vielleicht vergegenwärtigt ihr euch in Zürich nicht, daß in der welschen Schweiz das Truppenaufgebot durch die übermäßige Angst des Bürgertums hervorgerufen worden war. Wir standen einer Angst vor dem Bolschewismus gegenüber. Es ist kein Verbrechen, ein Bolschewist zu sein. Das ist nicht meine Ansicht, und ich bekämpfe sie. Aber bei der Bourgeoisie war alles, was sich Sozialist nannte, auch Bolschewist. Wenn ich nach Aussagen einiger, die ich im Nationalrat sprechen gehört habe, oder nach Artikeln, die ich gelesen habe, urteilen will, so schien das Bürgertum ganz seine Kaltblütigkeit verloren zu haben. Im Nationalrat merkte man ganz gut, daß die Bürgerlichen ihre Existenz auf dem Spiel glaubten. Sie täuschten sich selbst; aber sie glaubten, wenn sie nicht Widerstand leisteten

ten, so müßten sie in einigen Tagen Zeitungen verkaufen oder Straßen kehren. (Lachen.) Gewiß, ich habe im waadtländischen Großen Rat welche gesehen, die zitterten noch ganz beim Gedanken an das, was hätte eintreten können. Sie verstehen, daß diese reichen Menschen, die nach ihrem Gefallen und im Luxus leben, bei dem Gedanken, ihr Vermögen zu verlieren, ihren Beruf nicht mehr ausüben zu können, dagegen einen öffentlichen Platz kehren zu müssen, Sie verstehen, daß diese Menschen, Advokaten, Ärzte, Rentner, niemals nachgegeben und sich lieber vorher selbst getötet hätten. Darum, Genossen, haben sie sich organisiert, die Bürgerwehr ins Leben gerufen und den Widerstand angeordnet. Wir dürfen uns also keine Illusionen machen. Die Bürgerlichen wollten eher alles in Feuer und Blut verwandeln als, wie sie glaubten, Straßen kehren zu müssen. (Lachen.)

Wir haben das im Bundeshaus mit eigenen Augen gesehen; keiner der Genossen wird das Gegenteil behaupten. Die Bürgerlichen waren zu allem bereit. Der Bundesrat vielleicht hätte nachgegeben. Aber er hatte alle Vertreter der Bürgerlichen im Rücken, die ihn dann sogleich abgesetzt hätten.

Ein Genosse hat gesagt: Ihr seid vor dem Bundesrat und vor seinem Ultimatum zu Kreuze gefroren. Nein, dem ist nicht so. Ich habe dabei keine große Rolle gespielt, die Vertreter der Gewerkschaften hatten da vor allem zu reden. Es ist auch nicht die Aufgabe eines Politikers, der die Gewerkschaften nicht vertritt, Anordnungen zu dieser Sache zu geben, aber ich muß sagen, daß ich die Leiter der Gewerkschaften in jener Nacht, die dem Streikabbruch voranging, bewunderte. Nicht die Drohung des Bundesrates hat das Ultenere Aktionskomitee zum Rückzug gezwungen. Es hat sich nur über die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte Rechnung abgelegt. Es hat sich nach der Widerstandskraft der Gewerkschaften gerichtet. Wenn es angenommen hätte, daß die Verlängerung des Streiks um bloß einen Tag etwas genützt hätte, hätte es sich jedenfalls dazu entschlossen, davon bin ich überzeugt.

Genossen, vergegenwärtigt euch, daß für euch der Generalstreik in gewissem Sinn ein neues Wort, eine Sache ist. Nicht so bei den Welschen. Bei uns in der französischen Schweiz hat man schon vor 15 Jahren davon gesprochen; aber damals behandeltet ihr uns wie Verrückte, ihr waret nicht unserer Ansicht. Viele, die so denken wie wir, verschwanden aus den Versammlungen. Ich wiederhole, man betrachtete uns Westschweizer als Anarchisten, weil man bei uns den Generalstreik verwirklichte. Wir hatten einige Male Generalstreik. Die Anarcho-Syndikalisten wollten ihn als revolutionäre Bewegung benutzen, nur durften sie in den Versammlungen der Gewerkschaften nicht sagen: Wir verkünden den Generalstreik, um die Regierung zu stürzen; denn nur das nannten sie „Generalstreik“. Was ist nun geschehen? Die Arbeiter haben zwei- oder dreimal davon Gebrauch

gemacht, dann befolgten sie immer weniger und weniger die Putsch-taktik, und endlich war in der welschen Schweiz nichts weniger all-gemein als der Generalstreik. Wie ist das gekommen? Alle Gewerk-schaften wurden vernichtet, weil man sie zu politischen Zielen be-nutzen wollte. Doch hatten wir Gewerkschaften mit großer Macht, seit 18 Jahren war ja fast jedermann in Lausanne gewerkschaftlich organisiert. Heute haben wir neue Organisierte einer neuen Gene-ration; aber geben wir nur acht, was wir tun, verschaffen wir uns Klarheit über das, was wir vorschlagen. Wenn ihr einen revolution-ären Generalstreik wollt, müßt ihr es sagen; die dazu aufgerufenen Gewerkschaften müssen es wissen. Bemerk! wohl, Genossen, ich sage nicht, daß diese Möglichkeit nie eintreten könnte, ich verwerfe die Möglichkeit nicht, darauf zurückzukommen. Wenn in der Schweiz die Bürgerlichen trotz unseren demokratischen Ueberlieferungen dazu kommen würden, unsere Einrichtungen ganz zu vernichten, die De-mokratie so zu Boden zu drücken, daß der Volkswille sich gar nicht mehr kundgeben könnte, wenn gar keine Aussicht mehr wäre, demo-kratische Grundsätze verfolgen zu können, wäre kein anderes Mittel mehr übrig. (Sehr richtig!)

Aber sind wir so weit? Ich behaupte nein, ich sage im Gegen-teil, daß wir jetzt wunderbar Arbeit leisten; es ist mir lieber, die Regierung sei noch da, die Räte seien noch da, wenn sie schon einge-schlafen sind und streiken; denn in Wirklichkeit streiken sie. (Lachen.) Ich ziehe diesen Zustand einem Umsturz durch eine revolutionäre Be-wegung einer Minderheit vor; denn was würden wir tun können? Aber durch unsere Bewegung zeigen wir der ganzen Oeffentlichkeit, was das demokratische Gefühl, das Anlehnen ans Volk, der Respekt vor dem Volkswillen bei unsern Staatslenkern im Bundesrat und in der Bundesversammlung gilt. Das ist ungemein viel. Wir wollen doch auch in den großen Massen der Angestellten und Arbeiter aller Art Einfluß gewinnen, die noch nicht zu uns gehören, die wir aber zu uns führen müssen, bis die Kapitalisten sie für sich verloren wissen. Dies wurde durch den Generalstreik kundgetan. Im Kanton Waadt, im Kanton Wallis und Freiburg, wo wir eine erschreckende Reaktion überstehen, haben wir durch den Streik Fortschritte gemacht. Wir haben in einem Monat für unsere kleine Zeitung 700 neue Abonnent-ten bekommen, während Jahre vorher die Steigerung in einem Jahr nur 100 bis 200 betrug. Dieser Erfolg ist sehr schön. Wer hätte sich aber geschlagen, wenn es, wie einige es vielleicht wünschten, zum Bürgerkrieg gekommen wäre? Vielleicht die Bürgerlichen? Ein oder zwei Offiziere vielleicht, ja, aber die, die sich für sie geschlagen hätten, wären vor allem die Bauern gewesen, also Arbeiter gegen Arbeiter. Das Volk hätte die Opfer bringen müssen. Es hätte sich also nicht zwischen uns und den Bürgerlichen eine Kluft geöffnet, wohl aber zwischen uns und der Masse der Arbeitenden, die wir noch zu uns

führen müssen. Es würde sich ein unaustilgbarer Haß unter denjenigen gebildet haben, die wir bei uns sehen möchten. Tausende würden sich auf immer unserer Propaganda verschlossen haben. Unglücklicherweise brach die Grippe unter den Truppen aus und forderte ihre Opfer. Es wird jahrelanger Arbeit brauchen, um den unglücklichen, betroffenen Familien begreiflich zu machen, daß wir nicht dafür verantwortlich sind. Ich habe selbst sozialistische Familien gesehen, die dem Streik fluchten, weil die Grippe die Ihrigen ergriffen hatte.

Sie hatten unrecht; aber denkt an diejenigen, die noch nie von unsern Ideen berührt worden sind, und denkt an den Eindruck, den dies alles hinterließ, besonders nach einigen in unsern Zeitungen falsch veröffentlichten Zitaten. Das Unglück ist nicht groß, es ist heilbar. Die Bourgeoisie hat die Lage verwirrt, wir werden sie entwirren. Aber wenn wir die Mehrheit der Arbeitenden auf unserer Seite haben wollen, so dürfen wir nicht mit Gewalt vorgehen.

Der Bürgerkrieg hätte uns auf die Dauer einer ganzen Generation die Hälfte der Arbeitenden entzogen. Es ist ja sicher, daß die Bourgeoisie einmal nachgeben muß. Wir wollen diesen Erfolg aber nicht durch den Bürgerkrieg erreichen, sondern im unaufhaltbaren Kampf der Arbeiter gegen die Bürgerlichen, indem wir die Mehrheit der Arbeiterklasse im Rücken haben. Es wäre ja für die Bourgeoisie nur ein Glück, wenn es ihr gelingen würde, etwas wie einen Bürgerkrieg zu entzünden, einen blutigen Kampf der Gewissenhaften gegen die Gewissenlosen, in dem wir nie bestehen könnten.

Wir sind nicht die Besiegten, niemand hat uns besiegt. Wir haben mit dem Generalstreik nicht das Geschick der Arbeiterklasse auf einer Karte ausgespielt. Wir haben der Bourgeoisie einen festen Schlag auf die volle Brust versetzt; es folgte eine Reaktion, aber wir hielten ihr stand. Die Disziplin, die wir entwickelten, war mächtig. Dank dem Oltener Aktionskomitee blieb jeder an seinem Platz, niemand wurde abtrünnig; die Einigkeit, die unter der Arbeiterklasse herrscht, zeigte sich ganz und ließ sich nicht zerreißen. Wenn wir so fortfahren, wird der Effekt noch beträchtlicher sein. Besinn! euch, was Viktor Adler eines Tages sagte: Kein Streik ist nutzlos. Wir oft mußten die Arbeiter nach einem verlängerten Streik in ihre Werkstätten zurückkehren, ohne augenscheinlich etwas erreicht zu haben. Aber ihre Anstrengung hatte Erfolg, und einige Zeit nachher, wenn sie einig einen neuen Schlag wagten, so neigte sich die Waagschale wieder auf ihre Seite. Genossen! Kein Streik ist verloren, wenn die Arbeiter nach wie vor einig bleiben. Die Zukunft wird uns sagen, ob dies beim Generalstreik vom letzten November auch der Fall sein wird. (Bravorufe, Beifall.)

Schluß der Vormittagsitzung um 1¼ Uhr.

Nachmittagsfikung

Die Nachmittagsfikung wird um 2½ Uhr von Sig eröffnet.

De l s = Brig: Im Hinblick darauf, daß noch 23 Redner eingeschrieben sind und daß jedenfalls keine neuen Momente in die Diskussion hineingetragen werden können, beantrage ich Schluß der Diskussion.

S u b e r = Korschach: Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Wir sind noch nicht an dem Punkte angelangt, wo behauptet werden könnte, daß jeder Gesichtspunkt hier vertreten worden sei. Vor allem muß verhütet werden, daß ein größerer oder kleinerer Teil unseres Kongresses den Eindruck bekommt, man möchte jetzt schon mit der Guillotine hinter die Redefreiheit geraten. Sodann mache ich darauf aufmerksam, daß über einen solchen Antrag erst abgestimmt werden sollte, wenn der Kongreß etwas vollzähliger besammelt ist. Ich möchte Sie ersuchen, jetzt nicht in einer Geschäftsordnungsdebatte lange und kostbare Zeit zu verlieren, um nachher notgedrungen die materielle Diskussion erwürgen zu müssen.

S i g: Es ist angekündigt worden, daß wir die Verhandlungen punkt 2½ Uhr wieder aufnehmen werden. Wir haben pünktlich begonnen, um die Genossen daran zu gewöhnen.

Der Antrag De l s wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Canevascini: Permettete, cari compagni, che in questo congresso, che è la seconda rassegna generale del proletariato svizzero, io faccia sentire la debole voce della Svizzera italiana, del canton Ticino.

Noi non abbiamo il diritto di giudicare, come voi fate, il Comitato di Olten, perchè nel momento della lotta eravamo assenti. — Sì, eravamo assenti. — Non per dissensi, non per incapacità, non per deficienza assoluta di preparazione; ma perchè assolutamente all'oscuro di tutto, noi non sapevamo nulla di quanto si preparava nella Svizzera interna, nessuna comunicazione tempestiva nè del Comitato di Olten, nè dell'Unione sindacale, nè di una qualsiasi Federazione ci era pervenuta. Il nostro piccolo lembo di terra italiana venne dimenticato. Completamente. Hanno scioperato i ferrovieri di Bellinzona, Biasca ed Airolo, non per ordine diretto; ma perchè l'annuncio della dichiarazione di sciopero — per le loro categorie — era stato loro

trasmesso dai compagni di Erstfeld che a loro volta l'avevano ricevuto da quelli di Lucerna. E a questo proposito devo dire che quando giunse l'ordine di cessazione dello sciopero, i ferrovieri non ci volevano credere, ed erano più che mai decisi a continuare la lotta anche per solidarietà verso i colleghi che erano stati imprigionati.

A me pare che il Comitato di Olten abbia dimenticato qualche cosa nella organizzazione dello sciopero generale; abbia dato troppo tempo agli avversari, specialmente al Consiglio federale, di prepararsi e di sabotare il servizio di informazione e di comunicazione con le differenti organizzazioni e con i gruppi locali. Il Comitato di Olten avrebbe dovuto — immediatamente e specialmente nei paesi dove più forte è l'influenza della stampa borghese — mandare un manifesto, anche telegrafico, anche per il Ticino, in cui fossero bene spiegate le ragioni del movimento.

Da noi, già prima che lo sciopero venisse dichiarato nelle 19 città svizzere, la stampa borghese aveva iniziato una campagna feroce, piena di menzogne e di calunnie contro il Comitato di Olten, inventando complotti, copiando i documenti falsi pubblicati nella Svizzera francese, spaventando la popolazione con il terrore bolscevico (attorno al quale va da oltre un anno tessendo racconti terrificanti e fantastici), facendo credere che dietro al Comitato di Olten c'era la mano della Germania, e via dicendo.

Questa campagna, che rispondeva evidentemente ad un piano prestabilito in tutta la Svizzera per ridurre l'azione proletaria alla impotenza, ha subito conquistata la nostra popolazione — in maggioranza composta di piccoli borghesi, di piccoli contadini — già per principio avversa ai tedeschi e pronta a dubitare di ogni loro atto. Noi abbiamo cercato di reagire, di tenere testa; ma non avevamo che un giornale settimanale e — ripeto — dalla Svizzera interna ci mancavano notizie precise, per cui non eravamo neppure in grado di informare le nostre organizzazioni. La nostra azione diventava anche difficile per il fatto che manchiamo di uomini, che non abbiamo grandi centri proletari, che le nostre organizzazioni — quasi tutte piccole — sono sparse in tutto il cantone e sono quasi senza contatto fra di loro.

Quando — in seguito a un nostro telegramma — il martedì sera ci giunse l'ordine di sciopero; quando potemmo conoscere i motivi che l'avevano determinato, era ormai troppo tardi. Nei principali centri il governo aveva mobilitato la landsturm, i Municipi avevano costituito la guardia civica composta degli elementi meno indicati per difendere l'ordine pubblico che nessuno pensava a turbare, hanno approfittato della festa per l'armistizio per inscenare delle dimostrazioni contro i bolscevichi. Ogni

socialista, ogni organizzato era un « bolscevico ». Sotto la finestra della mia abitazione dove ero ammalato di « grippe », ha continuato una settimana a gridare e schiamazzare la gioventù aizzata dai padroni e dalle autorità. Fuori della porta della mia casa hanno messo una sentinella; ebbi intercettati i telegrammi, la corrispondenza. A Lugano è successa la stessa cosa: dimostrazioni, provocazioni continuate. I nostri compagni non erano più padroni di uscire di casa. Dieci giorni dopo lo sciopero — il 24 novembre — io e altri due miei compagni fummo aggrediti sulla piazza di Lugano da oltre trecento persone, dietro le quali stavano le autorità, i padroni, gli accaparratori. I nostri compagni Ballerini, Barana, Farelli — italiani — furono vigliaccamente percossi la sera stessa senza che essi avessero nemmeno tentato di reagire, e poi furono arrestati, e fu un vero miracolo, se la folla inferocita non è riuscita a linciarli. Noi abbiamo assistito a scene selvagge, brutali, feroci che non credevamo più possibili nel nostro paese.

Questa reazione ha prodotto del panico fra i nostri operai che non avevano avuto il tempo di riunirsi e concertarsi. Una parte credette senz'altro alle calunnie degli avversari. Non era più possibile tentare, non dico uno sciopero, ma un semplice Comizio. Attorno alla Camera del Lavoro si era fatto il vuoto. Chi veniva da noi era vigilato, provocato, percosso. I padroni ne approfittavano per violare i contratti che avevano dovuto stipulare nel luglio scorso in seguito allo sciopero generale, e minacciavano di licenziamento gli operai che fossero ritornati alla Camera del Lavoro. Pensate che i nostri operai sono ancora in gran parte italiani, e poi comprenderete la difficoltà della nostra situazione.

Certo che se noi fossimo stati informati a tempo, la enorme montatura borghese non sarebbe completamente riuscita e il proletariato organizzato del Ticino avrebbe agito. Questa ipotesi e i fatti avvenuti vi devono dimostrare la necessità di un più stretto collegamento fra il Ticino proletario e la Svizzera proletaria, ed io dico che fareste bene a dare anche al Ticino una o più rappresentanze dirette nel futuro Comitato d'azione.

Ho seguito con vivissima attenzione la discussione fatta oggi intorno allo sciopero generale. Riguardo alle nuove direttive del movimento sindacale io mi limito a dirvi — per non fare ripetizioni — che approvo i discorsi di Naine e di Graber, i quali hanno interpretato le idee e i sentimenti del proletariato ticinese. Io capisco le irritazioni, le impazienze dei compagni di Zurigo, e l'azione d'incessante violenza con la quale essi sperano di abbattere, in breve momento, tutto l'edificio borghese. Oh,

se tutta la Svizzera fosse Zurigo, sarebbe subito fatto. Qui sta appunto l'errore dei compagni di Zurigo. Il Comitato di Olten, a mio avviso, ha tenuto calcolo della situazione generale nel chiudere lo sciopero; altrettanto dovranno fare i Comitati futuri. La continuazione della lotta nei grandi centri proletari avrebbe portato forse alla guerra civile; nei paesi dove il proletariato organizzato non è che una piccola minoranza, avrebbe portato al massacro, al sacrificio inutile di questo medesimo proletariato. Questa è la dura realtà che è dovere nostro di riconoscere.

Voi compagni zurigani parlate di dittatura del proletariato: noi siamo per la democrazia. Ma credete voi così facile la dittatura del proletariato? Forse a Zurigo, a Basilea, a Berna sarebbe possibile. Ma negli altri Cantoni? Pensate prima di tutto alle difficoltà speciali che si frappongono a un movimento unitario nel nostro paese: razza, lingua e costumi diversi; autonomie cantonali. Dovete inoltre tenere calcolo delle nostre istituzioni, delle nostre tradizioni, dello sviluppo economico del paese. Il problema è grave e deve essere studiato a fondo. E quando l'avrete bene studiato, ponetevi la seguente domanda: E' esso pronto, il proletariato, ad assumere la eredità borghese; ha esso la capacità di continuare la produzione o di organizzarla su nuove basi?

A questa domanda io rispondo negativamente, e così facendo, credo di fare un bene alla classe operaia. Un lungo e paziente lavoro — lavoro rivoluzionario — di educazione deve essere fatto prima che il proletariato sia in grado dirigere la società in modo migliore della borghesia. Il suo avvento al potere oggi, porterebbe non al benessere generale, ma al sabotaggio della produzione; e il proletariato sarebbe costretto ancora a ricorrere all'aiuto degli avversari i quali lo darebbero... a qual prezzo; Io penso con spavento a quello che sarebbe nel mio cantone la dittatura del proletariato. Perdio! I nostri operai non sono ancora capaci di bene amministrare un sindacato, volete che essi possano amministrare lo Stato, organizzare il commercio, la industria, l'agricoltura?

No, no. Noi dobbiamo frenare le impazienze, tenere conto della situazione — pensate che il movimento operaio deve essere realistico e non solamente ideologico — e sapere darci, con un lavoro sistematico, incessante, la preparazione necessaria per sostituire — migliorando la società — la borghesia, la quale non è agli estremi come molti dicono; ma possiede ancora una forza stragrande sopra la stessa classe operaia. E questa borghesia è ancora sorretta dall'intera classe dei contadini. I piccoli proprietari del mio cantone, o dei cantoni Vallese, Grigioni, ecc. non sono certo migliori dei grandi proprietari del canton Berna!

Anzi, le loro vedute sono ancora più ristrette, la loro cieca avversione al proletariato è ancora più accentuata! E' qui, amici, in questo campo trincerato, che deve penetrare la nostra azione!

Finisco perchè non voglio avere l'aria di fare il maestro di color che sanno. Permettemi che vi dica ancora due parole sui soldati ticinesi. Essi hanno prestato cieca fede alla stampa borghese. Hanno risposto con entusiasmo all'ordine di mobilitazione, sono partiti colla ferma intenzione di uccidere, di massacrare i bolscevichi, i tedeschi. Naturalmente questa strana psicologia era coltivata, alimentata dalle autorità, dai superiori militari. I soldati ticinesi non vedevano, negli scioperanti di Zurigo, dei lavoratori che lottavano per la loro libertà, per il riconoscimento dei loro diritti; ma dei bolscevichi, dei traditori pagati coi milioni della Balabanoff (la quale venne perfino figurata in pupazzo e trattata oscenamente, alla presenza degli ufficiali sghignazzanti), degli agenti del Kaiser, ecc., ecc. Questo stato psicologico è il frutto di quattro anni di guerra. Durante quattro anni la nostra stampa sciovinista ha seminato l'odio contro i tedeschi. Oggi basta un piccolo fatto per scatenare questo odio contro i tedeschi medesimi. Io ricordo che qualche anno fa, all'epoca della scandalosa assoluzione dei colonnelli spioni, il Consiglio federale teneva pronte le truppe tedesche contro la Svizzera francese; oggi sono le truppe italiane e francesi contro i tedeschi. E' il solito sistema: *divide et impera*. Lo sciovinismo, l'odio di razza servono magnificamente alla borghesia per dividere i lavoratori e mantenere il suo dominio. Ma io devo ancora dire, a voi operai, specialmente dei centri di emigrazione ticinese, che non tutti i nostri soldati erano contro di voi; i vostri fratelli organizzati erano invece con voi, e durante i giorni di mobilitazione soffrirono atrocemente la loro impotenza, e soffrirono specialmente quando videro i soldati ticinesi accettare con entusiasmo il compenso mercenario per il servizio che avevano reso alla classe capitalistica, agli speculatori, agli accaparratori, agli affamatori!

Riallacciandomi a quanto diceva prima, io concludo affermando che la migliore opera rivoluzionaria che si possa fare oggi è quella del reclutamento di nuova forze, del consolidamento delle nostre organizzazioni. Abbiamo davanti a noi un campo immenso da coltivare. Una grandissima parte del proletariato è ancora assente, la maggioranza della popolazione è contro di noi senza avere interessi antagonistici ai nostri. Questa maggioranza è la fortezza della borghesia. E in questa fortezza noi dobbiamo aprire una breccia. Nel nostro Ticino, modestamente, ci siamo messi su questa via. L'ubriacatura contro lo sciopero generale

è passata; la verità comincia a farsi strada; il proletariato accorre numeroso alla organizzazione. La nostra stampa è povera, è insufficiente; cerchiamo di supplirla con altri mezzi: riunioni, conferenze, manifestini. Lavoriamo insomma per dare alla organizzazione una ossatura forte, che la renda capace di sostenere domani qualunque urto nella lotta per l'emancipazione del proletariato!

Canevascini: Gestatten Sie, werte Genossen, daß ich an diesem Kongreß, der die zweite allgemeine Zusammenkunft des schweizerischen Proletariats darstellt, der schwachen Stimme der italienischen Schweiz, des Kantons Tessin, Ausdruck gebe.

Wir haben nicht das Recht, über das Oltenener Aktionskomitee zu urteilen, wie ihr es tut, weil wir im Augenblick des Kampfes abseits standen. Jawohl, wir standen abseits. Aber nicht wegen irgendwelcher Differenzen, nicht wegen der mangelnden Vorbereitung, sondern weil für uns alles im Dunkel lag, weil wir nicht wußten, was sich in der Innerschweiz abspielte. Weder vom Aktionskomitee noch vom Gewerkschaftsbund noch von irgendeinem Verband erhielten wir Mitteilung. Unser kleiner Zipfel italienischer Erde wurde vergessen. Es streiften die Eisenbahner von Bellinzona, Biasca und Airolo, nicht auf eine direkte Aufforderung hin, sondern weil ihnen die Streikerklärung — für ihre Kategorien — von den Kollegen in Erstfeld übermittelt wurde, die sie ihrerseits aus Luzern erhalten hatten.

Und bei dieser Gelegenheit muß gesagt werden, daß, nachdem die Eisenbahnerkollegen die Abbruchparole erfahren hatten, sie diese gar nicht glauben wollten und bereit gewesen wären, im Kampfe fortzufahren, schon aus Solidarität zu den eingesperrten Genossen.

Mir scheint, daß das Oltenener Aktionskomitee vergessen hat, irgend etwas zur Organisation des Generalstreiks zu unternehmen. Es hat zuviel Zeit zum Entgegenarbeiten gelassen und es namentlich dem Bundesrat ermöglicht, den Informations- und Mitteilungsdienst mit den verschiedenen Organisationen und lokalen Gruppen zu sabotieren. Das Oltenener Aktionskomitee hätte, und das namentlich in jene Gebiete, wo der Einfluß der bürgerlichen Presse ein stärker ist, ein Manifest senden sollen, telegraphisch auch für den Tessin, in dem die genauen Gründe der Bewegung auseinandergesetzt worden wären.

Bei uns hat die bürgerliche Presse, schon als der Proteststreik für die 19 Städte beschlossen wurde, eine wilde Heze entfaltet, voll von Lügen und Verleumdungen gegen das Oltenener Aktionskomitee, in der zu Repressalien aufgefodert, falsche Dokumente, die in der welschen Schweiz publiziert worden waren, kopiert, die Bevölkerung mit dem bolschewistischen Terror erschreckt und ihr gesagt wurde, das Oltenener Aktionskomitee arbeite im Auftrag von Deutschland, und ähnliches mehr.

Diese Bewegung, die ganz offenbar darauf ausging, die proletarische Aktion zur Ohnmacht zu verurteilen, fand in unserer größtenteils aus Kleinbürgern zusammengesetzten Bevölkerung ihren Widerhall, weil sie ohnehin aus Prinzip gegen die Deutschen ist und an allem, was von ihrer Seite kommt, zweifelt. Wir versuchten, darauf zu reagieren, die Angriffe abzuwehren, allein wir haben nur ein Wochenblatt, und zudem fehlten uns — ich wiederhole es — aus der Inner- und Schweiz genaue Angaben, so daß wir unsere Organisationen nicht in dem wünschbaren Maße informieren konnten. Die Aktion wurde bei uns noch erschwert durch den Umstand, daß uns die Leute fehlen, daß wir keine großen proletarischen Zentren haben und daß unsere Organisationen, die alle nur klein sind, sich auf den ganzen Kanton verteilen und so des engeren Kontaktes entbehren.

Als infolge eines von uns abgesandten Telegramms am Dienstag die Streikforder eintraf und wir die aufgestellten Forderungen erfuhren, da war es schon zu spät. In den Hauptorten hatte die Regierung den Landsturm mobilisiert, die Gemeindebehörden organisierten Bürgerwehren, die weniger geeignet schienen, die öffentliche Ruhe zu verteidigen als sie zu stören, weil man die Gelegenheit benützte, um Demonstrationen gegen die Bolschewiki durchzuführen. Jeder Sozialist, jeder Organisierte ist ein „Bolschewiki“. Vor den Fenstern meiner Wohnung, wo ich an der Grippe daniederlag, rottete sich während einer Woche fortwährend die von Unternehmern und Behörden aufgehezte Jugend zusammen und lärmte und schrie. Vor der Tür meines Hauses wurde eine Schildwache aufgestellt, die Telegramme und Korrespondenzen wurden aufgehalten. In Lugano war es das gleiche: Demonstrationen und unaufhörliche Provokationen. Unsere Genossen wagten es nicht mehr, aus den Häusern zu treten. Zehn Tage nach dem Streik — am 24. November — wurden ich und zwei meiner Genossen auf dem Hauptplatz in Lugano von etwa 30 Personen angegriffen, von angeworbenen Leuten, hinter denen Behörden und Unternehmer standen. Unsere Genossen Vallèrini, Barana, Farelli — Italiener — wurden ohne irgendwelchen Anlaß an einem Abend fürchterlich geschlagen und dann noch verhaftet. Es ist ein wahres Wunder, daß die wilde Menge nicht zur Lynchjustiz überging. Wir haben unerhört wilde und brutale Szenen erlebt, wie sie ärger wohl kaum sein können.

Diese Reaktion hat auch bei unseren Genossen eine gewisse Panik hervorgerufen, der entgegenzutreten uns die Zeit fehlte. Es war unmöglich, eine Kommissionsitzung, geschweige denn einen Streik durchzuführen. Um die Arbeitskammer herum wurde es leer. Wer von uns kam, wurde beschimpft, herausgefordert und geschlagen. Bedenken Sie, daß unsere Arbeiter noch zum großen Teil Italiener sind, und Sie werden die Schwierigkeit unserer Lage begreifen.

Sicher ist, daß wenn wir beizeiten informiert gewesen wären, die ungeheuren Aufbauschungen der Bürgerlichen ihre Wirkung nicht hätten in vollem Maß ausüben können. Das organisierte Proletariat des Tessins wäre in diesem Falle handlungsfähig gewesen. Diese Tatsachen sollen ihnen nur beweisen, daß zwischen der Tessiner und der übrigen Schweizer Arbeiterschaft ein engerer Kontakt als bisher hergestellt werden muß, und ich sage, es wird gut sein, wenn man auch dem Tessin im neuen Aktionskomitee eine Vertretung einräumt.

Wir haben mit lebhaftester Aufmerksamkeit die nach dem Generalstreik einsetzende Diskussion verfolgt. Am Wiederholungen zu vermeiden, beschränke ich mich darauf zu sagen, daß ich mich den Ausführungen von Raine und Graber anschließe, sie haben die Gedanken und Gefühle auch der Tessiner Arbeiterschaft wiedergegeben. Ich begreife die Ungebuld der Zürcher Genossen. Oh, wenn die ganze Schweiz wie Zürich wäre, dann wäre es leicht zu machen! Aber hier liegt eben der Irrtum der Genossen aus Zürich. Das Ältere Aktionskomitee hat nach meiner Meinung mit der allgemeinen Situation gerechnet, als es den Streik abbrach, und damit werden auch alle zukünftigen Komitees rechnen müssen. Die Fortsetzung des Kampfes hätte in den großen proletarischen Zentren zum Bürgerkrieg geführt; in den Gegenden, wo die Arbeiterschaft nur eine kleine Minderheit darstellt, wäre es zu Niedermetzelungen gekommen, zu ganz unnützen Opfern der Arbeiterschaft selbst. Das ist die harte Wirklichkeit, die man kennen muß.

Ihr Zürcher Genossen spricht von der Diktatur des Proletariats; wir sind für die Demokratie. Stellt Ihr euch die Diktatur so leicht vor? Sie wird vielleicht in Zürich, in Basel, in Bern möglich sein. Aber in den andern Kantonen? Denkt vor allem an die besonderen Schwierigkeiten, die sich bei uns einer einheitlichen Bewegung entgegenstellen, die Klasse, die Sprache, die verschiedenen Gebräuche und nicht zuletzt die kantonale Souveränität. Rechnet sodann mit unseren verschiedenen Einrichtungen, mit unseren Traditionen, der wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Das Problem ist schwierig und muß gründlich studiert werden. Und wenn ihr es gut studiert habt, legt euch folgende Frage vor: Ist es bereit, das Proletariat, die bürgerlichen Einrichtungen zu übernehmen, hat es die Möglichkeit, die Produktion fortzuführen und sie auf einer neuen Grundlage zu organisieren?

Auf diese Frage antworte ich verneinend, und ich glaube damit für die Arbeiterschaft gut zu handeln. Es ist eine lange und Geduld erfordernde Arbeit, die Revolutionsarbeit. Das Proletariat muß zuerst erzogen werden, bevor es in der Lage ist, die Gesellschaft besser zu leiten als die Bourgeoise. Es würde heute, statt zum allgemeinen Wohl zu arbeiten, nur eine Erschwerung der Produktion herbeiführen, und wir wären schließlich vielleicht gezwungen, wieder an die

Hilfe unserer Gegner zu appellieren. Ich denke mit Schrecken daran, wenn wir heute in meinem Kanton eine Diktatur des Proletariats hätten. Unsere Arbeiter sind nicht einmal imstande, ein Bürgermeisteramt richtig zu verwalten; wie wollt ihr, daß sie den Staat verwalten, Handel, Industrie und Landwirtschaft organisieren sollen?

Nein, nein. Wir müssen die Ungeduld zügeln, den Verhältnissen Rechnung tragen — denkt doch, daß die Arbeiterbewegung nicht nur ideologisch, sondern auch realistisch sein muß — und man muß es verstehen, in systematischer und unermüdlicher Arbeit die Bourgeoisie erziehen zu lernen, die Bourgeoisie, die heute noch eine ungeheure Kraft gegenüber der Arbeiterklasse besitzt. Dazu kommt noch, daß sie von den Bauern gestützt wird. Die kleinen Besitzer in meinem Kanton oder im Wallis, in Graubünden usw. sind sicher nicht besser als die Großgrundbesitzer im Kanton Bern. Höchstens daß ihre Ansichten noch reaktionärer, ihre Gegnerschaft zum Proletariat noch ausgeprägter ist. Und in diesem Milieu, Freunde, soll unsere Bewegung durchdringen!

Erlauben Sie, daß ich Ihnen noch zwei Worte sage über die Tessiner Soldaten. Sie haben blindlings der bürgerlichen Presse geglaubt. Mit Enthusiasmus leisteten sie der Mobilisationsorder Folge, sind ausgezogen mit der Absicht, die Bolschewiki und die Deutschen zu massakrieren. Selbstverständlich wurde dieser Geisteszustand von den Behörden und höheren Militärs genährt. Die Tessiner Soldaten sahen in den streikenden Zürchern keine Menschen, die für ihre Freiheit kämpfen, sondern Bolschewiki, mit den Millionen der Balabanoff bezahlte Verräter, Agenten des Kaisers usw. Dieser psychologische Zustand ist die Frucht von vier Kriegsjahren. Während dieser Zeit hat unsere chauvinistische Presse immerpöfret gegen die Deutschen gehetzt. Ich erinnere daran, daß anlässlich der skandalösen Oberstenaffäre der Bundesrat deutsche Truppen gegen die französische Schweiz aufgeboden hat; heute sind es französische und italienische Truppen gegen die deutschen Mitteleidgenossen. Es ist das gleiche System: *Divide et impera* (teile und herrsche). Der Chauvinismus hilft der Bourgeoisie ungemein, die Arbeiterschaft auseinanderzureißen und so ihre Herrschaft zu stützen. Aber ich muß noch sagen, daß nicht alle Tessiner Soldaten gegen euch waren; eure organisierten Brüder waren mit euch und haben während der Tage der Mobilisation aufs heftigste ihre Ohnmacht beklagt, ganz besonders darum, weil sie sahen, mit welcher Begeisterung die Tessiner Soldaten bereit waren, für die Kapitalistenklasse, für die Spekulanten, Hamsterer und Wucherer in den Dienst zu treten.

Zurückkommend auf das, was ich zuerst sagte, fasse ich zusammen, daß die beste revolutionäre Arbeit, die wir heute leisten können, darin besteht, daß wir neue Kraft gewinnen und unsere Organisationen

konsolidieren. Wir haben noch ein ungeheures Arbeitsfeld vor uns. Ein gewaltiger Teil des Proletariats steht noch abseits, die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen uns, ohne eigentlich andere Interessen zu haben als wir. Diese Mehrheit ist die Kraft der Bourgeoisie. Und in diese Kraft müssen wir eine Bresche schlagen. In unserem Tessen sind wir freilich nur mäßig auf diesem Weg. Der Kampf gegen den Generalstreik ist vorüber, die Wahrheit beginnt, sich Bahn zu brechen; die Arbeiterschaft strömt zahlreich zur Organisation. Unsere Presse ist arm und ungenügend; wir versuchen diesen Uebelstand mit anderen Mitteln auszugleichen, mit Zusammenkünften, Konferenzen, Manifestationen. Wir arbeiten, um der Organisation jene Kraft zu verleihen, derer sie im Kampfe um die Befreiung des Proletariats bedarf.

Slg: Es ist ein Ordnungsantrag eingegangen, unterzeichnet von Herrmann-Zürich, lautend: „In Uebetracht der großen Rednerzahl wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt und gewünscht, daß Redner, die nichts Neues zu sagen haben, auf das Wort verzichten.“

Steiger-Winterthur: Heute vormittag hat man Naine 22 Minuten Redezeit zugebilligt. Da können wir nicht auf einmal die Redezeit auf 10 Minuten reduzieren.

Der Antrag Herrmann wird mit großer Mehrheit angenommen.

Münch-Bern: Die Mehrzahl der bisherigen Redner hat sich darüber geäußert, ob der Abbruch des Landesstreiks berechtigt war oder nicht. Ich halte dafür, daß dieser Punkt in der Diskussion eine untergeordnete Rolle spielt. Viel wichtiger ist es, die gesamte Politik des Aktionskomitees, wie sie sich seit dem Basler Kongreß entwickelt hat, unter die Lupe zu nehmen und uns über diese Politik Klarheit zu verschaffen. Ich halte dafür, daß der unbefriedigende Ausgang des Landesstreiks — ich glaube darüber, daß der Ausgang unbefriedigend war, sind wir alle einig — schon aus dem Verlauf des Basler Kongresses gefolgert werden konnte, und zwar deshalb, weil sich dieser Kongreß auf den Boden der Anträge des Aktionskomitees gestellt hatte, weil er die bisherige opportunistische Verhandlungspolitik unterstützt und sanktioniert hat. Wir haben es nach dem Basler Kongreß erlebt, wie das Komitee mit dem Bundesrat verhandelt hat und wie es nach einigen durchaus unbefriedigenden Konzeptionen umgefallen ist und auf die Auslösung des Landesstreiks damals verzichtet hat.

Nun müssen wir uns vergegenwärtigen, daß der Landesstreik im November zur Unzeit ausgebrochen ist. Er ist zum Teil zu spät gekommen, zum Teil zu früh. Zu spät, weil in Folge des Verhaltens des

Aktionskomitees in den Augusttagen ein Teil der schweizerischen Arbeiterschaft nicht mehr das Vertrauen zum Aktionskomitee hatte, das notwendig gewesen wäre. Wir wissen, daß der Landesstreik über den Kopf des Aktionskomitees hinweg ausgebrochen ist. Das ist der Einbuße an Vertrauen zuzuschreiben, welche sich das Aktionskomitee infolge seines Verhaltens nach dem Kongreß in Basel zugezogen hat. Zu früh ist der Landesstreik ausgebrochen mit Rücksicht auf die internationale Situation. Auch darüber herrscht vollständige Klarheit.

Wir haben während des Landesstreiks ferner die Beobachtung machen müssen, daß dieses wichtige Kampfmittel der Arbeiterschaft vom Aktionskomitee in einer Art und Weise gehandhabt wurde, mit der wir nicht einverstanden sein können. Ich behaupte, daß unsere Streikbewegung im November an einem innern Zwiespalt litt und an diesem innern Zwiespalt gescheitert ist. Der innere Zwiespalt beruht darin, daß nach außen die ganze Streikbewegung auf das Geleise des politischen Umsturzes geleitet wurde, während im Innern des Aktionskomitees der Landesstreik lediglich als Pressionsmittel für die Verhandlungen mit dem Bundesrat gedacht war, was sich in den weitern Maßnahmen sehr deutlich ausdrückte. Wenn wir uns den wiederholt zitierten Schlußsatz der Streikproklamation vor Augen halten, so ist zu sagen, daß dieser Schlußsatz von dem „kämpfend siegen oder sterbend untergehen“ unbedingt in eine Auffassung versetzt, die den Absichten des Aktionskomitee nicht entsprach, die aber in ihren Folgen dazu geführt hat, daß der Streik in dieser Weise abgebrochen werden mußte.

Der innere Zwiespalt in unserer Bewegung ist ferner deutlich zum Ausdruck gekommen in der Art und Weise, wie sich unsere Fraktion im Parlament benommen hat. Man mußte sich doch im Aktionskomitee darüber klar sein, daß, wenn der Streik als Massenaktion der Arbeiterschaft ernst gemeint war, dieser Streik von der Militärgewalt empfangen würde. Wenn man mit dem Streik wirklich Erfolge erzielen wollte, so hätte man nicht im Parlament von vornherein nach Unterhandlungen verlangen sollen, man hätte nicht nach denselben drängen und nicht winseln sollen. Das war auch ein Widerspruch, der namentlich darin sofort seine Wirkung zeigte, daß das Bürgertum im Parlament sofort erkannte, daß es entweder unsern Leuten nicht ernst sei oder daß sie nicht den Mut haben, den Kampf durchzuführen. Ich betrachte die Art und Weise, wie unser Kampfmittel des Massenstreiks vom Aktionskomitee gehandhabt wurde, als eine revolutionäre Geste und ich halte dafür, daß wir dieses Kampfmittel des Massenstreiks, von dem wir wissen, daß es eine zweischneidige Waffe ist, nie in der Weise anwenden dürfen, wie es hier geschehen ist. Der Massenstreik darf nicht als bloßes Druck- und Bluffmittel benützt werden, wenn er nicht innerhalb der Arbeiterschaft selbst diskreditiert werden soll.

Unmittelbar nach dem Landesstreik haben wir aus zahlreichen Kundgebungen vernehmen können, daß die Arbeiter einen zweiten

Massenstreik nicht mehr mitmachen wollen. Ich halte zwar dafür, daß diese Aufwallungen wieder vergehen werden und daß diese Mißgestimmten geschlossen und einheitlich bei einer nächsten Aktion wieder in die Linie einrücken werden.

Es gilt nun aber, heute insbesondere gegen diese Politik des Aktionskomitees, die ich für eine opportunistische, für eine Bluffpolitik halte, Stellung zu nehmen. Wir haben schon in den Augusttagen gesehen, daß diese Politik versagt hat. Sie ist nach meinem Dafürhalten in den Tagen des Landesstreik vollständig zusammengebrochen. Der Kongreß muß heute darüber entscheiden, ob diese Politik auch in Zukunft weiter verfolgt werden soll, oder ob wir uns nicht eher auf jenen Boden begeben sollen, der sich von vornherein nicht das diplomatische Verhandeln und kleine Konzessionsbüchchen zum Ziele setzt, sondern den Kampf um die Erringung der politischen Macht voransetzt, so daß wir unsere Werbe- und Agitationsarbeit auf dieses Ziel einstellen. Ich halte dafür, daß unsere bisherigen Kampfmittel nicht überflüssig sind, wir werden auch auf dem Wege weiterbauen müssen, auf dem wir bisher gegangen sind, wir werden unsere Organisationen ausbreiten und verstärken müssen, aber wir wollen auch das neue Mittel des Massenstreiks, dessen furchtbare Wirkungen wir erkennen konnten, für die Zukunft planmäßig angewendet wissen, nicht mehr in dieser dilettantischen Form, wie sie beim letzten Streik zum Vorschein gekommen ist.

Ich halte dafür, daß sich der Kongreß in Bewertung des Berichtes des Aktionskomitees darüber entscheiden muß, ob er in Zukunft diese Politik mitmachen will oder nicht. Ich habe zu diesem Zweck bereits einen Antrag eingereicht, der folgendermaßen lautet: „Der zweite schweizerische Arbeiterkongreß, nach Kenntnisnahme und Diskussion des Berichtes des Aktionskomitees über den Novemberstreik stellt fest, daß die bisher befolgte Taktik der Pressuren auf die Behörden sich als unwirksam erwiesen hat. Er bekennt sich zur Auffassung, daß an Stelle dieser Taktik der Kampf um die Erringung der politischen Macht zu treten hat. Dieser Kampf ist zu führen mit den bisherigen erfolgreichen Mitteln der gewerkschaftlichen und politischen Aktion, die durch das Mittel des Massenstreiks erweitert werden.“ Ich fasse diesen Antrag in dem Sinne auf, daß seine Annahme die Ablehnung der bisherigen opportunistischen Politik des Aktionskomitees bedeuten soll.

Wenn der Kongreß dieser Ansicht zustimmt, dann soll es aber nicht ein bloßes Lippenbekenntnis bleiben, sondern dann soll diese Auffassung auch dokumentiert werden, wenn es sich um den Ausbau der Organisation handelt, wie sie auf diesem Kongreß vorgesehen ist. Wenn das geschieht, werden wir in Zukunft von Enttäuschungen verschont bleiben, wie wir am 15. November eine erlebt haben.

S l g: Ich will mich ganz kurz fassen und nur einiges von dem richtigstellen, was Münch als seine Hauptargumente verwendet hat. Münch hat zunächst behauptet, daß das Aktionskomitee schon im August versagt habe, indem es bei der Milchpreisfrage den Massenstreik nicht ausgelöst habe. Die Sache verhält sich doch so, daß es damals nicht das Aktionskomitee war, das den Generalstreik abgelehnt hat. In der entscheidenden Sitzung waren anwesend das Aktionskomitee, der Parteivorstand und die Mitglieder des Ausschusses des Gewerkschaftsbundes und soweit ich mich erinnere, wurde damals der Generalstreik mit allen gegen etwa drei Stimmen abgelehnt. Also nicht das Aktionskomitee hatte damals die Aktion verpfuscht, wenn sie überhaupt verpfuscht worden wäre, sondern es waren Parteivorstand, Gewerkschaftsausschuß und Aktionskomitee zusammen, die damals zu der Ueberzeugung kamen, daß der Generalstreik nicht ausgelöst werden könne. Es ist schon der Mühe wert, das hier festzustellen.

Ein zweites wichtiges Argument Münchs besteht darin, daß die Nationalratsfraktion sofort, als die Session begann, eine Vermittlungsaktion begonnen habe. Wiederum vollständig unrichtig. Als die Novembersession eröffnet wurde, hielt Calonder eine Brandrede und bevor irgendein sozialdemokratischer Redner das Wort verlangt hatte, hatten alle Parteiführer, von der Rechten bis zur sozialpolitischen Gruppe gleichlautende Erklärungen abgegeben, die darin gipfelten, der Bundesrat dürfe in keine Unterhandlungen eintreten mit dem Aktionskomitee und die Bewegung müsse mit aller Macht unterdrückt werden. Das ist der Tatbestand. Bevor ein sozialdemokratischer Redner das Wort ergriffen hatte, hatten alle bürgerlichen Parteien bereits ihre Erklärungen abgegeben und wir waren überzeugt, daß deren Führer mit dem Bundesrat schon vorher Fühlung genommen hatten und daß dort abgekartet wurde, wie im Nationalrat vorgegangen werden sollte. Das nur zur Richtigstellung, damit nicht vollständig unrichtige Ansichten kolportiert werden. Zum Antrag Münch selbst will ich nichts bemerken, ich halte dafür, daß derselbe so durchschlagend motiviert worden sei, daß es nicht der Mühe wert ist, ihn zu bekämpfen.

M e i e r = Zürich: Es handelt sich weniger um die Frage, ob der Landesstreik zu früh abgebrochen worden ist, als vielmehr darum, was in Zukunft zu geschehen habe. Wenn wir zu dieser Frage Stellung nehmen sollen, so müssen wir uns eigentlich darüber klar sein, ob wir die Geschlagenen sind oder ob wir überhaupt noch kampffähig sind, ob wir noch eine geschlossene Kampftruppe repräsentieren. Wenn wir uns als solche Kampftruppe ausgeben wollen, so haben wir selbstverständlich auf die im Aktionskomitee begangenen Fehler zurückzukommen. Da ist der Hauptfehler der, daß wir keine Sekköpfe hatten, die gegenüber dem Bundesrat und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft einen unverföhnlichen Kampfesmut gezeigt hätten. Ich behaupte heute

noch, daß die Arbeiterklasse so fest, so geschlossen dastand, daß es der bürgerlichen Gesellschaft mit samt ihrem Terror unmöglich gewesen wäre, diese geschlossene Masse zu unterdrücken.

Man hat hier erklärt, daß verschiedene kleine Sektionen ungünstig dagestanden seien, daß sie zusammengebrochen wären. Ich bestreite das entschieden. Es wären vielleicht einige kleinere Sektionen, namentlich in der welschen Schweiz und im Tessin zusammengebrochen. Aber selbst dort war das Proletariat viel energischer als seine Führer. Aber innerhalb der Bewegung in der deutschen Schweiz hatten wir kleine Sektionen, die sich recht tapfer gehalten hatten. Ich erinnere an die Eisenbahner in Richterswil und Brugg, die man auch nach dem Abbruch des Streiks fast händeringend anseh'n mußte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das war 24 Stunden nachdem das Aktionskomitee zusammengeklappt war.

Schon seit mehr als vier Jahren schritt die Reaktion über das Proletariat hinweg. Man mußte sich gefaßt machen, daß über Nacht eine reaktionäre Welle vorgetrieben werden könnte, so daß das Proletariat von einer Stunde zur andern gezwungen werden könnte, eine Aktion auszulösen. Das ist zur Tatsache geworden. Und als nun die Massen kampfbereit und solidarisch dastanden, waren unsere Führer gewappnet? Nein. Es hieß bloß gerüchtweise, man hätte staffelweise Komitees aufgestellt. Sobald das erste eingesteckt sei, trete ein zweites an seine Stelle. Wo waren diese Komitees? Nicht einmal das erste hat den Mut aufgebracht, daß es sich hinter Schloß und Riegel setzen ließ. Wir alle in der Eisenbahnerschaft waren uns dessen bewußt, daß wir hinter Schloß und Riegel wandern, aber wir sagten uns, das schade nichts, einige Tage oder auch einige Wochen Kerker seien keine Schande, wenn sie nicht wegen eines gemeinen Verbrechens verbüßt werden müssen, sondern wenn sie abgefessen werden für die proletarische Bewegung. Selbst ein Esel am Karren ist fähig, durch seine Widerpenstigkeit seinem Lenker viel Mühe zu bereiten. Ich behaupte, daß das Proletariat dessen unter einer sehr geschulten Führung auch fähig gewesen wäre; es war eine Schmach, daß wir unsern Kopf gegenüber der heutigen Staatsregierung nicht durchsetzen konnten. Man hätte ihr das wirtschaftliche Leben so verhunzen können, daß es für sie eine Unmöglichkeit gewesen wäre, weiterzukutschieren, ohne mit uns Frieden zu schließen, welcher Friede nur unter großen Konzessionen für das Proletariat hätte geschlossen werden können.

Nun ist das nicht erfolgt, wir sind heute die Geschlagenen, solange wir sehen müssen, wie unsere Genossen in den Kerker geworfen werden. Ich begreife, daß wir im gegenwärtigen Moment keine Aktion mehr auslösen können. Wir müssen warten, wir müssen frisch aufbauen, frisch sammeln. Ich möchte das gesamte Proletariat daran erinnern, daß wir nun mit geistigen Waffen, mit den Waffen der Wahrheit positive Arbeit leisten wollen, vorwärtsschreiten wollen.

Es sind von der Führerschaft große Fehler begangen worden, indem vielleicht in der französischen Schweiz nicht genügend geleistet wurde, um die Ansicht, daß in der deutschen Schweiz der russische Rubel rolle, zu bekämpfen und unmöglich zu machen. Selbst in der deutschen Schweiz hat es noch Genossen gegeben, die auch dieser Ansicht huldigten. Es wäre aber vielleicht ein großes Glück, wir hätten ein paar Millionen russische Rubel unter dem Proletariat.

Daß unsere Führerschaft viel schlimmer dastand, als die kampfbereiten Arbeitermassen, das ist nicht zu leugnen. Immer und immer wieder hat man von der Führerschaft darauf hingewiesen, was man eigentlich wolle, man sei doch nicht gerüstet, nicht fähig, eine Aktion durchzuführen. Während unsere Nationalratsfraktion zu verschiedenen Malen eine Zerklüftung innerhalb ihrer 16 Mitglieder zeigte, haben wir gesehen, daß die Hunderttausende geschlossen dastanden. Wenden wir also einmal unsere Pfeile gegen die, die sie verdienen, nicht gegen das Proletariat, das tatsächlich den Mannesmut aufgebracht hat und das den Kampf weitergeführt hätte. Ich behaupte heute noch, wenn wir schließlich nur noch einen oder zwei Tage weitergekämpft hätten, so wäre schließlich der Erfolg unser gewesen. Damals war die historische Stunde, wo es hieß: Entweder — oder. Das hat die bürgerliche Gesellschaft gefürchtet. Wenn sie so fest im Sattel gewesen wäre, so wäre das Aktionskomitee sofort weggeschnappt worden. Die Bourgeoisie hat den Mut dazu nicht gefunden. Das Aktionskomitee selbst erklärt uns ja, es hätte die ihm im Ultimatum gestellte Frist nicht innegehalten. Also, die bürgerlichen Gewalthaber waren ihrer Sache entschieden auch nicht ganz sicher. Man weiß auch, daß der Schlotter noch heute in ihnen steckt.

Grimm: Es ist ein Geschäftsordnungsantrag eingegangen, der lautet: „Um der Diskussion ein Ende zu machen und in Ermägung der Tatsache, daß keine neuen Tatsachen und Argumente mehr vorgebracht werden, werden von jeder Seite zwei Redner bezeichnet, die das Wort noch erhalten, nachher ist die Diskussion geschlossen.“

Bütikofer = Biel: Für den Fall der Annahme dieses Antrages wäre ich dann doch dafür, daß denjenigen Genossen, die noch sprechen sollen, mehr als 10 Minuten eingeräumt werden.

Münch = Bern: Ich möchte beantragen, den Ordnungsantrag abzulehnen. Wir haben in Basel darunter gelitten, daß einfach eine ganze Anzahl von Rednern mundtot gemacht worden ist. Schließlich kommen die Delegierten hierher, um sich auszusprechen. Ich möchte also bitten, die Rednerliste zu Ende zu führen.

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.

Reinhard = Bern: Als am 14. November der Streik abgebrochen werden mußte, da haben wir gesehen, daß das Proletariat den Streikabbruch nicht verstand. Die aufgeregten Massen, die sich gegen diesen Beschluß auflehnten, zeigten uns etwas anderes als was Robs gesagt hat, daß die Fortführung des Generalstreiks nicht zum Bürgerkrieg geführt hätte. Jeder wird bezeugen, der diese Tage mitgemacht hat, daß die nächsten Tage zweifellos Zusammenstöße der aufgeregten Arbeitermassen mit den Truppen gebracht hätten. Es ist eine Schönfärberei, wenn man dieser Tatsache nicht klar ins Auge sehen will. Es ist weiter eine Schönfärberei, wenn man das Märchen aufstischt, als ob das Bürgertum zurückgewichen wäre. Solche Märchen gehören ungefähr ins gleiche Gebiet wie diejenigen, die uns gemeldet haben, daß ganze Bataillone oder gar Regimenter bereit gewesen wären, zur Arbeiterschaft überzugehen. Wir haben gewartet, sie sind nicht gekommen. Wir haben es im Gegenteil erleben müssen, daß der ganzen bürgerlichen Gesellschaft von den Kikli und Knellwolf der Rücken in einer Art gestärkt worden ist, daß diese Herren in einer Art gegen die Arbeiterschaft gehegt haben, über die man nur die höchste Entrüstung aussprechen kann.

Die Empörung hat sich wieder gelegt, wir haben den Kopf nicht mit dem Herzen durchgehen lassen, wir haben nach den Gründen für diesen Streikabbruch gefragt. Wir haben uns vollends beruhigt, nachdem der Arbeitertag einberufen worden war, an dem nicht nur die Arbeiter aus den Städten, sondern auch diejenigen von den ländlichen Außenposten, die unter ganz anders schwierigen Verhältnissen kämpfen, zum Worte kommen sollen. Die mittelländische Arbeiterschaft hat, nachdem man ihr alles klargelegt hat, rückhaltlos gebilligt, was das Aktionskomitee getan hat. Wir wußten genau, daß wir damit bei einigen scheinbar revolutionären Genossen, die immer obenaufzuschwimmen wissen, wenn die Masse etwas will, die keine Verantwortung zu tragen haben, anstoßen werden. (Pfeirufe.) Aber wir wissen auch, daß es nicht nur darauf ankommt, das Militär gegen uns zu haben, sondern brennend war die Ernährungsfrage. Nachdem wir diese Sperre der Nahrungsmittel erlebt hatten, mußten wir auch, daß es in den nächsten Tagen zu Aufständen der Arbeiter kommen werde. Dem konnten wir nicht mit verchränkten Armen zusehen.

Wissen die radikalen Genossen auch, unter welch schwierigen Verhältnissen die Genossen in andern Landesteilen, nicht nur in Zürich, gekämpft haben, wie speziell die Genossen in der welschen Schweiz auf ihren Außenposten ausgehalten haben, oft unter Lebensgefahr? Die Eisenbahner können davon etwas erzählen. Wir haben uns ferner sagen müssen, daß die Unterbrechung des Verkehrs ganz zweifellos eine Zersplitterung der Arbeiterschaft mit sich gebracht hätte. Wir wußten nichts mehr voneinander, im ersten Augenblick war uns das Telephon

gesperrt, der Telegraph unter Zensur und unsere Kuriere abgefangen. Sollten wir es darauf ankommen lassen, daß einzelne Orte weiterfochten, unter der sicheren Aussicht, vor der drohenden Reaktion erliegen zu müssen? Wir hatten dabei, das ist meine Ueberzeugung, nicht mehr viel zu gewinnen, aber unendlich viel zu verlieren.

Diese Tatsachen haben uns gezeigt, wie es eigentlich mit dem Kräfteverhältnis stand. Es genügt nicht, daß man sagen kann, die Masse der Arbeiterschaft sei auf unserer Seite gestanden. Wir haben 800,000 Industriearbeiter in der Schweiz. Wie viele von ihnen sind hinter uns gestanden und wie viele waren nicht davon überzeugt, daß wir im Rechte waren? Es ist vollständig unmöglich, einen solchen Kampf gegen eine materiell und zahlenmäßig überlegene Bourgeoisie länger durchzuführen.

Es war also nötig, den Kampf abzubrechen. Aber das haben wir uns versprochen und wir werden es einlösen. Wir haben uns zurückgezogen, aber wir haben uns nicht als geschlagen erklärt, sondern in der gleichen Stunde haben wir erklärt: Wir ziehen uns zurück, aber wir kommen verstärkt wieder. Wir wissen es, und der Landesstreik hat uns das erneut zum Bewußtsein gebracht, daß die Arbeiterschaft solidarisch ist. Wir werden den Aufbau verstärken und wohl oder übel dem Bürgertum zeigen, daß der Reaktion von oben der Druck von unten entgegengesetzt wird in Gestalt des Landesstreiks, wenn es sein muß, aber dann in verschärfter Auflage. Es wird beim nächsten Traktandum Gelegenheit geben, sich darüber zu besprechen, in welcher Weise der Massenstreik zur Anwendung kommen soll. Zunächst handelt es sich darum, zu erklären, ob wir mit dem, was uns das Aktionskomitee vorschlägt, einverstanden sind, ob wir billigen, was diese Genossen getan haben. So sehr wir bedauern, daß der Generalstreik abgebrochen werden mußte, kann ich im Namen der mittelländischen Arbeiterschaft erklären, so sehr wir es bedauern, so sehr wir zähneknirschend uns zurückgezogen haben, so sehr sind wir überzeugt, daß es dem Bürgertum nützen würde, wenn wir dem Aktionskomitee das Zeugnis ausstellen würden, daß es nicht im Sinne der Arbeiterschaft gehandelt habe. Im Namen der bernisch-mitteländischen Arbeiterschaft erlaube ich mir, Ihnen folgende Resolution vorzulegen:

„Der schweizerische Arbeiterkongreß vom 22./23. Dezember 1918 in Bern zieht bei der Beratung des Berichts des Aktionskomitees in Erwägung,

daß zur Zeit des Streikabbruchs der revolutionäre Kampfwille und der Heroismus der Arbeiterschaft ungebrochen waren, und daß aus diesem Grunde eine Weiterführung des Kampfes von den Massen der Arbeiterschaft gefordert wurde,

anerkennet aber, daß

1. der bürgerlichen Reaktion diejenigen Regimenter, die sich aus bäuerlichen und konservativen Landesgegenden rekrutieren, in fast unbeschränktem Maße zur Verfügung standen;
2. der Bourgeoisie eine blutige Niederwerfung des Generalstreiks erwünscht war;
3. die Ernährungsschwierigkeiten für die ausgehungerte Arbeiterschaft sich stets größer zu gestalten drohten;
4. die Haltung der schweizerischen Bourgeoisie eine Einmischung des Auslandes nicht ausschloß;
5. die Unterbrechung jeglichen Verkehrs eine Zersplitterung und Auflösung der geschlossenen Front der Arbeiterschaft mit sich bringen mußte, und
6. die internationale Lage einer Weiterführung der Massenaktion ungünstig war.

Indem er grundsätzlich die Anwendung des Landesstreiks als Kampfmittel der Arbeiterschaft gutheißt, die Instanzen der Arbeiterschaft beauftragt, dieses Kampfmittel zu vervollkommen, bedauert er, daß infolge des ungleichen Kräfteverhältnisses der Landesstreik abgebrochen werden mußte, billigt aber die Haltung des Aktionskomitees und stimmt dem von ihm abgelegten Bericht zu.“

Wir werden damit dem Bürgertum erklären, daß die Front der Arbeiterklasse geschlossen hinter den Genossen des Aktionskomitees steht. Wir erklären ferner, daß wir nicht im Sinne haben, trotz allen Verleumdungen, die gegen die Arbeiterschaft ausgestoßen werden, auf das Mittel des Landesstreiks zu verzichten, daß wir aber in Zukunft den Augenblick selbst wählen wollen. Da gestatten Sie mir, frei herauszusagen, daß ich nach den bestimmten Anfragen, die im Nationalrat von Seiten Müllers gestellt worden sind, die den Zweck hatten, zu erforschen, ob der General selbst dieses unverschämte Truppenaufgebot veranlaßte, um die zürcherische Arbeiterschaft zu provozieren, nachdem diese Anfragen unbeantwortet geblieben sind und ziemlich sicher ist, daß es sich da um Tatsachen handelt, die bestimmte Ueberzeugung habe, daß dieser Generalstreik vom Bürgertum gewollt war, damit die revolutionäre Stimmung in der Arbeiterschaft dann um so leichter niedergeworfen werden konnte. Wir sind also meiner Ueberzeugung nach einfach in eine Falle getreten. Diese Situation darf nicht mehr vorkommen. Da heißt es nun, auf den spätern Landesstreik rüsten, damit das Bürgertum weiß, daß es ständig unter dieser Drohung lebt und so dazu kommen muß, die Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen.

S o l a n d = Olten: Gestatten Sie mir, im Namen des Lokomotivpersonals einige Worte zu sagen. In erster Linie haben wir zum Aufbruch des Aktionskomitees für den Generalstreik zu bemerken, daß anstatt der Unterschriften der Mitglieder der Nationalratsaktion, die ja doch

nur als Dekorationsstück gedient haben, wobei sich noch einige beklagt haben, daß sie überhaupt aufgeführt worden seien, besser die Unterschriften der Verbandsfunktionäre gesetzt worden wären für alle die Verbände, die dem Kartell angeschlossen sind. Das hätte bei der Eisenbahnerschaft einen größern Eindruck gemacht, als wenn man die Unterschriften der Nationalräte lesen konnte. Diese geringe Schätzung der Nationalratsfraktion kommt daher, daß unsere Verbände bei ihr schon anfangs September den Antrag gestellt haben, sie möchte zugunsten der jüngern Anwärter in unserm Berufe vorstellig werden. Diese Anregung ist von der Fraktion nie zur Sprache gebracht worden. Wir haben daraus entnehmen müssen, daß die Nationalratsfraktion lax ist.

Am Arbeiterkongreß in Basel ist vom Vertreter der Eisenbahner, Dübby, auf Beschluß der Eisenbahnerschaft erklärt worden, daß die Eisenbahner erst zu haben sein werden für einen Streik, wenn sie die nötigen Instruktionen erhalten haben. Wie viele Monate sind nun seit dem Arbeiterkongreß in Basel verstrichen, ohne daß man Zeit gefunden hätte, den Leuten in den Organisationen eine richtige Aufklärung über das Wesen des Generalstreiks und eine richtige Instruktion über ihr allfälliges Verhalten bei einem solchen zu erteilen. Der Großteil der Eisenbahnerorganisationen ist nie in den Besitz der Instruktionen des Kartells gekommen, ebensowenig in den Besitz des Aufrufs für den Generalstreik. Es war nur der großartigen Disziplin gegenüber den Verbänden zu verdanken, daß die Eisenbahnerschaft so glänzend dagestanden ist.

Ich habe Auftrag, zu erklären, daß bei Auslösung zukünftiger Aktionen die Eisenbahnerschaft mit ihren gewerkschaftlichen Forderungen besser berücksichtigt werden soll und daß diese Forderungen unter Beiziehung aktiver Eisenbahner aufgestellt werden sollen.

Zum Abbruch des Streiks darf ich Ihnen erklären, ich habe speziellen Auftrag hierzu, daß das Lokomotivpersonal mit diesem Abbruch keineswegs einverstanden war. Man hätte trotz dieser Techniker-Streikbrecher keinen Betrieb durchführen können, wir hätten unsere Leute immer noch in der Hand gehabt, auch diejenigen, die nun in der Untersuchung erklärt haben, sie hätten nicht gewußt, warum sie gestreikt haben. Warum haben sie das erklärt? Weil die Aufklärung bei der Organisation gefehlt hat, weil die Aufklärung von seiten des Aktionskomitees, speziell der Mitglieder, die der Eisenbahnerschaft nahestanden, nicht richtig durchgeführt worden ist. Wir hätten unsere Leute unter allen Umständen soweit in der Gewalt gehabt, daß sie noch 1—2 Tage länger gestreikt hätten. Wir haben im Frühjahr eine Urabstimmung über die Frage der Beteiligung an einem eventuellen Generalstreik veranstaltet, die ein großartiges Resultat ergeben hat, indem eine große Mehrheit für die Beteiligung an diesem Streik eingetreten ist. Sie müssen in der Hauptsache auf das Maschinenpersonal abstellen. Es ist in den letzten Tagen in der bürgerlichen Presse eine

offenbar vom Bundesratsstische aus inspirierte Einsendung erschienen, die sich über die großartige Entlohnung des Maschinenpersonals ausspricht, die aber die großen Auslagen nicht berücksichtigt, welche diesem Personal für auswärtiges Essen auferlegt werden. Damit soll natürlich Stimmung gegen uns gemacht werden. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß gerade das Maschinenpersonal von seiten des Bundesrates am meisten gedrückt werden wird. Ich hätte nie geglaubt, daß hauptsächlich dieses Personal mitmachen würde. Wie mir von Zürcher Kollegen mitgeteilt worden ist, wird nun der Versuch gemacht, einen Streikbrecherdienst zu organisieren, indem Ingenieure praktischen Dienst machen müssen, damit sie bei zukünftigen Aktionen die Führung von Zügen übernehmen können. Sie werden natürlich nicht weit kommen, sowenig wie Adrian von Arz in Olten mit seinen Studenten, Pfarrern und Lehren, die den Eisenbahndienst versehen könnten. Ich darf Ihnen versichern, daß in unserer Sektion der Beschluß gefaßt worden ist, daß der Verband auf dem gleichen Boden stehen bleibt, daß wir in zukünftigen Aktionen trotz Haab und trotz dem kommenden Streikgesetz diese Aktion wieder mitmachen werden. (Anhaltender Beifall.) Daß wir die nötige Zeit wieder finden werden, um unsere Leute dazu zu bringen. Wenn in den Forderungen und Kampfausrufen auch die Eisenbahnerschaft berücksichtigt wird, so ist sicher, daß Sie auch unsere Organisationen beim Streik wieder haben werden.

Wir hoffen aber auch, daß der Arbeiterkongreß zu den Maßregelungen, die stattgefunden haben, Stellung nehmen wird, daß er zu uns stehen und uns helfen wird, diese Maßregelungen aufzuheben. Wir hoffen auf die Unterstützung aller Kongreßteilnehmer.

Scherrer = Brugg: Sie haben bis jetzt alles Redner von großen Industriezentren gehört. Gestatten Sie nun einmal einem Vertreter vom Lande ein Wort. Es wird vom Aktionskomitee behauptet, die Stimmung auf dem Lande sei nicht günstig gewesen, es hätte dort zur Zersplitterung kommen müssen. Ich behaupte gerade das Gegenteil und ich belege das mit meiner Erfahrung in Brugg. Die Reaktion wütete in Brugg wie nirgends sonst, das Militär rückte gegen uns auf, aber wir ließen uns nicht abschrecken, wir waren geschlossen. Wir Eisenbahner hatten auch in Brugg eine Verräter- und Streikbrecherbande, bestehend aus Mitgliedern des V. S. G. U. Von dem kleinen Brugg aus sind sie nach Bern im Auto geführt worden, sie haben die bürgerliche Presse bedient und uns geschmäht. Wir haben in Brugg den Bauerngeneral Dr. Laur, der uns mit seiner Bauerngesellschaft auf den Hals gerückt ist. Aber auch das vermochte nicht, uns von dem festen Entschluß abzubringen. Wir standen noch am Freitagmorgen, als schon überall die Züge fuhrten, wir achteten noch nicht auf die Depeschen, die von Düby und Woker unterschrieben waren, sondern wir hatten nach all den Verleumdungen den bestimmten Entschluß,

auszuharren. Wir glaubten immer, daß das irreführende Depeschen seien, wir hofften auf bestimmte Direktiven vom Aktionskomitee. All das war nicht da.

Schließlich mußten auch wir, diese ganze geschlossene eiserne Masse, uns sagen, daß wir kapitulieren müssen, daß wir, ohne irgendwelchen positiven Erfolg in der Hand zu haben, die Arbeit aufnehmen und uns der Militärcanaille ausliefern müssen. Das durften und konnten wir nicht glauben, daß es Tatsache war, daß das Oltenener Aktionskomitee auf solche Art zusammengeklappt war. Das empörte in dem kleinen reaktionären Brugg die Arbeiterschaft sehr. Ein kleines Beispiel, wie die Reaktion in Brugg arbeitet. Mich persönlich wollte man vor vier Wochen zwingen, auszupacken, auf welcher Grundlage der Streik ausgebrochen war. Ich habe dieser vaterländischen Gesellschaft die richtige Antwort erteilt. Ein höherer Angestellter der Bundesbahnen wollte mich zu solchen Machinationen herausfordern. Bierzehn Tage später hat der gleiche Angestellte nochmals eine solche Produktion versucht. Wir können das heute der Deffentlichkeit nicht in allen Details kundgeben, aber wir werden die Sache, wenn der Moment kommt, der Deffentlichkeit nicht vorenthalten. Heute ist dieser Moment noch nicht da. Ich kann versichern, daß die Arbeitermasse in Brugg fester als je dasteht, denn alle Indifferenten, die wir vor dem Generalstreik unter den Eisenbahnern und der übrigen Arbeiterschaft dort gehabt haben, sind vollständig verschwunden. Sie sind mit dem Abbruch des Streiks in dieser Stunde, da wir die bestimmte Hoffnung hatten und da auch, wie ich bestimmt versichern kann, das Bürgertum die Furcht hatte, wenn wir noch einen Tag streiken, werde der Erfolg unser sein, nicht zufrieden. Ich kann das an einem typischen Beispiel zeigen. Eine ganz reaktionäre Unternehmung, der ein sehr schlauer Fuchs vorsteht, hatte mit der Arbeitseinstellung in den ersten zwei Tagen noch gewartet. Als dieser Mann sah, daß die Disziplin der Arbeiter auf dem Plage Brugg noch am dritten Tage geschlossener war als je zuvor, hat auch er sein Geschäft zugemacht, als er sah, daß es der Arbeiterschaft ernst war, die ganze Macht an sich zu reißen. Das sind für mich und für meine Kollegen in Brugg und anderwärts bestimmte Anhaltspunkte, daß es nicht die richtige Taktik war, den Kampf in diesem Momente abzubrechen.

Das sind Tatsachen und es ist eine falsche Auffassung, wenn man behaupten will, die Arbeitermassen seien nicht geschlossen gewesen, es hätte eine Abbröckelung stattgefunden. Auch in Brugg hat man versucht, durch Zirkulare und durch Versprechungen des doppelten Lohnes Streikbrecher zu gewinnen. Als diese Zirkulare ausgeteilt wurden, da mußten wir konstatieren, daß am andern Tag noch weniger Streikbrecher zur Arbeit gegangen sind als vorher.

D ü r r = Bern: Es ist notorisch, daß sich die heutige Diskussion über den Generalstreik in gewissen Widersprüchen bewegt, insbesondere die Ausführungen derjenigen, die das Verhalten des Aktionskomitees kritisieren. Diese Kritiker stellen sich auf den Boden, die Auslösung des Generalstreiks sei gegen den Willen speziell der Zürcher erfolgt. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß gerade bei der Abstimmung über die Auslösung des Proteststreiks die Zürcher den Ausschlag gegeben haben. Es waren Leute an dieser Abstimmung beteiligt, die an der vorangehenden Unionsversammlung in Zürich teilgenommen hatten und die uns erklärt haben, wenn der Streikbeschluß falle, so wäre Zürich wie ein Mann dafür. Man hat auch nachher nach Zürich an einige Genossen telegraphiert. Wenn man also die Auslösung des Proteststreiks als verfehlt bezeichnen will, so muß man auch darauf Rücksicht nehmen, daß es am Kontakt mit Zürich nicht gefehlt hat, daß speziell die Zürcher Vertreter sich für den Proteststreik erklärt haben. Wenn nun die Zürcher Genossen der Meinung gewesen sind, daß die Auslösung des Proteststreiks verfehlt war, so hätten sie mit aller Energie gegen die Weiterführung des Kampfes sprechen und stimmen müssen. Hier ist ganz bestimmt irgendwo eine Differenz, die ich nicht aufklären kann. (P l a t t e n: Wann haben die Zürcher das erklärt?) Am Donnerstagabend in der Sitzung des Aktionskomitees!

Bei der Umwandlung des Proteststreiks in den Landesstreik muß irgendwo ein Mißverständnis oder eine Schieberei vorgekommen sein. Sovieel mir mitgeteilt worden ist, hat man in Bern erklärt, in Zürich sei die Weiterführung des Streiks unvermeidlich. In Zürich soll man gleichzeitig erklärt haben, das Aktionskomitee sei für die Weiterführung des Streiks. Und zwar hat man das in einem Moment erklärt, als das Aktionskomitee noch nicht einmal beisammen war. Die Zürcher Versammlung stand also unter dem Eindruck eines Berichtes über eine Sitzung des Aktionskomitees, die noch nicht stattgefunden hatte. Das Aktionskomitee stand unter dem Eindruck der Berichte aus Zürich. So ist die Geschichte gekommen. Wer daran schuld ist, das will ich nicht weiter untersuchen.

Tatsache ist nun, und das ist das erfreuliche, daß der Streik mit einer imponierenden Wucht eingesetzt hat, die gewiß in keinem Generalstreik zu überbieten sein wird. Tatsache ist weiter, daß ein großer, jedenfalls der allergrößte Teil der Streikenden unter dem Einfluß der Ereignisse in Deutschland stand und glaubte, unter dem Einfluß dieser Ereignisse müsse es nun auch bei uns zu einer Entscheidung kommen.

Das Aktionskomitee und alle diejenigen, die mit der Situation vertraut waren, gaben sich darüber keinen Illusionen hin, daß wir etwa stark genug wären, hier in der Schweiz eine revolutionäre Bewegung auszulösen. Von dem kann keine Rede sein, solange wir die Bauernschaft und die große Masse des Bürgertums gegen uns haben. Die folgenden Ereignisse in der Bundesversammlung haben gezeigt, daß jeden-

falls der Widerstand auf der gegnerischen Seite vorläufig stark genug ist, um der Macht der Arbeiterschaft begegnen zu können.

Es ist uns zum Vorwurf gemacht worden, daß wir den Streik auf das Ultimatum des Bundesrates hin abgebrochen hätten. Diese Geschichte ist nur teilweise richtig. Das Ultimatum des Bundesrates ging zunächst an die Eisenbahner und dann an das Aktionskomitee. Man wollte vom Aktionskomitee innerhalb bestimmter Frist eine Erklärung darüber haben, ob der Streik abgebrochen werde oder nicht. Das Aktionskomitee hat sich darauf weniger an das gefehrt, was der Bundesrat in seinem Ultimatum verlangt hat, sondern es hat sich überlegt, wie die allgemeine Situation war. Sie ist heute genügend erklärt worden. Wenn nun einige Genossen, speziell des Lokomotivpersonals, erklären, bei ihnen sei die Stimmung für die Weiterführung des Kampfes vorzüglich gewesen, so verweise ich darauf, daß es auf sie allein nicht ankam. Wir haben nämlich zwei Organisationen des Lokomotivpersonals. Die eine war auf dem Punkte, umzufallen. Mit diesen Leuten wäre der Betrieb sicherlich notdürftig aufrechtzuerhalten gewesen.

Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß wir nach Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse, die gewiß nach allen Richtungen hin erfolgt ist, zur Ueberzeugung kamen, wenn wir in diesem Momente den Abbruch des Streiks, Ultimatum hin oder her, nicht erklärten, wir dann überhaupt nicht mehr in die Lage gekommen wären, einen Abbruch zu erklären, weder wir, das bestehende Aktionskomitee, noch ein anderes Reserve- oder Ersatzaktionskomitee, das an unsere Stelle getreten wäre. Man hat im Aktionskomitee auch die Meinung ausgesprochen, man solle noch keinen Beschluß fassen, es sei noch Zeit genug, wenn die Bundesversammlung einmal geschlossen sei. Ich bin aber der vollendeten Ueberzeugung, daß wir überhaupt nicht mehr in die Lage gekommen wären, einen Beschluß fassen zu können, weil bei Eröffnung der Bundesversammlung am Donnerstag der Vertreter des Bundesrates wahrscheinlich solche Erklärungen abgegeben hätte, daß das Aktionskomitee, um sich nicht vollständig zu diskreditieren, nur die Weiterführung des Kampfes hätte beschließen können. Es wären wahrscheinlich in dieser Versammlung Repressalien angekündigt worden und unter dem Eindruck dieser Repressalien wäre es unmöglich gewesen, einen andern Beschluß zu fassen.

Darüber, daß weitere Zugeständnisse des Bundesrates nicht zu erhalten waren, waren wir nach der Haltung des Bundesrates während der Bundesversammlung durchaus einig. Für uns handelte es sich genau wie bei einem gewerkschaftlichen Kampfe nur darum, zu erwägen, auf welche Art wir die Bewegung besser und für die Arbeiterschaft vorteilhafter zum Abschluß bringen könnten. Wir haben uns gesagt, wenn wir jetzt abschließen, so werden wir die Arbeiterschaft so geschlossen wie sie in den Kampf eingetreten ist, aus dem Kampf herausführen und

ermöglichen, daß die Arbeiterschaft auch später wieder bereit ist. Schließen wir nicht ab, so wird eine Abbröckelung stattfinden. Wir sind fest überzeugt, daß diese Abbröckelung eingetreten wäre, indem Versammlungen aufgehoben, Bureaus geschlossen und eine Anzahl von Streikkommissionen verhaftet worden wären. Darauf wäre eine Derroute eingetreten.

Es wird uns zum Vorwurf gemacht, wir hätten die telephonischen Verbindungen auch ohne unsere Zentralen aufrechterhalten können. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen, insofern nämlich, als es sich darum gehandelt hätte, mit der einen oder andern Organisation in Verbindung treten zu können. Aber Huggler hat Ihnen schon auseinandergesetzt, daß wir von allen Seiten telephonisch angefragt worden sind, wie es um den Kampf stehe. Hier waren die Genossen vollständig auf dem trockenen, sie hätten die Zentrale 585 anrufen können, ohne eine Antwort zu erhalten. Sie hätten andere Telephonnummern anrufen können, die zum Teil ebenfalls gesperrt waren. Mit der Aufrechterhaltung der Verbindungen war es nach dieser Richtung hin gar nicht so gut bestellt.

Wenn man darauf abstellen will, daß der bürgerliche Journalist von Ernst sich auf den Boden gestellt hat, die bürgerliche Gesellschaft wäre zum Umfallen reif gewesen, so ist das eine Ansichtsaussäuerung, die nach dem Streike zu dem Zwecke erfolgt ist, um eine Dissonanz in unsere Reihen hineinzubringen. Darauf dürfen wir nicht Rücksicht nehmen. Wir müssen bei unserer Bewegung darauf Rücksicht nehmen, daß wir einen großen Teil von unorganisierten Kollegen haben, daß man nach allen Richtungen versucht, uns das Wasser abzugraben. Sollen wir es darauf abkommen lassen, daß Tausende und aber Tausende davonlaufen und sich in die bürgerlichen Organisationen aufnehmen lassen? Wir haben das größte Interesse daran, die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. Es war unser Prinzip, die Bewegung mit aller Kraft und Geschlossenheit zu führen. Das können wir nur, wenn wir die gesamte Arbeiterschaft hinter uns haben, nicht wenn wir auf dem Boden des Bolschewismus stehen, sondern auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung.

G r i m m: Soeben ist aus Solothurn Bericht gekommen, daß Zeughaus und Rathaus militärisch bewacht seien und daß der Verband der Industriellen militärischen Schutz verlangt hat. (Große Heiterkeit.)

Morard: Nous n'avons entendu jusqu'à maintenant en général que des exposés de nos camarades suisses allemands qui représentent la partie forte, tandis que nous, Suisses romands, nous représentons plutôt la partie faible. Nous voudrions pouvoir faire de même que nos camarades suisses allemands, mais il est impossible de le faire, parce que les organisations ouvrières romandes

n'ont pas reçu la même éducation. Cela est dû à un manque de ténacité. Il faut compter avec les bourreurs de crâne. La question ouvrière chez nous n'est pas aussi bien traitée que chez vous, on ne peut se borner à copier ce que l'on rapporte de la Suisse allemande. Aussi longtemps qu'on ne viendra pas nous éclairer sur la marche à suivre, il ne faut pas compter sur un grand résultat, et si des défections se sont produites, ce n'est pas de notre faute.

D'autre part nous sommes peinés de ce que les représentants des syndicats de la Suisse romande n'aient pas de délégués, s'ils n'ont pas de mandats. On ne veut pas nous accepter et cependant quand on a fait appel aux travailleurs pour qu'ils adhèrent au mouvement de la grève générale, on ne leur a pas demandé s'ils avaient des mandats. Donc, nous devons pouvoir prendre la parole dans ce débat, nous devons pouvoir travailler avec vous à la réorganisation de la société, autrement quand nous serons de retour, nos ouvriers, quand nous leur dirons que la parole ne nous a pas été accordée, en tireront les conséquences et chaque syndicat agira pour son compte particulier. Alors, quand on reparlera de grève générale, il ne faudra compter qu'avec le $\frac{1}{5}$ de la classe ouvrière. Déjà à Genève nous avons eu, lors de la grève générale, la défection des ouvriers des services industriels, qui auraient contribué à donner au mouvement une immense force morale. Les cheminots sont partis d'une façon merveilleuse. Nous félicitons nos camarades, mais chez nous la presse bourgeoise nous a pris à partie, on a bombardé les journaux de protestations, faisant ressortir que les cheminots étaient des bolchéviks, que le Comité d'action d'Olten les considérait comme des bêtes de somme qu'il faisait marcher, on les a dépeints d'une façon honteuse, et c'est nous, qui devons défendre les revendications ouvrières, qui supportons les conséquences de cet état d'esprit, parce que, encore une fois, nous ne sommes pas aussi fortement organisés dans la Suisse romande que vous ne l'êtes dans la Suisse allemande, où vous représentez les 80 % de la population ouvrière.

Notre camarade l'a du reste fait remarquer déjà ce matin en parlant des Suisses romands. Il y a eu aussi certaines erreurs commises, c'est que lorsque cette grève générale a éclaté, quantité de syndicats et d'organisations ignoraient totalement ce qui avait été fait jusqu'à présent, quels étaient les programmes en discussion. Au Conseil national, on a parlé de bolchévisme et prétendu que les socialistes marchaient à la remorque de la Suisse allemande. A ces allégations lancées nous ne pouvions rien répondre, nous n'avons eu les indications nécessaires sous les yeux qu'à la dernière minute, trop tard. Moi-même, comme pré-

sident du Syndicat des tramways de Genève, je présidais une assemblée nombreuse dans laquelle on me demandait: « Pourquoi fait-on la grève générale? » Je ne pouvais pas répondre à ces malheureux sans avoir connaissance de toutes les pièces nécessaires. Nous ne reculons devant rien pour mettre en lumière nos revendications devant la classe bourgeoise, mais encore faudrait-il pour cela que nous soyons absolument renseignés sur le mouvement et sur les dispositions que nous devons prendre pour qu'aucun ouvrier n'ignore de quelle façon il faut marcher et pour qu'il n'y ait aucune défaillance de leur part. Il faut agir avec ensemble.

D'autre part, le camarade Naine, en parlant des grèves, a fait remarquer que les précédentes étaient revêtues d'un caractère politique, que celle-ci ne l'était pas. C'est une légère erreur. Dernièrement, il y a eu chez nous deux grèves de solidarité, tandis que la grève générale avait plutôt un caractère politique. D'autre part, il est un point sur lequel il faut attirer l'attention, c'est que certains groupes de travailleurs n'agissent uniquement que pour le principe sans avoir aucune organisation, ou sont presque sans organisation. Ces groupes ne sont rien ou presque rien du tout (Bravos, très bien.). Si nous voulons faire par la suite quelque chose de sérieux et utile, si nous voulons avoir quelque certitude de réussir, il faut que le principe et l'organisation marchent de pair, que les deux y mettent du leur. Seulement à ce moment-là nous pourrions vraiment faire front, la classe ouvrière compacte, tous les salariés ensemble, contre les bourgeois. Notre programme sera bien délimité, nous marcherons en commun pour le réaliser.

Morard: Wir haben bis jetzt im allgemeinen nur Ausführungen von unsern Genossen der deutschen Schweiz gehört, welche die starke Partei bilden, während wir Westschweizer den schwächern Teil darstellen. Wir möchten gerne das gleiche leisten wie unsere deutschen Genossen, aber dies ist unmöglich, weil die westlichen Arbeiterorganisationen nicht dieselbe Erziehung genossen haben. Schuld daran ist ein gewisser Mangel an Zähigkeit. Wir müssen viel mit Brakhsänen rechnen. Bei uns wird die Arbeiterfrage nicht so gut behandelt wie bei euch, man kann nicht anders als nachahmen, was man uns aus der deutschen Schweiz bringt. Solange man nicht kommt, uns über den zu verfolgenden Weg aufzuklären, darf man nicht auf große Erfolge hoffen, und es ist nicht unsere Schuld, wenn sich Abtrünnige zeigen. Andererseits berührt es uns peinlich, daß die westschweizerischen Gewerkschaften keine Delegierten abordnen können, weil sie keine Mandate besitzen.

Man will uns nicht anerkennen, und doch hat man, als man den Aufruf an die Arbeiter zur Teilnahme am Generalstreik erließ,

nicht gefragt, ob sie auch Mandate besitzen. Wir sollten aber in diesen Verhandlungen auch das Wort ergreifen dürfen; wir sollten mit euch an der Neueinrichtung der Gesellschaft mitarbeiten können, andernfalls würden unsere Arbeiter, wenn wir ihnen bei unserer Rückkehr sagen würden, daß uns das Mitspracherrecht versagt gewesen war, die Konsequenzen ziehen, und jede Gewerkschaft würde auf ihre eigene Rechnung fuhrwerken. Wenn man dann von neuem vom Generalstreik sprechen würde, könnte man bloß mit einem Fünftel der Arbeiterklasse rechnen. In Genf machten schon bei diesem Streik die Arbeiter der Industriebetriebe nicht mit, die imstande gewesen wären, der Bewegung einen großen moralischen Halt zu geben. Die Eisenbahnarbeiter marschierten geschlossen mit. Wir beglückwünschten unsere Genossen, aber bei uns wurde die bürgerliche Presse mit Protesten bombardiert, in denen gesagt wurde, daß die Eisenbahner Bolschewiki seien, daß das Oltenener Aktionskomitee sie als Dummköpfe behandelt habe, die einfach zu marschieren hätten. Man hat sie auf das schändlichste überall herumgeschmiert, und wir sind es, die die Arbeiterforderungen verteidigen und die Konsequenzen dieser ganzen Geistesverfassung tragen müssen. Und das, ich wiederhole es, obwohl wir lange nicht so stark organisiert sind wie ihr in der deutschen Schweiz, wo ihr doch 80 Prozent der Arbeiterbevölkerung darstellt. Unser Genosse hat dies überhaupt schon heute morgen bemerkt, als er über die Westschweiz sprach. Es unterliefen auch einige Mißverständnisse. So vergaßen bei Ausbruch des Generalstreiks sehr viele gewerkschaftliche Organisationen, was bis jetzt getan worden war und welche Programme zur Behandlung standen. Im Nationalrat sprach man von Bolschewismus und behauptete, die Sozialisten marschierten im Schlepptau der deutschen Schweiz. Auf solche Behauptungen konnten wir nichts antworten, uns kamen die nötigen Anzeigen erst im letzten Augenblick zu, als es schon zu spät war. Ich selbst, als Präsident der Tramangestellten in Genf, präsiidierte eine zahlreiche Versammlung, in welcher man mich fragte: Warum haben wir Generalstreik? Ich konnte diesen Unglücklichen nicht antworten, da ich selbst nicht die genauen Unterlagen hatte.

Wir werden vor nichts zurückschrecken, um gegenüber der bürgerlichen Klasse unsere Forderungen durchzusetzen. Aber dazu müssen wir über die ganze Bewegung und die zu treffenden Maßnahmen genau unterrichtet sein, damit ein jeder Arbeiter bestimmt weiß, auf welche Art er handeln soll. Man muß einheitlich handeln. Andererseits bemerkte der Genosse Raine, als er von den Streiks sprach, daß die früheren einen gewissen politischen Charakter trugen, den der letzte Generalstreik nicht hatte. Das ist ein leichter Irrtum. In letzter Zeit hatten wir bei uns zwei Solidaritätsstreiks, während der Generalstreik eher politischen Charakter trug. Andererseits gibt es noch einen Punkt, den man ins Auge fassen muß, nämlich daß einige Arbeiter-

gruppen einzig aus Prinzip mitmachen, ohne einer Organisation anzugehören. Diese Gruppen sind fast nichts wert. (Bravo, sehr richtig!) Wenn wir in der Folge etwas Ernsthaftes und Nützliches tun, wenn wir Gemäßheit auf Erfolg haben wollen, müssen notwendigerweise die Organisation und der Grundsatz miteinandergehen, damit beide das ihrige dazu beitragen. Nur dann kann die ganze arbeitende Klasse einheitlich Front machen gegen die Bürgerlichen. Unser Programm wird sehr bestimmt sein, und wir werden einig vorgehen, um es zu verwirklichen.

De l l b e r g = Brig: Wir haben heute die Vertreter aus verschiedenen Landesgegenden gehört, wir haben gehört, daß die Genossen von Zürich, Basel und auch von Brugg den Streik hätten weiterführen wollen, daß sie die Kraft und Entschlossenheit dazu in sich gefühlt hätten und den Glauben hatten, in einem oder zwei Tagen größere Zugeständnisse zu erhalten. Wir glauben ihnen das gerne, daß es ihnen schwer gefallen ist, den Kampf in dieser Stimmung abzubrechen. Es war auch bei uns in Brig nicht leicht, die Arbeiter zu überzeugen, daß der Kampf wirklich abgebrochen werden müsse.

Wie war aber die Situation in der Westschweiz? Ich war am 14. November in Lausanne und dort hat man mir folgendes erzählt: Bevor die Abbruchparole von Bern kam, hatte eine Eisenbahnerversammlung im Tivoli beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In der ganzen Westschweiz, besonders in der Waadt und in Genf, hatte die Arbeiterschaft der Privatindustrie den Proteststreik vom 9. November nicht mitgemacht. Sie hat sich dem Streik erst angeschlossen, als die Eisenbahnerschaft in Lausanne den Streikbeschuß gefaßt hatte. Nun wäre es zur Tatsache geworden, daß an diesem äußerst wichtigen Knotenpunkt der Westschweiz die Züge wieder gefahren wären. Sie wissen auch, daß in Lausanne ein Teil der ersten Division bereitgehalten worden war und daß diese um Mitternacht abtransportiert wurden. Ich hatte eine außerordentliche Angst vor dieser Wiederaufnahme der Arbeit, besonders für unsere Genossen im Wallis. In Lausanne ist diese Situation dadurch entstanden, daß ein Mitglied des erweiterten Vorstandsvorstandes des V. S. G. A. erklärte, die Eisenbahner seien durch das Oltenner Aktionskomitee an der Nase herumgeführt worden. Sie begreifen, was es für die Simplonlinie bedeutet, wenn in Lausanne die Arbeit aufgenommen wird. Dann sind wir in Brig, Sitten, St. Maurice geliefert. In Brig sind Mitglieder des Führervereins am Donnerstagabend um 4 Uhr 15 wieder gefahren. Das ist wieder ein Moment, das uns darauf hinwies, daß die Abbröckelung da war und daß das Oltenner Aktionskomitee gut daran tat, die Parole zum Streikabbruch auszugeben.

In Brig war die Situation so, daß schon am Montagabend Generalmarsch geschlagen und die Kompanie IV/40 des Landsturms

aufgeboten wurde. Wir waren in Brig nur etwas mehr als 200 Mann, die an jenem Abend beschlossen, in den Streik zu treten. Es ist uns gelungen, von Brig aus alle Bahnen des Kantons Wallis stillzulegen. Am Mittwochabend ist das Bataillon 89 eingerückt mit 1200 Mann gegen die 200 Streikenden. Besonders die zweite Kompanie ist in besoffenem Zustand eingerückt und hat sich ausgedrückt, wenn sie die Kerle bekomme, dann spieße sie sie auf. So war die Situation im Wallis.

Nun hat Meier aus Zürich gemeint, es hätte dem Aktionskomitee an Mut gefehlt. Wir im Wallis haben auch den Mut gehabt, uns hinter Schloß und Riegel werfen zu lassen. Das hat uns nichts genügt. In Sitten sind alle anwesenden Streiker nach der Valeria gekommen und in St. Maurice auf die Festung. In Brig hat man sich zuerst mit drei, später mit sechs Genossen begnügt und sie wieder freigelassen, nachdem sich alle 200 Streikenden präsentiert haben und gesagt haben, sie seien bereit, ins Loch zu marschieren, diese sechs hätten nicht mehr getan als sie, sie hätten einfach die Arbeit verweigert, bis zu dem Moment, da der Befehl kommt, dieselbe wieder aufzunehmen.

Und nun zur Kritik am Aktionskomitee. Auch wir hätten verschiedenes zu kritisieren. Diese Sachen sind aber schon genügend hervorgehoben worden, so daß ich damit keine Zeit verlieren will. Wir haben aber folgende Ueberlegung angestellt: Trotzdem der Generalstreik nach einer ungenügenden Vorbereitung herbeigeführt worden ist, glauben wir, daß man in dem Moment, da er losgebrochen ist, nach 4½ Kriegsjahren, Jahren der Entbehrung und des Hungers, nach den Vorgängen in Deutschland und Oesterreich und vorher in Rußland, kein anderes Resultat erzielt hätte, weil die ökonomische Struktur unseres Landes zum revolutionären Massenstreik noch nicht reif war. Das ist unsere Ueberzeugung. Wir sind auch der Auffassung, wie sie heute von Genossen aus ähnlichen Verhältnissen vertreten worden ist, daß es nun gilt, alle Arbeiter aus den bürgerlichen Parteien herauszubringen, sozialistisch zu erziehen und sie in Partei und Gewerkschaften zu organisieren und daß erst dann wieder daran gedacht werden kann, den Kampf auf verbreiteter Grundlage wieder aufzunehmen. Wir sind auf unserm gefährlichen Außenposten auch gewillt, den Kampf weiterzuführen, wir sind gewillt, ihn wieder aufzunehmen, aber wir finden, daß die Entwicklung im Lande noch nicht da ist und daß wir bei einem ungenügend vorbereiteten Streik uns einfach hängen lassen würden. Die Sechsköpfigkeit, deren Fehler hier von Meier gerügt worden ist, scheint uns eine außerordentliche Dummheit zu sein und sie scheint uns nicht aus einer sozialistischen und marxistischen Erziehung zu stammen. Bei dieser Erziehung wollen wir wieder einsetzen und unsern Kampf weiterführen. Sie haben gehört, wie die Bewegung in Bern, Basel und anderwärts stark ist. Umgekehrt ist sie an andern Orten noch äußerst schwach. Alle Arbeiter und Volksgenossen, die nach ihrer

Stellung zu uns gehören, müssen wir gewinnen, auf demselben Weg, der uns ermöglicht hat, den Proteststreik in dieser großartigen Weise durchzuführen und in einer noch großartigern Weise abzubrechen. Dort wollen wir weiterkämpfen und wir wollen uns hier auf diesem Kongreß das Ehrenwort geben, daß wir nicht ruhen werden, bis die Opfer, die der Generalstreik erfordert hat, befreit sind. Wir sind es ihnen schuldig, wir müssen dafür sorgen, daß nicht die Schwere des bürgerlichen Gesetzes auf diesen Genossen, besonders den Genossen von der Eisenbahn, die gerichtlich angeklagt sind, ruht. Wir sind es ihnen schuldig, daß wir uns mit ihnen solidarisch erklären und dafür sorgen, daß sie auf unsere materielle und moralische Unterstützung zählen können.

Ich beantrage Ihnen deshalb einen Zusatz zur Resolution des mittelländischen Arbeitertages, dahingehend, daß der Arbeiterkongreß von heute sich mit diesen Opfern solidarisch erklärt und kein Mittel scheuen wird, um zu erreichen, daß ihnen nichts geschieht, weder in der einen noch in der andern Richtung. Ich bitte Sie, Ihre Pflicht zu tun und alles aufzuwenden, um diese Genossen zu schützen und zu schirmen. (Beifall.)

Schenkel-Effretikon: Ich habe hier nur wenige Worte anzuschließen an das Votum von Müsch. Müsch hat davon gesprochen, daß der Generalstreik ein doppeltes Gesicht gezeigt habe, ein Gesicht nach außen und eines nach innen. In der Tat hat diese Tatsache, daß der Grund für den Generalstreik dermaßen doppeldeutig war, die ganze Aktion an gewissen Orten, namentlich auf der Landschaft, gelähmt. Aus diesem Grunde bin ich von den Organisationen des Zürcher Oberlandes beauftragt worden, Ihnen hier die Gedanken zu überbringen, die dort in den Versammlungen geäußert worden sind. Im ganzen Zürcher Oberland haben die Arbeiter bis in die allerkleinsten Betriebe hinein sofort der Generalstreikparole Folge geleistet. Ich kann sagen, daß nicht nur bei den Eisenbahnern, sondern auch bei den andern Arbeitern die Stimmung eine durchaus gute war. Diese gute Stimmung hat eine böse Beeinträchtigung erfahren, als kund wurde, daß man an gewissen Orten mit diesem Generalstreik etwas anderes verlangen wollte und bezweckte, als was im Manifest des Aktionskomitees niedergelegt war.

Es ist in diesen Organisationen erklärt worden, daß dieselben marschirt sind, um diesen Forderungen des Aktionskomitees zum Durchbruch zu verhelfen, daß sie aber unter keinen Umständen marschirt wären, um einen Putsch zu unterstützen, wie er von gewisser Seite offenbar geplant gewesen sei. Ich muß Ihnen mitteilen, daß diese Organisationen ein anderes Mal mit der gleichen Kraft der Parole des Generalstreiks zu folgen gewillt sind, daß sie aber für diesen Fall ganz genau informiert sein wollen, welches die Ziele sind, die man mit dem Generalstreik erreichen will.

Unsere Arbeiter hatten das Gefühl, daß sie von gewisser Seite eigentlich duiert worden sind, daß man sie getäuscht hat, indem man auf der einen Seite diese Forderungen des Aktionskomitees in den Vordergrund schob und auf der andern Seite, in Zürich und Winterthur in gewissen Versammlungen ganz andere Streikziele proklamierte.

Noch in einem andern Punkt sind diese Organisationen unzufrieden gewesen, und zwar deswegen, weil noch am letzten Streiktag, als bereits von Bern die Parole auf Streikabbruch ergangen war, dort die Parole abgeleugnet wurde, trotzdem diese lokalen Komitees in Zürich und Winterthur genau wußten, daß der Abbruch beschlossen war und daß sie trotzdem noch Plakate in den Straßen herumtragen ließen, welche sagten, daß alle diese Meldungen in der bürgerlichen Presse erlogen seien. Alle diese Tatsachen haben in unsern Kreisen einen großen Widerstand hervorgerufen.

Auf alle Fälle habe ich von diesen Organisationen den Auftrag, Ihnen mitzuteilen, daß sie dann, aber auch nur dann in einem Generalstreik neuerdings marschieren würden, wenn genau festgelegt ist, was man mit dem Generalstreik bezweckt. Des weitern haben sie sich mit aller Energie und einstimmig dafür ausgesprochen, daß sie nie und nimmer zu haben sind, wenn der Versuch gemacht werden sollte, nun die alten Methoden der Sozialdemokratie aufzugeben und sich auf den Boden der bolschewistischen Methoden zu stellen. Diese Methoden werden von den Organisationen des Landes vollständig abgelehnt.

Diese Mitteilungen habe ich Ihnen aus dem Zürcher Oberland zu machen. Sie können mit aller Bestimmtheit darauf rechnen, daß diese Genossen auch in Zukunft ihr möglichstes tun werden, um ihre Reihen noch besser zu schließen, aber sie müssen die Gewißheit haben, daß nicht hintenherum jeweiligen andere Motive unterschoben werden, daß man ihnen die Situation klar vor Augen führt und daß sie wissen, wofür sie kämpfen.

Steiger-Winterthur: Nach meinem Dafürhalten hat das Aktionskomitee zwei Dummheiten gemacht. Die erste Dummheit war die, daß es einen Proteststreik von fünf Stunden proklamiert hat. Wenn man einen Proteststreik will, proklamiert man ihn nicht am Samstag, wo der Nachmittag sowieso frei ist. Die zweite Dummheit war der Abbruch des Landesstreiks. Zwar kann ich dem Komitee das verzeihen, denn, wenn man die Liste des Aktionskomitees durchgeht, so findet man, daß sieben Mitglieder des Aktionskomitees prinzipielle Gegner des Generalstreiks sind. Unter einer solchen Leitung muß selbstverständlich jeder Generalstreik zugrunde gehen.

Bevor ich hier ins Volkshaus gekommen bin, bin ich an die Kapellenstraße gegangen. Ich wollte mich erkundigen, wie die Geschichte eigentlich gegangen ist. Da hat man mir gesagt, Sie sei derjenige gewesen, der diesen Proteststreik durchführen wollte, und zwar

deswegen, damit die Generalstreikidee einmal flöten gehe, damit man den Arbeitern zeigen könne, daß die alten Kampfmittel die richtigen seien. (Unruhe.) (S I g: Ich muß zum mindesten verlangen, daß Steiger sagt, wer ihm diese Unwahrheit gesagt hat.) Es war Berner. (S I g: Ich werde ihn zitieren.) Es wurde mir weiter gesagt, Grimm sei dafür gewesen, und zwar deshalb, weil er mit vollem Recht angegriffen worden sei, daß er nicht mehr revolutionär sei und weil er habe zeigen wollen, daß er wirklich noch revolutionär sei. Des weitern ist mir mitgeteilt worden, daß das Aktionskomitee dennoch den Generalstreik abgelehnt habe, daß es dann Zuzug von weitem Genossen erhalten habe und daß der Beschluß auf dieser Grundlage zustande gekommen sei.

Nun hat man namentlich die Mitglieder des Aktionskomitees nachher damit verteidigt, daß sie darauf abgestellt haben, daß Zürich schuld sei. Ich bin während dieser Zeit oft in Zürich gewesen und habe im Gegenteil gehört, daß die Zürcher Genossen, als sie am Samstag erfuhren, daß der Generalstreik ausgelöst werden sollte, sich lange besonnen haben, ob sie mitmachen wollen, und zwar deswegen, weil sie sich sagten, daß man an einem Samstag keinen Proteststreik erklärt und zweitens, weil Platten und andere Genossen, die die zürcherische Arbeiterschaft gut kennen, sich sagten, daß wenn man der Arbeiterschaft so etwas biete, die Genossen dann nicht mehr ohne weiteres wieder in die Bude gehen. Die Genossen in Zürich kennen auch unsern bürgerlichen Klassenstaat, um zu wissen, daß mit einem fünfstündigen Proteststreik die Regierung die Truppen nicht zurückziehen werde und daß dann gar nichts erreicht wäre.

Am Sonntag haben wir in Zürich eine Kartellsitzung gehabt, an welcher die Gewerkschaftsdelegierten des Kantons Zürich teilnahmen. Platten hat referiert und erklärt, in Zürich werde man wahrscheinlich am Montag nicht arbeiten, wir auf dem Lande sollen machen, was wir für gut finden, wir sollen unsere Taktik nicht etwa von Zürich aus beeinflussen lassen.

Und nun haben wir an dieser Delegiertenversammlung vernehmen müssen, daß ich gegen den kantonalen Streik gesprochen habe, während sämtliche Vertreter der Landesektionen, auch diejenigen, die Professor Schenkel vertritt, einstimmig beschlossen, den Landesgeneralstreik zu verlangen. Nun kann man nicht sagen, daß die Stadtzürcher an diesem Streik schuld sind.

Nun ist der Landesstreik gekommen. Im Aufruf heißt es: Nun entschlossen vorwärts!“ Diese Entschlossenheit des Aktionskomitees haben wir nun kennen gelernt. Die Arbeiter sind entschlossen vorwärts marschiert, das Aktionskomitee rückwärts. Im Aufruf steht weiter, man solle sich nicht provozieren lassen, weder von rechts noch von links. Die Arbeiterklasse hat sich nicht provozieren lassen, aber das Aktionskomitee

durch den Bundesrat. Zuerst ist es gegenüber dem Bundesrat ultimativ vorgegangen, nachher der Bundesrat gegenüber dem Aktionskomitee und dieses hat sich das bieten lassen. Es ist immer geschrieben worden, jetzt heiße es einmal biegen oder brechen. Wenn man das will, dann geht man nicht zu Unterhandlungen ins Bundeshaus, sondern dann läßt man es zum Brechen kommen, oder man läßt sich biegen. Es ist gesagt worden, Grimm habe die Auffassung gehabt, der Bundesrat werde sofort umfallen. Er hat den Calonder für einen Trottel angeschaut; es hat sich gezeigt, daß er mehr Energie hat als gewisse Leute im Aktionskomitee. Es ist mir ferner gesagt worden, daß das Aktionskomitee sich keine Mühe gegeben hat, sich der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen, sondern die Mitglieder des Aktionskomitees hätten als erstes Traktandum aufgestellt die Verteilung der Bundesratsitze. (Unruhe, Rufe: Unwahr.) Das ist mir ebenfalls an der Kapellenstraße erklärt worden.

Im gleichen Aufruf des Aktionskomitees heißt es an die Adresse der Arbeiterschaft: „Von eurem Verhalten wird der Ausgang des Landesstreiks bestimmt.“ Das Verhalten der Arbeiter war so, daß es eine geschlossene Durchführung des Streiks ermöglichte. Die Arbeiterschaft hat nicht eine Minute gewankt. Wenn man das Programm lieft, müßte man sagen, daß auch das Aktionskomitee geschlossen weitermarschiert wäre.

Es ist gesagt worden, die erste Division sei marschbereit gewesen. Wenn auch diese Division gekommen wäre und Bern besetzt hätte, so hätte man nicht das Herz in die Hofen fallen lassen müssen. In Zürich hat man ebensoviel Militär gehabt, und die Arbeiterschaft hat dem nichts nachgefragt. Die zürcherische Arbeiterschaft hat seit Monaten die ganze Armee, die dort aufgeboden war, eigentlich entwaffnet, sie hat ihr keine Gelegenheit gegeben, daß sie von ihren Waffen Gebrauch machen konnte. Und in Zürich ist es doch gefährlicher als in Bern, wo man die Lauben hat, unter denen die Kavallerie nicht durchreiten kann. In Zürich hat man nicht geschaut, ob Kinder oder alte Frauen da sind, man ist einfach durchgeritten, aber kein einziger unter der Arbeiterschaft ist umgefallen, wohl deswegen, weil man in Zürich vom Aktionskomitee nicht viel gemerkt hat.

Im Aufruf heißt es weiter: „In diesem Zeichen wollen wir kämpfend siegen oder sterbend untergehen.“ Wenn man der Arbeiterschaft in Flugblättern, die in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet werden, so etwas sagt, so ist mit dem doch gesagt, sie solle ernst machen. Man soll nicht von Bern aus mit der schweizerischen Arbeiterschaft so spielen, daß man ihr mit solchen Gesten kommt, sondern man soll bei der Wahrheit bleiben, oder wenn es einmal geschrieben wird, dann soll man es auch machen. Wenn man das wollte, dann wäre das das erste Moment gewesen, an dem die Arbeiterschaft hätte erkennen

können, daß es zum revolutionären Generalstreik kommt. Aber ohne einen revolutionären Generalstreik soll man nicht solche Sätze hineinschreiben. Wenn man das gewollt hätte, hätte man dem Bundesrat verhaften und das Bundeshaus besetzen müssen und wir in Zürich den Regierungsrat. Das wäre uns sicher gelungen. (Heiterkeit.) Wenn wir den revolutionären Generalstreik wollen, müssen wir das Mittel zur rechten Zeit anwenden und nicht warten, bis die andern gerüstet sind.

Ein Teil unserer Delegierten ist immer noch der Auffassung, die Kämpfe werden sich auf dem Boden der Demokratie abspielen. Ein Teil der Gewerkschaften stellt sich auf den Standpunkt, sie hätten Tarifverträge, die sie nicht verlassen können. Trotz unserer Demokratie werden wir immer mehr entrechtet, trotz unserer Landesverträge müssen wir alle Jahre mehr hungern, deswegen gibt es auch für uns schweizerische Arbeiter nichts anderes, als den ausgesprochenen revolutionären Klassenkampf und die Massenaktion. So können wir uns vom Kapitalismus befreien, auf eine andere Art nicht.

G r i m m: Es sind zwei Geschäftsordnungsanträge eingegangen, die beide dahinlauten, daß von jeder Seite nur noch zwei Redner sprechen sollen. Es sind noch 10 Redner eingeschrieben. Ich habe diesen Morgen schon darauf aufmerksam gemacht, daß wir eventuell eine Nachtsitzung werden abhalten müssen. Diese Nachtsitzung muß auch unter allen Umständen stattfinden, und zwar deswegen, weil morgen um 12 Uhr geschlossen werden muß. Wir haben eine ganze Reihe von Delegierten, die mit den Abendzügen nicht mehr nach Hause kämen.

F r e i = Zürich: Wir haben nun seit heute Morgen um 11 Uhr über den Landesstreik gesprochen. Ich habe die Auffassung, daß wir uns mehr darauf konzentrieren sollten, wie wir die zukünftigen Aktionen gestalten wollen.

R o p p = Zürich: Es ist mir bekannt geworden, daß Platten keine Gelegenheit hatte, sich in die Rednerliste einzutragen. Nun glaube ich, im Namen der Zürcher Genossen, die sich zum Worte gemeldet haben, die Erklärung abgeben zu können, daß wir auf das Wort verzichten, wenn an unserer Stelle Platten zum Wort kommt.

T a m ö = Bellinzona: Ich möchte wünschen, daß mindestens von dem angegriffenen Oltenen Komitee noch ein Vertreter zum Worte kommt.

D e l s = Brig: Ich möchte den Antrag empfehlen, noch je zwei Redner sprechen zu lassen. Mit Platten ist die Sache so, daß er einmal nicht da und zweitens nicht angemeldet ist. Unter diesen Umständen könnte auch irgendein anderer das Wort verlangen, der nicht eingetragen ist. Ich würde dann jedem Redner eine Viertelstunde Redezeit gewähren.

W y ß = Zürich: Ich möchte Sie schon ersuchen, Platten das Wort noch zu geben. Er war den ganzen Vormittag in der Mandatprüfungskommission und es war ihm nicht möglich, sich in die Rednerliste eintragen zu lassen. Als er zurückkam, war die Liste geschlossen.

G i s l e r = Zürich: Ich stelle den Antrag, Platten noch das Wort zu geben und einem Mitglied des Aktionskomitees das Schlusswort vorzubehalten.

Der Antrag, noch je zwei Redner sprechen zu lassen, wird angenommen. Als Redner werden bestimmt: Rüegg, Platten, Grimm und Huber. Redezeit 10 Minuten.

R ü e g g = Zürich: Ich beginne dort, wo das Aktionskomitee über seine Stellungnahme beim Ultimatum berichtet. Ich möchte die Situation mit den eigenen Worten des Aktionskomitees beleuchten. Es wird geschrieben, daß das Ultimatum für einen Teil der Mitglieder die mit ihm beabsichtigte Wirkung haben mochte. Das will auf gut Deutsch heißen, daß das vom Bundesrat überreichte Ultimatum bei einigen Mitgliedern des Aktionskomitees den Boden geschafften hat, auf dem sie ausgeglitscht sind. Sie haben den Mut verloren, kapituliert, Angst bekommen. In derselben Stunde schrieb das Aktionskomitee: „In allen größern Ortschaften und Städten war die Kampf Stimmung so geschlossen, ja wahrscheinlich noch energischer als beim Ausbruch des Streiks. Man war auch darin einig, daß sie am Donnerstag noch eine Steigerung erfahren würde.“ Selbst das Aktionskomitee gibt also zu, daß der Streik noch am Donnerstag eine Steigerung hätte erfahren können. Anderseits gibt es zu, daß mit dem Ultimatum bei ihm eine gewisse wanfelmütige Stimmung zutage getreten ist. So standen die Dinge im Aktionskomitee.

Das zeichnet auch die spätern Geschehnisse aus. Das Aktionskomitee hat uns heute durch verschiedene Redner mitteilen lassen, daß die Macht der Bajonette den Zusammenbruch des Streiks herbeigeführt habe. Gut, und die Lehren daraus? Das sind die, daß gerade diese Feststellung, die man hier macht, daß die Macht der Bajonette zum Zusammenbruch des Streiks geführt haben, auf die Genossen zurückfällt, die hier im Aktionskomitee sitzen, und zwar deshalb, weil sie durchwegs in jeder Stunde, seit Wochen, seit Monaten das sabotieren, was wir verlangt haben, was wir getrieben haben, was die Konsequenz der Parteibeschlüsse und der Stimmung unter der Arbeiterschaft ist. Ich meine die Propaganda im Heere. Es rächt sich heute und hat sich im Streik gerächt, was eben jahrelang unterlassen, ignoriert und sabotiert worden ist von den Genossen im Aktionskomitee. Diese Vergeltung für die Untätigkeit verschiedener Genossen hat sich auch noch darin gezeigt, daß im Nationalrat schmählicher Weise nicht das getan worden ist, was man von dort hätte erwarten sollen. Im Nationalrat

hat Grimm über die Ausweisung der Gesandtschaft der russischen Sowietrepublik gesprochen. Was hat er dort gesagt? Er führte aus: „Ich verteidige die russische Gesandtschaft und alle diese russischen Genossen gegen die Ausschüttung von kübelweisem Schmutz über diese Ehrenleute, die wir hier in der Schweiz zu beherbergen haben. Ich verteidige die Genossin Angelika Balabanoff, ich verteidige alle diese Genossen, die bei der Gesandtschaft gefessen haben und erkläre, daß wir mit den Leuten nichts zu tun haben.“ Die Konsequenz war die, daß daraus zu schließen war, und das Bürgertum auch logischerweise geschlossen hat, daß von dieser Seite eine ernsthafte Solidarität mit der russischen Gesandtschaft in dieser Ausweiskampagne nicht zu erwarten war. Sie teilen die Auffassung der Bolschewiki nicht, aber wir Proleten teilen sie und erklären hier, daß es eine Schande ist, wie diese Genossen durch die eigenen Kameraden in unserer schweizerischen Partei ausgeliefert worden sind, durch Kameraden, die sich im Nationalrat zu dieser Erklärung versteigen konnten.

Ferner stand die Sache so, daß man heute erklärt, der Generalstreik sei zusammengebrochen unter dem Druck des Majorzparlaments. Auch das zugegeben, aber was war die Logik davon? Das wäre die gewesen, daß man mindestens hätte erwarten dürfen, daß, wenn man weiß, daß unter einem Majorzparlament nichts zu erreichen ist, jede Unterhandlung von jener Seite abgelehnt wird, daß alle Konzessionen von vornherein ausgeschlossen sind. Ich hat vorhin selbst erklärt, daß das Majorzparlament Stellung genommen habe, bevor ein sozialdemokratischer Redner gesprochen habe. Die Lehre daraus wäre die gewesen, daß man unsererits auf Unterhandlungen verzichtet hätte und daß die Nationalratsfraktion mindestens in der gleichen Art aufgetreten wäre. Was haben die Genossen getan? Wenn ich nun die Rede eines Genossen anführe, so mag er, bitte, entschuldigen, wenn er dabei nicht gut wekommt, aber seine eigenen Worte werden ihn richten. Da hat ein Genosse erklärt, ich lese wörtlich vor: „Ich bitte Sie darum, nicht im Namen irgendeiner Partei oder in meinem Namen, die Sache ist zu ernst, zu wichtig, ich bitte Sie im Namen, und ersuche Sie, mich zu entschuldigen, wenn ich meinen tiefsten Gefühlen Ausdruck gebe, des höchsten Herrn, dem ich diene, im Namen dessen, der sein Blut hingegeben hat zur Versöhnung der Menschen, im Namen dessen, der schließlich als der Herr, der Fürst des Friedens sein Regiment aufrichten wird auf Erden und der als der Letzte über allen Wirren der Menschheit stehen wird....“ Das war Eugster-Züst. Ist das eine Art und Weise, ist das ein Klassenkampf im Parlament? Nein, Genossen, das war eine ganz gewöhnliche Schwazbude, nicht aber das, was man von der Nationalratsfraktion hätte erwarten dürfen. Man lehrt uns im Volke den Klassenkampf. Ist das eine klassenkämpferische Rede von einem Genossen? Nein, das war sie nicht. In der Logik der Ereignisse hätte es gelegen, nachdem die bürgerliche

Mehrheit in einer geschlossenen Phalanx dastand, daß wir unsererseits mit der gleichen Konsequenz aufgetreten wären.

Ferner habe ich noch einen Genossen herzunehmen, und zwar den Genossen Gustav Müller. Ich klage ihn heute an der Spiegelfechtereier, weil er am 6. Dezember im Nationalrat eine Rede gehalten hat, deren Schluß lautet: „Wenn das alles, was ich behaupte, wahr ist, dann weiß das Schweizervolk heute besser zu würdigen, weshalb wir die Verantwortung nicht übernehmen wollten, die Arbeiterschaft in einen derart vorbereiteten sinnlosen Straßenkampf hineintreiben zu lassen und deshalb den Streikabbruch beschlossen und die Kräfte der Arbeiter ungebrochen erhielten und damit die hochgespannten Erwartungen, welche die militärischen Machthaber beseelten, an der diesen so fatalen Befehlbarkeit der Bewegung scheitern ließen.“ Ich lasse die Rede gelten, aber sie hätte in jenem Momente gehalten werden sollen, da die Fraktion im November im Parlament erschienen ist. Wenn man schon auf dem Standpunkt stand, daß in jener Stunde die Fraktion ihre Tätigkeit im Parlament hat aufnehmen müssen, dann hätte diese Rede in jene Stunde gepaßt, nicht aber drei Wochen später. Warum aber hat man das nicht gesagt in der Novembersession? Schon damals hatte Gustav Müller Kenntnis. (Müller: Es ist nicht wahr.) Ich lasse mich nicht irremachen. Müller zeigt das ja selbst, indem er am Anfang erklärt, er fleide seine Behauptungen nur anstandshalber in Frageform. Schon damals wußte man davon, trotzdem hat man nichts getan, was in den Augen unserer Genossen die erste Pflicht gewesen wäre.

Die Frage des Ministerialismus scheint bei uns heute auch schon akut geworden zu sein, wenigstens haben mir Genossen mitgeteilt, und zwar Lokomotivführer, also Leute, die senkrecht im Sattel gestanden, daß das Aktionskomitee die meiste Zeit damit vertrödelte habe, darüber einig zu werden, wer auf die zwei Bundesratsessel kommen sollte, die man verlangen wollte. Ich sage das unter allem Vorbehalt, wiederhole aber die Worte, die mir hier mitgeteilt worden sind. (Schlußrufe und große Unruhe, die den Redner zwingt, seine Ausführungen vorzeitig abzubrechen.)

Platten = Zürich: Glauben Sie nicht, daß, wenn ich Ausführungen mache, die etwas aggressiv sind gegenüber dem Aktionskomitee, es sich bei mir darum handeln kann, etwa die Arbeit der Genossen herunterzureißen oder gering einzuschätzen, sondern bei mir handelt sich es vor allem darum, die Frage zu prüfen, ob das Aktionskomitee in seiner heutigen Zusammensetzung in der Lage ist, einen Kurs einzuschlagen, der der Arbeiterschaft der Schweiz das bringt, wonach sie so sehnlichst strebt. Das ist für mich die Ursache, weshalb ich mit Freuden die Gelegenheit wahrnehme, hier zu sprechen.

Ich mache dem Aktionskomitee den Vorwurf, daß es ohne Befragung der Arbeiterschaft direkt zu einer Methode des Kampfes übergehen wollte, aber nicht gewillt ist, dieselbe mit der Entschiedenheit, die notwendig wäre, endgültig durchzuführen. Wir haben im Gegensatz zu früher nun die Bahn beschritten, durch Anwendung des Mittels des Massenstreiks und der Massenaktion zu versuchen, den Arbeiterforderungen rascher zum Siege zu verhelfen. Das ist der Grundsatz, von welchem sich das Komitee hätte leiten lassen sollen. Mein, ich gestehe Ihnen, es waren peinliche Stunden, solange ich im Aktionskomitee war, weil ich sah, daß außerordentlich widerstrebende Interessen innerhalb dieses Komitees zum Ausdruck kamen. Es ist kein homogenes Ministerium, das hier oben sitzt, sondern es sind sehr divergierende Interessen. Ich habe beobachtet, daß die aggressiveren Elemente des Aktionskomitees, wenn sie das Bedürfnis hatten, zur entscheidenden Tat zu schreiten, ungeheure Hemmungen zu überwinden hatten, daß diese Hemmungen sich oft steigerten bis zu der Drohung, durch passive Resistenz oder Nichtteilnahme die Aktion zum Scheitern zu bringen.

Wie hat das Aktionskomitee bisher operiert? Die Milchpreisfrage ist zum Teil durch den Basler Kongreß erledigt worden. Ich werde sie nur mit einigen Worten streifen. Dort war von vornherein klar, daß die Anwendung dieser Aktion wegen dieser Milchpreisfrage doch zweifellos die Inanspruchnahme einer Kraft bedeutet hätte, die in keiner Weise zu vergleichen war mit dem Effekt, der dabei hätte herauskommen können. Ich sage Ihnen, der Kompromiß, der nachher geschlossen worden ist, schlummerte schon in der Seele der Mitglieder des Aktionskomitees, als sie die Frage des Landesstreiks aufrollten.

Wir haben auf dem Arbeiterkongreß in Basel 11 Forderungen aufgestellt, für die man in den Kampf gehen wollte. Es ist zufällig so gekommen, daß wir den Kampf damals nicht nötig hatten. Man hat uns die Augen mit Pappe zugemacht, damit wir nicht lesen konnten, was der Bundesrat uns gibt, denn außer dem, was die Eisenbahner errungen haben, und zwar zweifellos nur durch die energische Stellung, die sie eingenommen haben, hat er nichts gegeben. Er ist dann brutaler gegen Ausländer und Schweizer vorgegangen als je. Sehen Sie jetzt, wie man Schmeide hinauswirft und Münzenberg, wie 40 Italiener auf der Liste der Auszuweisenden stehen, wie die gesamte russische Gesandtschaft zum Teufel gejagt worden ist, wie ferner noch eine Reihe von Russen auf der Ausweisungsliste steht. In Anbetracht dessen muß man sich doch sagen, daß der Bundesrat ganz niederträchtig lügt, wenn er zu behaupten wagt, er habe der Arbeiterschaft nachgegeben. Ich sehe nichts von Nachgeben. Ein Gewaltregiment ist gekommen, und zwar schon vor dem letzten Generalstreik, wir sind nach dem Basler Kongreß unterlegen, die Arbeiterschaft hat ihre

Forderungen herausgeholt, aber ich möchte doch gern Auskunft darüber haben, ob das Aktionskomitee nicht selbst nach dem gedruckten Bericht feststellen muß, daß dieser Punkt 11 glücklicherweise noch als letzter auf die Liste gekommen ist. Wir nahmen das auf die Liste, weil ich darauf drängte, die Staatsarbeiter, vor allem die Eisenbahner, in den Forderungen verankert zu sehen, damit sie durch ihre Kraft auch die Aktion für andere Forderungen stützen.

Wir sind damals unterlegen, zum Generalstreik ist es nicht gekommen, gedroht haben wir sehr oft. Und nun ein dritter Punkt. Ich habe im Aktionskomitee ein Erlebnis mitgemacht, das mich persönlich tief betrübt hat. Man kann anderer Meinung sein, ich gebe das zu, aber man kann nicht die Massenaktion als Prinzip aufstellen und nachher einer schmähslichen Kompromiß- und Opportunitätspolitik huldigen. Man kann nicht auf der einen Seite einen wilden Klassenkampf predigen und auf der andern Seite dem Bürgertum, das mit Maschinengewehren und Bajonetten gegen uns vorgeht, seine guten Dienste anbieten. Wir haben heute morgen die Sache diskussionslos rutschen lassen, aber ich kann Ihnen sagen, als diese Frage zur Erörterung stand, da habe ich versucht, weil ich wußte, daß in diesem Aktionskomitee der Standpunkt des offenen Kampfes der Obstruktion nicht angenehm ist, gewisse Sicherungen zu schaffen. Ich habe gesagt, daß wir folgendes verlangen müssen: Der Bundesrat ist verpflichtet, uns eine solche Vertretung einzuräumen, daß auch wirklich durch die Anteilnahme der Arbeitervertreter an der Ernährungs politik eine Arbeiterpolitik zum Ausdruck kommt. Was geschah nun? Wurde nicht speziell das Verhältnis 3 : 10 als durchaus zweckmäßig genehmigt und als proportional? Ich pfeife auf die Proportionalität, wenn durch dieselbe nicht zum Ausdruck kommt, daß durch die Anteilnahme der Mitglieder der Arbeiterschaft den Arbeitern mehr gegeben und den Oberrn abgeschnitten wird, was sie zu viel haben. Die Lebenshaltung ist grundverschieden für denjenigen, der Geld hat und für den Arbeiter. Wer oben ist, kann sich durchaus drehen und wenden, er braucht sich den Schmärrriemen nicht enger zu ziehen und aufs letzte Loch einzustellen. Der Arbeiter aber, der materiell beengt ist, der hat unter dem heutigen System zu leiden. Da sage ich mir, ein Ernährungsamt kann nur dann helfen, wenn es denen richtig gibt, die als Bedrückte in der Nation anerkannt werden müssen. Man ist nicht auf meine Forderung eingetreten.

Ich habe ferner verlangt, man solle den Bundesrat auffordern, er solle die Kompetenzen des Ernährungsamtes näher umschreiben, da es keinen Wert habe, dort hineinzugehen als Handlanger des Bundesrates, der auf der andern Seite die Sache vielleicht mit dem Bauerngeneral Laur ausknobelt, wo wir Vorschläge machen und die andern sagen, es wäre schön, wenn man das machen könnte, aber es

gehe nicht, weil Dr. Laur nicht will. Ich habe andere Forderungen gestellt, sie sind abgewiesen worden.

Da sage ich, daß das ein Zickzackkurs von Bülow von anno dazumal ist. Jener Kurs ist das Verhängnis jenes Landes geworden, er wird auch das Verhängnis der Arbeiterbewegung in unserm Lande werden. Man kann nur einen Kurs gehen, aber den konsequent: Entweder links anhalten und dann Landesstreik, oder man hält rechts an und versucht dann, mit Hilfe von Besprechungen, Kompromissen zu einem Ziel zu kommen. Was dazwischen liegt, das ist weder Fisch noch Fleisch und das bringt eben jene dußeligen Situationen in den Köpfen der Arbeiter, daß man sie in einen Kampf hineintreiben kann, um ihnen dann in der letzten Stunde zu sagen: Wir müssen zurück, das ist ja offener Bürgerkrieg. Wer weiß denn nicht, daß, wenn wir die Waffe des Massenstreiks anwenden, dann blutige Opfer gefordert werden können. Ich will nicht blagieren für die Zürcher, aber ich habe dem Obersten Sonderegger in der Kaserne, als er mir drohte, daß die Truppen mit Handgranaten bewaffnet seien, gesagt, daß ich von dieser Eröffnung Kenntnis nehme, die er mir mache und daß ich daraus den Schluß ziehe, das nunmehr die Periode des Bürgerkrieges eröffnet sei, daß sie offiziell mit bewaffneter Hand begonnen werde und ich habe erklärt, daß uns das nicht veranlassen wird, zurückzutreten, auch nicht tausend Leichen auf den Straßen Zürichs, daß wir kämpfen, bis wir den Achtstundentag greifbar in den Händen haben.

Das war unsere Stellung. Ich habe mir in Bern den Vorwurf holen müssen, ich sei ein Feigling, weil ich von Bern aus in der Nacht im Automobil nach Zürich gefahren sei. Aber das sind niederträchtige Leute, die mir das angehängt haben und vor allem möchte ich die Genossen bitten, mir vor dem Kongreß die Feigheit vorzuwerfen. Wenn ich zurückgegangen bin, so weiß ich warum. Es geschah, weil ich die Situation in Bern für hoffnungslos verfahren angesehen habe.

Was war denn der letzte Streik? Tun Sie nicht so, als ob die Sache überhaupt planvoll organisiert und durchgeführt worden wäre? Das war doch ein Bluff, und ein schwacher Tritt in den Hintern hat genügt, uns in diese Situation hineinzudrängen. Wir hatten in Zürich das Militäraufgebot und wir hatten deswegen eine Sitzung angeordnet, um uns zu fragen, was da zu tun sei. Da habe ich mit dem Genossen Kopp gesagt, daß es am besten sei, wenn wir das Militäraufgebot einfach ertragen, da es uns allein nicht möglich sei, gegen 10,000 Mann aufzukommen, außer, wenn wir einen bewaffneten Aufstand proklamieren, was wir aber auch wieder nicht könnten in der gegenwärtigen Situation. Wir verzichteten sogar auf die Einberufung einer Unionsdelegiertenversammlung.

Aber in der Zwischenzeit ist etwas geschehen, was für mich typisch ist: Das Aktionskomitee hat durch eine Delegation dem

Bundesrat drei Forderungen mitteilen lassen, eine typischer als die andere. (Grimm: Das ist nicht wahr.) Ihr waret doch beim Bundesrat. (Grimm: Aber erst am Sonntag.) Gut, dann korrigiere ich mich. Wir bekamen in Zürich am Freitag die Nachricht, daß das schweizerische Aktionskomitee den Proteststreik beschlossen habe. Ich erinnere daran, daß ich dem Aktionskomitee mehrmals erklärt habe, daß wir in Zürich bereit seien, zu marschieren, daß wir aber nicht in der Lage seien, Garantien zu geben, daß es dann mit einem 24stündigen Generalstreik abgetan sei. Ich kenne die Stimmung in Zürich, ich gehöre nicht zu denen, die die Leute gewaltfam in den Kampf treiben. Wer das behaupten will, soll es mir nachweisen. In den Massen war damals die Stimmung verbreitet, daß man sich sagte, jetzt heiße es, die Konsequenzen ziehen, aber jetzt bleibe man länger draußen als 24 Stunden. Das ist geschehen.

Nun bestreite ich, daß wir im Namen der Union eine Aufforderung nach Bern gerichtet haben, man solle uns durch die Proklamation des Landesstreiks unterstützen. Steiger hat Ihnen schon gesagt, daß wir nicht einmal die armen Genossen auf dem Land, denen wir nicht das Rückgrat durch Unterstützung zu stärken in der Lage waren, zur Solidarität verpflichtet haben, geschweige denn in Bern. Nun war die Delegation beim Bundesrat. Der Proteststreik war vorbei, wir haben beschlossen, weiterzufahren, wir haben aber kein Verlangen gestellt, daß andere mitmachen sollen. Die Delegation hat beim Bundesrat vorgesprochen, sie hat drei Forderungen gestellt und eine klatschende Ohrfeige bekommen. Die brennenden Wangen haben die Delegation und das Aktionskomitee dann plötzlich veranlaßt, zu sagen, dann mache man auch mit und man hat den Generalstreik auf Montag nachts 12 Uhr verlangt. Als wir Zürcher den Bericht bekamen, haben wir Gelegenheit genommen, die Eisenbahner zu verständigen und wir haben ihnen gesagt. . . . (Glocke des Präsidenten) Ich komme zum Schluß und möchte noch eines sagen: Seien Sie sich dessen bewußt, worum es heute geht, entscheiden Sie, wie es zum großen Teil heute geschehen ist, nach einer prinzipiellen Auffassung, wonach Sie sagen: Unsere Aera ist revolutionär, wir sind ein Glied der Internationale, wir teilen das Schicksal der Arbeiter in der ganzen Welt, wir werden einen blutigen revolutionären Krieg bekommen und dabei versuchen müssen, die politische Macht an uns zu reißen, oder dann sagen wir: Die Demokratie schützt uns vor einer Revolution, bei uns ist die Evolution das Normale, dann verzichten wir auch auf den Hokusfokus eines Generalstreiks von Zeit zu Zeit. (Beifall.)

Huber-Rorschach: Gestatten Sie mir zuerst zwei kleine Bemerkungen und Erklärungen. Ich habe nicht die Aufgabe und nicht die Absicht, als Verteidiger des Aktionskomitees aufzutreten, weil

es meines Erachtens eine ganz verkehrte Ansicht ist, als ob mir hier zu Gericht zu sitzen hätten. Zunächst möchte ich aber immerhin gegen die Art und Weise, wie Rüegg hier Angriffe erhoben hat, Verwahrung einlegen. Rüegg hat dem Aktionskomitee vorgeworfen, seine Politik sei nur der Ausfluß der vom Komitee ständig geübten Praxis gewesen, die Beschlüsse der Parteitage zu sabotieren. Erstens ist das Aktionskomitee kein Organ der Partei, zweitens besteht das Aktionskomitee seit Februar 1918, ist also nicht in der Lage gewesen, irgendwelche Parteitagsbeschlüsse zu sabotieren und drittens war die Parteileitung, welche die Beschlüsse auszuführen hat, in Zürich zu Hause, wo Rüegg seinen Einfluß hätte geltend machen können.

Eine zweite Bemerkung in bezug auf Eugster-Züst. Ich gestehe Ihnen, es hat mir in der Seele weh getan, daß ein Mann wie Eugster-Züst in dieser schändlichen Art hier dafür bloßgestellt und besudelt werden sollte, weil er seiner innersten, heiligsten Ueberzeugung in einem tiefernsten Momente Ausdruck gegeben hat. Genosse Eugster-Züst ist aus seiner innersten religiösen Ueberzeugung zu uns gekommen, er steht in den Herzen des Appenzellervolkes eingeschrieben als der Weberpfarrer von Hundwil, er hat sich diesen Ehrennamen als Christ und als Kämpfer für die proletarische Sache verdient und er hat es nicht verdient, daß an dieser Stelle, an einem schweizerischen Arbeiterkongreß, seine Worte als Ausdruck seiner christlichen Ueberzeugung in den Schmutz gezogen werden. (Anhaltender Beifall.)

Nun, verehrte Genossen, der Generalstreik. Darüber ist so viel gesprochen worden, daß es mir nicht möglich sein wird, irgend etwas Neues hinzuzufügen. Ob der Generalstreik — wie wenn man so schön rechnen könnte — notwendig und richtig war, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Ich möchte gegenüber den Zürcher Genossen immerhin das bemerken, daß es nun doch nicht richtig ist, als ob nun das Aktionskomitee aus lauter Freude am Bluff einen Streik inszeniert hätte, sondern die Dinge haben sich doch so abgespielt: Zuerst lokalisterter Streik in Zürich, dann der Beschluß des Aktionskomitees, Proteststreik. Dieser Proteststreik sollte zeitlich ganz genau begrenzt sein, bis Samstag nachts 12 Uhr. Die Zürcher Genossen haben nun das Gebot der Disziplin verletzt und haben auf eigene Rechnung und Gefahr den Streik weitergeführt. Und nun befand sich das Aktionskomitee in der Lage jener Heerführer in der Schlacht bei St. Jakob an der Birz, die erklärt hatten, kein Schweizer dürfe gegenüber den Armagnaken über die Birz gehen. Die Schweizer in ihrer Angriffslust — es waren auch Zürcher darunter — haben die Birz überschritten. Nun stand das Aktionskomitee vor der Frage, ob es diese indisciplinierten Mitglieder isoliert lassen wolle oder ob es den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen wollte. Die Genossen haben das letztere beschlossen und nach meiner Meinung konnten sie

gar nicht mehr anders. Wir Korschacher stehen nicht in dem Rufe, übermäßig revolutionär zu sein, aber als wir am Freitagabend die Mitteilung bekamen, es solle am Samstag ein Proteststreik durchgeführt werden und die Korschacher Arbeiter sollen nicht dabei sein, da haben die Arbeiter gesagt: „Was, wir sollen morgen zur Arbeit gehen, während wir wissen, daß die Arbeiterschaft in sovielen Städten streikt?“ Nur die technische Unmöglichkeit, die Arbeiterschaft überhaupt noch zu informieren, hat es verhindert, daß die Korschacher den Streik auch mitgemacht hätten, also auch indiscipliniert gewesen wären.

Was beweist das? Das beweist, daß der Generalstreik eine psychologische Notwendigkeit geworden war, daß die Arbeiterschaft der Schweiz nach diesem Generalstreik gelehrt hat, daß sie ihn haben wollte und einfach nicht mehr aufzuhalten war. Das hat denn auch die Durchführung des Generalstreiks bewiesen.

Nun hat der Generalstreik innerlich zwei Fehler gehabt. Er war mit einer Frontänderung verbunden. Begonnen als Proteststreik, wurde sein Charakter auf einmal geändert, er wurde zu einem Angriffsstreik gemacht für ganz bestimmte Forderungen, deren sofortige Verwirklichung auf dem Wege des Streiks unmöglich war. Das war der Fehler, daß erklärt wurde, diese und diese Forderungen werden aufgestellt und der Streik dauere solange bis sie errungen seien.

Heute morgen hat nun allerdings Nobs gesagt, daß es nicht richtig sei, was ich soeben behauptet habe, daß diese Forderungen unerfüllbar gewesen seien. Er hat gesagt, daß diese Forderungen hätten durchgeführt werden können, wenn man nur noch einen oder zwei Tage weitergestreikt hätte. Ja, verehrte Genossen, kann irgendeiner unter Ihnen wirklich glauben, daß es durch einen Streik von 24 oder 48 Stunden wirklich möglich gewesen wäre, den Achtstundentag in der Schweiz zu erringen. Wer das glaubt, dem fehlen die primitivsten Kenntnisse unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Nobs gehört nicht zu diesen Leuten. Auch für die Eisenbahner war das nicht nötig. Nun fragte es sich, ob der Streik abgebrochen werden sollte. Da gestatten Sie mir vielleicht doch noch, die Situation, wie sie bei uns in St. Gallen war, ganz kurz zu schildern. Der Streik ist ausgezeichnet durchgeführt worden, und zwar darf man sagen fast ausschließlich durch das Verdienst der Eisenbahner, von denen die Kaperswiler nebenbei gesagt durch die Zürcher schon am Montagvormittag, entgegen der Anordnung des Aktionskomitees, zum Streik veranlaßt wurden. (Rufe: Wer? Wir wissen nichts davon.) Von Zürich aus. Isler kann Ihnen das bestätigen.

Für das Aktionskomitee und für uns war die Frage die, wie weit der Streik durchgehalten werden könne. Da muß ich Ihnen

sagen, daß er im Kanton St. Gallen und im Kanton Thurgau, überhaupt in der Ostschweiz gar nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Sie haben ganz recht, wenn Sie erklären, wir in Zürich, in Basel, in Brig und anderwärts hätten uns einfach einsperren lassen, das hätte dem Streik nichts geschadet. Das ist nicht so auf dem Lande draußen, wo wir ganz kleine Sektionen haben, wo man die Leute tutti quanti einsperren kann, wo die schwächeren Elemente isoliert von den überzeugten, sattelfastten Elementen umfallen. Wenn Sie gesehen hätten, wie man die einzelnen Leute herausgeholt und mit aufgepflanztem Bajonett auf die Maschine gestellt hat, wenn Sie gesehen hätten, wie einer nach dem andern auf den Zug gebracht wurde, so hätten Sie begriffen, wie dieser Streik niedergeknüppelt wurde. Die Genossen waren vollständig isoliert. Es war nicht bloß so, daß die Genossen hier in Bern nicht mehr zu erreichen waren, sondern man hat beispielsweise den Genossen in Sargans — eine wunderbare Truppe — einfach das Telephon abgehängt. Sie hatten absolut keine Verbindung mehr, es war ihnen unmöglich, irgendeine Erkundigung einzuziehen, überhaupt etwas zu erfahren und sie waren den wildesten Gerüchten ausgeliefert. So hat man es fertiggebracht, daß die überzeugtesten, edelsten Genossen gefahren sind, bevor der Streik abgebrochen wurde. Man hat ihnen erklärt, daß die Züge in der Westschweiz fahren und es hat ein Offizier — in guten Treuen, das will ich gleich beifügen — sein Ehrenwort für eine derartige Meldung verpfändet und es erreicht, daß die Leute tatsächlich gefahren sind, nicht zu reden von dem moralischen Druck, der auf die Frauen und Kinder aller dieser Leute draußen auf dem Land ausgeübt wurde. Tatsächlich war der Streik schon gebrochen und es wäre unmöglich gewesen, ihn bei uns aufrechtzuerhalten. Ich will darüber weiter nicht sprechen. Das Aktionskomitee wird das selbst besorgen.

Nun habe ich einen besonderen Auftrag zu erfüllen. Ich bitte Sie, bei Ihren Beschlüssen die ganze Situation offen zu überdenken, daran zu denken, in welcher Lage sich die schweizerische Arbeiterschaft und insbesondere die Eisenbahnerschaft befindet. Wir müssen dafür sorgen, daß der Kongreß das Bild einer absoluten Geschlossenheit nach außen bietet. Wir müssen es verhindern, daß wir als eine zerrissene und zersplitterte Arbeiterschaft dastehen. Ich habe es gern gesehen, daß den Genossen vom Aktionskomitee die Köpfe gewaschen wurden in dem Sinne, daß sie den Streik zu früh abgebrochen hätten. Ich habe in unserm Großen Rat den Herren gesagt, wenn dem Aktionskomitee Vorwürfe gemacht werden, so werden sie nicht gemacht, weil diese Leute verfluchte Hejer und Wähler seien, die die Arbeiterschaft in ein Abenteuer hineingelockt haben, sondern weil diese Leute zu wenig revolutionären Geist und Willen haben sollen. Ich sehe gern, daß das hier zum Ausdruck gekommen ist, damit das Bürgertum weiß, daß die gesamte schweizerische Arbeiterschaft, ver-

körpert in ihrer Solidarität im Streik stand, daß sie ihren eigenen Willen zum Ausdruck gebracht hat und daß dem Umstand, daß die ganze Ueberzeugung und Stimmung in der Arbeiterschaft so war, dem Streik zuzuschreiben ist und nicht dem Willen eines einzelnen, heiße er nun Grimm oder Dübby.

Und nun denken Sie daran, daß das Bürgertum erschreckt ist gerade wegen dieser Solidarität und daß das Bürgertum die Absicht hat, diese Solidarität mit allen Mitteln zu brechen, sie zu brechen durch die Mittel der Justiz und zu brechen durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft. Es sollen Dübby und Woker abgesägt werden, damit die Kategorien, die bis jetzt von ihnen geführt wurden, wieder in die Hände der national gesinnten Führer kommen. Es spekulieren die Konservativen auf christlich-soziale Typographenbünde und christlich-soziale Eisenbahnerorganisationen. Das müssen wir verhindern, daß, deshalb, weil die Eisenbahner bei uns eben nicht diese Geschlossenheit sehen, diese Spekulation Erfolg habe.

Und nun noch etwas. Das wird der Schluß sein. Der Generalstreik ist für uns, wenn Sie wollen, liquidiert, aber die bürgerliche Gesellschaft hat ihn noch nicht liquidiert. Die bürgerliche Gesellschaft geht jetzt daran, unsern Generalstreik nach ihren Methoden zu liquidieren. Das will heißen, daß einmal in erster Linie die Arbeiterschaft geköpft werden soll. Es sollen die prominentesten Vertreter und Vertrauensleute der Arbeiterschaft vor die Gerichte geschleppt und bestraft werden. Sie haben recht, ein bißchen Gefängnis mehr oder weniger, das kann man ertragen. Aber man beschränkt sich nicht bloß auf das, man geht darauf aus, diesen Leuten auch die bürgerliche Ehrenfähigkeit zu nehmen und sie dadurch zu verhindern, in den Behörden die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Das Beispiel des Gemeindepäsidenten Dürr von Altstetten ist nur der Anfang davon. Denken Sie an die Leute draußen an der Peripherie, die Genossen, die jetzt eine moralische Tortur durchgemacht haben und nun ins Gefängnis gemorfen sind. Je nachdem nun die Arbeiterschaft gegenüber dem Bürgertum dasteht, innerlich zerrissen oder untrennbar verbunden, je nachdem wird das Bürgertum es wagen, diese Opfer blindwütend abzuschlachten, oder es wird sich hüten, die gesamte Arbeiterschaft zu einem neuen Kampf herauszufordern.

Ich möchte Sie bitten, nun diesen Willen der geschlossenen Solidarität und der Abwehr gegen diese Reaktion durch Annahme folgender Resolution zu bekunden:

„Der zweite schweizerische Arbeiterkongreß protestiert gegen die Versuche der Bourgeoisie, einzelne Arbeiter und Vertrauensleute herauszugreifen, um sie als Opfer einer brutalen Klassenjustiz in den Kerker zu werfen und durch Entzug der bürgerlichen Ehren und Rechte an der Vertretung der Arbeiterforderungen in den Behörden

zu verhindern, wegen ihrer Teilnahme am Landesstreik, den die gesamte im Arbeiterkongreß vertretene Arbeiterschaft als ihre gemeinsame Tat betrachtet und zu verantworten gewillt ist. Der Kongreß erklärt seine Entschlossenheit, seine unverbrüchliche Solidarität zu bewahren mit diesen Opfern und auszuharren in geschlossenem und einigem Kampf bis zur vollen Verwirklichung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele.“

Grimm: Wir erleben das historische Schauspiel einer Umwälzung der ganzen Welt. Derartige Ereignisse können nicht ohne Einfluß bleiben auf die Mentalität unserer Arbeiterschaft. Es ist selbstverständlich, daß sich in diesem Weltringen auch der Sinn der Arbeiterklasse umbildet und umformt und daß wir deswegen von vornherein Differenzen haben in der Bewegung, die vielleicht früher schon latent vorhanden waren und die jetzt mit voller Schärfe zum Ausdruck kommen. Wenn wir hinzunehmen, daß wir bei dem verflochtenen Landesstreik nun nicht etwa als die Geschlagenen hervorgegangen sind, sondern in Geschlossenheit und Disziplin den Kampf abbrechen konnten, dann ist es für mich vollständig klar und verständlich, daß heute die schärfste Kritik an der Leitung dieses Streiks geübt wird, vollständig verständlich, daß Gegenläufe sich aufstun müssen, die bisher in dieser Schärfe nicht erlebt worden sind.

Ebenso selbstverständlich ist es für mich, daß, wenn man auf einen Weg zurückblickt, Fehler, Unterlassungsjünden in großer Zahl konstatiert werden können. Das ist bei jedem kleinen Streik so, bei jeder Lohnbewegung, bei jedem Wahlkampf, um so mehr aber bei einer Bewegung, bei der Hunderttausende von Arbeitern in Frage kommen. Aber nicht das ist es, was zur Diskussion steht, sondern rein äußerlich bildet die Frage des Abbruchs oder der Fortsetzung des Kampfes den Streitpunkt unserer Diskussionen. Man erklärt, und das Aktionskomitee selbst sagt es in seinem Bericht, daß es möglich gewesen wäre, die Kampfsituation auf seiten der Arbeiter am Donnerstag noch zu entwickeln und zu steigern, aber man vergißt dabei zu sagen, inwieweit auch der Gegner in der Lage gewesen wäre, seine Kampfspositionen zu entwickeln. Es genügt nicht, zu erklären, daß wir noch mehr Truppen aus der Arbeiterschaft hätten herausholen können und gleichzeitig zu erklären, das, was die andern machen, das kümmere uns nicht. Unsere taktische Aufgabe ist es, daß wir nicht nur die eigenen Kräfte einschätzen. Wir müssen Klarheit haben auch über den dialektischen Prozeß, über die Tatsache, daß jede Aktion von unserer Seite notwendig zu einer Gegenaktion unserer Gegner führen muß. Davan hat das Aktionskomitee gedacht, als es den Abbruch des Streiks ermog. Wenn es zum Beschluß gekommen ist, der Kampf sei abzubrechen, so nicht etwa deshalb, weil es in Verzweiflung geraten

wäre über die Haltung der Arbeiterschaft, sondern weil es notwendigerweise auch die Kräfte auf der Gegenseite einschätzen mußte.

Und nun stellen wir die Frage einmal umgekehrt. Was würde man dem Aktionskomitee an den Kopf werfen und ins Gesicht schleudern, wenn der Kampf weitergegangen wäre und größere Opfer erfordert hätte als die, die heute schon zu konstatieren sind? Was würde man dem Aktionskomitee vorwerfen, wenn die Organisationen zerschlagen, zersplittert wären und wir heute nicht dieses Bild eines Kongresses bieten könnten, wie es tatsächlich der Fall ist? Von dieser Frage spricht niemand, man erklärt einfach ins Blaue hinaus, wenn wir weitergestreift hätten, hätten wir das und das erreichen können, aber den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, ist auch nicht einer imstande, weil eben der Fall nicht eintrat und weil es sich hier nur um eine Hypothese, um Behauptungen handelt.

Nun haben wir seltsamerweise gehört, daß der Streik überhaupt verfehlt gewesen sei, daß wir überhaupt nicht in den Streik hätten treten sollen. Das wird uns von derselben Seite erklärt, die uns seit Monaten und Monaten zum Vorwurf macht, daß wir keine Aktion wollen. Da muß ich mich nun schon fragen, wo denn eigentlich die Seriosität in der Behandlung der ganzen Angelegenheit liegt, wenn auf der einen Seite immer und immer wieder erklärt wird: Ihr macht nichts, ihr wollt keine Streiks, keine Massenaktionen, und in dem Augenblick, wo wir solche Massenaktionen verhängen, macht man uns Vorwürfe.

Man hat weiter behauptet, der Streik sei nicht vorbereitet gewesen. Genossen, wir haben im März die Grundlagen für die Massenaktionen festgelegt, wir haben seit jener Zeit immer und immer wieder über die Möglichkeit eines Generalstreiks gesprochen. Wir haben den Arbeiterkongreß in Basel gehabt, wir haben die Beschlüsse von Basel gehabt. Wir haben die Bewegung im Sommer gehabt. Und nun erklärt man auf einmal nach all diesen monatelangen Vorbereitungen, man hätte den Kampf nicht vorbereitet. Ja, glauben Sie denn, daß Aktionskomitee hätte richtig gehandelt, wenn es die Vorbereitungen zum Streik so getroffen hätte, daß man ihn dem Gegner Wochen vorher angekündigt hätte? Glauben Sie nicht, daß dann noch viel größere Kräfte des Gegners an Truppen hätten zur Anwendung kommen können, als wenn wir geschlossen die Gegner überrumpelten? Wer auch nur etwas von den Voraussetzungen der Massenaktion versteht und auch nur die primitivsten Regeln der Kampfaktik kennt, der wird sich mit uns sagen müssen, daß man dem Gegner nicht Monate und Monate zuvor die Aktion ankündigt, sondern daß man den Moment wählt, wo einerseits die psychologischen Voraussetzungen für die Truppen, die man in den Kampf führen will, vorhanden sind und auf der andern Seite die Möglichkeit besteht, den Gegner zu über-
raschen.

Man hat erklärt, daß die Zürcher den Streik nicht wollten. Ich gestehe Ihnen nun frei und offen vor diesem Kongreß, daß mir das, was die Zürcher wollen, vom Standpunkt der allgemeinen Bewegung aus nicht ausschlaggebend ist. Ausschlaggebend ist das, was der Gesamtheit der Arbeiterklasse nützt und nicht das, was eine lokale Gruppe will oder nicht will. Wir haben heute die Genossen Steiger und Rüegg gehört. Ich kann sagen, daß ich ihnen außerordentlich dankbar bin für ihre Voten. Sie haben eine Methode angewendet, die typisch ist und uns nun allerdings das erklärt, was man als die Zürcher Verhältnisse bezeichnet (Beifall), eine Methode, die abstellt auf den erbärmlichsten Klatsch und Parteitratsch. Man hat irgend etwas gehört, es wurde irgend etwas erzählt, ein Bierter und Fünfter macht etwas dazu und darauf stellt man ab und stützt darauf Behauptungen, die an die persönliche Ehre der einzelnen Genossen gehen. Man verleumdet drauflos, ohne irgendeine tatsächliche Grundlage. In dieser Atmosphäre der Vergiftung, des gegenseitigen Heruntermachens, der Verleumdung, da wird allerdings die Arbeiterbewegung nicht gesund. Sie muß so immer tiefer in den Sumpf hineinkommen, weil auf dieser Basis ein gegenseitiges Vertrauen, das die Voraussetzung des Kampfes ist, nicht entstehen kann.

Ich will hier noch beifügen, daß ich nunmehr begreife, warum man den Ausschluß der bürgerlichen Presse verlangt hat. Wenn man in dieser Weise diskutiert, dann allerdings ist es vielleicht besser, wenn das nicht vor dem Forum einer breiten Öffentlichkeit geschieht, denn das Urteil über die Arbeiterbewegung wird durch derartige Methoden jedenfalls nicht gewinnen.

Man hat vom Aufruf gesprochen und an seinen Sätzen Kritik geübt. Da ist mir unwillkürlich eine Bemerkung aufgestiegen, die mir Platten einmal anlässlich einer Demonstration in Zürich gemacht hat. Damals habe ich ihn gebeten, er solle doch etwas für das „Neue Leben“ schreiben, er solle doch dort seine Auffassung vertreten. Da sagte er mir: „Ja, weißt du, wenn ich Artikel schreibe, dann steht das schwarz auf weiß, dann kann man mich dabei behaften.“ So einfach haben wir es im Aktionskomitee nun nicht. Unser Aufruf ist zustande gekommen in später Nachtstunde, nachdem wir den ganzen Tag verhandelt und beraten haben, nachdem wir schon seit Donnerstag mitten im Kampf gestanden hatten. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man an dem einen oder andern Satz rütteln kann. Du lieber Himmel, wenn wir die Parteipresse, die Broschüren, ja selbst die Anträge, die hier vorliegen, vornehmen wollten, um sie Satz für Satz, Wort für Wort zu untersuchen, so würden wir zu einem wunderbaren Tableau kommen und mancher seinen Kopf etwas tiefer halten, als es heute hier der Fall war. Erinnern Sie sich nur der Volksrecht-Glosse: „Es ist zum heulen“ und der Entschuldigung, die diesem Geheul folgte.

Aber abgesehen davon, vergessen Sie das eine nicht: Wir haben es mit lebendigen Menschen zu tun, denen die bürgerliche Gesellschaft eine ausreichende Schulbildung und ein ausreichendes Leben versagt, mit den Massen, die in den Fabriken und Werkstätten sind. Wenn wir diese Massen in Bewegung setzen wollen, dann geht das eben nicht so leicht, wie das beim Gegner der Fall ist, der ohne große Aufrufe, einfach unter Anwendung seiner Machtmittel seine Truppen auf den Kampfplatz stellen kann. Das können wir nicht und daher kommt jener Widerspruch, der in jedem Arbeiterblatt zwischen der Propaganda und der Aktion besteht, zwischen dem, was wir theoretisch vertreten und dem, was wir praktisch herausholen können, ein Widerspruch, der immer bestehen wird. Wir müssen die Leute zum Kampf peitschen, um sie aus den Werkstätten und Fabriken herauszukriegen und auf der andern Seite reichen die Kräfte nicht aus, um das alles zu verwirklichen, was in den Kampftrufen etwa enthalten ist. Das ist nicht nur heute so, das war schon immer so. Ich möchte die Gewerkschaftsführer fragen, ob sie nicht das gleiche machen, wenn sie vor dem Kampf stehen, ich möchte sie fragen, ob sie nicht auch in den Versammlungen die Leute zum Kampf ansachen und dann, wenn der Kampf nicht das Ergebnis hat, auf das sie hofften, mit dämpfenden Reden einsetzen müssen. Das wird auch bei Steiger, Arbeitersekretär in Winterthur, nicht anders sein und es wird auch in absehbarer Zukunft so bleiben. Es wäre ein Unsinn, zu sagen, wir dürfen nur das schreiben, was nachher als Kampfergebnis genau herauskommt. Bei dieser Lage wäre der Kampf geradezu ausgeschlossen.

Der Genosse Rüegg hat erklärt, wir hätten die Propaganda im Heere sabotiert. Hier in diesem Saale hat letztes Jahr ein Parteitag stattgefunden, der in der Militärfrage scheinbar revolutionäre Beschlüsse gefaßt hat. Was hat die Geschäftsleitung in Zürich getan, was ist in diesen Dingen geschehen? Nichts! (Platten: Doch, ein Protest ist eingebracht worden, daß man als Parteisekretär nicht einmal seinen Namen für einen Arbeiter- und Soldatenrat hergeben dürfe.) Gewiß, ein Protest ist eingegeben worden, daß die Partei nicht zu einem Apparat und Instrument in der Hand irgendeiner unkontrollierbaren Gruppe werden dürfe. Wenn die Partei diese Verpflichtung auf sich nimmt, dann sind ihre Organe ihr zu Dienst verpflichtet, nicht irgendeine Gruppe, die eine ganz unkontrollierbare Existenz führt, oder ein Komitee, das sich scheut, seinen Namen zu nennen. (Beifall.)

Man hat daran herumgerörgelt, daß wir im Nationalrat erklärt haben, wir protestieren gegen die Ausweisung der Sovietgesandtschaft, gegen die Verleumdungen und Beschimpfungen dieser Genossen und daß wir gleichzeitig erklärt haben, daß wir ihre Anschauungen nicht teilen, soweit es sich um eine Uebertragung der Methoden handelt. Wir haben das nicht nur einmal erklärt, sondern

seit her wieder. Ich habe das noch deutlicher ausgeführt und gesagt, der Bolschewismus sei kein Prinzip, sondern eine Taktik, eine Methode, und daß wir die Methode nicht wahllos für unsere Verhältnisse gelten lassen. Wir haben diese Stellung schon hundertmal eingenommen, wenn es sich um Verfolgung von Leuten handelte, die gegen unsere politischen Gegner waren, wie z. B. gegenüber den Anarchisten. Wir haben das Recht dieser Leute gestützt, aber gleichzeitig auch erklärt, daß wir ihre Auffassungen nicht teilen. Sobald wir diese Ueberzeugung hatten, war es eine Pflicht, so zu handeln. Darum weisen wir diesen Anwurf des Rüegg zurück.

Aber nun, Genossen, nicht etwa diese Außerlichkeiten sind es, die die Ursachen unserer Auseinandersetzungen bilden. Die Ursachen liegen viel tiefer. Es gibt heute in der Arbeiterbewegung zwei Strömungen, von denen Platten die eine verkörpert. Er hat vorhin mit treffenden Worten ihren Inhalt gekennzeichnet. Es ist eine Strömung, die die revolutionäre Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit will, um damit diese Mehrheit nach und nach auf den Standpunkt der Minderheit zu bringen. Diese Strömung erklärt auch, daß die bisherigen Kampfmittel nichts taugen, daß andere angewendet werden müssen. Er hat versucht, einen Gegensatz zu konstruieren, indem er die Frage des Entweder—oder, entweder Revolution oder Evolution gestellt hat. Ich behaupte, daß der Gegensatz in dieser Form nicht besteht, weil Revolution und Evolution keine Gegensätze sind, die einander ausschließen, sondern Begriffe, die einander ergänzen und bedingen je nach den historischen Verhältnissen. (Sehr richtig!) Das ist die Auffassung, die wir vertreten und der andern Auffassung gegenüberstellen.

Weil diese grundsätzliche Verschiedenheit der Auffassungen besteht, deswegen kommt Platten zu Schlüssen, die, wenn sie richtig wären, notwendigerweise die ganze Arbeiterbewegung lahmlegen müßten. Ein Beispiel: Platten erklärt, wenn nicht die und die Bedingungen erfüllt werden, gehen wir überhaupt nicht hinein ins Ernährungsamt. Wir haben in Zürich ein weiteres Beispiel erlebt, als man erklärte: Rückzug sämtlicher Vertreter aus den Parlamenten. Die Zürcher waren froh, daß es zur Urabstimmung gekommen ist, die diesen Beschluß wieder kassiert hat. Der erste Beschluß wäre aber konsequent gewesen, wenn man auf dem Boden des Genossen Platten und andern steht, dann hätte es kein Kompromisseln mehr gegeben, keine Mitarbeit und keine Unterhandlungen, sondern dann wird von morgens früh bis abends spät ein revolutionärer Generalstreik gepredigt, auch wenn man dabei zugrundegeht.

Auf diesen Standpunkt kann sich die Arbeiterschaft nicht stellen. Sie muß sich auf den Standpunkt stellen, daß sie wohl den Kampf entschlossen zu führen hat, daß dieser Kampf sich aber richtet nach den historischen Bedingungen. Ich habe die Idee des Generalstreiks als

einer der ersten in der Schweiz vertreten. Stets habe ich den Standpunkt eingenommen, daß die Demokratie die Massenaktionen und Massenstreiks keineswegs ausschließe, im Gegenteil; aber ich bin auch nicht der Auffassung, daß, wenn ich mich zu dieser Anschauung bekenne und den Generalstreik als notwendiges Ergänzungskampfmittel betrachte, alles andere dahinsalle, daß wir nur noch den Massenstreik als Kampfmittel anerkennen. Wir haben den praktischen Beweis für diese Auffassung geleistet, nicht aus jenen Gründen, die uns in perfider Weise unterschoben worden sind, sondern weil wir fanden, daß die Zeit für eine Aktion reif sei. Dabei huldigten wir keineswegs jenem Köhlerglauben, als ob nun eine Aktion, einmal durchgeführt, bereits zu einem vollen Erfolg führen müsse und daß dann die Geschichte vorbei sei. So naiv sind wir nicht. Wir gehen hinein in eine Periode heftiger revolutionärer Kämpfe, die begleitet sein werden von Sieg und Niederlage, die in einem einmaligen Turnus nicht abgeschlossen werden können. Daß aber das Aktionskomitee den richtigen Moment erfaßt hat, dafür sind der Kampfzille und die Entschlossenheit wie der Verlauf des Kampfes die besten Zeugen.

Aber nun komme ich auf das zurück, was ich vorhin gesagt habe: Es gibt in der Arbeiterschaft nicht nur eine einheitliche Strömung. Wir haben nicht nur den Gegensatz von Stadt und Land, wir haben den Gegensatz in der ganzen Auffassung des Sozialismus, der Taktik, wir haben Stimmungen und Gefühle zu berücksichtigen. Es ist ein Glück, daß es so ist, daß wir nicht eine uniforme Masse haben, die samt und sonders auf denselben Buchstaben eingeschworen ist. Nachdem Huber mit vollem Recht Eugster-Züst in Schutz genommen hat, will ich das nicht wiederholen, was er gesagt hat, sondern nur darauf verweisen daß gerade Eugster-Züst mit seiner Auffassung, mit dieser innern Religiosität ein Ausdruck der in der Arbeitermasse vorhandenen Strömungen ist. Eugster-Züst kommt nicht nach Bern, weil er der Eugster-Züst ist, sondern weil ihn die Masse der Wähler gewählt hat. Wenn man ihm Vorwürfe machen will, muß man diese Vorwürfe nicht an ihn, sondern an diese Masse adressieren, von der er gewählt ist.

Diese Strömungen, diese Verschiedenheiten in der Auffassung über die Hauptprobleme der Arbeiterbewegung, die in der deutschen wie in der welschen Schweiz vorhanden sind, die müssen selbstverständlich auch im Aktionskomitee zum Ausdruck kommen. Platten sagt nichts Neues, wenn er hier enthüllt, das Aktionskomitee sei nicht immer einer Meinung gewesen. Selbstverständlich nicht, und ich sage, es ist ein Glück, daß das Aktionskomitee ein Spiegelbild der verschiedenen in der Masse vorhandenen Strömungen bildet. Wohin wir kommen würden, bei einer einseitigen homogenen Leitung, während draußen in der Masse die verschiedensten Strömungen vorhanden sind, das haben Sie gestern am Parteitag gesehen. Sie, die Zürcher,

haben eine homogene Liste vorgeschlagen, ganz rassenrein, und das Resultat haben Sie im Entscheid des Parteitages kennen gelernt. So führen wir eben keine Aktion und können wir keine führen. Wenn wir Massenaktionen durchführen wollen, müssen wir die Massen haben. Wenn die Masse meine persönlichen Anschauungen nicht teilt, muß ich mich als Person der Masse unterordnen, muß ich das tun, was die große Masse will, auch wenn ich persönlich eine andere Meinung habe. Ich wünschte nur, daß die Kritiker einmal in das Aktionskomitee kämen, daß sie das durchmachten, was wir erlebt haben. Die Gewerkschaftsvertreter sagen, unter den und den Bedingungen sind wir einverstanden, die Parteivertreter antworten: Wenn ihr das und das nicht macht, so hauen wir den ganzen Bettel hin. Platten und Reichmann haben den Sack hingehauen, für sie sicher die einfachste Lösung. Wir haben die Verpflichtung in uns gefühlt, auch wenn die Masse noch nicht so weit ist, wie wir es wünschen möchten, trotzdem auf dem Posten zu stehen und das zu tun, was nötig ist. (Beifall.)

Und nun darf wohl auch darauf hingewiesen werden, wo wir heute eigentlich stehen und wo wir vor einem Jahre gestanden haben. Vor einem Jahr begann die Aktion mit der Einleitung der Kampagne gegen die Zivildienstpflicht. Wir haben dann die Milchbreiskampagne gehabt, wir haben die Zulibewegung gehabt und endlich haben wir die Novemberstreik erlebt. Wer diese Etappen überblickt, der wird nicht behaupten wollen, daß die Arbeiterschaft in diesem einen Jahre nicht einen gewaltigen Fortschritt gemacht hat. Gewiß, das ist nicht das Verdienst des Aktionskomitees, sondern da haben die objektiven Verhältnisse mitgewirkt, da hat auch das Verhalten des Gegners mitgeholfen. Aber man soll nicht kommen und sagen, die Arbeiterschaft stehe heute eigentlich in bezug auf den Kampf und auf die Errungenschaften schlechter da als vor einem Jahre. Ich behaupte, daß dem nicht so ist. Es war ein Prozeß, den wir in diesem Jahre durchführten, der die Massen der Arbeiterschaft verstärkt, der unseren Heerbann vergrößert hat und der es bedingt, daß wir vorwärtskommen. Aber hier machen wir dieselbe Erfahrung wie mit dem Parlamentarismus. Die Erfolge der parlamentarischen Aktion sind nicht proportional der Vertretung im Parlament. Sobald der Gegner merkt, daß es aufs Ganze geht, sobald er mit der Tatsache rechnet, daß es eines schönen Morgens um sein ganzes Dasein gehen werde, so wird er all seine Machtmittel spielen lassen, nichts unversucht lassen, um diesem Ansturm mit voller Wucht entgegenzutreten. Daher kommt es, daß wir vielleicht nicht die Erfolge herausgeholt haben, die der eine oder andere erwarten mochte. Das aber liegt nicht an uns, sondern das liegt an der Entwicklung des Kampfes und seinen Bedingungen. Wer diese elementaren Bedingungen überfieht, der wird eben der Arbeiterschaft nicht das sagen, was ihr vom Standpunkt der Objektivität aus gesagt werden muß. Das Zeugnis aber dürfen wir,

glaube ich, in Anspruch nehmen, daß in keinem Lande, wo Massenaktionen stattfanden, sie so geschlossen und so einheitlich und so umfassend waren wie bei uns und daß der Abbruch nirgends mit verhältnismäßig so wenig Opfern verbunden war, wie bei uns. Diese Geschlossenheit wäre auf dem Spiel gestanden, wenn wir lediglich nach lokalen Gesichtspunkten operiert hätten. Ich möchte die Dinge auch manchmal weitertreiben. Ich bin im Aktionskomitee auch manchmal in den Fall gekommen, zu erklären, so gehe es nicht mehr weiter, so hätten wir kein Recht mehr, uns als Aktionskomitee zu betrachten, wenn man nicht zur Aktion übergehen wolle. Aber trotz alledem wird man sagen müssen, wenn man das Gesamtergebnat überblickt, daß die Arbeiterschaft in diesem Jahr etwas erreicht hat, und zwar auch dadurch, weil eine Aktionsleitung da war, die alle diese Kräfte zu sammeln und zu vereinigen suchte in einem großen breiten Strom, der hoffentlich weiter anwachsen wird.

Und nun haben Sie heute am Aktionskomitee Kritik geübt. Wir haben Ihnen in Basel erklärt, daß wir nicht einen Augenblick darauf Anspruch machen, im Aktionskomitee zu sitzen, wenn wir das Vertrauen der Massen nicht besitzen. Ich kann Ihnen schon sagen, daß es mehr persönlichen Mut braucht und auch mehr Ueberzeugungskraft, um in diesen Tagen an diesem Platze zu stehen, wo wir standen, mehr Mut, um die Schlammflut abzuwälzen, die gegen uns dirigiert wird, als am Kongreß seine Rede herunterzusagen und nachher nach Hause zu gehen. Aber ich möchte auch sagen, und das müssen Sie mir als Mensch und Genossen nicht verübeln, daß schließlich das Maß voll werden kann, daß man es schließlich satt bekommt, wenn man seine ganze Zeit hergibt und alles tut, was man von einem verlangen kann, um sich in den Dienst der Sache zu stellen und dann immer und immer wieder in so perfider und unehrlicher Weise angegriffen wird, wie das in den letzten Wochen der Fall gewesen ist. Ich erkläre Ihnen nochmals, daß das Aktionskomitee keinen Augenblick darauf Anspruch machen wird, an diesem Platz zu verweilen, wenn das Vertrauen der Massen nicht da ist. Wählen Sie die Genossen, die Ihrer Auffassung und Ueberzeugung gerecht werden, die Genossen, von denen Sie erwarten, daß sie es besser machen werden als wir, dann werden wir von hier heruntersteigen und werden im Saale einmal den Platz der Kritiker einnehmen und dann sehen, wie es am nächsten Kongreß aussehen wird. (Beifall.)

Graber: Camarades, je chercherai à être très bref pour terminer.

Tout d'abord, une déclaration au camarade Meyer de Zurich: Cet après-midi ou ce matin, je ne me souviens plus, il a déclaré que, si les socialistes de la Suisse romande avaient défendu les camarades russes avec autant de courage que les camarades de

la Suisse allemande, l'esprit se serait modifié en Suisse romande. Il faut croire que le camarade Meyer ne lit pas les journaux de la Suisse romande, autrement il aurait compris quel courage il fallait à ces journaux de la Suisse romande, étant donné l'esprit qui y régnait, pour défendre les camarades russes comme ils les ont défendus (Très bien). Et ce n'est pas très courageux d'apporter des déclarations sur des faits qu'on ne connaît pas.

On a beaucoup parlé de courage. Les gens du Comité d'action d'Oltén n'ont pas de courage, pas d'énergie, ce sont des hommes mous, tandis que dans cette salle des hommes se présentent comme des surhommes de courage qui peuvent oser tout. Ils ont même le courage de monter sur cette tribune pour dire des mensonges (Très bien, applaudissements). Il y a des courages, camarade Ruegg, qu'on n'a jamais, qu'en tout cas je n'aurais jamais, c'est celui d'aller par-ci par-là ramasser des cancons de concierges pour discréditer des camarades. Vous ne semblez pas comprendre l'importance de la tâche du Comité d'action d'Oltén, qui est de défendre à cette heure les intérêts de la classe ouvrière de la Suisse, et quand il s'agit de parler de cette tâche énorme et de l'apprécier à sa juste valeur, c'est alors qu'on vient apporter ici, je le répète, des cancons de concierges. Et même on le fait avec des grands mots, avec des grands gestes. Je dis que cela n'est pas courageux, que c'est bien plutôt de l'enfantillage. Il y a un courage qu'il faut avoir et que les camarades qui parlent de révolution et qui se présentent ici pour en parler devraient avoir: camarades, c'est de déclarer à la classe ouvrière qu'elle n'est pas prête aujourd'hui pour faire la révolution (Rires sur certains bancs), qu'elle est une minorité dans le pays, qu'elle est un enfant en croissance, qu'elle n'est pas encore arrivée à l'état d'homme adulte. Et si l'enfant qui a 10 ans dit, parce qu'il est moins fort que le jeune homme de 20 ans: A quoi bon vivre, mieux vaut mourir, je lui répondrais: Reste là, mon petit, un jour tu auras aussi 20 ans, ne te pends pas à la lanterne, crois, comme la nature le veut! Il faut quelquefois du courage pour dire à la classe ouvrière, dans ces temps catastrophiques, que le moment n'est pas encore venu, que ce n'est pas par un miracle que l'on arrivera à dominer la bourgeoisie, mais par un effort de longues années encore. Il faut du courage pour comprendre cela et résister aux suggestions de ceux qui voudraient nous jeter dans des opérations catastrophiques et qui disent: demain, ce sera le paradis, la révolution; demain, le ciel s'ouvrira pour tous, parce que tu auras eu le courage de sacrifier la vie des autres. Je dis que ceux qui tiennent ce langage, manquent de courage, qu'ils montrent un faux courage (Très bien).

Moi qui ne suis pas un homme courageux, camarades Ruegg et Steiger, je veux avoir un seul courage, celui de mettre toute ma conscience à servir la classe ouvrière (Applaudissements) et ne jamais m'engager dans une voie dangereuse pour elle (Très bien, applaudissements).

Le camarade Platten nous a parlé de révolution. Eh bien, je veux admettre que moi, qui n'ai pas de courage, aie le même courage que lui; je veux même admettre que le Comité d'action d'Oltén ait le même courage que Platten. Que serait-il arrivé, Fritz Platten, si nous avions suivi tes conseils? C'est que demain, pour avoir la journée de huit heures, on aurait sacrifié 10,000 à 20,000 ouvriers suisses. Et je dis, camarades ouvriers, est-ce que, pour avoir la journée de huit heures, il faudrait faire un tel sacrifice (*GrosPierre*: Jamais de la vie). Tous les ouvriers refuseraient et préféreraient travailler dix heures plutôt que de sacrifier la vie des autres. Et, camarade Platten, si j'entre dans ta voie révolutionnaire, si je dis, comme tu as dit au colonel Sonderegger: Prenez vos mitrailleuses, tout ce que vous voudrez, nous n'en avons que faire, nous soutiendrons la lutte jusqu'à ce que nous ayons la journée de huit heures; je constate que ce langage de Ruegg et Platten apporte la preuve très claire que leur tactique mène tout droit à la révolution sanglante. C'est leur aveu très net. Et nous avons le droit de les combattre sur ce terrain, parce que nous pensons qu'ils font fausse route. Mais pour le moment, je suppose que je suis un révolutionnaire comme eux. Si c'était le cas, si j'avais leur conception, eh bien, je n'oserais jamais proposer un tel moyen que lorsque j'aurais pour moi de très grandes probabilités de succès, et si je ne les ai pas, — personne ne les a, personne ne peut avoir cette prétention, Platten ne les a pas, Ruegg ne les a pas non plus — mais je dis que même, si on avait un peu de sang-froid, de bon sens et la certitude de l'insuccès, personne ne voudrait affronter des luttes qui coûterait de sanglants sacrifices pour subir, le lendemain, une défaite.

Car, camarades, le tout est là: il ne s'agit pas, il ne s'agit plus d'être courageux dans un congrès, mais d'être courageux dans la réalité vivante.

Nous abandonnons donc, camarades, ce problème trop dangereux, que personne ne peut résoudre; nous ne sommes pas, comme un certain général prussien, qui dit: Je mets mon armée là, à Verdun 10,000 hommes seront sacrifiés et nous obtiendrons tel résultat, — nous obtiendrons, nous, la journée de huit heures. Nous laissons cela à certains généraux impérialistes. Quand la classe ouvrière organisée viendra dire: Nous voulons mourir,

nous sommes prêts à cela, alors nous n'aurons pas le droit de la retenir. Mais elle ne le dit pas, et vous n'avez pas le droit de nous engager dans la voie qui nous mène à ce résultat.

Platten dit qu'il y a disjonction, antagonisme entre la révolution et la démocratie, qu'il faut choisir l'un ou l'autre. Alors, que fait Platten d'être conseiller national, que fait-il d'être secrétaire du parti socialiste s'il juge que la démocratie est en contradiction avec la révolution! Il dit: Pas de démocratie, parce que cela mène à la collaboration des classes. Platten a fait de la collaboration de classes jusqu'à cette heure, il a au Parlement voté des lois avec les représentants de la classe bourgeoise. Aujourd'hui, Platten se présente comme un révolutionnaire et il a l'air de mépriser la démocratie; il a fait de la collaboration de classe, — mais non, il ne la fait pas, il a simplement lutté contre la bourgeoisie par les moyens que nous avons à notre disposition. Pour moi, aussi longtemps que nous sommes en minorité, on ne peut engager une lutte, quelle qu'elle soit, lutte politique, lutte parlementaire, lutte révolutionnaire; on ne peut en engager une seule sans qu'elle se termine par un compromis, parce que nous ne pouvons pas avoir la victoire, ni violente, ni parlementaire; nous sommes, dans la société actuelle, les plus faibles. Or, le plus faible ne peut pas imposer sa volonté au plus fort et lui arracher ce qu'il veut (Une voix: Mais oui), il ne lui arrache que des concessions, il n'obtient que des fragments, des compromis. Et c'est ce que l'on voit tous les jours; ainsi des gens font des compromis avec les négociants; on débat le prix d'un chapeau de part et d'autre et l'on s'arrange avec le marchand, on fait quand même un bénéfice. Le salarié, lui, doit faire aussi tous les jours des compromis, parce qu'il fait partie d'une minorité et il doit faire des compromis, la collaboration bourgeoise est indispensable.

Ne voyez-vous donc pas l'artifice qui vous est présenté, ne comprenez-vous pas le gros danger qu'il y a de vous croire capables d'entrer en lutte, vous, la classe ouvrière, pour imposer votre loi à ceux qui sont les plus forts! Quand vous aurez la possibilité de faire les lois, il sera inutile de faire la révolution, parce que vous serez alors les plus forts et vous pourrez mettre en pratique vos conceptions sociales comme vous voudrez. Il faut en finir avec ces phrases fulminantes, violentes, de révolution. Oui, la révolution, nous la voulons et nous la faisons tous les jours en faisant reculer la bourgeoisie, non pas avec des grands gestes, non pas en faisant de la poésie comme certains jeunes qui rient de nos méthodes, mais en semant un grain dont la maturité se prépare dans le germe déposé en terre.

J'ai la persuasion profonde que nous arriverons, camarades, en nous tenant toujours plus fermes les uns aux autres, à dominer la bourgeoisie par notre véritable puissance intellectuelle, morale et matérielle; il nous faut les trois pour venir à bout de notre tâche et rester vainqueurs (Bravos).

Maintenant, on a accusé le Comité d'action d'Olten de manquer de courage. Dites-nous que nous sommes des gens faibles, dites-nous tout ce que vous voudrez, accusez, critiquez. Je pense que nous avons atteint non pas la perfection, mais nous avons fait ce que nous pouvions, en utilisant les forces qui étaient avec nous. Si de votre côté vous multipliez les forces individuelles, locales, régionales, nous accroîtrons ainsi le courage collectif de nos comités, qui ont le courage qu'on sent dans la masse en général. Je ne me présente pas comme un héros. Si le camarade Ruegg veut venir ici avec son grand courage, nous verrons ce qu'il fera, nous verrons aussi plus tard ce qu'il fera au Conseil national, où j'espère qu'il sera un jour. Mais pourquoi donc, camarades, perdre notre temps à discuter des questions de détail? des questions de personnes? Ce qu'il faut savoir, c'est si nous sommes dans la bonne voie, si pour défendre les droits de la classe ouvrière il le faut; mettez au Comité d'action d'Olten douze Steiger, si vous voulez, peu importe, cela m'est égal. Je demande simplement: Sommes-nous dans la bonne voie ou nous trompons-nous? Si nous sommes dans la bonne voie, nous vous montrons l'ordre à suivre, la carrière à parcourir pour arriver au but par la lutte dans la démocratie...

(Le délai accordé aux orateurs est écoulé...) Est-ce que Platten n'a pas parlé plus de dix minutes... (interruption de Ruegg). Toi, tu dis des mensonges, laisse-moi parler (Rires)!

Je dis donc, camarades, trouvez l'unité de conception dans l'unité de nos moyens en repoussant tous ceux qui ne seraient pas capables de prendre la responsabilité de leurs actes et de sauver la classe ouvrière. La révolution, telle que la montre Platten aujourd'hui, est le plus gros danger qu'on pourrait faire courir à la classe ouvrière. J'aime beaucoup Platten, nous sommes d'excellents camarades, mais ses théories, ses conceptions sont dangereuses. Nous vous demandons de rester sur le terrain de la véritable démocratie et des organisations actuelles du monde ouvrier et syndicaliste pour préparer sa libération de la domination des classes bourgeoises (Très bien, applaudissements).

Graber: Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, um zu einem Ende zu gelangen. Zuerst eine Erklärung an den Genossen Meyer in Zürich: Er behauptete, wenn die Sozialisten der welschen Schweiz ihre russischen Genossen mit ebensoviel Mut verteidigt hätten

wie die Genossen der deutschen Schweiz, würde sich die Gesinnung in der welschen Schweiz geändert haben. Man muß glauben, daß der Genosse Meyer die Zeitungen der welschen Schweiz nicht liest, sonst würde er verstanden haben, welchen Mut die Zeitungen der welschen Schweiz aufbringen mußten, um ihre russischen Genossen so zu verteidigen, wie sie sie verteidigt haben. (Sehr richtig!) Es ist keine mutige Tat, Erklärungen über Sachen zu bringen, die man nicht kennt.

Man hat viel von Mut gesprochen. Die Leute vom Älteren Aktionskomitee besitzen keinen Mut, keine Energie, es sind Schlappschwänze, während es in diesem Saal Männer gibt, die sich als Uebermenschen gerieren, die soviel Mut besitzen, daß sie alles wagen können. Sie haben sogar den Mut, auf diese Tribüne zu steigen und uns anzulügen. (Sehr richtig! Beifall.) Es gibt einen Mut, Genosse Rüegg, den ich jedenfalls nie besitzen werde, das ist derjenige, der einen befähigt, hier und dort Altweibergeschwätz zusammenzulesen und damit Genossen zu diskreditieren. Sie scheinen die Wichtigkeit der Aufgabe des Älteren Aktionskomitees, die darin besteht, in dieser Stunde die Interessen der schweizerischen Arbeiterschaft zu verteidigen, gar nicht erfaßt zu haben. Und wenn es sich dann darum handelt, vor dieser gewaltigen Aufgabe zu sprechen und sie auf ihren wahren Wert einzuschätzen, so bringt man dann, ich wiederhole es, Altweibergeschwätz daher. Und man tut dies sogar mit großen Worten und Gebärden. Das ist feige und kindisch. Es ist ein anderer Mut, den man besitzen sollte, und zwar besonders die Männer, die hier sind, um von der Revolution zu sprechen. Es ist derjenige, der arbeitenden Klasse zu erklären, daß sie heute für die Revolution noch nicht reif ist (Lachen auf einigen Bänken), daß sie im Lande die Minderheit darstellt, ein Kind ist, das wächst, aber noch kein fertiger Mann. Und wenn das zehnjährige Kind, weil es dem zwanzigjährigen jungen Mann unterlegen ist, sagt: wozu denn noch leben, es ist besser zu sterben, so würde ich ihm antworten: bleib da, mein Kleiner, eines Tages wirst auch du 20 Jahre alt sein, häng dich nicht auf, wachse, wie die Natur es will.

Es braucht oft großen Mut, in diesen stürmischen Zeiten der Arbeiterschaft zu sagen, daß der rechte Augenblick noch nicht gekommen sei, und daß man nicht plötzlich durch ein Wunder die Bourgeoisie beherrschen könne, sondern bloß nach und nach, nach jahrelangen Anstrengungen. Es braucht Mut, um das zu verstehen, und um denen zu widerstehen, die uns in katastrophale Operationen hereinziehen möchten, und sagen: Morgen werden wir das Paradies auf Erden haben, die Revolution; morgen wird sich der Himmel für alle öffnen, weil du den Mut gehabt hast, das Leben der andern zu opfern. Ich behaupte, daß, wer so spricht, keinen oder einen ganz falschen Mut besitzt. (Sehr richtig!)

Ich bin kein mutiger Mensch, Genossen Rüegg und Steiger; ich will nur mein Gewissen in den Dienst der Arbeiterklasse stellen (Beifall) und mich nie verleiten lassen, in ein für sie gefährliches Fahrwasser zu geraten. (Sehr richtig! Beifall.)

Der Genosse Platten hat uns von der Revolution erzählt. Nun gut, ich will annehmen, daß ich, der ich keinen Mut besitze, so mutig sei wie er; ich will sogar annehmen, daß das Ostener Aktionskomitee den gleichen Mut besitze wie der Genosse Platten. Wie wäre es herausgekommen, Fritz Platten, wenn wir deinen Rat befolgt hätten? So, daß wir morgen 10,000 bis 20,000 schweizerische Arbeiter hätten opfern müssen, um den Achtstundentag zu erzwingen. Ich frage euch, Genossen, lohnt es sich des Achtstundentages wegen wirklich, ein solches Opfer zu bringen? (Groschiere: Jamais de la vie). Alle Arbeiter würden das zurückweisen und lieber zehn Stunden täglich arbeiten, als das Leben der andern opfern. Und wenn Genosse Platten zu Oberst Sonderegger sagte: nehmt alle eure Maschinengewehre, macht, was Ihr wollt, wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis der Achtstundentag erreicht ist, so behaupte ich: die Sprache der Genossen Rüegg und Platten zeigt sehr deutlich, daß uns ihre Taktik direkt in die blutige Revolution führt. Weil wir denken, daß sie sich auf dem falschen Weg befinden, haben wir das Recht, sie zu bekämpfen. Ich nehme aber für den Augenblick an, ich sei ein Revolutionär wie sie. Wenn das der Fall wäre, wenn selbst ich ihre Auffassung hätte, so würde ich es doch nie wagen, solche Mittel vorzuschlagen, außer, wenn sie mir die Wahrscheinlichkeit des Erfolges böten. Das tun sie aber nicht. Niemand hat sie, ich nicht, der Genosse Platten nicht und der Genosse Rüegg nicht. Wenn man aber ein wenig Kaltblütigkeit besäße und die Gewißheit des Mißerfolges sähe, würde niemand Kämpfe heraufbeschwören, die blutige Opfer heischen würden, um morgen eine Niederlage zu erleiden.

Genossen: das Wesentliche ist dies: es handelt sich nicht mehr darum, in einem Kongreß mutig zu sein, sondern in der lebendigen Wirklichkeit. Wir wollen dieses gefährliche Problem verlassen. Wir gleichen nicht einem gewissen preussischen General, der sagte: Ich stelle meine Arme hier auf, bei Verdun werden 10,000 Mann geopfert und wir werden zu dem und dem Ziel gelangen — wir, in unserm Fall — werden den Achtstundentag erlangen. Wir wollen diese Taktik gewissen kaiserlichen Generalen überlassen. Wenn die Arbeiterklasse sagen würde: Wir wollen sterben, wir sind dazu bereit, gut, dann hätten wir nicht das Recht, sie zurückzuhalten. Aber sie sagt es nicht, und Ihr habt kein Recht, uns in eine Bahn zu ziehen, die zu einem solchen Ende führen würde.

Platten sagt, daß Revolution und Demokratie nie in Einklang zu bringen seien und daß man das eine oder das andere wählen müsse. Gut, was tut denn Platten, wenn er Nationalrat, wenn er

sozialdemokratischer Parteisekretär ist, wenn er behauptet, daß die Demokratie im Gegensatz stehe zur Revolution? Er sagt: keine Demokratie, denn sie bedeutet das Zusammenarbeiten der Klassen. Platten hat bis dahin „Zusammenarbeit der Klassen“ getrieben. Er hat im Parlament mit den Vertretern der Bürgerlichen für die Gesetze gestimmt. Heute gibt er sich als Revolutionär aus; er scheint die Demokratie zu verachten, und doch hat er mit den Bürgerlichen zusammengearbeitet oder vielmehr sie mit den Mitteln bekämpft, die ihm zur Verfügung standen. Für mich ist gewiß: solange wir die Minderheit bilden, können wir keinen Kampf hervorrufen, sei er nun politischer, parlamentarischer oder revolutionärer Art; wir können keinen einzigen hervorrufen, ohne daß er mit einem Kompromiß endigt, denn wir können den Sieg nie erlangen, weil wir die Schwächsten sind in der Gesellschaft. Ja, der Schwächste kann seinen Willen nie dem Stärksten aufzwingen, und ihm entreißen, was er will. (Eine Stimme: Doch.) Er wird nur Zugeständnisse, Bruchstücke und Kompromisse erhalten. Es ist ja das gleiche, was man alle Tage sieht: Der Käufer streitet sich mit dem Kaufmann um den Preis eines Gutes; man einigt sich schließlich, und der Kaufmann trägt doch seinen Gewinn davon. Der Lohnarbeiter muß stets Kompromisse eingehen, weil er einen Teil der Minderheit bedeutet, und die bürgerliche Mitarbeit ist unvermeidlich.

Seht ihr denn die Falle nicht, die man euch stellt? Versteht ihr denn die große Gefahr nicht, in der ihr euch befindet, wenn ihr, die Arbeiterklasse, euch für fähig glaubt, in einen Kampf einzutreten und der bürgerlichen Klasse, die viel stärker ist, euren Willen aufzuzwingen? Wenn ihr einmal die Möglichkeit habt, die Gesetze zu machen, wird die Revolution unnötig sein, weil ihr dann die Stärkeren seid und eure sozialen Ideen nach Belieben verwirklichen könnt. Man muß mit den zündenden, heftigen, revolutionären Phrasen aufhören. — Die Revolution wollen wir auch, und wir üben sie alle Tage aus, indem wir das Bürgertum zurückdrängen, nicht mit großen Gebärden noch mit Gedichten, wie einige Jugendliche, die über unsere Methoden lachen, aber indem wir ein Korn säen, dessen Keime sich in dem Reime vorbereitet, den wir in den Boden gelegt haben.

Ich habe die tiefe Ueberzeugung, Genossen, daß wir, wenn wir uns fest aneinanderhalten, dazu gelangen werden, das Bürgertum zu beherrschen, und zwar durch unsere wahre geistige, moralische und materielle Kraft. Wir brauchen alle drei, um ans Ziel unserer Aufgabe zu gelangen und Sieger zu bleiben. (Bravorufe.)

Nun hat man das Oltener Aktionskomitee wegen Mangels an Mut angeklagt. Sagt nur, daß wir schwache Menschen sind, sagt uns, was ihr wollt, schuldigt an, kritisiert. Ich glaube nicht, daß wir die Vollkommenheit erlangt haben, aber wir haben getan, was wir konnten, indem wir alle Kräfte benutzten, die zu uns hielten. Ich zeige

mich nicht als ein Held. Wenn aber der Genosse Rüegg hierher kommen will mit seinem großen Mut, so werden wir sehen, was er tut, wir werden es auch später sehen, wenn er, wie es hoffentlich dazu kommen wird, im Nationalrat sitzt.

Aber, Genossen, warum verlieren wir unsere Zeit, indem wir uns über diese Einzelfragen streiten? Wir müssen wissen, ob wir auf dem rechten Wege sind, um die Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen. Wählt manetwegen ein Duzend Steiger ins Aktionskomitee, das ist mir ganz gleich. Ich frage nur: Sind wir auf dem richtigen Weg oder täuschen wir uns? Wenn wir auf dem rechten Wege sind, wollen wir euch zeigen, wie wir es machen müssen, um in der Demokratie durch Kampf ans Ziel zu gelangen. . .

(Die den Rednern gewährte Zeit ist vorbei.) Hat Platten nicht länger als 10 Minuten geredet? (Unterbrechung von Rüegg.) Du, du lügst, laß mich reden. (Lachen.)

Ich sage euch, Genossen, wir müssen die Einheit unserer Mittel finden. Wir müssen diejenigen zurückstoßen, die nicht imstande sind, die Verantwortung für ihr Handeln zu tragen und die Arbeiterschaft zu retten. Ich liebe Platten sehr, wir sind ausgezeichnete Kameraden, aber seine Theorien, seine Gedanken sind gefährlich. Wir verlangen von euch, auf dem Boden der wahren Demokratie und der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zu bleiben, um ihre Befreiung und ihre Herrschaft über das Bürgertum vorzubereiten. (Sehr richtig! Beifall.)

Fig: Ich bedaure sehr, nach den zwei Voten der Genossen Grimm und Graber noch das Wort nehmen zu müssen. Steiger hat aber in seinem Votum derartig unrichtige Behauptungen aufgestellt, daß ich nicht darauf verzichten kann, dieselben richtigzustellen, da die Genossen sonst annehmen könnten, es sei etwas Wahres daran. Steiger will von Berner gehört haben, daß ich für den Proteststreik eingestanden sei, um überhaupt die ganze Aktion zu sabotieren. Beim Proteststreik waren allerdings die Meinungen etwas geteilt und namentlich war es Berner mit einigen andern Genossen, die dagegen waren. Ich muß nun hier des allerbestimmtesten erklären, daß entweder Berner dem Steiger, den er jedenfalls als einen fröhlichen Mann kannte, einen ganz gewöhnlichen Klatsch erzählt hat, oder, daß einer von beiden eine bewußte Unwahrheit gesagt hat. Ich muß es Steiger überlassen, nun Berner zu stellen und ihn zu fragen, ob er die Wahrheit gesagt hat. Hier vor dem Kongreß erkläre ich mit aller Deutlichkeit, daß an dem, was er erklärt hat, kein wahres Wort ist.

Müller-Bern: Rüegg hat geglaubt, meine Rede vom 10. Dezember zu einem persönlichen Angriff benutzen zu können. Ich muß im Interesse der Sache seine Behauptungen und Vermutungen

richtigstellen. Ich habe in dieser Rede sechs klar formulierte Anfragen an den Bundesrat gerichtet und habe erklärt, daß ich diese Fragen, weil ich an die Richtigkeit der darin genannten Tatsachen glaube, nur der Höflichkeit halber in Frageform stelle. Nachdem ich diese Fragen gestellt hatte, habe ich erklärt, vielleicht, wenn diese Behauptungen, wie ich glaube, wahr sind, werde das Schweizer Volk besser zu würdigen wissen, warum die Führerschaft der schweizerischen Arbeiterschaft die Verantwortlichkeit nicht übernehmen wollte, die Arbeiterschaft in ein derart vorbereitetes und sinnloses Treiben hineinzuziehen und sich deshalb für den sofortigen Streikabbruch entschieden habe und, daß sie damit die hochgespannten Erwartungen der militärischen Machthaber an dieser ihnen so fatalen Gesetzlöcherlichkeit habe scheitern lassen. Rüegg hat nun gesagt, soweit lasse sich die Rede hören. Er hätte besser getan, dort aufzuhören, aber dann wäre der Zweck der Uebung nicht erreicht worden. Er hat diese einzigartige Gelegenheit verpaßt, hat eine ganze Reihe von Vermutungen und Behauptungen aufgestellt, die eine wie die andere falsch und verlogen sind. Ich lasse ohne weiteren Kommentar einfach die Tatsachen folgen. Rüegg hat gesagt, er müsse mich der Spiegelfechterei bezichtigen, und zwar deshalb, weil ich diese Rede, die ich am 10. Dezember gehalten habe, schon am 12. oder 13. November im Nationalrat hätte halten müssen, weil ich die Tatsache schon damals gewußt hätte.

Das ist nun nicht wahr und das kann ich beweisen. Sonntag den 1. Dezember 1918 kam der Gewährsmann, der mir diese Mitteilungen machte, an deren Glaubwürdigkeit ich gar keinen Augenblick zweifeln konnte. Die ganze Bedeutung dieser Frage war mir so klar, daß ich meinen Gewährsmann bat, mir die Sache zuhanden der Fraktion formulieren zu helfen. Ich habe sie Wort für Wort mit ihm besprochen und darum konnte ich im Nationalrat diese Fragen mit solcher Bestimmtheit stellen. Ich habe die Fraktion in der Sitzung vom 2. Dezember davon verständigt. Am 2. Dezember ist die Interpellation aufgesetzt, am 3. Dezember eingebracht worden. Am 5. Dezember ist die Behandlung verlangt worden, am 6. Dezember habe ich gedroht, wenn diese Frage nicht zur Behandlung komme, würde ich an die Öffentlichkeit appellieren und habe erreicht, daß die Sache schließlich am Montag der zweiten Sessionswoche auf die Tagesordnung gesetzt wurde und am Dienstag zur Sprache kam.

Jetzt können Sie daraus den Schluß selbst ziehen, ob ich bereits am 13. November darüber hätte Mitteilung machen können, nachdem ich erst am 1. Dezember über diese internen Vorgänge orientiert worden war. Nachdem Sie das Gehörte an einer klaren Tatsachenreihe haben kontrollieren können, können Sie die Rede von Rüegg als das charakterisieren, was sie ist, als freche und unerhört leichtfertige Verdächtigung.

L ä s s e r = Aarau: Platten hat erwähnt, daß ich gewagt habe, ihn der Feigheit zu bezichtigen und ihn mit dem Nationalrat Affolter auf die gleiche Linie zu stellen. Ich möchte diesen Vorwurf begründen und erklären, wieso ich dazu komme, ihn aufrechtzuerhalten. Die Genossen von Zürich haben heute an unserer Nationalratsfraktion hart diskutiert und kritisiert. Was verlangen wir von unserer Nationalratsfraktion? Wir verlangen, daß sie auf dem Posten sei, daß jeder Führer auf dem Posten sei, wo er nicht ersetzt werden kann. Diese Anforderung hat Platten nicht erfüllt. Er war am 12. November in Schaffhausen, wo ihn ein anderer ganz gut hätte ersetzen können. In den historischen Tagen, da unser alter Greulich die Solidarität mit dem Oltener Aktionskomitee erklären durfte, obschon er sich mit seinen Tendenzen und mit allem, was es gemacht hat, nicht identifizierte, an dem Tage, wo sämtliche Nationalräte unserer Fraktion im Kreuzfeuer der bürgerlichen Gegner sich so gut bewährt haben, ist Platten im Auto im Land herumgefahren. Am Mittwoch in der Nacht, als die kritische Stunde geschlagen hatte, in welcher sich das Oltener Aktionskomitee mit dem Ultimatum des Bundesrates befassen mußte, wo es um Sein oder Nichtsein ging, wo man keinen Ausweg mehr sah, da war Platten wiederum nicht anwesend, sondern er war abgereist. Die Verteidiger des Grimm haben gesagt, daß auch er nicht für die Kapitulation gewesen sei. Der Platz des Platten wäre also an der Seite des Grimm gewesen. Ich habe mit großer Genugtuung die Boten Schneiders entgegengenommen. Diese Leute sind wie Männer dagestanden, sie wußten, was ihrer nachher wartete, sie sind nicht von ihrem Posten gegangen, auf das Risiko hin, daß schärfere Maßregeln ergriffen würden. Sie haben nicht, wie Platten selber gesteht, erklärt, als man sah, daß nichts mehr zu holen sei: Ich fahre ab. Von einem Führer der Arbeiterschaft verlangt man, daß er mit der Sache steht und untergeht. Der Satz in dem Manifest unseres Aktionskomitees, der heute so oft angefochten worden ist, der gilt auch für unsere Parteisekretäre und ich hoffe, daß die Zürcher Genossen dem Platten das begreiflich machen. Ich weiß, welche Flut von gemeinen Verdächtigungen gegen das Aktionskomitee

S l g , Präsident: Ich muß dem Redner erklären, daß seine Ausführungen über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinausgehen.

R ü e g g = Zürich: Gegenüber Gustav Müller stütze ich mich auch jetzt noch auf denselben Satz, den er gebraucht hat und den ich vor-gelesen habe. Wenn er diesen Satz gebraucht hat, so habe ich das Recht, daraus das abzuleiten, was ich abgeleitet habe. Es mag jeder Genosse das selbst nachkontrollieren. Es steht noch in dem Satz ausdrücklich, diese Tatsachen seien begleitend gewesen für den Streikabbruch. (Müller-Bern: Das ist nicht wahr.)

Platten = Zürich: Ich habe nur folgendes zu erklären. Mich treffen Vorwürfe wie Feigheit usw. nicht, es ist mir wurst, was die Leute denken. Ich stelle fest, daß ich während des letzten Generalstreiks bei meinen Genossen in Zürich geblieben bin und teile mit, daß ich das auch in Zukunft so halten werde. Die Quatscherei im Nationalrat nehme ich nicht so ernst, daß ich nicht vorziehen würde, mit meinen Genossen in Zürich im Kampfe zu verbleiben.

Frank = Zürich: Es ist das Wort von Disziplinbruch der Zürcher gefallen. Soweit er die Eisenbahner in Zürich treffen soll, protestiere ich dagegen. Der Vorstand hat alles getan, um zu verhüten, daß der Streik in Zürich losging, ehe die Parole kam. Die Kollegen in Zürich haben aber erklärt, wenn der Streik jetzt nicht beschlossen werde, gehen sie von sich aus nicht mehr an die Arbeit. Der Streik mußte geführt werden, um die Organisation aufrechtzuerhalten. Ich möchte dringend bitten, in diesem Moment, wo die Genossen Rieder, Wyß und vier Beamte der Bundesbahnen noch in Untersuchungshaft sind, nicht die Lage für diese Genossen zu erschweren und die Behörden noch ausdrücklich auf sie zu heizen. Die Arbeiter erklären, daß sie es gemacht haben, aber diese Genossen werden doch verurteilt werden und da sollte man vom Kongreß, von den Vertretern der Arbeiterschaft, die heute hier anwesend sind, doch erwarten, daß sie die Lage der Zürcher Genossen besser würdigen.

Sig, Präsident: Es wird mir erklärt, daß der von Reinhard mitgeteilte Antrag Bern-Mittelland zurückgezogen wird. Es bleibt also nur noch der Antrag Huber-Rorschach.

In der Abstimmung wird der Antrag Huber-Rorschach mit 315 gegen keine Stimme angenommen.

Dellberg = Brig: Nachdem Sie mit dieser Einmütigkeit beschlossen haben, den verfolgten Genossen materielle Unterstützung zu gewähren, beantrage ich, heute abend und morgen vormittag am Kongreß eine Liste zirkulieren zu lassen, damit wir wissen, wie weit die materielle Unterstützung von den Kongreßteilnehmern selbst gewährt werden will. (Zustimmung.)

Grimm, Präsident: Ich habe Ihnen heute morgen und heute nachmittag schon erklärt, daß es unter allen Umständen notwendig sei, eine Nachsitzung abzuhalten. Ich schlage Ihnen vor, diese Nachsitzung zu benutzen zur Behandlung des Traktandums 5. Wir werden noch das Referat des Aktionskomitees und die Begründung der Anträge hören und morgen noch 3 oder 3½ Stunden zu diskutieren haben.

Ich möchte im ferneren bezüglich des Antrages Dellberg darauf hinweisen, daß die ganze Geschichte mit einer Sammelliste nicht er-

ledigt ist. Wir müssen uns darüber Klarheit verschaffen, wie wir diesen Opfern der Justiz beistehen wollen. Wenn man diese Kampfschlossenheit und Begeisterung hat und von ihr so erfüllt ist, wie es der Fall zu sein scheint, so muß man auch ausharren können und muß den heutigen Abend hergeben können, um zu einem Resultat zu gelangen.

Wir waren der Meinung, daß das Traktandum 4 durch die Aussprache, die wir soeben erlebt haben, erledigt sei. Nun wird mir mitgeteilt, daß einzelne Kongreßteilnehmer eine andere Meinung haben, so daß wir abstimmen müssen.

Dr. Welte = Basel: Ich bin keineswegs der Ansicht, daß wir diesen Faden weiterspinnen sollten. Wir wollen ihn abhauen, aber nicht dadurch, daß wir nun annehmen, weil der Antrag Huber mit 315 gegen keine Stimme nach Beendigung der Diskussion zu Traktandum 4 angenommen worden sei, daß nun auch der Bericht selbst mit 315 gegen 0 Stimmen erledigt worden wäre.

Grimm: Es handelt sich in der Tat darum. Der Antrag Huber will den Opfern der Klassenjustiz die materielle und moralische Solidarität der Arbeiterschaft aussprechen. Nun wird verlangt, daß man auch über den Bericht materiell abstimmen soll.

Schneider = Basel: Ich möchte Sie auf folgendes aufmerksam machen. Wir haben dem Antrag Huber zugestimmt, weil er unserer Ueberzeugung nach im gegenwärtigen Moment das Richtige trifft. Wir haben nur feststellen wollen, daß damit nicht eine Genehmigung des Berichtes verbunden ist. Diese Feststellung ist von Genossen Grimm gemacht worden und nun möchte ich Sie bitten, nicht durch eine Abstimmung über den Bericht selbst den Eindruck, den die einstimmige Annahme der von Genossen Huber beantragten Resolution gemacht hat, zu verwischen.

Grimm: Nun legt aber nach diesem Zwischenspiel das Aktionskomitee Wert darauf, daß abgestimmt werde.

In der Abstimmung sprechen sich für Genehmigung des Berichtes 201, dagegen 79 Stimmen aus.

Schluß der Nachmittagsitzung um 8 Uhr.

Nachtsitzung

Bericht der Mandatprüfungskommission.

Vorsitz: F I g.

U l l g ö w e r = Luzern: Die Zahl der Delegierten der Gewerkschaften beträgt 259, diejenige der Parteidelegierten 79, zusammen 338. Die Mandatprüfungskommission hat von der Reklamation des Genossen Marti Kenntnis genommen und stellt fest, daß der Typographenbund statt seiner 10 Mandate zunächst nur deren 5 und jetzt 7 belegt hat. Die Kommission äußerte den Wunsch, es möchte der Typographenbund zugeben, daß Genosse Marti sein Mandat als Delegierter der Sektion Zürich ausübe. Das Zentralkomitee hat nichts dagegen.

Es ist weiter zu konstatieren, daß die Buchbinder, die einen Anspruch auf 2 Mandate hätten, deren 4 abgegeben haben, das Lokomotivpersonal, das Anrecht auf 6 Vertreter hätte, zählt 8 anwesende Vertreter, die Stein- und Tonarbeiter 3 statt 2. Das ist das Resultat, zu dem wir gelangt sind. Die Mandatprüfungskommission kann selbstverständlich nicht mehr Mandate anerkennen, als durch die Mitgliedschaft ausgewiesen ist.

Eine weitere Differenz besteht darin, daß Genosse Amiguet von Genf ein Mandat mitgebracht hat, das von 6 Sektionen des Plazes Genf unterzeichnet ist, das ebenfalls nicht anerkannt werden kann. Wir beantragen, dieses Mandat zu annullieren. Es ist ebenfalls eine Klage eingegangen, daß Genossin Marie Hüni hier kein Mandat habe. Die Sache ist inzwischen erledigt, indem sie ein Mandat als Delegierte der Heimarbeiterinnen der Textilindustrie ausübt.

F I g: Da kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, Sie seien mit den Anträgen der Mandatprüfungskommission einverstanden.

5. Aufbau und künftige Aktion der Arbeiterbewegung.

G r i m m, Referent des Aktionskomitees: Die Arbeiterbewegung ist das Produkt der Entwicklung, sie unterliegt den Gesetzen dieser Entwicklung und befindet sich in fortwährendem Flusse. Sie ändert ihre Methoden, ihre Taktik, ihre Kampfforderungen, sie steckt ihre Ziele ab je nach den Verhältnissen und Notwendigkeiten, unter denen sie den Kampf zu führen gezwungen ist. Aber so verschieden die Verhältnisse, so wechselvoll ihre Methoden und Kampfforderungen sein mögen, das eine ist der Arbeiterbewegung aller Länder gemeinsam: die immer weitere Ausdehnung des allgemeinen Tätigkeitsgebiets, das sowohl wirtschaftliche, politische als

soziale Aktionen umfaßt, und die immer stärker auftretende Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion. Das liegt in der Natur der Entwicklung. Solange die Bewegung klein ist, solange sie einen sektiererischen Charakter hat, solange sie noch nicht zur Massenbewegung geworden ist, können diese Probleme, wie sie heute vor uns auftauchen, nicht entstehen. Während des Krieges aber und besonders heute sind wir uns dessen bewußt geworden, daß die gewerkschaftliche und politische Bewegung allein auf sich selbst angewiesen nicht alle Aufgaben erfüllen kann, die der Arbeiterklasse gestellt sind, und daß deswegen ein enger Kontakt zwischen den beiden Organisationen eine Notwendigkeit ist. Je mehr sich das Gebiet der gemeinsamen Tätigkeit erweitert, je größer die Aufgaben werden, die gelöst werden müssen, um so verständlicher ist es auch, daß auf den Tagungen der Arbeiterschaft immer und immer wieder die Suche nach dem gemeinsamen Weg zum gemeinsamen Ziel eine Rolle spielt. Dafür sprechen auch die Anträge in ihrer ganzen Vielgestaltigkeit, wie sie dem heutigen Kongreß unterbreitet worden sind, sowohl die, die einen programmatischen Charakter haben, als jene, die sich auf den organisatorischen Aufbau der Arbeiterbewegung beziehen.

Das entscheidende Merkmal dieser Anträge liegt in der Hauptfrage, wie sie sich zur Massenaktion und zum Massenstreik stellen. Theoretisch ist diese Frage gelöst, und zwar durch den Basler Parteitag von 1913 und durch den Gewerkschaftskongreß desselben Jahres. Beide Tagungen haben sich immer mehr oder weniger klar für die Massenaktion erklärt, aber unter bestimmten Voraussetzungen, die zu erzeugen nicht in der Macht der Organisationen liegt, sondern die als Ergebnis der objektiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu betrachten sind.

Wir stehen also heute nicht vor der theoretischen Frage, ob wir den Massenstreik als Kampfmittel der Arbeiterklasse anerkennen wollen oder nicht; wir stehen vor der andern, wichtigeren Frage, ob die Zeit da sei, um von dem Mittel des Massenstreiks und der Massenaktion einen häufigeren Gebrauch zu machen als bis anhin, und ob wir die Massenaktionen und den Massenstreik nur anerkennen wollen als ein Mittel der Abwehr, der Verteidigung, oder ob er uns auch als ein Mittel des Angriffes und des Sturmes zu dienen habe.

Wenn wir die Frage so stellen, wie sie richtigerweise gestellt werden muß, dann ergeben sich drei Vorfragen, auf die wir eine Antwort zu geben haben: Worin besteht die Massenaktion, wie vollzieht sie sich und welches sind ihre Bedingungen und ihre Ziele?

Da möchte ich von vornherein sagen, daß die Massenaktion selbstverständlich nicht als ein Ersatz der bisherigen Kampfmittel, Kampfmethoden und Kampfmethoden betrachtet werden darf. Massenaktionen sind nach meinem Dafürhalten eine Notwendigkeit, eine Notwendigkeit auch in der Demokratie. Jede untergehende Klasse, lebe sie in einer Autokratie oder

in einer bürgerlichen Demokratie, kommt notwendigerweise dazu, die Freiheiten und Rechte, die sie sich selbst erkämpfte, als sie ihre Sturm- und Drang- und Revolutionsperiode durchmachte, verraten zu müssen, weil die Freiheiten und Rechte als Instrument in der Hand der aufstrebenden Klasse sich schließlich gegen die herrschenden Klassen wenden müßten. Den schlagendsten Beweis hierfür haben wir in der Einengung der Preß- und Versammlungsfreiheit sowohl als im Streikverbot gegenüber dem Staatspersonal.

Ueber die erste Vorfrage brauche ich mich nicht ausführlich zu verbreiten, nachdem wir unter dem Zwang der konkreten Verhältnisse bereits zu solchen Massenaktionen gekommen sind. Damit vertrete ich nicht etwa die Meinung, als ob wir nun darauf verzichten wollten, alle die Mittel und Gelegenheiten, die uns die bürgerliche Demokratie für die Führung unseres Kampfes in die Hand gibt, auszunützen und zu erklären, daß wir sie nun alle nicht mehr brauchen, nicht mehr die gewerkschaftliche Aktion im bisherigen Sinne, nicht mehr den politischen Kampf im bisherigen Sinne, nicht mehr den Parlamentarismus im bisherigen Sinne. Ich betone ausdrücklich, daß die Massenaktion nur eine Steigerung des Kampfes sein kann, daß sie aber niemals die Mittel, die wir jetzt haben, ausschließen wird.

Wenn wir von einer Massenaktion reden, müssen wir versuchen, den Begriff klarzustellen. Eine Massenaktion äußert sich keineswegs nur im Massenstreik, nur in der allgemeinen Arbeitsniederlegung großer Arbeitermassen. Ich fasse den Begriff weiter. Ich nehme an, daß eine Massenaktion dort zu konstatieren ist, wo die Arbeitermassen, unbekümmert um ihre spezielle Zugehörigkeit zu einer Organisation, sei es Gewerkschaft oder Partei, den Kampf gemeinsam um gemeinsame Forderungen führen. Dieser Kampf braucht nicht notwendig mit einem Streik verbunden zu sein. Es kann Massenaktionen geben, die unter Umständen so revolutionär sind als ein Massenstreik, beispielsweise eine Initiativ- oder Referendumsbewegung. Aber die Massenaktion in der Form des Massenstreiks ist die höchste Form der Kraftensaltung und der Kraftsteigerung der Arbeiterklasse. Wenn wir also von Massenaktionen reden, so meinen wir den ganzen Umfang dessen, was die Massen als ihr Tätigkeitsgebiet ausgesucht haben, wofür sie sich einsetzen und kämpfen.

Wenn wir von den Bedingungen der Massenaktionen reden, so ist klar, daß Massenaktionen eine bestimmte Massenpsychologie zur Voraussetzung haben. Das, was wir Stimmung nennen können, muß vorhanden sein. Wenn nicht der Wille zum Kampf durch die ganze Bewegung geht, wenn die allgemeine Situation für die Aktion nicht reif ist, werden wir eine Massenaktion oder einen Massenstreik nicht auslösen können. Es gibt hier keine Willkür. Keine Massenaktion kann vom grünen Tisch aus dekretiert werden. Ergoht ein derartiger Beschluß, so muß der Druck in der Gesellschaft bereits so stark sein, daß die Arbeiter in ihrer Mehrheit, so-

weit sie überhaupt in Frage kommen, bereits das Bedürfnis nach einer solchen Massenaktion haben und deren Notwendigkeit einsehen.

Hier gleich die Bemerkung, daß es falsch ist, die Massenaktion entweder nur als ein Verteidigungs- oder als ein Angriffsmittel aufzufassen. Beide Ziele werden in der Massenaktion vereint sein. Wenn wir in einen Kampf zur Abwehr bestimmter Gefahren hineingehen, die der Arbeiterklasse drohen, dann ist es doch wohl selbstverständlich, daß je nach der Situation dieser Verteidigungskampf zugleich zu einem Angriffskampf wird, oder umgekehrt ein Angriffskampf zugleich zu einem Verteidigungskampf.

Fragen wir uns nach den Zielen der Massenaktionen, so haben wir hier eine Reihe von Anträgen, die uns den Weg in die Zukunft weisen sollen. Wir finden Anträge der verschiedensten Spielart. Kleine praktische Forderungen des Tages sind vermengt mit großen revolutionären Zielen. Man spricht von der tierärztlichen Fürsorge und im gleichen Moment von der Expropriation der Kapitalisten. Die einen wollen die Expropriation, sagen aber nicht, von welchem Punkte an sie gelten soll. Wir finden in diesen Anträgen die Forderung der Verstaatlichung bestimmter Industrien, ohne daß diese Industrien genannt werden. Es fehlt an der Präzision.

Das weist nun auf etwas anderes hin und läßt uns die Frage erheben, wie es mit den Zielen der Massenaktionen steht. Sind diese Ziele allgemein für jeden konkreten Fall aufzustellen, indem, wie es hier geschieht, ein ganzes Programm entwickelt wird, oder ist es nur so zu verstehen, daß aus diesem allgemeinen Programm heraus je nach den Verhältnissen und Umständen, je nach dem in der Gesellschaft vorhandenen Druck einzelne Punkte herausgenommen und in den Vordergrund des Kampfes gestellt werden? Ich werde noch darauf zurückkommen und möchte vorerst nur auf eines verweisen: Wie bei der Militärfrage, so zeigt es sich auch hier, und zwar noch viel schärfer, daß unsere ganze Aktion eben wirklich ein Stück der internationalen Aktion des Weltproletariates ist und daß wir nicht in der Lage sind, selbständig, auf uns selbst angewiesen und wahllos, etwa unsere Aktionen durchzuführen zu können.

Um ihnen diese These zu beweisen, setze ich folgenden Fall: Angenommen, es gelänge uns in einem Anlauf, die politische Macht an uns zu reißen, es gelänge uns, die bürgerliche Regierung um die Ecke zu bringen und eine sozialistische einzusetzen. Dann stehen wir vor derselben Frage wie das Pariser Proletariat in den dreißiger und vierziger Jahren, nämlich vor der Frage, was wir mit dem errungenen Sieg beginnen wollen, worum es geht und was wir weiter wollen. Der Erfolg und der Sieg der Arbeiterklasse, überhaupt jeder Aktion wird nicht durch den momentanen Ausgang eines Kampfes bestimmt, sondern erst durch die Auswirkung dieses Kampfes.

Da müssen wir uns schon die Frage etwas näher ansehen, weil hier verschiedene Tatsachen vorhanden sind, die wir nicht ignorieren dürfen, wenn wir vernünftig, im Interesse der Arbeiterklasse handeln wollen. Ich erinnere an die Tatsache, daß es schon in der Friedenszeit eine internationale Kartellpolitik gab, eine Politik der syndizierten Großindustrien, die nicht nur für das betreffende Land Gültigkeit hatte und die ihre Wirksamkeit weit über dieses Land hinaus erstreckte. Diese Kartellpolitik, die von den Großkapitalisten gemacht wird, hatte zum großen Teil die Preispolitik und die industrielle Produktion unseres Landes beeinflusst. Diese Kartellpolitik der Friedenszeit, durch welche die Preise, Produktionsarten und Produktionsmengen vorgeschrieben werden, da alles kapitalistisch organisiert und international reglementiert ist, spielt natürlich auch in der revolutionären Periode eine Rolle. Wenn in einem Land die Revolution siegreich durchgeführt würde, während im andern Land, das vielleicht der Lieferant für das revolutionäre Land ist, noch die reaktionäre Herrschaft der Bourgeoisie besteht, so hat das seine ganz bestimmte und allgemeine Bedeutung auch für uns.

Wir leben in der Schweiz, sowohl was die Agrarfrage betrifft als was die industrielle Entwicklung angeht, in einer vom Ausland wesentlich verschiedenen Situation. In unsern ganzen Existenzbedingungen sind wir mit dem Weltmarkt verknüpft. Alle unsere Rohstoffe beziehen wir vom Ausland, und umgekehrt müssen die Erzeugnisse unserer industriellen Tätigkeit im Ausland abgesetzt werden, weil sie auf dem heimischen Markt nicht genügend Absatz finden. Wenn nun in einem Land wie die Schweiz eine revolutionäre Aktion siegreich durchgeführt wird, dann ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse dieses Landes, die Produktion und die ganze wirtschaftliche Tätigkeit sozialistisch zu organisieren. Solange aber im Ausland die reaktionäre Herrschaft besteht, so wird diese der Anlehnungspunkt für die niedergerungene Klasse in dem revolutionären Land bilden. Dann haben wir unter allen Umständen damit zu rechnen, daß man uns durch Boykottmaßnahmen und dergleichen Dinge die Ausnützung unseres Sieges streitig machen wird. Oder ganz deutlich und konkret gesprochen: wenn wir heute in der Schweiz die politische Macht erringen und wir nun die Produktion organisieren wollen, so werden wir um die Erfolge unseres Sieges geprellt werden, wenn in den Ländern der Entente, von denen wir jetzt in der Hauptsache abhängen, die Arbeiterklasse nicht stark genug und nicht fähig ist, die bürgerliche Herrschaft zu brechen. Wir würden geprellt, weil eben die Bourgeoisie unseres Landes sich mit der Ententebourgeoisie verbände, die dann alle die Maßnahmen treffen würde, welche uns die Existenz verunmöglichen. Wir haben dieses Beispiel ja in Rußland erlebt, wir erleben es augenblicklich in Deutschland. Es ist gar keine Frage, daß bei uns dieses Manöver ein um so leichteres wäre, als im Lande selbst die Erde uns das nicht geben

kann, was zur Erhaltung und Fortführung der nationalen Produktion notwendig ist.

Darum müssen wir auf diese Tatsache hinweisen, wenn wir von Revolution und revolutionären Aktionen reden, denn damit, daß man die politische Macht erlangt, hat man den Sieg noch nicht realisiert. Wir können sehr leicht in die Lage kommen, zu erleben, daß uns der Sieg objektiv nicht das bringen kann, was wir wünschen, weil wir eben nur ein Ausschnitt aus dem ganzen großen Getriebe der Weltereignisse sind. Wollte ich von lokalen Verhältnissen ausgehen, so könnte ich Ihnen Beispiele erzählen, wie man uns in der Gemeinde Bern die Existenz als sozialistische Mehrheit unmöglich zu machen versucht durch Abschneidung des Kredites. Und just beim Bankkapital spielen die internationalen Zusammenhänge eine sehr große Rolle. Das ganze Finanzkapital der Schweiz ist ja im Grunde genommen nichts anderes als ein Ausläufer des großen internationalen Finanzkapitals, der großen Bankunternehmungen des Auslandes. Hier sind die Zusammenhänge vollständig klar. Unsere schweizerischen Banken, die scheinbar selbständig sind, sind häufig nichts Weiteres als Filialinstitute von ausländischen Unternehmungen. Daher dürfen wir auch von diesem Gesichtspunkte aus nicht außer acht lassen, was im Ausland vor sich geht, und darum müssen wir die internationalen Zusammenhänge überblicken, wenn wir eine Aktion einleiten und wir nicht in eine Situation hineinkommen wollen, wo uns die Arbeiterschaft vor die Frage stellt, wo nun nach opfervollem Kampf die Realisierung unserer Versprechungen bleibt. Wenn wir sie nicht realisieren können, wird das Resultat ein anderes sein, als wir es erwartet haben. Und wenn wir zum voraus mit derartigen Möglichkeiten rechnen müssen, werden wir, soweit es möglich ist, auf diese Verhältnisse Rücksicht nehmen und dementsprechend die Aktion einrichten.

Was ich hier sage, gilt in vermehrtem Maße für die Agrarfrage. Man hat oft auf das Beispiel von Rußland verwiesen. Es handelt sich aber nicht um die Frage, ob wir einen Landesstreik von einigen Tagen aushalten können. Die Frage steht so: Was beginnen wir, wenn wir die politische Macht erobert haben, und immer in der Voraussetzung, daß wir durch eine revolutionäre Massenaktion die politische Macht erlangen wollen und durch gewaltige Anstrengungen die bürgerliche Regierung beseitigen können und wollen? Dann kommt die schwierige Frage, wie wir die Arbeiterschaft der Städte und industriellen Orte mit Lebensmitteln versorgen wollen. Da aber stehen wir vor der Tatsache, daß wir nicht nur ein Bauerntum schlecht hin haben und nicht nur ein kapitalistisches Bauerntum, sondern ein kapitalistisch organisiertes Bauerntum. Sobald wir diese Frage aufrollen, wird uns klar werden, daß das Lebensmittelproblem so leicht nicht zu lösen ist, wie viele sich vielleicht denken. Wir haben also auch in bezug auf die Agrarfrage alle Ursache, die Verhältnisse eingehend zu prüfen und nicht zu glauben, daß mit einer Schablo-

nifizierung und mit ein paar primitiven Kenntnissen das ganze Problem gelöst sei und, einmal an der Macht, alles sich reibungslos vollziehen könne, was wir durchzusetzen hoffen.

Was ich jetzt ausführte, das gilt nicht nur für die Aktionen als Ganzes, bei denen man glaubt, es sei möglich, die politische Macht auf dem Wege der revolutionären Erhebung zu erlangen. Es gilt das auch für die einzelnen Etappen auf diesem Wege, es gilt auch für die Teilaktionen die im Laufe der Zeit von uns aus durchgeführt werden müssen. Auch hier haben wir von Fall zu Fall neben den nationalen auch die internationalen Existenzbedingungen des Landes ins Auge zu fassen.

Es mag nicht populär sein, auf derartige Punkte hinzuweisen. Man hat mir das in der Militärfrage vorgeworfen und hat erklärt, das sei ein Hintertürchen, durch das man sich retten wolle. Aber die Erfahrungen haben meiner Auffassung recht gegeben. Nach Abschluß des Berner Militärparteitages wäre die erste logische Folge die Forderung der Demobilisation gewesen. Man hat sich schwer gehütet, diese Konsequenz zu ziehen, und ist erst damit gekommen, als die Situation eine wesentlich andere war, nämlich dann, als die andern schon zu demobilisieren angefangen hatten. Diese Erfahrungen wollen wir nicht noch mehrmals machen. Wir haben von vornherein die Frage klar und scharf in Berücksichtigung der Tatsachen zu erfassen und müssen wissen, wohin der Weg geht und welches Ziel es ist, dem wir entgegenstreben. Es ist eben so, wie wir immer und immer wieder betont haben, daß unsere Forderungen zeitlich bedingt sind. Sie hängen ab von den Verhältnissen, von der allgemeinen Situation. Wir können sie nicht starr und schablonenhaft aufstellen. Alle unsere Programme, die wir in diesen Jahren aufgestellt und wieder verlassen haben, sind nichts anderes als ein Suchen und ein Tasten gewesen. Nicht nur die Kampfmittel, sondern auch die Kampfziele und Forderungen sind von den jeweiligen Verhältnissen bedingt.

Anerkennen wir die zeitliche Bedingtheit unserer Forderungen, so müssen wir zwischen Forderungen unterscheiden, die wir als rein propagandistische Forderungen aufnehmen und Forderungen, die wir in den Mittelpunkt einer Aktion stellen. Wir müssen das deswegen aufstellen, weil, wenn wir bestimmte Aktionsforderungen aufstellen, wir ja immer stillschweigend voraussetzen, daß diese Forderungen zunächst einmal der organisierten Arbeiterschaft geläufig seien, daß ihr Inhalt von der organisierten Arbeiterschaft gewollt ist. Wir setzen aber stillschweigend noch mehr voraus. Wir setzen auch voraus, daß die Mehrheit der Bevölkerung für diese Forderungen zu haben sei. Wollen wir das, so dürfen die Forderungen nicht so formuliert werden, daß sie von vornherein gleichsam als eine Herausforderung an die Adresse der Mehrheit der Bevölkerung aufgefaßt werden können. Das schadet nichts, wenn es sich um bloß propagandistische Forderungen handelt, wie unsere Endforderungen, die wir in unserem Parteiprogramm haben. Bezüglich der theoretischen Auf-

fassung und Formulierung unseres Endzieles darf sich unser Parteiprogramm neben jedem andern Revolutionsprogramm sehen lassen. In dem Augenblick aber, da wir in praktische, konkrete Aktionen hineingehen, wobei es sich um mehr handelt als bloß um eine theoretische Diskussion, wobei es heißt, daß die Bürger entscheiden müssen, entweder für uns oder gegen uns, dann ist es etwas anderes. Wollen wir die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung auf unsere Forderungen verpflichten, so dürfen diese Forderungen nicht von vornherein ein Abschreckungsmittel gegenüber diesen Leuten sein. Das ist bei der Aufstellung eines Aktionsprogramms zu berücksichtigen. Wir können nicht ins Blaue hinein Forderungen erheben, die wir grundsätzlich durchaus akzeptieren, die sich aber vielleicht infolge der Zeitereignisse nicht eignen, in den Mittelpunkt einer unmittelbar auszulösenden Bewegung gestellt zu werden.

Man kann demgegenüber vielleicht einwenden, dann gelte es eben, dafür zu sorgen, daß diese Forderungen verstanden werden. Gewiß, ich bin dieser Auffassung und komme damit zur Feststellung der Notwendigkeit, daß wir unsern Ideenkampf weiterzuführen haben. Neben der Aktion dürfen wir die Propaganda nicht unterschätzen, daß wir selbstverständlich immer mehr und mehr darauf angewiesen sind, die Endforderungen der Arbeiterchaft in den Vordergrund zu stellen, sie zu popularisieren und dafür einzustehen, den Leuten auseinanderzusetzen, wie wir diese Forderungen verstehen. Je umfassender und je vernünftiger diese Propagandatätigkeit durchgeführt wird, je mehr wir uns dem Verständnis der Bevölkerung anpassen, nicht etwa in dem Sinne, daß wir irgend etwas von unsern Forderungen preisgeben, wohl aber derart, daß wir unsere Forderungen verständlich machen, sie popularisieren, um so mehr werden die Vorbedingungen für unsere Massenbewegungen geschaffen.

Aber diese geistige Vorbedingung ist nicht die einzige. Es wird sich, und darum dreht sich eigentlich der Streit, auch darum handeln, welche organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung von Massenaktionen nötig sind. Auch in dieser Beziehung haben wir eine Reihe von Anträgen. Ich möchte sie in vier Gruppen einteilen. Die eine Gruppe wird gebildet durch den Antrag einer Minderheit des Aktionskomitees, der Genossen Graber und Schürch, der Ihnen hier als sogenannte Vereinbarung vorliegt, und durch den Antrag des Gewerkschaftsbundes. Die beiden Anträge gehen eigentlich hier in der Hauptsache auf eine Konverfierung des Bestehenden aus. Sie anerkennen wohl die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, wollen aber für die bisherigen Organisationen soviel Selbstständigkeit wahren, daß, im Grunde genommen, eine Veränderung gegenüber dem bisherigen Zustand nicht eintritt. Wir haben sodann als zweite Gruppe die Anträge, die Partei und Gewerkschaften nicht nur in ihren Sektionen, sondern in ihrem heutigen Bestande als Landesverbände zur Grundlage für die Massenaktionen nehmen wollen, wobei Aktionskomitee und Arbeiterkongreß als die Gesamtvertretung der Arbeiterklasse ange-

sehen werden. Eine dritte Gruppe von Anträgen, die als ausführendes Organ unserer gemeinsamen Aktionen nicht die Partei und nicht die Gewerkschaftsverbände, sondern die Arbeiterunionen in Aussicht nehmen. Endlich haben wir eine letzte Gruppe von Anträgen, die die Einsetzung von lokalen Arbeiterräten befürwortet.

Mit diesen letzten Anträgen will ich mich zunächst beschäftigen. Es ist begreiflich, daß man heute häufiger als früher von Arbeiterräten spricht. Wir haben sie zwar vor 13 Jahren schon gehabt. Damals gab es in Rußland die Institution der Bauern- und Arbeiterräte. Man glaubt auch bei uns in einigen Kreisen, die Notwendigkeit ihrer Einführung betonen zu müssen. Dabei vergißt man, daß die Arbeiterräte das spezifische Produkt einer revolutionären Situation sind, einer Situation, in der vielleicht, wie heute in Deutschland oder Rußland, normale Organisationen gar nicht bestehen, wo es gilt, alle Kräfte der Arbeiterklasse und weiterer Kreise zusammenzufassen, wo eventuell, wie in Rußland nach Ausbruch der Revolution, zuerst die notwendigen Organe geschaffen werden mußten, die als Träger der Staatsgewalt auftreten konnten, oder wo, wie in Deutschland, plötzlich Millionenheere ins Land zurückfluten, wo sich Stauungen ergeben, wo sich der einzelne nicht in seine bisherigen Organisationen inkorporieren kann, wo die Unorganisierten die Masse bilden und wo dann die Organisation dieser Leute in den Arbeiter- und Soldaterräten erfolgen muß. Diese Organisationen sind ganz bestimmten Verhältnissen entsprungen, die bei uns zurzeit nicht bestehen.

Ich verstehe nun die Meinung, die erklärt, daß wir auch einmal in eine revolutionäre Situation hineinkommen und es daher vernünftiger sei, dieser Situation vorzuarbeiten, die Arbeiterräte zu schaffen, diese neuen Organisationen auszubauen und nicht erst abzuwarten, bis wir bereits mitten in der Revolution drin stehen. Und doch ist hier ein Unterschied zu machen, der sofort klar wird, wenn wir die Praxis der Arbeiterräte untersuchen, uns fragen, wie sie wirken. Folgen wir den Anträgen Altstetten und Luzern und es ergibt sich sofort die Frage, wie sich diese Gebilde zu den Unorganisierten stellen. Sollen nur organisierte Arbeiter in die Arbeiterräte kommen oder sollen die Arbeiterräte alles, Organisierte und Unorganisierte, umfassen? Im erstern Falle hätten wir die Arbeiterräte bereits in den bestehenden Organisationen. Erfassen sie nur die Organisierten, so bekommen wir lediglich eine andere Firmatafel. Die Frage wird aber sofort eine andere, wenn es sich um die Erfassung der Unorganisierten handelt. In welchem Verhältnis sollen die Arbeiterräte zu den bestehenden Organisationen stehen, seien es nun Gewerkschaften oder Parteisektionen? Denken wir an die Beitragsfrage. Sollen die Unorganisierten, die im Arbeiterrat nun organisiert werden, keine Beiträge oder nur geringere als die Organisierten zahlen? Würde die Differenzierung eintreten, so hätte das nichts anderes zur Folge, als daß die organisierten Arbeiter, die bisher schon große Opfer gebracht haben, sich jagen würden, nun habe es für sie keinen Sinn und keinen Zweck mehr,

Beiträge an Organisationen zu bezahlen. Stellt man aber die Unorganisierten außerhalb der Arbeiterräte, sodann hat es keinen Sinn, eine neue Organisation zu schaffen.

Ausschlaggebend scheint mir aber die Frage der Kompetenz zu sein. Wir haben das Prinzip der Unterordnung des einzelnen unter den Willen der Majorität. Dieses Prinzip gilt nicht nur individuell, es gilt auch für die Organisationen unter sich. Kein einziger Gewerkschaftsverband des Landes wird sich je erlauben, zu sagen, eine einzelne Sektion könne in den Kampf eintreten, wann und wo sie wolle, immer wird das Gesamtinteresse des Verbandes maßgebend und ausschlaggebend sein, das Bewußtsein der Mehrheit der betreffenden Sektionen, daß die Aktion dem ganzen Verbande fromme. Und nun stellen wir uns vor, irgendwo und irgendmann würden derartige Arbeiterräte gebildet, die z. B. in einer Stadt die Arbeiter aller Betriebe umfassen. Sie würden beschließen, in einen Kampf einzutreten, der nur als lokaler Kampf gedacht ist. Nun sind aber die Unternehmer weniger als je geneigt, einen lokalen Kampf als solchen gelten zu lassen, jeder Kampf gilt ihnen als ein Kampf gegen das gesamte Unternehmertum.

Die Lokalktion würde die Grundlage beeinflussen und die Gewerkschaften unter Umständen in eine haltlose Situation hineinbringen. Schon aus diesem Grunde können die Gewerkschaften das oben erwähnte Prinzip nicht aufgeben und aus ebendenselben Grunde müssen sie die Arbeiterräte ablehnen. Ich sage deshalb, entweder sind die Arbeiterräte lokal, dann können sie aber keine allgemein verbindlichen Beschlüsse fassen, oder sie sind zentralisiert, dann sind sie überflüssig, weil wir die hier bestehenden Verbände haben, oder aber sie bestehen im Gegensatz zu den bestehenden Organisationen, dann bedeuten die Arbeiterräte die Spaltung, nicht die Einigung der Arbeiterklasse, ihre Zersplitterung, und dann sind sie erst recht abzulehnen. Aus diesen Gründen lehnt das Aktionskomitee einstimmig die Anträge ab, die die Bildung von Arbeiterräten zum Gegenstande haben.

Bei der zweiten Gruppe der Anträge, die von Arbeiterunionen als Grundlage ausgeht, haben wir zuerst den Antrag der Arbeiterunion Zürich. Diese will ein Aktionskomitee von 60 Mitgliedern einsetzen. Man wird sich vorstellen dürfen, daß dieses Aktionskomitee auch gewisse Kompetenzen haben wird. Zunächst möchte ich aber darauf hinweisen, daß es offenbar eine Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse ist, wenn man glaubt, die Arbeiterunionen in einigen größeren Städten würden über das ganze Land hinweg die Situation beständig beherrschen. Davon ist keine Rede. Man muß in die Technik unserer Novemberstreiks hineingesehen haben, man muß mit allen Maßnahmen der Zentralverbände vertraut sein, um den Zusammenhang zu erkennen. Sind die Arbeiterunionen ausführende Organe der Beschlüsse des Arbeiterkongresses, so wird die Ausführung eine höchst begrenzte sein. Wenn wir die Verbände nicht

verpflichten können, auf das, was hier beschlossen wird, handle es sich um die Partei oder die Gewerkschaften, so werden wir nicht imstande sein, eine Massenaktion richtig durchzuführen. Wie bisher werden wir nur dann einverstanden sein, Massenaktionen erfolgreich durchzuführen, wenn die bisherigen Organisationen einverstanden sind, wenn sie die Bereitwilligkeit erklären, mitzuarbeiten, wenn sie, was namentlich angesichts des entwickelten Tarifwesens in Frage kommt, bereit sind, unter Umständen auch die Tarife aufs Spiel zu setzen.

Vergessen wir auch nicht, daß die Gegner eifrig am Werke sind. Man hat bereits im Nationalrat vom Bundesratsstisch aus erklärt, daß unter Umständen die bürgerliche Justiz sich prostituieren würde, das heißt, daß man rechtskräftige Statuten von Gewerkschaften einfach als ungültig erklären würde, so etwa beim Eisenbahnpersonal, wo man erklärte, sie hätten ein unsittliches Statut, weil ein wegen Vernachlässigung seiner Verbandspflichten Ausgeschlossener seine gesamten Ansprüche auf die Sterbekasse usw. verliert. Man geht darauf aus, den Leuten zu sagen, wenn sie aus den Verbänden austreten, können sie das frei und ungehindert tun. Hier stehen so große und vitale Interessen der Verbände in Frage, daß, wenn man ein Gelingen dieser Massenaktion will, man über diese Verhältnisse nicht hinwegschreiten kann. Es müssen die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, die eine Möglichkeit der Aktion auch nach dieser Richtung verbürgen. Diese Bürgschaft haben wir in dem Vorschlage der Arbeiterunion Zürich nicht. Man darf die Verbände nicht beiseite schieben. Machen die Verbände nicht mit, so gibt es keine Massenaktion, die organisiert und diszipliniert ist. Wir haben das bei der Milchpreisbewegung dieses Jahres gesehen. Wie standen da die Dinge? Man sagte uns heute wieder, wir hätten schon damals den Generalstreik entfesseln sollen. Das war objektiv unmöglich, weil die Verbände abseits standen. Unsere Aktion muß von vornherein auf die Zentralverbände erheblich Rücksicht nehmen und man darf sich nicht verleiten lassen, im Widerspruch zu ihnen die Streikparole auszugeben. Wenn wir anders vorgegangen wären, hätten wir ganz sicher ein großes Fiasko erlebt. Darum sind wir genötigt, diesen Anträgen der Zürcher entgegenzutreten.

Es bleiben die Anträge des Gewerkschaftsbundes und der Antrag Graber-Schürch und Konsorten. Wir finden, diese Anträge entsprechen der heutigen Situation nicht. Mit der Einsetzung des Ulterer Aktionskomitees ist dokumentiert, daß die Notwendigkeit einer zentralen Organisation besteht, die die lebendigen Kräfte der Arbeiterschaft einheitlich zusammenfaßt. Gewiß sollen die Verbände ihr bisheriges Tätigkeitsgebiet und auf diesem ihre volle Tätigkeit haben. Wenn wir aber feststellen, daß es daneben eine gemeinsame Tätigkeit gibt, daß gemeinsame Interessen gemeinsam zu wahren sind, so müssen wir notwendigerweise eine Organisation haben, die diese gemeinsamen Arbeiten vorbereitet und durchführt. Diese Frage haben wir übrigens auf dem Kongress in Basel behan-

delt. Wir haben in jener Basler Resolution festgelegt, der Arbeiterkongreß sollte als diejenige Instanz angesehen werden, die als die oberste Vertretung der Gesamtinteressen des Proletariats gilt. Wir haben auch den Grundsatz festgestellt, daß wir auf eine zentrale Aktionsleitung nicht verzichten können. Wir müssen deshalb die Anträge Gewerkschaftsbund und Gräber-Schürch ablehnen und um Annahme unseres Antrages ersuchen.

Ich will Ihnen noch verraten, daß wir uns in der ersten Formulierung namentlich in der Einleitung etwas schärfer ausgedrückt haben. Man machte uns indes darauf aufmerksam, es gebe eine große Zahl von organisierten Arbeitern, die erklären, sie seien vorbehaltlos einverstanden mit allen ökonomischen und sozialen Forderungen, aber sie wollen keine politischen Ziele. Darum kann der Kongreß, wenn er eine Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse erstrebt, nicht so weit gehen, daß er erklärt, er stehe vorbehaltlos auf dem Boden der sozialistischen Endforderungen. Wir stehen ja unterschiedslos auf diesem Boden, aber die allgemeine Proklamation unserer Endziele würde uns eine Reihe von Schwierigkeiten schaffen, die wir so leicht nicht überwinden könnten. Wir würden eine Zersplitterung in die Aktion hineintragen und das wollen wir vermeiden. Es kommt ja schließlich auch nicht so sehr auf den Namen, als auf die praktische Solidarität an. Bebel hat einmal gesagt, daß man in gewissen Verhältnissen eine Aktion streng sozialistisch treiben könne, ohne daß man das Wort Sozialismus auch nur einmal anwende. Das gilt in einem gewissen Sinne auch hier. Wir haben ein Interesse daran, die Kräfte zusammenzuhalten, sie nicht abzustößen. In einem Augenblick, da die Gegner darauf ausgehen, die noch keineswegs festgefüigten Organisationen zu spalten, dürfen wir uns nicht auf eine Formel versteifen, die an der Sache nichts ändert, aber die Leute abschreckt.

In Ziffer 6 unseres Antrages ist gesagt, daß die Verbände innert einer bestimmten Frist zu erklären haben, ob sie mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden seien oder nicht. Auch dieser Vorbehalt ist nicht notwendig. Wir wollten ihn zuerst nicht machen; man erklärte uns aber, der Arbeiterkongreß könne nicht von sich aus die Leute verpflichten und den Verbänden bindende Vorschriften machen, wenn diese Verbände nicht einverstanden sind, werden sie eben nicht mitmachen. Deswegen sind wir dazu gekommen, Ihnen den Antrag zu stellen, es seien die Beschlüsse über Organisation und Programm den Organisationen zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Sind sie einverstanden, um so besser, wenn nicht, so wissen wir, welch ungeheure Erziehungsarbeit wir noch zu leisten haben. Diese Erziehungsarbeit ist so oder so eine Notwendigkeit, weil wir nur mit der Masse, die die Notwendigkeiten einsehzt, imstande sein werden, Kämpfe zu führen.

Man muß auf diese Erwägungen um so mehr Rücksicht nehmen, angesichts der Perspektive für den nächsten Winter, einer Perspektive, an die

unsere Gegner heute viel zu wenig denken und wobei doch der eine oder der andere, wenn er darüber nachdenkt, vielleicht ein wenig Herzklopfen bekommt. Wir werden in einen Winter hineinkommen, der viel schlimmer ist als jeder Kriegswinter, den wir hinter uns haben. Ich will nicht prophezeien, glaube aber, daß die Verhältnisse in Zukunft noch lange nicht zur Ruhe kommen werden. Wir werden es zunächst mit einer Linksentwicklung in allen Ländern zu tun haben, ohne daß sie etwa die Erfüllung aller Hoffnungen bringen könnte, die man da und dort hegt. Weit entfernt davon, daß dieser Krieg die nationalen Konflikte löst, werden weitere nationale Kämpfe die Folge des Krieges sein. In Oesterreich wird noch lange keine Stabilisierung der Verhältnisse möglich sein. Dann haben wir sie aber in ganz Europa nicht und wir in der Schweiz haben dann die Rückwirkungen dieser Umwälzungen, indem wir in unsern Existenzbedingungen davon auf das tiefste berührt werden. Heute wissen wir, daß keine Kohle oder wenigstens nur ein Sechstel der bereits ungenügenden Lieferungen, die vertraglich vereinbart sind, hereinkommt. Wir wissen, daß die Frage der Eisen- und Rohstoffversorgung eine große Rolle spielt. Wie es mit der Lebensmittelversorgung geht, das wissen wir zur Stunde noch nicht, aber jedenfalls sind wir auch hier wiederum vom Auslande abhängig. Das kriegsführende Ausland hat die Schweiz während des Krieges als Drehscheibe für Spekulanten, Schieber, Spione, auch als Uebergangsstation für die Liebestätigkeit gebraucht. Heute hat uns dieses Ausland lange nicht mehr so nötig und Herr Calonder mag noch soviel charakterlose Reden halten, er wird an dieser Tatsache nichts ändern. So kommen wir in eine Situation hinein, die gekennzeichnet sein wird durch noch größere Entbehrungen, durch Massenarbeitslosigkeit, durch eine weitere Preisentwicklung zunächst im Sinne der Beibehaltung der hohen Ansätze oder ihrer Erhöhung. Wir erleben es heute, daß Waren zurückgehalten werden, weil man die Preise nicht herabsetzen will. Dieser Tage ist ein Mann zu mir gekommen, der es wissen kann, und hat mir gesagt, die Armee sei im Besitz von Leder für 200,000 Paar Schuhe, sie wollte dieses Leder an die Schuhindustrie abstoßen, welche aber gesagt habe, sie könne das Leder nicht brauchen, weil sonst ein großer Preissturz eintreten würde.

Wir stehen also vor einer verschärften Situation, vor Krisen und Katastrophen. Ungesichts dieser Krisen muß es unsere Aufgabe sein, die Kräfte der Arbeiterschaft zusammenzufassen. In diesem Sinne sind unsere Anträge gestellt. Stimmen Sie ihnen zu und schaffen Sie eine Grundlage, damit wir künftige Aktionen umfassender und allgemeiner führen können, als es bis anhin der Fall gewesen ist. (Anhaltender Beifall.)

Flg: Ich denke, nachdem die Uebersetzung fertig sein wird, werden wir die Verhandlungen für heute abbrechen.

Schluß der Nachtsitzung um 10 Uhr 45 Min.

Sitzung vom 23. Dezember

vormittags 8 Uhr.

Grimm, Präsident: Wir gehen über zur Behandlung der Anträge, die zum Traktandum 5 gestellt worden sind. Ich bemerke, daß wir von der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern keine Veranlassung haben, Ihre Zeit durch eine mündliche Begründung des Antrages in Anspruch zu nehmen.

Dürr-Bern: Wir haben uns gestern über den Abschluß des Generalstreiks unterhalten und dabei ist an der Tätigkeit des Aktionskomitees in dem verflossenen Zeitabschnitt reichlich Kritik geübt worden. Wir haben heute zu der Frage Stellung zu nehmen, wie sich die weitere Tätigkeit des Aktionskomitees entwickeln soll, und ob überhaupt ein neues Aktionskomitee eingesetzt werden soll.

Das bestehende Aktionskomitee ist im Januar dieses Jahres anläßlich der Campagne gegen die Zivildienstpflicht in Tätigkeit getreten, und zwar auf Grund eines Uebereinkommens zwischen Partei und Gewerkschaftsbund, gemäß welchem in Angelegenheiten, die beide Organisationen berühren, gemeinschaftlich vorgegangen werden soll. Bis zum ersten Arbeiterkongreß in Basel bestand das Aktionskomitee kraft einer Vereinbarung. Um dieser Institution einen moralischen Rückhalt zu verschaffen, hat man an jenem Kongreß beschlossen, dieselbe weiter bestehen zu lassen.

Heute stehen wir vor der Frage, ob wir uns mit dem begnügen wollen, was zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund vereinbart worden ist, oder ob wir den Arbeiterkongreß als weitere Institution einführen und anerkennen wollen. Persönlich stehe ich, offen gestanden, auf dem Boden des Antrages Graber-Schürch und bin der Meinung, daß man mit dieser Formulierung den Zweck, den man erreichen will, vollständig erreicht. Ich bin der Meinung, daß das vollständig genügen würde, trotzdem Grimm glaubt, daß diese Ansicht rückständig sei. Hingegen kommt es auf mich allein nicht an. Wir haben in Partei und Gewerkschaftsbund verschiedene Strömungen und man muß der Situation Rechnung tragen. Wir sind deshalb zu unserm Antrag gekommen, den wir Ihnen gedruckt vorgelegt haben. Dieser Antrag anerkennt, daß ein Arbeiterkongreß stattfinden kann, er will aber dem Arbeiterkongreß nicht das Recht zubilligen, endgültige Beschlüsse zu fassen. Für uns gelten die Institutionen der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes und nach unserer Auffassung sollte es ausg-

schlossen sein, daß eine dritte Instanz Beschlüsse fassen kann, die irgendwie in das Tätigkeitsgebiet der andern Organisationen eingreifen. Ich habe es persönlich sehr bedauert, daß sich die sozialdemokratische Partei nicht mehr auf ihre Aufgaben besonnen hat, als das tatsächlich der Fall war. So haben wir lesen können, daß die sozialdemokratische Partei, resp. deren Geschäftsleitung zu verschiedenen Anträgen, die ihr zur Begutachtung zugewiesen sind und deren Gegenstand in ihr Tätigkeitsgebiet eingreift, einfach geschrieben hat: „Ueberweisung an den Kongreß.“ Das ist eine Preisgabe der Selbständigkeit der Organisation, die absolut nicht hätte stattfinden dürfen. Wir wollen hoffen, daß die neue Geschäftsleitung in andern Bahnen wandeln will und hoffentlich besser begreifen wird, was sie zu tun hat. Wir sind der Meinung, daß die Geschäftsleitung der Partei und das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes hier ein großes Tätigkeitsgebiet finden und daß es nicht angeht, daß eine dritte Instanz, sei es nun der Arbeiterkongreß oder das Aktionskomitee sich alles dessen bemächtigt, was bisher dem Tätigkeitsgebiet der bestehenden Organisationen angehört. Wir werden jedenfalls im Gewerkschaftsbund darauf beharren, daß die Rechte des Gewerkschaftsbundes nach keiner Richtung hin angetastet werden. Bei der Organisation eines Arbeiterkongresses oder anderer besonderer Instanzen müssen wir darauf Rücksicht nehmen, daß die statutarischen Rechte der im Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen nach keiner Richtung hin angetastet werden. Wir haben die ausdrückliche Bestimmung in unsern Statuten, daß die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände außer den statutarisch festgelegten keine weiteren Verbindlichkeiten haben, sondern gegenüber dem Gewerkschaftsbund autonom sind. Das spielt eine große Rolle, wenn wir mit neuen Beitragsverpflichtungen kommen. Beschließen wir heute moralische und finanzielle Verpflichtungen gegenüber dem Arbeiterkongreß, so ist das etwas, was wir nicht verantworten können, wenn es bloß auf einen Beschluß des Arbeiterkongresses hin geschieht, einer Institution, die von keiner Seite eine ausdrückliche Legitimation erhalten hat. Wir können das nur tun, wenn die betreffenden Organisationen einverstanden sind.

Es kann daher keine Rede davon sein, daß die Organisationen, die dem Gewerkschaftsbund angehören, ohne weiteres für irgendwelche Aktionen verpflichtet werden können, mit denen sie selbst innerlich nicht einverstanden sind. Wir sind deshalb dazu gekommen, den Organisationsstatuten eine etwas losere Form zu geben. Wir sind für den Fortbestand des Aktionskomitees und für eine künftige Tätigkeit desselben, für alle Zwecke, die es als notwendig erscheinen lassen, daß Bundeskomitee und Geschäftsleitung wie bisher in gemeinsamer Beratung sich über die Frage aussprechen, Programme aufstellen usw. Wir sind auch bereit, die Vertreter der Organisationen zu konsultieren,

aber wir sind nicht damit einverstanden und können es nicht billigen, daß dieser Arbeiterkongreß nun ohne weiteres über die Köpfe der bestehenden Organisationen hinweg verbindliche Beschlüsse fassen soll.

Nun haben wir die Sache im Komitee besprochen und obgleich die Meinungen anfänglich auseinandergingen, haben wir uns dem hier formulierten Antrag anschließen können. Wenn dieser Antrag vom Kongreß akzeptiert wird, so bin ich davon überzeugt, daß auch die im Gewerkschaftsbund vertretenen Organisationen dieser Formulierung zustimmen werden. Es ist dafür gesorgt, daß die Rechte der Organisationen durchaus gewahrt werden. Diese Organisationen sollen sich darüber aussprechen können, ob sie einverstanden sind oder nicht, sie sollen in der Lage sein, ihre Vorbehalte geltend zu machen, sie sollen nicht ohne weiteres zu irgendwelchen finanziellen Leistungen verpflichtet werden können, zu denen sie nicht bereits auf Grund ihrer statutarischen Verpflichtungen gegenüber dem Gewerkschaftsbund angehalten werden können. Selbstverständlich müssen sie dann, wenn sie sich auf den Boden dieser Bestimmungen stellen, auch alle die moralischen und finanziellen Verpflichtungen erfüllen, die daraus resultieren.

Endlich habe ich darauf hinzuweisen, daß wir uns auch vorbehalten werden, in der Programmfrage noch ein Wort mitzusprechen, denn meines Erachtens kann keine Rede davon sein, daß alle die Programmpunkte, die in den Anträgen enthalten sind, ohne weiteres vom Aktionskomitee verdaut werden können. Das Aktionskomitee wird unter diesen Vorschlägen eine Auslese veranstalten und seine Vorschläge den Organisationen unterbreiten müssen. Nachher kann dann der Arbeiterkongreß entscheiden, daß das, was daraus resultiert, als Programm aufgenommen wird, aber davon kann keine Rede sein, daß der Arbeiterkongreß von sich aus entscheidet, daß politische und wirtschaftliche Aktionen aller Art oder überhaupt Aktionen, die die gesamte Arbeiterschaft betreffen, zur Auslösung gebracht werden.

Ich mußte das hier erklären, damit absolut keine falsche Meinung aufkommt, daß man hier einfach beschließen könne, der Arbeiterkongreß überweise alle diese Programmpunkte einfach dem Aktionskomitee oder dem erweiterten Aktionskomitee und daß damit gesagt sein soll, daß diese Organe die Vorschläge definitiv ihrer Verwirklichung entgegenzuführen hätten.

G r i m m: Ich habe Ihnen die Mitteilung zu machen, daß der Antrag 7, herrührend von der Delegation der Arbeiterunion und der sozialdemokratischen Partei des Kantons Luzern, zurückgezogen ist.

S c h n e i d e r = Zürich (Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiterverband): Wir können uns nicht dazu verstehen, unsern Antrag einfach zurückzuziehen. Wenn wir weitermarschieren wollen,

wird es notwendig sein, daß wir dem Kongreß ein Programm für seine zukünftigen Aktionen auf den Weg geben. Wir haben nun ein solches Programm aufgestellt, auf das man nicht weiter einzugehen braucht, weil es ohne weiteres verständlich ist. Daß der Arbeiterkongreß in seiner heutigen Zusammensetzung nicht gut funktionieren kann, leuchtet ohne weiteres ein. Man hat in den vorangehenden Sitzungen gesehen, daß das Aktionskomitee ohne genaue Richtlinien gearbeitet hat. Wir haben geglaubt, wenn wir einen Verband der schweizerischen Arbeiterunionen hätten, wäre es möglich, einheitliche Aktionen durchzuführen, wie die letzte eine hätte sein sollen. Es handelt sich also im wesentlichen um die Vertretung dieser Arbeiterunionen auf den Arbeiterkongressen, wenn solche weiterhin stattfinden sollten. Das Vorgehen der Typographen, das uns gestern zur Kenntnis gebracht worden ist, hat auch wieder gezeigt, daß hier gewisse Richtlinien in das Statut aufgenommen werden sollten, damit es nicht mehr vorkommen kann, daß das gesamte Zentralkomitee an den Kongreß kommt, nicht aber die Mitglieder.

In dem von uns aufgestellten Programm ist in dieser Beziehung eine gewisse Richtlinie festgelegt. Sodann sind wir der Auffassung, daß, wenn verschiedene Organisationen die Einberufung des Arbeiterkongresses verlangen, dann nicht mehr lange gewartet werden sollte, sobald sie die nötige Unterstützung gefunden haben. Damit nicht leichtsinnige Einberufungen vorkommen, haben wir die Bestimmung aufgenommen, daß mindestens in den die Einberufung verlangenden Verbänden oder Unionen 20,000 Mitglieder organisiert sein sollen, daß aber dann einem solchen Verlangen innert einer gewissen Frist Rechnung getragen werden muß.

Unser Zentralvorstand hat sich auch mit finanziellen Fragen befaßt, da wir gefunden haben, daß ein solches Gebilde ohne finanzielle Grundlage nicht positiv arbeiten kann, sondern daß es eine gewisse Sicherheit dafür haben muß, daß ihm die Mittel zufließen. In dieser Hinsicht sieht unser Vorschlag vor, daß pro Mitglied und Jahr mindestens 20 Rappen geleistet werden und daß weitere Kosten auf dem Wege des Umlageverfahrens gedeckt werden sollen, so daß also jeder Verband nach seiner Mitgliederzahl zu diesen Kosten beitragen würde.

Ich will Sie nicht länger aufhalten. Unser Programm spricht für sich selbst. Wir ersuchen Sie, unsern Anträgen zuzustimmen, da wir überzeugt sind, daß wir auf diesem Wege zu einem Ziel gelangen können.

W h ß = Zürich (Arbeiterunion): Wir haben gestern Gelegenheit gehabt, zwei schöne Reden unseres Genossen Grimm anzuhören. Sie haben ihm Hosianah gerufen und glauben sich also offenbar mit ihm einverstanden und Sie sind auch der Meinung, daß die Geschichte wieder im Blei sei. Dem ist nicht so, denn, wenn wir nach Hause

kommen, werden die alten Meinungsverschiedenheiten mit aller Kraft wieder an uns herantreten. Es nützt alles nichts, was hier so schön zusammengepäppelt und zusammengeplastert wird, darüber brauchen Sie sich keine Illusionen zu machen.

Verschiedene Redner haben ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß eine solche Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterbewegung bestehe. Einige haben diese Zerrissenheit mit dem Ausdruck „Meinungsverschiedenheiten“ mehr nur angedeutet. Es ist dargetan worden, daß so, wie die Arbeiterschaft zerrissen sei, auch das Aktionskomitee in sich gespalten sei und auseinandergehe in verschiedenen Punkten. Das wird wohl seine Richtigkeit haben.

Nun ist gestern ebenfalls mehr als einmal betont worden, unsere Aufgabe müsse darin bestehen, uns bereitzuhalten, weiterzurüsten, damit wir künftigen Aktionen gewachsen seien. Einverstanden, das ist vollständig auch unsere Meinung, aber wenn wir uns bereithalten und weiterrüsten wollen, dann dürfen wir es organisatorisch nicht mehr einfach beim alten Zustand bewenden sein lassen, sonst wird es auch bei den Aktionen beim alten bleiben.

Aus diesem Grunde ist die Arbeiterunion Zürich dazu gekommen, auch bezüglich dieser Frage einige Thesen aufzustellen, nach denen sich die Sache in Zukunft entwickeln soll. Es ist gestern gesagt worden, wer während des Novemberstreiks in das Getriebe der ganzen Geschichte hineingesehen habe, der könne nicht dazu kommen, solche Sachen zu vertreten, die nur von einzelnen vorgeschlagen werden, während doch die gesamte Kraft der Arbeiterschaft hier wirksam sein sollte. Wir haben auch Gelegenheit gehabt, in das Getriebe hineinzusehen, wir sind aber zu der Auffassung gekommen, daß Massenaktionen nur durch die örtlichen Organisationen durchgeführt werden können. Das ist eine alte Tatsache. Die Arbeiterunion Zürich ist oft genug angeschuldigt und es ist ihr vorgeworfen worden, daß sie immer zu Massenaktionen vorwärtsdränge. Das war im Sommer in Basel so, wo man uns Zürchern vorgeworfen hat, daß wir den Kampf nur um des Kampfes willen wollen. Damals, wo wir nicht eingeschworen waren, unbedingt mitzumachen, machte man uns diesen Vorwurf. Auf der andern Seite kommt man nun doch wieder und sagt, der Streik sei eigentlich nur auf Drängen der Union Zürich und infolge der Verhältnisse in Zürich hervorgerufen worden. Das stimmt. Nun will ich aber sagen, wie sich das verhält. Die Delegierten sämtlicher Organisationen sind an jenem Samstag separat abgetreten und haben den Beschluß gefaßt, der Streik solle weitergeführt werden. Da haben die Metallarbeiter nicht gefragt, was ihr Zentralverband mache, die Typographen haben sich nicht daran gefehrt, was ihr Zentralkomitee beschließen werde, sondern sie haben sich auf den Standpunkt gestellt, die Lage in Zürich erfordere es und haben diesen Beschluß gefaßt. Die Eisenbahner in Zürich haben nicht gefragt, was ihr Zentral-

komitee macht, sondern sie haben erklärt, sie gehören an die Seite der übrigen zürcherischen Arbeiterschaft. Damit ist doch der Beweis erbracht, daß die Massenaktionen in den örtlichen Arbeiterunionen durchgeführt werden sollen.

Sie haben gestern festgestellt, daß dem Aktionskomitee nichts anderes übrigblieb, als hier mitzumachen. Da frage ich, wo denn die Kraft der Zentralinstanzen liegt. Grimm hat gestern darauf aufmerksam gemacht, daß wir schlimmen Zeiten entgegengehen, daß wir einen Kriegswinter erleben werden wie keinen zuvor, daß die Arbeitslosigkeit einen starken Umfang annehmen wird und daß wir verschiedene werden abzuwehren haben.

Wo tritt nun diese Abwehr zuerst auf? Dort wird der Herd sein, wo die Empörung zuerst hervorwächst. Da werden wir nicht lange fragen können, was Gewerkschaftsausschuß und Parteivorstand machen, sondern da werden die Zürcher und Basler Arbeiter gezwungen, wie letztes Mal auftreten zu müssen. Durch diese Verhältnisse sind wir gezwungen, zu verlangen, daß den lokalen Arbeiterunionen ein gewisser Einfluß gewährt werde, damit es nicht wieder geht wie das letzte Mal, daß man nicht fragt und einfach den Kampf als eröffnet erklärt.

Wir Zürcher waren gewizigt. Am 1. Oktober, beim Bankpersonalstreik, war es für uns in Zürich klar geworden, daß wir unsere Arbeiterschaft jedenfalls nicht ein zweites Mal zu einem bloß 24stündigen Generalstreik herausbringen. Das hat das Aktionskomitee alles übersehen, das war ihm alles gleichgültig, es hat einfach erklärt, jetzt sei die Gelegenheit da, den Proteststreik zu machen. Wenn von Zürich jemand dagewesen wäre, der im Aktionskomitee die Stimmung erklärt hätte und der gesagt hätte, daß es ausgeschlossen sei, daß wir unsere Zürcher Arbeiter zu einem 24stündigen Proteststreik herausbringen, dann weiß ich nicht, ob der Beschluß so herausgekommen wäre. Wir wollen nicht mehr kritisieren, sondern suchen, solche Sachen in Zukunft zu vermeiden. Das kann nur durch eine Aenderung in der Organisation geschehen. Wer da glaubt, daß der Gewerkschaftsausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung seine Politik ändere, dem ist nicht zu helfen. Dieser Ausschuß wird die Macht, die er besitzt, auch in Zukunft mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen. Wenn wir wissen, wie dieser Proteststreik zustande gekommen ist, so werden wir sagen müssen, daß es in Zukunft nicht mehr so gehen kann. Zuerst hatte man eine Sitzung des Aktionskomitees. Da wird die Durchführung eines Proteststreiks beantragt. Dieser Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt. Dann sucht man ein paar Mitglieder des Bundeskomitees zusammen und der Antrag wird mit Mehrheit angenommen. (Grimm: Das ist nicht wahr.) Die Mitglieder von Zürich, die Genossen Leuenberger und Kaufmann, sind so gerufen worden.

(Grimm: Die waren ja von Anfang an da.) Dann hat man uns angelogen. Man hat verschiedene Male im Aktionskomitee Genossen zugezogen, die mit der Leitung des Streiks nichts zu tun hatten. Das ist unbedingt Tatsache. Wenn das in Zukunft wieder so gehen sollte, so können wir damit rechnen, daß die Geschichte nochmals verfuhrwerkelt wird.

Daß die Vorbereitungen so getroffen worden sind, wie Grimm gestern angeführt hat, wird niemand glauben. Irgendeine positive Idee, wie die Sache durchgeführt werden soll, war nicht vorhanden. Wir können die Geschichte nicht so lassen, wie sie vom Aktionskomitee vorgeschlagen wird. Die Aenderung wäre so klein, daß die tatsächlichen Verhältnisse gleich bleiben würden. Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, die Anhänger dieser Meinung wollen die Zentralverbände ausschalten. Die Zentralverbände sind nun einmal ihrer Struktur nach gar nicht in der Lage, Massenaaktionen durchzuführen, sie werden aber ihre eigentlichen Aufgaben nach wie vor zu erledigen haben. Ich bin lange genug Mitglied eines Zentralverbandes, um zu wissen, was diese für Aufgaben zu lösen haben und um nicht leichtfertig darauf zu tendieren, diese Berufsverbände zu zerstören. Aber in diesen Massenaaktionen muß dem Schwerpunkt, der in den lokalen Organisationen liegt, Rechnung getragen werden, da kann es nicht angehen, daß die Vertretungen der Zentralverbände, handle es sich nun um den größten Industrieverband bis hinunter zum kleinsten, Gelegenheit haben, ihre spezifischen Ziele zu verfolgen. Sie haben keine Einsicht in die Bedürfnisse, das sieht man an den Entwürfen, die diese Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses bringen, von denen selbst Grimm erklären mußte, das sei ein reaktionäres Nachwerk. Wie kann man nur glauben, daß dieser Ausschuß etwas anderes bringt. Dort wird die Meinung der Mitglieder vergewaltigt. Ein kleines Beispiel haben wir ja erlebt. Grimm hat wohl erklärt, das liege nicht an der Form, sondern an der Ueberzeugung, die die Masse aufbringe. Wie aber wird diese Ueberzeugung manchmal unterbunden? Die Typographen haben mit ihrem Vorgehen gezeigt, wie das gewöhnlich gemacht wird. Die übrigen Organisationen wollten es nicht so weit kommen lassen. So wird im Gewerkschaftsausschuß gewirtschaftet; da ist keine Besserung zu erwarten.

Wenn wir verlangen, daß ein Aktionskomitee von 60 Mann gebildet wird, so hat das die Meinung, daß diese 60 Mann einmal den verschiedenen Berufsverbänden, den verschiedenen Unionen und den verschiedenen Landesgegenden zu entnehmen sind. Es ist gestern mit Recht von einem Vertreter aus dem Kanton Tessin gewünscht worden, die tessinische Arbeiterschaft möchte in Zukunft auch eine Vertretung im Aktionskomitee haben, damit sie nicht von der Welt abgeschnitten sei, wenn irgendwo etwas los ist, wie es das letztemal war. Nicht nur der Tessin war abgeschnitten, sondern auch aus dem Wallis ist

das berichtet worden und es gab noch näherliegende Ort, wo keine Ahnung vorhanden war, daß das Proletariat im Streik ist. Das wird auch das nächstemal so sein, wenn man den Berufsverbänden, dem Gewerkschaftsbund und der Parteileitung die Geschichte überläßt.

Deshalb sagen wir, daß bei der Wahl dieser 60 Genossen den verschiedenen Landesgegenden, Unionen und Berufsverbänden Rechnung getragen werden soll. Diese sind in der Lage, bei ihren Beratungen die Stimmung des ganzen Landes in Berücksichtigung zu ziehen. Dann kann etwas herauskommen, das der Stimmung entspricht und nicht auf diese Art und Weise, von einem Aktionskomitee, das aus Genossen besteht, die die Fühlung mit den Massen verloren haben und sich nur von den Berichten, die sie von den Mitgliedern des Gewerkschaftsausschusses erhalten, leiten lassen. In dieser Beziehung würde hier unbedingt eine Grundlage geschaffen, aus der in Zukunft Massenaktionen jedenfalls mit besserem Erfolg, zum mindesten organisatorisch besser, sich durchführen ließen. Es handelt sich nicht darum, einzelne Personen zu bekämpfen, sondern darum, eine Grundlage zu schaffen, auf der die Arbeiterchaft aufbauen kann.

Wenn ein Ausschuß von 15 Genossen verlangt wird, so entspricht das ungefähr dem, was in verschiedenen andern Anträgen verlangt wird. Nur möchten wir das nicht so machen, daß man ohne weiteres sagt, 5—6 Mitglieder sollen dem Gewerkschaftsausschuß, 3—4 dem Parteivorstand angehören, sondern daß man die Wahl so vornimmt, wie es sich aus der Sache ergibt. Wenn wir hier verlangen, daß die Arbeiterunionen auch ein Mitspracherecht haben, so hat das einen andern Grund. Wenn so ohne weiteres erklärt wird, die Situation sei reif, so wird das gemacht wie das letztemal. Die Unionen haben das angenehme Vergnügen, die sich ergebenden Lasten und Kosten ohne weiteres auf sich zu nehmen. Wenn das aber so ist, wollen wir auch ein Mitspracherecht an der ganzen Geschichte haben. Darum dreht sich letzten Endes die Geschichte, denn auch wir wollen wissen, ob es möglich ist, die Sache durchzuführen. Wir sind bereit, die Lasten zu tragen, aber wir wollen ein Wort mitreden.

Es ist von Solidarität in materieller und finanzieller Hinsicht gesprochen worden. Ich kann schon sagen, daß selbstverständlich Zürich auch diesmal wieder die größten Opfer für den Streik bringen muß, diesmal wenigstens nicht Blutopfer, aber doch materielle. Wir werden die Mittel dazu ohne weiteres aufbringen, sei es für diejenigen, die ihre Freiheit einbüßen mußten, oder für die, die ihre Stelle verlassen mußten, wir werden ohne weiteres die Kraft und die Mittel aufbringen, aber wir wollen das nächstemal ein Wort mitzurufen haben. Aus diesen Gründen möchte ich Sie ersuchen, den Antrag der Arbeiterunion Zürich anzunehmen.

G r i m m: Der Antrag 5, eingereicht von der sozialdemokratischen Partei Zürich 6, wird nicht aufrechterhalten.

N o b s = Zürich: Sie haben gestern eine lachhafte Mitteilung aus Solothurn bekommen. Heute kommt die Meldung aus Zürich, daß das Luzerner Bataillon 41 von Weiningen und Engstringen nach Zürich beordert worden ist, daß die Hauptstadt militärisch besetzt ist. Die Truppen sind mit Handgranaten ausgerüstet, die Regierung hat sich in die Kaserne retiriert. (Große Heiterkeit.)

G r i m m: Wir gehen über zum Antrag 6, eingereicht von der sozialdemokratischen Partei Altstätten.

B i c k e l = Höngg: Ich habe zu diesem Antrag eine kurze Erklärung abzugeben. Die sozialdemokratische Partei Altstätten ist hier nicht vertreten.

G r i m m: Dann haben wir auch keine Begründung entgegenzunehmen.

R e i c h m a n n = Zürich: Gestern haben wir in schönen Tönen hier gehört, welche Lehren wir aus dem Generalstreik zu ziehen haben. Dazu sollen vor allen Dingen zwei Sachen gehören: gute Kampfmittel und eine gute straffe Organisation. Wie steht es nun mit der Organisation? Genosse Grimm hat gestern nacht in seinem ausführlichen Referat erklärt, daß eigentlich, wenn die Zentralverbände — ich möchte das korrigieren, er hätte sagen sollen: die Zentralvorstände — nicht einverstanden seien mit dem, was der Kongreß hier beschließt, das Aktionskomitee in der Luft hänge. Unser Antrag bezweckt, mit diesem Zustande abzufahren. Wir wollen nicht bloß ein Aktionskomitee, das in der Luft hängt, sondern ein wirkliches Aktionskomitee. Die ganze Frage dreht sich eigentlich darum: Wollen wir, daß der Arbeiterkongreß nur eine schöne Dekoration ist, dann stimmen wir dem Antrag des Gewerkschaftsausschusses zu, denn der besagt jaß das. Wollen wir aber, daß der Arbeiterkongreß etwas mehr sei, daß er die Stimmung der gesamten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringe und daß nach den Grundlagen, die hier geschaffen werden sollen, auch in Zukunft gearbeitet werden soll, dann müssen wir entweder dem Antrag der Arbeiterunion Zürich oder demjenigen des Holzarbeiterverbandes oder dem des Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiterverbandes zustimmen.

Die Anträge des Aktionskomitees sowie des Gewerkschaftsausschusses sind nichts anderes als eine Kapitulation vor dem Metallarbeiterverband. Auf dem Metallarbeiterkongreß hat man diese Thesen festgelegt, dann ist der Gewerkschaftsausschuß gekommen und hat sie in seiner Mehrheit sanktioniert und als letzte Instanz kam das Aktionskomitee, das auch noch seinen Segen dazu gab.

Wir wollen ein Aktionskomitee schaffen, das ein ganzes Arsenal von Waffen in die Hand bekommt. Wir wollen hier eine Grundlage schaffen und gleichzeitig dem Aktionskomitee ein Rückgrat geben. Dieses Rückgrat können die Partei- und Gewerkschaftsinstanzen nicht liefern, sonst wäre es jetzt schon vorhanden. Mein Vorredner hat Ihnen treffend ausgeführt, was wir von dort zu erwarten haben. Wir sind mit dieser Taktik nicht mehr einverstanden. Die Zeit ist einfach vorbei, wo jeder Berufsverband nach seinen eigenen Heften arbeiten kann, unbekümmert darum, ob die eine oder andere Kategorie Schaden leidet, oder ob der eine oder andere Zentralverband sich bei einer großen Aktion verblutet. Man hat uns vorgeworfen, wir wollen die Zentralverbände ausschalten. Das ist ein Unsinn, kein Mensch kann das behaupten, der in diese Anträge auch nur hineingesehen hat.

Wir wollen allerdings, daß mit dem jetzigen Zustand abgefahren wird und daß tatsächlich hier die Meinung der gesamten Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt. Wenn nun Greulich denjenigen, die hier vorgeschlagen haben, ein neutrales Tagesbureau zu bestimmen, gesagt hat, sie seien Sektierer, so muß ich sagen, daß die Sektierer auf einer andern Seite zu suchen sind, nicht bei den Baslern und Zürchern, sondern bei den Welschen und den Metallarbeitern. Mir liegt eine „Vereinbarung“ vor, von der Grimm in seinem Referat gestern erwähnt hat, das sei die Meinung von Schürch und Graber. Dürr hat sich dem angeschlossen. Ich muß als Mitglied des Gewerkschaftsbundes protestieren, daß man hier mit dem Namen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Unfug treibt. Das ist keine Vereinbarung zwischen Gewerkschaftsbund und Partei, das ist eine Vereinbarung von drei Mann. (Grimm: Das ist ein Antrag, der eingereicht worden ist.) Dann soll man schreiben: Antrag Graber-Schürch.

Weiter hat der Metallarbeiterverband einen ähnlichen Antrag vorgelegt, der noch weiterging, der sagte, daß wir überhaupt keinen Arbeiterkongreß und kein Aktionskomitee wollen, daß alles beim alten bleiben soll, daß wie bisher alle Zentralverbände autonom sein sollen. Man sei damit gut gefahren, das solle auch in Zukunft so bleiben. Glücklicherweise hat dieser Antrag nicht die Mehrheit erhalten. Was hier als sogenannte Vereinbarung vorliegt, besagt genau dasselbe, vom Aktionskomitee und Arbeiterkongreß ist auch nicht eine Spur vorhanden. Man will also den alten Zustand beibehalten und will hier in großen Tönen in der Theorie von der Einheit der Arbeiterbewegung reden; in der Praxis, wenn es an die Durchführung der Aktionen geht, soll jeder Zentralverband machen können, was er will. Das wollen wir nicht. Wir wollen endlich einmal, daß das Aktionskomitee nach vorwärts gedrängt wird. Da soll das maßgebend sein, was auf dem Arbeiterkongreß beschlossen wird, es soll nicht jeder einzelne Zentralverband noch seinen eigenen Gaul weiter-

reiten können, sondern der Arbeiterkongreß soll das höchste Parlament für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft sein.

Etwas anderes wollen unsere Anträge nicht. Sie besagen klipp und klar, daß die Beschlüsse des Kongresses maßgebend sind. Wir wollen, daß das Aktionskomitee nicht von einem Zirkel gewählt wird, sondern vom Arbeiterkongreß, wir wollen, daß alle Beschlüsse durch die lokalen Arbeiterunionen ausgeführt werden, auf denen das Schwergewicht der Massenaktionen liegt. Sie haben sich nun zu entscheiden, ob Sie den alten Zustand beibehalten wollen, wie er seit Jahren bestanden hat, daß jeder Zentralvorstand auf eigene Faust vorgeht. Wenn Sie das wollen, dann stimmen Sie dem Antrag des Gewerkschaftsausschusses zu. Wollen Sie aber, daß Ihre Meinung, die Sie gestern und heute in vorzüglicher Weise zum Ausdruck gebracht haben, auch wirklich einen positiven Wert habe, daß nach dieser Meinung auch verfahren wird, so müssen Sie die Anträge des Gewerkschaftsausschusses und des Aktionskomitees ablehnen.

Graber: Il y a certains points sur lesquels nous pouvons nous mettre tous absolument d'accord. Le premier point, c'est que les circonstances actuelles exigent que nous organisions notre travail d'une autre façon qu'auparavant. Le deuxième point, c'est au sujet du danger intérieur et peut-être extérieur à l'occasion, mais intérieur surtout, qui nous oblige à prendre des décisions énergiques et rapides. Là, je le répète, nous sommes tous parfaitement d'accord. Seulement j'ai un peu l'impression que certains camarades s'imaginent que pour aller vite et faire bien, il faut renverser tout ce qu'on avait, que c'est toujours le meilleur procédé. Je crois au contraire que dans ces circonstances-ci, pour faire vite et bien il faut savoir perfectionner les organes existants en les mettant en relation pour qu'ils puissent agir rapidement. Le congrès ouvrier d'aujourd'hui, comme tous les congrès que nous ferons, offre un immense danger, c'est qu'on ne sait pas exactement ce qu'ils représentent. Ce sont des congrès vagues, un peu dans le brouillard. Qu'est-ce que nous sommes exactement ici? Qu'est-ce que nous représentons exactement? Nous ne le savons pas d'une manière absolument certaine, et voici pourquoi: Ce congrès émane d'une part des organisations syndicales et d'autre part des organisations politiques. Or, il arrive que les camarades qui sont dans les organisations politiques sont en même temps dans les organisations ouvrières. Il pourrait donc arriver que cette fraction politique se réunisse à une minorité syndicale, qu'elle nomme d'ailleurs elle-même pour, dans ce congrès, obtenir une majorité contre la majorité des syndicats. Voyez-vous cela? Nous voyez-vous prendre une décision au nom de la majorité du congrès ouvrier réuni ici et que

demain; lorsqu'il s'agira d'appliquer cette décision, nous la faisons appliquer par des organisations syndicales dans lesquelles une majorité serait contre cette décision.

Vous dites que c'est aller vite. Je prétends que c'est aller lentement, parce que de telles décisions rencontreront dans les organisations syndicales une majorité résistante, une forte opposition. Vous nous mettez alors dans cette situation que lorsque l'impression serait que quelque chose a été décidé, que quelque chose est fait, il n'y aurait réellement rien de décidé, rien de fait, et il faudrait recommencer. Ou bien alors on arriverait à des crises intérieures dans les syndicats. Je prétends, moi qui appartiens au monde politique que ce qui fait la base solide du monde ouvrier, c'est le mouvement syndical. Que nous soyons politiques ou pas, toutes nos préoccupations, tous nos soins se portent vers la grande force du parti syndical et si dans un congrès comme celui-ci, on fait comme un coup de force contre le monde syndical, nous obtiendrons une certaine réaction comme résultat et des fédérations tout entières nous quitteront, parce qu'elles auront été majorisées par un congrès qui, à cause de sa mauvaise organisation, aura permis à une minorité de dominer effectivement la majorité. Cela peut très bien arriver. Voilà le premier grand danger que je vois à vos propositions d'aller vite et énergiquement. Je dis au contraire que vous nous lancez dans une voie tout autre et que votre résultat sera peu solide, parce que les masses ne seront pas dans votre main. Pour aller vite et bien, il faut s'appuyer sur une base assez solide pour que le travailleur sache toujours que sa situation sera inébranlable, qu'il en ait le sentiment très net.

Voilà le premier danger.

D'autres devraient être entrevus, mais je passe maintenant aux avantages de cette convention à organiser entre unions syndicales d'un côté et parti politique de l'autre. Dans le congrès d'aujourd'hui, tout est mélangé, comme représentants, comme mandataires, comme idées. Pourquoi ne pas avoir deux congrès, d'une part le congrès syndicaliste, d'autre part le congrès politique discutant les mêmes objets, les mêmes propositions d'action générale. Quand les deux congrès se seront mis d'accord, vous aurez une telle clarté, une telle sûreté dans votre action que les décisions prises d'une part par la majorité syndicale, d'autre part par la majorité du monde politique, donneront des garanties tellement fortes au Comité d'action que tout ce qu'il entreprendra ira tout seul, qu'il mènera sa tâche à bien, parce que personne ne le lâchera. Le plus grand danger, c'est de donner au Comité d'action l'impression d'une grande force sans la certitude que

telle ou telle décision est prise par tous. Le camarade Grimm disait hier que c'est ce qui existe jusqu'à aujourd'hui. Non. Mais quand les deux congrès se seront mis d'accord, ils nommeront un Comité d'action comme vous, au-dessus des deux congrès et des deux comités, qui sera chargé d'exécuter les mesures prises, et alors ce ne sera plus une apparence, mais une réalité: le programme pourra être rempli par la force que donne la cohésion. Voilà le point délicat.

Je vois le camarade R... qui défend des propositions comme celle du bois et je suis renversé de sa proposition 2 qui laisse complètement de côté les fédérations; elles non plus n'ont rien à dire, ce sont les représentants des ouvriers qui ont le dernier mot, les fédérations sont bazardées, il n'y a rien pour elles. Si à un moment donné les grandes unions ouvrières des villes entraient en conflit avec les fédérations, il en résulterait nécessairement un affaiblissement des deux organisations. Samedi, nous l'avons dit: au point de vue politique le congrès n'avait rien à faire, on disait: On ne vous demande plus rien de ce côté, vous êtes une quantité négligeable, c'est demain, le congrès ouvrier, qui aura seul à s'occuper de politique et qualité pour en parler. J'ai peur que demain on tienne un autre raisonnement: Qu'est-ce que vous êtes? C'est le congrès ouvrier qui parle en Suisse. Vous affaiblirez ainsi le monde syndical et le monde politique. Votre Comité d'action aura théoriquement toute la puissance et pratiquement toutes les faiblesses, — et cette voie est dangereuse, parce que, en la suivant on ne sait pas où l'on marche. En vous recommandant la convention à créer entre les deux organisations, convention qui aboutit à la nomination d'un comité d'action, nous vous indiquons la véritable forme d'action, celle qui donne aux deux organisations — ouvrière et syndicale, toute leur autonomie, tout en leur donnant de l'unité et de la force dans l'action. Et c'est au nom de cette force qui donne la réalité et non l'apparence que je vous demande de voter cette convention qui serait une garantie pour la sécurité de notre mouvement intérieur.

Graber: Es gibt noch einige Punkte, worüber wir uns alle einigen können. Erstens verlangen die tatsächlichen Umstände, daß wir unsere Arbeit anders als bisher organisieren. Zweitens nötigt uns die innere und vielleicht auch die äußere Gefahr, schnelle und energische Maßnahmen zu treffen. Darüber, das wiederhole ich, sind wir uns alle einig. Ich habe aber den Eindruck, daß gewisse Genossen sich einbilden, um rasch und gut vorwärts zu kommen, müsse man alles, das man habe, umstürzen. Ich glaube im Gegenteil, wenn wir unter diesen Umständen schnell und gut arbeiten wollen, müssen wir

die bestehenden Organe vervollkommen und sie miteinander in Verbindung setzen, damit sie schnell handeln können. Der heutige Arbeiterkongreß enthält wie alle Kongresse, die abgehalten werden, die große Gefahr, daß man nicht genau weiß, was sie darstellen. Sie sind unklar und unbestimmt. Was sind wir denn hier, was haben wir hier zu tun? Wir wissen es nicht ganz sicher, und zwar aus folgendem Grunde: Dieser Kongreß setzt sich einerseits aus gewerkschaftlichen, andererseits aus politischen Organisationen zusammen. Es kommt vor, daß Genossen, die in den politischen Organisationen tätig sind, auch in den gewerkschaftlichen arbeiten. Es könnte also der Fall eintreten, daß sich diese politische Fraktion einer gewerkschaftlichen Minderheit anschließen und dies dazu benützen würde, um gegenüber der Mehrheit der Gewerkschafter ein Übergewicht zu erlangen. Wir würden so im Namen der Mehrheit des hier vereinigten Arbeiterkongresses einen Beschluß fassen, der, wenn er zur Anwendung kommt, von den gewerkschaftlichen Organisationen ausgeführt werden muß, deren Mehrheit gegen diesen Beschluß sein würde.

Sie sagen, das sei schnelles Vorwärtsgen. Ich aber behaupte, daß das ein langames Arbeiten ist, denn solche Beschlüsse werden in den gewerkschaftlichen Organisationen eine bleibende starke Opposition auslösen. Das würde uns in die Lage versetzen, daß, wenn wir den Glauben hätten, etwas getan oder beschlossen zu haben, im Grunde weder etwas getan noch etwas beschlossen worden wäre und daß man wieder von vorn beginnen müßte. Oder aber, es könnte in den Gewerkschaften auch zu inneren Krisen führen. Ich, der ich der politischen Welt angehöre, behaupte, daß die solide Grundlage der Arbeiterschaft die Gewerkschaftsbewegung ist. Ob wir Politiker sind oder nicht, unser Augenmerk und unsere Sorgen richten sich doch immer auf die große Kraft der Gewerkschaften, und wenn wir ihnen an diesem Kongreß einen Faustschlag versetzen, werden wir dadurch nur eine gewisse Reaktion hervorrufen. Ganze Verbände werden uns verlassen, weil sie von einem Kongreß überstimmt worden sind, der infolge seiner schlechten Organisation es einer Minderheit erlaubte, über eine effektive Mehrheit zu dominieren. Das ist die erste große Gefahr, die ich bei ihren Vorschlägen betreffs eines schnellen, energischen Handelns erblicke. Ich sage im Gegenteil, daß sie uns in eine ganz andere Richtung bringen und daß der Erfolg sehr ungünstig wäre, weil sie dabei die Massen nicht in Händen behielten. Um schnell und sicher vorwärts zu gehen, muß man sich auf eine sichere Grundlage stützen können. Der Arbeiter muß von dem Gefühl geleitet sein, daß die Lage unerschütterlich feststehe.

Hier die erste Gefahr.

Es wären noch andere mehr zu besprechen. Ich gehe aber über zur Besprechung der Vorteile der Uebereinkunft, die gewerkschaftlichen und politischen Zusammenkünfte getrennt zu organisieren. In

diesem Kongreß ist ein Durcheinander von Vertretern von Bevollmächtigten, von Ideen. Warum halten wir nicht zwei Kongresse ab, einerseits einen gewerkschaftlichen, anderseits einen politischen, welche dieselben Fragen behandeln? Wenn diese beiden Kongresse sich einigen würden, hätten wir eine große Klarheit und Sicherheit in unserem Handeln. Die einerseits von der gewerkschaftlichen, anderseits von der politischen Mehrheit gefaßten Beschlüsse würden dem Aktionskomitee so starke Garantien bieten, daß alles wie von selbst gehen müßte. Es würde seine Aufgabe gut durchführen können, da niemand es im Stiche lassen würde.

Die größte Gefahr ist die, dem Aktionskomitee den Eindruck großer Macht zu geben, ohne zugleich auch die Gewißheit, daß die Beschlüsse wirklich von allen gefaßt worden sind. Der Genosse Grimm sagte gestern, dies sei so bis auf den heutigen Tag. Nein. Wenn sich die beiden Kongresse geeinigt hätten, würden sie ein Aktionskomitee wählen, welches dann die gefaßten Beschlüsse durchführen würde. Dies wäre dann nicht mehr Schein, sondern Wirklichkeit: das Programm wird von der Kraft des Zusammenwirkens durchdrungen sein. Ich sehe den Genossen R. . . , der Anträge wie die des Holzarbeiterverbandes verteidigt, und ich bin sehr überrascht von dem Absatz 2, der die Zentralverbände vollständig auf der Seite läßt. Sie haben nichts mehr zu sagen, es sind die Vertreter der Arbeiterunions, die das letzte Wort sprechen. Wenn in einem gegebenen Augenblick die großen Arbeiterunions in den Städten mit den Verbänden in einen Konflikt geraten, so wird naturnotwendig eine Schwächung beider Organisationen die Folge sein. Samstag sagten wir am Parteitag: In politischer Hinsicht hat der Kongreß nichts zu tun. Man hat uns erwidert: Man hat euch nicht danach gefragt; morgen, da wird der Arbeiterkongreß das Recht haben zu entscheiden. Ich habe nur Angst, daß morgen jemand kommt und sagt: Wer seid ihr? Es ist der Arbeiterkongreß, der in der Schweiz entscheidet. Ihr schwächt damit die gewerkschaftliche und die politische Bewegung. Euer Aktionskomitee hat theoretisch die ganze Macht und praktisch alle Schwächen — und dieser Weg ist gefährlich, weil man, wenn man ihn geht, nicht weiß, ob man vorwärtskommt oder nicht.

Wenn wir euch eine Uebereinkunft zwischen den beiden Organisationen empfehlen, eine Uebereinkunft, deren äußerer Ausdruck die Wahl eines gemeinsamen Aktionskomitees ist, so zeigen wir die einzig mögliche Form der Aktion, die beiden Organisationen — der politischen und der gewerkschaftlichen — ihre volle Selbständigkeit läßt und so die Einheit und Kraft der Bewegung wahr. Und es ist im Namen dieser Kraft, wenn ich Sie bitte, der Uebereinkunft zuzustimmen, weil sie uns die Garantie für die Sicherheit unserer inneren Bewegung bietet.

Schneider-Basel: Einleitend möchte ich feststellen, daß der Zweck des Antrages, den ich gestern gestellt habe, es sei eine Kommission einzusetzen, nicht ganz erreicht worden ist. Ich wollte damit eine Verkürzung der Diskussion herbeiführen und glaubte, wenn man sofort dem Vertreter der Kommission das Wort erteilen würde, daß verschiedene Anträge nicht mehr aufrechterhalten würden. Das ist nun nicht der Fall gewesen.

Die Kommission hat gestern abend sich mit diesen Organisationsfragen beschäftigt. Ich möchte ausdrücklich feststellen, nur mit Organisationsfragen, und sie ist einstimmig dazu gekommen, Ihnen bestimmte Anträge zu unterbreiten. Ich möchte einleitend nur bemerken, daß die Kommission die Vorlage des Aktionskomitees als Diskussionsgrundlage genommen hat.

Es ist gestern von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen worden, daß es in der gegenwärtigen Zeit eine Notwendigkeit sei, alle Kräfte zusammenzufassen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft dem Gegner als eine geschlossene Phalanx gegenüber treten könne. Das ist auch meine Auffassung, aber Genossen, diese Auffassung darf sich nicht einseitig manifestieren, sondern es ist notwendig, auf die verschiedenen Richtungen, die zweifellos innerhalb der Arbeiterschaft bestehen, Rücksicht zu nehmen. Gerade in der Organisationsfrage scheint mir der Platz zu sein, diesen Auffassungen Rechnung zu tragen. Denn, wenn es an die Durchführung von Massenaktionen geht, wenn der Ruf an die Massen ergeht, dann müssen alle Organisationen zusammenwirken und dafür sorgen, daß diese Massenaktionen so gewaltig wie möglich ausfallen. Das kann nur geschehen, wenn wir auch organisatorisch alle Kräfte heranziehen, wenn wir dafür sorgen, daß sowohl die Kräfte in den Zentralverbänden als in der Partei und in den Arbeiterunions zur Mitarbeit herangezogen werden. Von diesem Gedanken sind unsere Anträge diktiert.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir die gegebenen Verhältnisse nicht ignorieren dürfen. Es ist eine Notwendigkeit, auf die bestehenden Organisationen Rücksicht zu nehmen, wenn wir wirklich ernsthafte Aktionen zur Durchführung bringen wollen. Deshalb kann sich die Kommission der Auffassung, die im Zürcher Antrag und verwandten Anträgen niedergelegt ist, unter keinen Umständen anschließen. Diese Auffassung geht dahin, die bestehenden Organisationsformen aufzulösen und eine andere an ihre Stelle zu setzen. Wir sagen uns, daß die Grundlage unserer Bewegung die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sind, daß wir bei unserer Organisation mit diesen gegebenen Gebilden rechnen müssen. Deshalb geht es nicht an, einfach aus der Mitte des Kongresses, ohne Rücksicht auf diese Organisationen, ein Aktionskomitee zu wählen, das wohl schöne Programme aufstellen könnte, das zu Massenaktionen auffordern könnte, das aber nicht in der Lage wäre, sie durchzuführen, weil sie von den

gegebenen Instanzen unserer Bewegung nicht durchgeführt werden wollten.

Die Kommission kommt zu einem Abänderungsantrag, der die Zusammensetzung des Arbeiterkongresses beeinflusst. In Ziffer 1 wird gesagt, daß der allgemeine Arbeiterkongreß sich aus den Delegierten des Gewerkschaftsbundes und der Partei zusammensetzt. Hier hat die Kommission folgenden Zusatz beschlossen und bittet Sie, ihn ebenfalls anzunehmen: Und je einem Vertreter der lokalen Arbeiterunionen, die über 500 Mitglieder zählen. Sie haben aus dem Munde des Vertreters der Zürcher Arbeiterunion gehört, was von dieser Seite gewünscht wird. Ich kann Ihnen mitteilen, daß auch der Arbeiterbund Basel auf dem gleichen Standpunkt steht, daß den Arbeiterunionen ein größerer Einfluß eingeräumt werden soll, weil sie tatsächlich die Organe sind, die in der Ausführung von Massenaktionen an einzelnen Orten in Frage kommen können. Ich habe bereits einleitend bemerkt, daß es notwendig ist, alle Kräfte, die uns zur Verfügung stehen, auch organisatorisch zu erfassen.

Wir sind deshalb ferner dazu gekommen, Ihnen am Ende der gleichen Ziffer V einen Zusatz zu beantragen. Sie finden im Vorschlag des Aktionskomitees: „Der Arbeiterkongreß entscheidet endgültig über die Auslösung von Massenaktionen.“ Die Kommission ist der Ansicht, daß hier eine Bestimmung mit zwingendem Charakter aufgenommen werden sollte und schlägt Ihnen deshalb vor, zu sagen: „Die Auslösung des Massenstreits muß sich auf einen Beschluß des Arbeiterkongresses stützen können.“

Im weitern kommt die Kommission zu folgendem Vorschlag bezüglich der Zusammenziehung des erweiterten Aktionskomitees. Es heißt in der gleichen Ziffer V, daß sich dasselbe aus den Mitgliedern des Zentralen Aktionskomitees, des Gewerkschaftsausschusses, des Parteivorstandes zusammensetze. Die Kommission ist der Auffassung, daß diese Instanzen unter allen Umständen anerkannt werden müssen, und zwar aus den Gründen, die ich Ihnen bereits erwähnt habe. Es kann nicht angehen, auch ein erweitertes Aktionskomitee aus der Mitte des Kongresses zu wählen, das ohne Rücksicht auf Verbände und Parteiorganisationen zusammengesetzt ist, weil es tatsächlich ein Gebilde wäre, das, um die Worte des Genossen Reichmann zu gebrauchen, in der Luft hängen würde, also keine Macht hinter sich hätte.

Dagegen scheint es uns nötig zu sein, auf diese Strömung, die auf dem Kongreß sehr stark zum Ausdruck gekommen ist, Rücksicht zu nehmen. Wir schlagen deshalb vor, daß das erweiterte Aktionskomitee bestehen soll: 4. Aus 20 vom Arbeiterkongreß aus seiner Mitte gewählten Vertretern, wobei auf die wichtigsten Berufsverbände und Landesgegenden Rücksicht zu nehmen ist.

Das sind die Abänderungsanträge der Kommission zum Vorschlag des Aktionskomitees. Ich möchte Sie darauf aufmerksam

machen, daß die Kommission in ihren Anträgen einstimmig ist. Maine war allerdings nicht anwesend. Ich habe noch nachzutragen, daß in dem Passus, der sich auf die Wahl des Zentralen Aktionskomitees bezieht, gesagt ist, daß die Wahl auf Vorschlag der beteiligten Organisationen geschieht, und zwar fünf auf Vorschlag des Gewerkschaftsbundes, vier auf Vorschlag der sozialdemokratischen Partei, drei auf Vorschlag des Eisenbahnerkartells, während die übrigen drei Mitglieder vom Kongreß zu wählen wären. Wir sind vollständig damit einverstanden, daß die hier aufgeführten Korporationen ein Vorschlagsrecht haben sollen. Nun scheint uns die Zahl der vom Arbeiterkongreß aus seiner Mitte zu wählenden Mitglieder zu gering zu sein. Wir möchten auch hier der Strömung, die überhaupt das ganze Aktionskomitee nur aus dem Kongreß entnehmen wollte, etwas entgegenkommen und folgende Verteilung beantragen: Gewerkschaftsbund 4, Partei 3, Eisenbahnerkartell ebenfalls 3, so daß der Kongreß noch 5 Mitglieder zu wählen hätte.

Sie sehen aus diesen Anträgen, daß wir der Auffassung sind, es sollte über diese Organisationsfragen eine Einstimmigkeit erzielt werden können. Wenn alle nur das Ganze im Auge behalten, dann sind Sie unseres Erachtens verpflichtet, diesen Anträgen zuzustimmen. Damit sind wir in der Lage, eine Organisation zu schaffen, die die Kräfte zusammenfaßt und damit auch die Stoßkraft der Arbeiterschaft stark erhöht.

D ü b h = Bern: Im Auftrage einer Eisenbahnerkonferenz, die unmittelbar nach Schluß des Parteitagcs stattgefunden hat, habe ich Ihnen einige Erklärungen abzugeben. In organisatorischer Beziehung stehen die Eisenbahnerkonferenz und die hinter ihr stehenden Eisenbahnerorganisationen auf dem Boden des Antrages des Älteren Aktionskomitees. Wir möchten heute mit aller Deutlichkeit erklären, daß wir alle Anträge ablehnen, die darauf hinauslaufen, die bestehenden Organisationen, verkörpert in Gewerkschaftsbund und Partei, auszuschalten und das Schwergewicht in die Arbeiterunionen zu verlegen, wobei der Sprechende in der Kommissionsberatung allerdings Hand dazu geboten hat, daß am Arbeiterkongreß die Arbeiterunionen je einen Vertreter haben. Wir halten aber dafür, daß auch in Zukunft das organisatorische Schwergewicht auf den Gewerkschaftsorganisationen und der Partei zu liegen habe.

Ich habe weiter einen Wunsch der Eisenbahnervertreter zu übermitteln, es möchte ihnen im Zentralen Aktionskomitee eine größere Vertretung eingeräumt werden. Dies namentlich mit Rücksicht darauf, daß es uns notwendig erscheint, wichtige Gruppen des Eisenbahnpersonals, z. B. das Lokomotivpersonal mit einer Vertretung dotieren zu können. Wenn Sie diesen Antrag nicht gutheißen wollen, dann muß ich eindringlich bitten, daß im Falle der Annahme des Antrages Schneider weitere Vertreter der Eisenbahner gewählt werden.

In programmatischer Beziehung habe ich zu erklären, daß die Eisenbahnerkonferenz alle Anträge ablehnt, die auf die Diktatur des Proletariats hinauslaufen, daß wir unter Betonung des schärfsten Kampfwillens auf dem Boden der demokratischen und parlamentarischen Entwicklung stehen. Sie haben anlässlich des heutigen Arbeiterkongresses festgestellt, daß der Landesgeneralstreik deswegen eine erhöhte Bedeutung bekommen hat, weil das Verkehrspersonal zum erstenmal in die gemeinsame Kampflinie eingerückt ist. Wer Gelegenheit hatte, den Debatten im Nationalrat zu folgen, der wird wissen, daß es namentlich die Teilnahme des Verkehrspersonals war, die heute einen Sturm der Reaktion heraufbeschworen hat. Auf dem Verkehrspersonal lastet gegenwärtig ein ungeheurer Druck, Maßregelungen über Maßregelungen sind erfolgt und es ist, wenn die Besonnenheit und vor allem aus die Staatsklugheit nicht sehr rasch wieder Einklehr halten, zu erwarten, daß auch die Militärjustiz sich mit dem aktiven Verkehrspersonal näher befassen will. Sie haben gestern durch die einmütige Annahme des Antrages Huber-Rorschach Ihre Solidarität mit diesen wackern Verkehrssoldaten bekundet, die für ihre Ueberzeugung treu eingestanden sind. Wir danken Ihnen für diese Solidaritätskundgebung und ich möchte die Aufmerksamkeit noch auf eine andere Seite hinklenken.

Gelegentlich der Debatte im Nationalrat ist vom Bundesratsrathe aus in drohendem Tone, selbstverständlich unter dem Beifall des Rates, eröffnet worden, daß dem eidg. Personal das Recht auf die organisierte Arbeitsniederlegung abgesprochen werden muß. Unsere Vertreter haben es nicht unterlassen, mit zutreffenden Worten darauf hinzuweisen, daß die Eigenart des Staatsdienstes in keiner Weise bedingen könne und dürfe, daß damit nun auch das Eisenbahnpersonal seine Ueberzeugung verkauft, die es in einem gegebenen Moment veranlaßt und veranlassen muß, Schulter an Schulter mit der organisierten Arbeiterschaft den wirtschaftlichen und politischen Kampf aufzunehmen. Es wurde weiter im Nationalrat erklärt, daß bei der Beratung über das im Wurfe liegende Beamtengesetz gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden müssen, um auf dem Wege des Gesetzes das Recht des Verkehrspersonals auf organisierte Arbeitsniederlegung zu unterbinden. Dieser Anschlag auf das Selbstbestimmungsrecht des Personals hat selbstverständlich nicht verfehlt, in unsern Kreisen große Entrüstung hervorzurufen. Die Eisenbahnerkonferenz und die hinter ihr stehenden Verbände stehen auf dem Boden und sind willens, den Kampf gegen die in Aussicht stehende Reaktion mit allen gesetzlichen Mitteln aufzunehmen. Wir möchten den Arbeiterkongress bitten, uns nach dieser Richtung hin in diesem schweren Kampf, der uns bevorsteht, nach allen Kräften zu unterstützen. (Beifall.)

Grimm: Nun haben wir uns über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Ich möchte feststellen, daß man gestern doch richtiger getan hätte, die Debatte zu kürzen. Wir haben eine Rednerliste von 19 Namen. Wann diese Redner sprechen sollen, das weiß ich nicht. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir die Verhandlungen um 11½ oder 12 Uhr beendigen können, wenn alle eingeschriebenen Redner zum Wort kommen sollen. Ich bin der Meinung, daß wir uns auf den Antrag der Kommission einigen sollen. Wenn dieser angenommen würde, müßten wir noch die Wahlen vollziehen. Wir müssen die Verhandlungen dann einen Augenblick unterbrechen, um den Organisationen Gelegenheit zu geben, ihre Vertreter zu bezeichnen.

Ich stelle die Frage an den Kongreß, ob er nicht bereit ist, sich nun auf diese Kommissionsvorlage zu einigen und im übrigen auf die Diskussion über alle weiteren Anträge zu verzichten. Wenn wir das nicht machen, werden wir weder eine Organisation beschließen, noch ein Komitee wählen können. Das können wir dem Kongreß und der Arbeiterschaft nicht zumuten.

Huber = Korschach: Die Diskussion wird keine neuen Momente mehr hervorbringen, die Anträge sind Ihnen gedruckt vorgelegt, die Hauptgesichtspunkte sind uns allen bekannt. Es wird jeder einzelne wissen, wie er stimmen will. Ich schlage Ihnen vor, die Diskussion zu schließen und sofort zur Abstimmung zu schreiten und empfehle Ihnen bei dieser Abstimmung der wohlüberlegten Vorlage des Aktionskomitees, so wie sie Ihnen gedruckt vorgelegt wurde, ohne auf die beantragten Abänderungen einzutreten, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Man kann sehr wohl verschiedener Meinung darüber sein, ob das eine oder das andere vorteilhafter sei, aber bei dem jetzigen Stand der Beratung ist es ganz ausgeschlossen, sich auf Einzelheiten jetzt noch einzulassen und jedes einzelne Pünktchen bis dort hinaus zu erledigen. Wir müssen zu einem Ende kommen, und die wesentlichen Entscheidungen werden rasch gefällt sein. Mit der Annahme der Vorlage des Aktionskomitees ist gleichzeitig auch der Beschluß gefaßt, die programmatischen Anträge an das zu wählende Komitee zu leiten, damit dieses einem nächsten Kongreß ein ausgearbeitetes Programm vorlege.

Schneider = Basel: Es ist richtig, daß wir sehr wenig Zeit zur Verfügung haben. Huber hat zur Geschäftsordnung allerdings auch materiell gesprochen. Die kurze Zeit darf uns nicht hindern, diejenigen Gesichtspunkte, die nach unserer Ueberzeugung absolut notwendig sind, zu berücksichtigen. Ich möchte Ihnen dringend empfehlen, nicht auf den Antrag Huber einzugehen, sondern der Auffassung Grimms zu entsprechen. Dadurch wird die Sache viel besser erledigt

werden können. In bezug auf die ersten vier Punkte der Vorlage des Aktionskomitees hätte ich nach dem Entscheid über die Organisationsanträge eine bestimmte Erklärung abzugeben, die dann vielleicht die Geschichte etwas vereinfachen könnte.

G r i m m: Ich frage an, ob angesichts der Situation die Anträge aufrechterhalten werden. Für die Geschäftsleitung des Kantons Bern glaube ich die Erklärung abgeben zu können, daß wir darauf verzichten. Und der Gewerkschaftsbund?

D ü r r: Kann nicht verzichten.

G r i m m: Der Handels- und Transportarbeiterverband?

S c h n e i d e r = Zürich: Wir verschmelzen unsern Antrag mit dem Antrag der Arbeiterunion Zürich.

G r i m m: Und die Arbeiterunion Zürich?

W y ß = Zürich: Hält ihren Antrag aufrecht.

G r i m m: Der Holzarbeiterverband ist momentan nicht vertreten. Nun frage ich an, ob der Kongreß alle diese Redner — es sind inzwischen noch mehr dazu gekommen — hören oder zur Abstimmung übergehen will. (Rufe: Abstimmung!) Ich nehme an, daß das dem Willen der Mehrheit des Kongresses entspricht. Ich erkläre für die Mehrheit des Aktionskomitees, daß wir diesem Antrag der Kommission zustimmen, aber in der Meinung, daß die ganze Vorlage des Aktionskomitees mit den entsprechenden Abänderungen zur Abstimmung gelangt und daß Schneider noch seine Erklärung abgeben kann.

S c h n e i d e r = Basel: In bezug auf die Ziffern I, II, III und IV des Aktionskomitees möchte ich Ihnen erklären, daß wir damit nicht einverstanden sind, und zwar deswegen, weil sie uns zu wenig klar das umschreiben, was im gegenwärtigen Moment gesagt sein soll. Wir hatten die Absicht, an deren Stelle folgenden Antrag einzureichen, den ich verlesen will:

I. Der zweite Allgemeine Arbeiterkongreß anerkennt die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Gesamtarbeiterklasse zur Wahrung ihrer Lebensinteressen, insbesondere ihrer wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, und zur Erringung des sozialistischen Endzieles.

II. Die Mittel dieses Kampfes bestehen in der sozialistischen Organisation der lohnarbeitenden Klasse und in der planmäßigen zielbewußten Durchführung der gewerkschaftlichen und politischen Aktion, — unter Ablehnung der bisherigen opportunistischen Taktik — mit dem Ziel, die politische Macht im Staate als Vorbedingung für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung der

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, zu erringen unter Ausnützung aller durch die bürgerliche Demokratie gegebenen Möglichkeiten.

Diese genügen aber nicht; sie bedingen das Gegenteil, die Massenaktion als Mittel zur Eroberung der politischen Macht und zur Wahrung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft auch innerhalb des bürgerlichen Staates.

III. (Vorlage des Aktionskomitees.)

IV. Die höchste Kraftentfaltung der Massenaktion ergibt sich im allgemeinen, diszipliniert und organisiert durchgeführten Streik. Der Massenstreik ist eine der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um die politische Macht und um die Menschheitsinteressen unerläßliche Waffe. Er ist die notwendige Ergänzung der übrigen Kampfmittel, auf den die Arbeiterschaft weder in ihren einzelnen Gruppen noch in der Gesamtheit verzichten kann. Seine Anwendung zur Eroberung der politischen Macht ist bedingt durch die innerpolitische Entwicklung und die internationale Situation.“

Wir hatten die Absicht, diesen Antrag den Thesen des Aktionskomitees entgegenzustellen. Wenn wir das tun würden, würde eine weitere Diskussion notwendig sein. Aus diesem Grunde reichen wir diesen Antrag nicht ein, sondern begnügen uns mit den Thesen des Aktionskomitees, erklären aber, daß wir diese Thesen in dem Sinn interpretieren, wie das in unserem Antrag niedergelegt ist. Dann sind wir einverstanden, daß zur Abstimmung geschritten wird.

G r i m m : Dieser Antrag würde lediglich zu Protokoll genommen. Es ist ein Antrag der Genossin H ü n i eingereicht worden, den ich für berechtigt halte. Sie wünscht in Ziffer V beizufügen, wo von der Wahl der Delegierten vom Kongreß gesprochen wird: „Die weiblichen Mitglieder sind dabei durch eigene Vertretung gebührend zu berücksichtigen.“ — Die Kommission wird sich damit einverstanden erklären können.

D ü r r : Ich habe heute morgen erklärt, daß wir bereit wären, den Antrag des Gewerkschaftsbundes zurückzuziehen, wenn der Vorlage des Aktionskomitees zugestimmt würde. Nachdem die Kommission solche Abänderungen vorgenommen hat, ist es mir unmöglich, das zu tun. Ich beantrage, über unsern Antrag erst abzustimmen, wenn über den Antrag des Aktionskomitees entschieden ist. Ist dieser angenommen, dann ziehen wir unsern Antrag zurück.

G r i m m : Ich habe gegen den Antrag Dürr nichts einzuwenden. Wir würden zunächst die Vorlage der Kommission und des Aktionskomitees bereinigen. Ich habe noch die Mitteilung zu

machen, daß der Antrag der Holzarbeiter zugunsten des Antrages Zürich zurückgezogen ist, ebenso der Antrag der Handels- und Transportarbeiter.

Abstimmung über Ziffer V.

Subeventuell: Für den Antrag Graber = Schürch
Mehrheit. Für den Antrag des Gewerkschaftsbundes
Minderheit.

Eventuell: Für Festhalten an diesem Beschluß 108 Stimmen. Für den Antrag der Arbeiter-Union Zürich 134 Stimmen.

Grimm: Ich frage die Vertreter der Arbeiterunion Zürich an, ob sie ihren Antrag aufrechterhalten?

Wyß = Zürich: Selbstverständlich.

Grimm: Das glaube ich. (Große Heiterkeit.)

Definitiv: Auf den Antrag der Arbeiterunion Zürich entfallen 68 Stimmen; mit 262 Stimmen wird folgender bereinigte Antrag der Kommission und des Aktionskomitees angenommen:

I.

Der zweite Allgemeine Arbeiterkongreß anerkennt die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Gesamtarbeiterklasse zur Wahrung ihrer Lebensinteressen, insbesondere ihrer wirtschaftlichen und sozialen Forderungen.

II.

Die Mittel dieses Kampfes bestehen in der sozialistischen Organisation der Lohnarbeitenden Klasse und in der planmäßigen, zielbewußten Durchführung der gewerkschaftlichen und politischen Aktion, unter Ausnützung aller durch die bürgerliche Demokratie gegebenen Möglichkeiten.

Diese Möglichkeiten schließen die Massenaktion nicht aus; sie bedingen sie im Gegenteil in allen den Fällen, da weder die Partei noch die Gewerkschaften allein und auf sich selbst angewiesen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und ihre Endziele zu wahren imstande sind.

III.

Das gemeinsame Tätigkeitsgebiet wird durch das allgemeine Aktionsprogramm begrenzt. Dieses Programm ist durch das zentrale Aktionskomitee oder eine von ihm zu bestimmende Kommission zu umschreiben, den Partei- und Gewerkschaftsverbänden zur Diskussion zu unterbreiten und vom Arbeiterkongreß zu genehmigen.

(In diesem Sinne werden die an den Berner Kongreß gerichteten programmatischen Anträge dem zentralen Aktionskomitee überwiesen.)

IV.

Die höchste Kraftentfaltung der Massenaktion ergibt sich in dem allgemeinen, diszipliniert und organisiert durchgeführten Streik. Der Massenstreik ist eine der Arbeiterschaft in ihrem Kampf um die Menschheitsinteressen unerläßliche Waffe. Er ist die notwendige Ergänzung der übrigen Kampfmittel, auf die die Arbeiterschaft weder in ihren einzelnen Gruppen noch in ihrer Gesamtheit verzichten kann.

V.

Massenaktionen setzen das Bestehen der für ihre Durchführung erforderlichen Organe voraus. Diese Organe sind:

1. Der Allgemeine schweizerische Arbeiterkongreß.
2. Das zentrale Aktionskomitee.
3. Das erweiterte Aktionskomitee.

Der Allgemeine Arbeiterkongreß setzt sich zusammen:

1. aus den Delegierten des Schweiz. Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und je einem Vertreter der lokalen Arbeiterunionen, die über 500 Mitglieder zählen;
2. aus den Mitgliedern des zentralen Aktionskomitees.

Die Wahl der Delegierten ist Sache der dem Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Partei angeschlossenen Organisationen. Auf je 500 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Wahlart der Delegierten ist Sache der Partei und der Gewerkschaftsorganisationen.

Der Arbeiterkongreß wird nach Bedürfnis vom zentralen Aktionskomitee einberufen oder wenn sechs Zentralverbände der Gewerkschaften oder sechs kantonale Parteiorganisationen, die zusammen mindestens 20,000 zahlende Mitglieder umfassen, es verlangen.

Die Auslösung des Massenstreiks muß sich auf einen Beschluß des Arbeiterkongresses stützen können.

Das zentrale Aktionskomitee setzt sich zusammen aus 15 vom Arbeiterkongreß gewählten Mitgliedern. Die Wahl geschieht auf Vorschlag der beteiligten Organisationen, und zwar vier auf Vorschlag des Gewerkschaftsbundes, drei auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei und drei auf Vorschlag des Eisenbahnerkartells, die übrigen Mitglieder auf Vorschlag des Kongresses selbst.

Das Aktionskomitee ist dem Arbeiterkongreß verantwortlich. Es handelt nach Maßgabe der ihm vom Arbeiterkongreß übertragenen Kompetenzen.

Das erweiterte Aktionskomitee setzt sich zusammen aus den Mitgliedern

1. des zentralen Aktionskomitees,
2. des Gewerkschaftsausschusses,
3. des Parteivorstandes,
4. 20 vom Arbeiterkongreß aus seiner Mitte gewählten Vertretern, wobei auf die wichtigsten Berufsverbände und Landesgegenden Rücksicht zu nehmen ist.

Das erweiterte Aktionskomitee tritt zusammen auf Beschluß des zentralen Aktionskomitees und beschließt endgültig, wenn aus irgendwelchen Gründen die Einberufung nicht möglich sein sollte.

Die Kostendeckung erfolgt:

1. für die Delegationen an den Arbeiterkongreß und an die Sitzungen des erweiterten Aktionskomitees durch die abordnenden Organisationen;
2. für die übrigen Kosten auf dem Wege der Beitragserhebung von den der Partei und dem Gewerkschaftsbund/angeschlossenen Organisationen im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl.

VI.

Die auf dem Berner Kongreß vertretenen Organisationen haben innerhalb einer vom zentralen Aktionskomitee festzusetzenden Frist ihre Zustimmung oder Ablehnung zu diesen Beschlüssen zu erklären.

Grimm: Bevor wir zur Wahl des Aktionskomitees übergehen, teile ich noch mit, daß die Sammellisten, die wir heute haben zirkulieren lassen, den Betrag von Fr. 1110 ergeben haben. (Großer Beifall.) Wir unterbrechen jetzt die Sitzung für 10 Minuten, damit die Organisationen Gelegenheit haben, Vorschläge für die Wahl des Aktionskomitees zu machen. Die Vorschläge sind schriftlich einzureichen.

Wahl des Aktionskomitees.

Grimm: Es sind folgende Vorschläge eingegangen:

Vom Gewerkschaftsbund: Suggler, Flg, Dürr Reichmann.

Von der Partei: Grimm, Graber, Schneider.

Von den Eisenbahnern: Düby, Dr. Woker, Lang.

Damit sind die Vorschläge, für die der Kongreß lediglich das Bestätigungsrecht hat, erfolgt.

Die Vorgeschnlagenen werden einstimmig bestätigt. 5 weitere Vorschläge sollen aus den Reihen des Kongresses in freier Wahl entnommen werden. Hierfür sind vorgeschlagen:

Von der Partei: Frau Ryser-Biel, Naine-Lausanne, und als Vertreter der Eisenbahner: Scheidegger-Bern.

Von der Arbeiterunion Zürich: W h ß.

Vom Arbeiterbund Basel: Dr. Welti.

Von der Partei Schaffhausen: Weber, Metallarbeitersekretär.

W h ß = Zürich: Ich trete zurück.

G r i m m : Dann hätten wir 5 Vorschläge, wenn sie nicht vermehrt werden, so sind die Vorgeschnlagenen gewählt.

Wahl des erweiterten Aktionskomitees.

G r i m m : Das erweiterte Aktionskomitee besteht aus dem Aktionskomitee, dem Gewerkschaftsausschuß und dem Parteivorstand. Wer bereits einer dieser Körperschaften angehört, sollte also nicht vorgeschlagen werden. Wir haben 20 Mitglieder zu wählen und bis zu diesem Augenblick sind 34 Vorschläge eingereicht worden. Ich schlage vor, zuerst prinzipiell zu beschließen, wie wir die Vertretung auf die verschiedenen Gruppen vornehmen wollen. Es handelt sich um folgende 4 Gruppen: Partei, Gewerkschaftsbund, Verkehrspersonal und Lokalunionen.

D e l s = Brig: Ich bin der Ansicht, daß der Partei keine weiteren Mitglieder in diesem erweiterten Komitee eingeräumt werden, da der Parteivorstand darin vertreten ist.

G r i m m : Der Gewerkschaftsausschuß wäre dann aber doch vertreten. Es ist mir der Vorschlag eingereicht worden, der Partei 6 Vertreter einzuräumen, die auf das ganze Land zu verteilen wären, dem Verkehrspersonal 5, dem Gewerkschaftsbund 12 und den lokalen Unionen 11. Das wären die 34 Vorschläge, von denen ich vorhin gesprochen habe.

A l l g ö w e r = Luzern: Ich gestatte mir, Ihnen namens des Eisenbahnpersonals zu begründen, welche Vertretung dieses im erweiterten Aktionskomitee fordert. Wir wissen ganz genau, was die Teilnahme des Verkehrspersonals im Falle der Wiederholung eines Landesstreiks zu bedeuten hat. Es ist aber auch sehr schwer, alle diejenigen Kategorien hier zu vereinigen und diesen eine Vertretung

zu geben. Die Delegation, die wir Ihnen vorschlagen, setzt sich aus lauter aktivem Personal zusammen, was dringend notwendig ist, um nach der einen Richtung technische Anweisungen zu geben und andererseits alle Kategorien zu berücksichtigen. Wir nennen da insbesondere die Nebenbahner und die Straßenbahner. Gerade diesen beiden Kategorien sollten wir eine entsprechende Vertretung geben, weil es das letztemal auf den Nebenbahnen etwas gehapert hat. Wir haben also ein Interesse daran, diesen Ansprüchen nach allen Richtungen zu genügen.

Ebenso verhält es sich bezüglich der Vertretung der Straßenbahner. Wir haben aber auch beim Bundesbahnpersonal Kategorien, die berücksichtigt werden sollten, wobei ich speziell an das Lokomotivpersonal denke, wie auch an das Zugpersonal, wobei weiterhin zu beachten ist, daß regionale Interessen hier ebenfalls ihre Berücksichtigung erfahren.

Unsere Vorschläge gehen daher dahin, es seien für die Nebenbahner zu bestimmen: Genosse Bürgler-Kapperswil, für die Straßenbahner: Genosse Siegenthaler-Basel, für das Lokomotivpersonal: Genosse Dubé-Laufanne, und für das Zugpersonal: Genosse Tamò-Bellinzona.

Graber - La Chaux-de-Fonds: On a fait la proposition de donner aux unions ouvrières locales 11 membres sur 20; Huggler vous propose de diminuer ce chiffre à 5. Je me demande de quel droit 5 unions ouvrières en Suisse pourront envoyer un délégué, mais pas les autres. Il est juste que les organisations syndicales fassent nommer leurs délégués dans le Comité d'action, que les cheminots y aient leur représentation, comme aussi le parti. Mais un triple droit de délégations pour les 5 grandes villes de la Suisse serait injuste au dépens des autres. Je demande aux unions ouvrières de renoncer à une représentation au sein du comité et de laisser aux camarades cheminots des voies secondaires, des tramways, etc., encore quelques candidats.

Graber: Man schlägt vor, den lokalen Arbeiterunionen von 20 Mitgliedern 11 einzuräumen; Huggler beantragt, diese Zahl auf 5 zu reduzieren. Ich frage mich, mit welchem Recht 5 Arbeiterunionen eine Vertretung haben sollen, die anderen aber nicht. Es ist gerecht, daß die Gewerkschaften ihre Vertreter in das Aktionskomitee abordnen, daß die Eisenbahner und die Partei es ebenfalls tun. Aber ein drittes Delegationsrecht für die fünf großen Städte der Schweiz ist eine Ungerechtigkeit den anderen gegenüber. Ich bitte die Arbeiterunionen, auf seine Vertretung im erweiterten Aktionskomitee zu verzichten und dafür den Kollegen von den Nebenbahnen, Trams usw. einige Mandate zu überlassen.

N o b s = Zürich: Was Genosse Graber ausführte, ist in keiner Weise richtig, schon deshalb nicht, weil die Vertreter, die die Unionen delegieren, auch wieder Genossen, auch wieder Gewerkschafter sein werden. Was in Betracht kommt, ist der Umstand, daß die Arbeiterunionen Ausführungsorgane von der allergrößten Wichtigkeit sind, wenn es sich um die Durchführung von Massenaktionen handelt. Ich würde folgende Verteilung vorschlagen: Partei 3, Verkehrspersonal 2, Gewerkschaftsbund 5, Lokalunionen 10.

H u g g l e r = Zürich: Ich beantrage 5 Mitglieder für jede Kategorie zu wählen. Wir sollten uns heute auf diesen Antrag verständigen. Stellt sich später heraus, daß Änderungen vorgenommen werden sollten, so sind wir ja heute noch nicht am Ende der Welt und wir werden an späteren Zusammenkünften je nach den Verhältnissen Änderungen vornehmen können.

Das Präsidium wird von I L g übernommen.

H u g g l e r = Zürich: Ich beantrage, 5 Mitglieder für jede Kategorie demjenigen des Genossen Huggler nähert, mit einem kleinen Opfer seitens der Partei zugunsten des Gewerkschaftsbundes. Ich will hoffen, daß dieses Beispiel der Bescheidenheit der Partei Nachahmung findet. Ich empfehle, die Vertretung der Partei auf 4 zu reduzieren. Genosse Dr. Schmid-Winterthur hat verzichtet, so daß wir noch 4 Vorschläge zu machen hätten, wofür 2 aus der welschen Schweiz, nämlich die Genossen Brügger-Freiburg und Spillmann-Loche, einen Vertreter des Tessin, Genosse Borella und als Vertreter der Ostschweiz, Genosse Frei, Metallarbeitersekretär.

D ü r r = Bern: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Arbeitersekretariate regelmäßig zu den Sitzungen des Gewerkschaftsausschusses eingeladen werden und dort Stimmrecht haben. Wenn man ihnen noch eine Delegation gibt, sind sie nicht dreifach, sondern vierfach vertreten. Ich denke deshalb, daß entweder die Unionen, die Sekretariate haben, auf diese Vertretung verzichten oder daß der Gewerkschaftsbund von der statutarischen Bestimmung wird Gebrauch machen müssen und im Falle der Doppelvertretung das Stimmrecht beschneiden wird.

W y ß = Zürich: Hier will nun etwas vorge spiegelt werden, was nicht Tatsache ist. Genosse Dürr hat erklärt, die lokalen Arbeitersekretariate seien im Gewerkschaftsausschuß vertreten und hätten dort Stimmrecht. Das ist in den Statuten des Gewerkschaftsbundes nicht enthalten. Die Gewerkschaftssekretäre der Arbeiterunionen haben beratende Stimme aber nur in minderwertigen Angelegenheiten. Wenn es sich um Massenaktionen handelt, wird erklärt, daß die Vertreter

der Lokalen Arbeiterunionen kein Stimmrecht haben. Das ist hier festzustellen.

Namens der Arbeiterunion Zürich habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir unsere Vorschläge gemacht haben in der Meinung, daß das Aktionskomitee eine andere Zusammensetzung bekommen werde. Das ist nicht der Fall. Der engere Ausschuß besteht genau aus denselben Personen wie vorher. Unter diesen Umständen ist es uns nicht möglich, unsere Kandidaturen aufrechtzuerhalten. Ich nehme nun ohne weiteres an, daß die Geschichte sich so machen läßt, daß wir dem Gewerkschaftsbund 10—15 und der Partei 5—10 Mandate geben. Dann ist die Geschichte erledigt und wir Zürcher werden zurücktreten.

Dürr = Bern: Ich muß feststellen, daß in den Statuten des Gewerkschaftsbundes enthalten ist, daß die Sekretäre der Lokalunionen nur in finanziellen Angelegenheiten nicht stimmberechtigt sind, also in Fragen, bei denen die Kasse des Gewerkschaftsbundes berührt wird. Ich konstatiere, daß diesen Sekretären das Stimmrecht noch niemals entzogen worden ist.

Ilg: Wir entscheiden nun grundsätzlich, ob den Lokalen Arbeiterunionen eine Vertretung einzuräumen ist.

Diese Vertretung wird mit Mehrheit grundsätzlich zugebilligt.

Ilg: Jetzt wäre noch die Frage zu entscheiden, wieviel Vertreter jede Gruppe erhalten soll.

Dels = Brig: Ich werfe die Frage auf, ob überhaupt der Partei noch eine Vertretung im erweiterten Aktionskomitee zugebilligt werden soll. Im engern Aktionskomitee sitzen bereits Vertreter der Partei, der Parteivorstand zählt 60 Mitglieder, der Gewerkschaftsbund 30, dann hätten wir ein vollständiges Ueberwiegen der Parteinstanzen.

Ilg: Ich stelle diesen Antrag Dels, der der Partei keine Vertretung einräumen will, dem Antrag Huber gegenüber, der folgende Verteilung vornehmen will: Partei 4, Gewerkschaftsbund 6, Lehrpersonal 5 Lokalunionen 5.

In der Abstimmung wird der Antrag Huber mit großer Mehrheit angenommen.

Rüegg = Zürich: Die Zusammensetzung des Aktionskomitees, wie sie sich nach den bis jetzt vorgenommenen Wahlen ergibt, bietet nicht die geringste Gewähr dafür, daß dasjenige, wozu wir gestern grundsätzlich unsere Zustimmung beschlossen haben, der Massenstreik, in der Weise durchgeführt wird, wie wir es wünschen müßten. Das zwingt uns Zürcher, zurückzutreten.

Herrmann = Zürich: Wer weiß, welche Bedeutung dem Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter für die Durchführung des Generalstreiks zukommt, für die Versorgung mit Lebensmitteln, für die Transporte im Innern, der wird unsere Nomination ohne weiteres zugestehen. Es sind dies Biret = Lausanne und Sommerhalder = Reinach.

Es werden sodann als Mitglieder des erweiterten Aktionskomitees gewählt:

Vom Verkehrspersonal: Bürgler = Rapperswil, Dubé = Lausanne, Frank = Zürich, Siegenthaler = Basel, Tamò = Bellinzona.

Von der Partei: Borella = Tessin, Brügger = Freiburg, Frei = Arbon, Spillmann = Locle.

Von den Arbeiterunionen: Alber = La Chaux-de-Fonds, Allgömer = Luzern, Nicolet = Genf, Rüdts = Grenchen, Vogt = Basel.

Von den Gewerkschaften: Delé = Brig, Fricke = Zürich, Monnier = Biel, Subacher = Genf, Stahl = Winterthur, Biret = Lausanne.

Kopp = Zürich: Wir konstatieren, daß der Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter keinen deutschschweizerischen Vertreter erhalten hat. An dieser Ueberrumpelungstaktik ist der Vertreter des Gewerkschaftsbundes schuld. Wir werden unsere Vorkehrungen zu treffen wissen, um in Zukunft derartiges zu verhüten.

Sig, Präsident: Ich bitte, hier keine solchen plumphen Verdächtigungen auszustreuen. Der Verband ist ja vertreten durch Biret. Es wurde über sämtliche Vorgeslagenen abgestimmt und die Delegierten waren frei, ihre Stimme zu geben, wem sie wollten.

7. Verschiedenes.

Biret: Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor:

„Im Namen des Kongresses der schweizerischen Gewerkschafter und Sozialisten senden wir unsern Kameraden in der ganzen Welt einen brüderlichen Gruß und hoffen, daß sie demnächst bei uns zu einem internationalen Kongreß zusammenkommen können. Auf diesem Kongreß müssen die Grundlagen diskutiert werden, die eine friedliche Lösung der großen Probleme ermöglichen, vor welche sich die Nationen gestellt sehen und von denen nicht nur die Zukunft der Arbeiterorganisationen, sondern auch die Stabilität und der Fortschritt der ganzen Gesellschaft wie auch der Weltfrieden abhängt.“

Unsere alte Demokratie, neutral durch ihre Geschichte und ihre geographische Lage, würde sich glücklich schätzen, ihre Gastfreundschaft den Arbeitskameraden aller Länder anbieten zu können.“

Das Internationale sozialistische Bureau hat einen Kongreß nach Paris einberufen, der zu gleicher Zeit wie der Friedenskongreß stattfinden soll. Aber wir wissen heute, daß die französische Regierung diesen Kongreß nicht erlaubt. Es steht der Arbeiterklasse eines neutralen Landes, wie es die Schweiz ist, an, einen internationalen Arbeiterkongreß zu ermöglichen, der notwendig und dringend ist.

Viret - Lausanne: Je vous communique la résolution suivante:

« Au nom du Congrès des syndiqués et socialistes suisses, nous envoyons un salut fraternel à nos collègues du monde entier et nous espérons qu'ils pourront prochainement se réunir à nous en un Congrès international. A ce Congrès doivent être discutées les bases qui assureront une solution pacifique des grands problèmes devant lesquels se trouvent placées toutes les nations et desquels ne dépend pas seulement l'avenir des organisations ouvrières, mais aussi la stabilité de la société organisée ainsi que la prospérité et la paix du monde.

Notre vieille démocratie, neutre par son histoire et sa situation géographique, s'estimerait heureuse d'offrir l'hospitalité aux camarades travailleurs de tous les pays.»

Le Bureau Socialiste International avait convoqué un congrès à Paris qui devait se tenir en même temps que le congrès de la paix. Mais nous savons aujourd'hui que le gouvernement français n'autorise pas ce congrès. Il appartient à la classe ouvrière d'un pays neutre comme la Suisse de réunir un congrès ouvrier international, ce qui est nécessaire et urgent.

Robè = Zürich: Die meisten Delegierten sind bereits nach Hause gegangen und jetzt legt man uns eine Resolution vor betreffend einen internationalen Kongreß. Wir sind da nicht mit allem einverstanden. Ich würde dagegen protestieren, wenn diese Resolution zur Abstimmung käme.

Ilg, Präsident: Wir nehmen diese Einladung und diese Resolution bloß entgegen, ohne darüber abzustimmen.

Morard und *Amiguet* = Genf wollen einen Protest gegen das Verfahren im Fall *Bertoni* anbringen.

Ilg, Präsident: Ich konstatiere, daß die zwei Redner kein Recht haben, hier Anträge zu stellen, da sie nicht im Besitze eines Delegiertenmandates sind.

Endlich sind wir am Schlusse unserer Debatten und Arbeiten angekommen. Der Schluß war noch ziemlich aufgereggt und leider sind viele Delegierte schon abgereist, bevor der Kongreß geschlossen werden konnte. Ich will nun auf alles Weitere verzichten und den Kongreß als geschlossen erklären, in der Erwartung, daß jeder an seinem Posten wieder weiterarbeiten wird, damit die schweizerische Arbeiterschaft auch in Zukunft geschlossen dasteht, wenn es gilt, mit der Bourgeoisie die Kämpfe auszufechten, die gewiß nicht ausbleiben werden.

Schluß der Verhandlungen um 12 Uhr.
